

27. Jahrg. Wien, Freitag, 1. Juni 1917. Nr. 206.

Das Budget der Stadt Wien.

Der Stadtrat beschäftigt sich gegenwärtig mit der Verhandlung des Rechnungsabschlusses für das Verwaltungsjahr 1915/16 und des Hauptvoranschlags für das Jahr 1917/18. Bei der Erstattung des Berichtes über den Rechnungsabschluß bemerkte der Berichterstatter Vizebürgermeister Hoß, daß es ihm aus technischen Gründen bis jetzt nicht möglich war, einen gedruckten Bericht vorzulegen. Wie nicht anders zu erwarten war, ergeben sich in vielen Posten Abweichungen vom Voranschlag und eine Beurteilung der Finanzlage der Gemeinde ist schwer möglich, weil viele im Voranschlag vorgesehene Arbeiten nicht durchgeführt werden konnten, dagegen andere nicht vorgesehene, durch den Krieg jedoch notwendig gewordene Aufwände gemacht werden mußten. Die ordentlichen Einnahmen beziffern sich mit 192,038.816 Kronen, die außerordentlichen Einnahmen mit 132,393.973 Kronen. Die ordentlichen Ausgaben betragen 176,499.944 K, die außerordentlichen Ausgaben 156,135.970 Kronen. Die Gegenüberstellung der Gesamteinnahmen von 324,432.789 K und der Gesamtausgaben von 332,635.915 K ergibt einen Abgang von 8,203.126 Kronen. Während die ordentliche Gebarung einen Ueberschuß von 15,538.872 Kronen aufweist, ist in der außerordentlichen Gebarung ein Abgang von 23,741.997 Kronen zu verzeichnen. Dieser Abgang muß jedoch in Relation gebracht werden zu den Kassabeständen. Im Berichtsjahre wurden für Lebensmittel 12,630.000 Kronen verausgabt, die aus der laufenden Gebarung bestritten wurden. Diese noch vorhandenen Lebensmittel werden wieder voll verwertet und es kann daher dieser Betrag ohne weiters den Kassabeständen zugeschlagen werden. Dadurch verwandelt sich der Abgang von 8.2 Millionen Kronen in einen Ueberschuß von 4.2 Millionen Kronen. Vergleicht man den Rechnungsabschluß mit dem Voranschlag für das Verwaltungsjahr 1915/16, in welchem ein Abgang von 6,758.000 Kronen vorgesehen war, so ist die buchhalterische Gebarung um 1,445.000 Kronen ungünstiger. Infolge des Umstandes, daß viele vorgesehene Arbeiten nicht durchgeführt werden konnten, blieben die gesamten Ausgaben um 5.3 Millionen Kronen gegenüber dem Voranschlag zurück. Die Abfuhr der drei großen Unternehmungen war um 4 1/3 Millionen Kronen günstiger, die Wasserbezugsgebühren brachten einen Mehrertrag von 1,143.000 Kronen, der Versorgungsfonds hatte infolge der höheren Nachlaß- und Totalisateurgebühren eine Mehreinnahme von fast 3 Millionen Kronen. Die hohen Ziffern der außerordentlichen Gebarung ergeben sich durch die nicht veranschlagten Einnahmen und Ausgaben für Lebensmittel. Es entfallen von den eigenen Einnahmen in der Höhe von 110.9 Millionen Kronen rund 88.6 Mill. K auf die Einnahmen für Lebensmittel, ebenso von den Ausgaben der eigenen Gelder in der Höhe von 135.6 Mill. K rund 103.7 Mill K auf die Beschaffung von Lebensmitteln. Die Auslagen aus Anlaß der Kriegsereignisse mit Ausschluß der Lebensmittelbeschaffung betragen 3,115.000 K (hauptsächlich für sanitäre Vorkehrungen), die Kriegszulagen für die städtischen Angestellten (außer den Zulagen für Lehrpersonen) 1,970.000 K. Nicht veranschlagt waren ferner die Auslagen für das Kühl- und Gefrierhaus in der Höhe von 2.7 Mill K und für die Erwerbung des Hoffmann'schen Lagerhauses in der Höhe von 2.3 Mill. K.

Die vom Vizebürgermeister Hoß gestellten Anträge bezüglich der formellen Erledigung des Rechnungsabschlusses wurden genehmigt.

Die Beratung des Hauptvoranschlags für das kommende Verwal-

tungsjahr wurde von Vizebürgermeister Hoß mit einem ausführlichen Berichte eingeleitet, dem wir folgendes entnehmen:

Der Krieg hat durch seine lange Dauer auch die Finanzlage der Gemeinde Wien wesentlich verschlechtert. Er hat vor allem eine Hochkonjunktur geschaffen, die auch auf die Gebarung der Gemeinde Wien ihren Einfluß ausüben muß und die sich durch erhöhte Preise und Löhne fast in allen Ausgabrubriken fühlbar macht. Der Staat hat dadurch, daß er seine erhöhten Ausgaben durch Einhebungen eines Kriegszuschlages zu den direkten Steuern, durch die Erhöhung der Stempel und Gebühren und durch die Einführung einer Frachtsteuer zu decken suchte, den Wirtschaftsbetrieb der Gemeinde schwer belastet. Schätzungsweise beträgt diese Belastung 5 bis 5.5 Millionen Kronen. Diese Belastung einerseits, die Verteuerung der Betriebsstoffe, die Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen, die Kosten der Kriegsaushilfskräfte und die Betriebseinschränkungen bei den Unternehmungen andererseits haben bei den Unternehmungen eine gewaltige Verschlechterung der Veranschlags-Grundlagen bewirkt und ihre Ertragsfähigkeit um ungefähr 11 Mill. K vermindert. Die in Aussicht genommene Einführung des Einheitstarifes bei den Straßenbahnen und die Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise sind dazu bestimmt, diesen Ausfall zu decken und erscheinen im vorliegenden Hauptvoranschlag bereits berücksichtigt. Die Einhebung der Gemeindeumlagen und Zuschläge sowie der Gemeindeabgaben ist im gleichen Ausmaße wie im Vorjahre in Aussicht genommen. Während die Umlagen auf den Mietzins und die Zuschläge zur Hauszinssteuer und zu den direkten Steuern und die Steuerüberweisungen des Staates und Landes ein erhöhtes Erträgnis voraussehen lassen, muß bei den Zuschlägen zu der Verzehrungssteuer und dem Anteil an der städtischen Verzehrungssteuer mit einem Ausfall von rund 3 Millionen Kronen gerechnet werden und ebenso werden die Gemeinde-Branntweinabgabe und die Gemeinde-Bieraufschläge naturgemäß Mindereinnahmen (rund 800.000 K) aufweisen. Außerordentlichen Anforderungen wird die Gemeinde nach beendigtem Kriege zu entsprechen haben. Die Beseitigung der durch den Krieg verursachten Schäden und die Nachholung der im Krieg versäumten Arbeiten wird bedeutende Summen erfordern. Dazu kommen als neue Aufgaben die Sorge für die heimkehrenden Krieger durch Schaffung von Kriegerheimstätten und durch eine kräftige Gewerbeförderung, die Ueberleitung der Armenpflege in eine soziale Wohlfahrtspflege, Ausgestaltung der Jugendfürsorge, die Wohnungsfürsorge, die Bekämpfung der Tuberkulose und Lues, eine Neuordnung des ganzen Approvisionnementwesens durch Errichtung eines Kontumazmarktes, eines Zentralschlachthauses, durch Kühl- und Gefrierhäusern, Lagerhäusern, u. s. w.

Der Abgang beträgt rund 27.5 Millionen Kronen; dem Gesamterfordernis von rund 300 Millionen Kronen (222 Millionen für ordentliche und 78 Millionen für ausserordentliche Zwecke) stehen nur Einnahmen von rund 272.5 Mill. einschließlich der Umlagen gegenüber. Im Verwaltungsjahr 1914/15 war ein Abgang von 6.2, im Jahre 1915/16 ein solcher von 6.8 und im ablaufenden Verwaltungsjahre ein Abgang von 6 Mill K veranschlagt. Als eigentliche Kriegsanslagen anzusehen sind die Nettoauslagen für Militär-Bequartierung von 3.6 Mill. K und die übrigen Auslagen aus Anlaß der Kriegsereignisse mit 6.5 Millionen Kronen, (für sanitäre Vorkehrungen, für Zwecke der Lebensmittelversorgung mit Ausschluß der Ausgaben für den Lebensmittelkauf, Notstandsbauten, wirtschaftliches Hilfsbüro der Gemeinde, Liebesgaben, für die Soldaten, Beratungsstelle für Kriegsinvalide, etc.) und endlich die Kriegszulagen für die Angestellten mit 7.9 Mill. K. Der Berichterstatter teilt sodann die Bedeckungsvorschläge mit und ersucht um die Genehmigung seiner Anträge.

An diese erschöpfenden Ausführungen schloß sich eine kurze Generaldebatte, in welcher die Stadträte verschiedene Wünsche ihrer Bezirke zur Sprache brachten. In seinem Schlußworte versprach Vizebürgermeister Hoß den gegebenen Anregungen nach Möglichkeit zu entsprechen. Es wurde hierauf in die Spezialdebatte eingegangen.

Regelung des Koksbezuges aus den Wiener städtischen Gaswerken. Während in normalen Zeiten die Nachfrage nach Koks mit dem Eintritte der warmen Jahreszeit naturgemäß mehr und mehr abnimmt, so daß die städtischen Gaswerke in der Lage sind, große Koksorräte für die kälteren Monate anzusammeln, zeigt sich heuer die Erscheinung, daß - ohne Rücksicht auf das herrschende sommerliche Wetter - die Nachfrage weitester Kreise nach Koks von Tag zu Tag größer wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich hier vielfach um Angstkäufe zur Vorratsanhäufung für den nächsten Winter handelt. Dieser fortwährend noch steigenden Nachfrage steht aber derzeit ein durch die Jahreszeit bedingter, ständig geringer werdender Koksanfall der städtischen Gaswerke gegenüber. Vor den Gaswerken staut sich täglich eine lange Reihe von Fuhrwerken an, während nur für einen Teil dieser Fuhrwerke die verfügbare Koks menge ausreicht. Abgesehen von den für die Auftraggeber hiedurch erwachsenden nutzlosen Kosten, werden auf diese Art zahlreiche Wagen und Gespanne zum Schaden der Allgemeinheit anderweitiger, nützlicher Verwendung entzogen. Unter dem Zwange dieser Sachlage sieht sich die Koks-Sektion der k. k. priv. österr. Länderbank veranlaßt, ab 4. Juni d. J. die Ausfolgung von Koks entsprechend der Erzeugung der beiden Gaswerke durch die Ausgabe von Anweisungen zu regeln. Diese Anweisungen sind in der Koks-Sektion der Länderbank 1. Bezirk Renngasse 5 zu beheben und verlieren ihre Gültigkeit, wenn sie nicht an dem Tage zur Einlösung vorgewiesen werden, für den sie ausgestellt sind.

Achtung auf den Feuerschutz. Die in der letzten Zeit vorgekommenen Brände sind zumeist auf Nichtbeachtung feuerpolizeilicher Vorschriften und Außerachtlassung gebotener Vorsicht zurückzuführen. Bei der gegenwärtigen Knappheit der Vorräte von Rohstoffen, Lebensmitteln und sonstigen wichtigen Bedarfsgegenständen können durch ein Feuer unersetzbare Werte vernichtet werden. Die Bevölkerung wird daher dringendst auf die Wichtigkeit der Beachtung aller feuerpolizeilichen Vorschriften aufmerksam gemacht. Insbesondere ist die bei der Verwahrung und Handhabung von leicht brennbaren oder explosiblen Gegenständen gebotene Vorsicht aufs strengste zu beobachten, um das Entstehen oder die Ausbreitung eines Brandes von vornherein zu verhüten. Nicht nur im eigenen, sondern auch im allgemeinen Interesse ist jedermann verpflichtet, unter den herrschenden schwierigen Verhältnissen alles hintanzuhalten, was den Volksbesitz in irgend einer Weise schädigen oder vermindern könnte.

Konstituierung des Bezirkswirtschaftsrates.

Gestern fand im Rathause die Konstituierung des neu geschaffenen Bezirkswirtschaftsrates unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner statt. Als Mitglieder des Wiener Bezirkswirtschaftsrates wurden vom Statthalter bestellt: die Gemeinderäte Franz Domes, Ferdinand Eder,

Dr. Emerich Klotzberg, Dr. Heinrich Loewenstein, Ludwig Lohner und Franz Ullreich, Landesbeamter Adolf Anderle, Franz Feilenreiter, der Betriebsleiter des I. n.-8. Arbeiter-Konsumvereines Franz Menges und der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Leopold Untermüller. Außerdem gehört dem Wirtschaftsrate Magistratsdirektor Dr. August Nüchtern an, der mit der Oberleitung des städtischen Bezirkswirtschaftsamtes betraut ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte die Erschienenen, erörterte die Aufgaben des Beirates nach den Intentionen der Staatsverwaltung,

erbat sich die werktätige Unterstützung der Mitglieder des Wirtschaftsrates bei den schwierigen Fragen der Lebensmittelversorgung und betraute den Vizebürgermeister Hoß mit der Stellvertretung in der Leitung der Verhandlungen.

Sodann hielt Magistrats-Sekretär Dr. Hans Roßkopf einen umfassenden Vortrag über die Durchführung der von der Regierung beabsichtigten Hilfsaktion zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerungskreise und gab bei dieser Gelegenheit das Resultat der in der Zeit vom 2. bis 10. Mai 1917 bei den Brotkommissionen durchgeführten Anmeldungen bekannt. Den Anspruch auf die Begünstigung haben zirka 26.3 % der Wiener Bevölkerung geltend gemacht und zwar 134.394 Haushalte (darunter 22.732 Einzelpersonen) mit insgesamt 505.830 Personen. Das perzentuelle Verhältnis zwischen der Bevölkerungsziffer in den Bezirken und den Anspruchswerbern schwankt zwischen 5.8 % (1. Bezirk) und 37.4 % (14. Bezirk).

Im Anschlusse hieran berichtete Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf über die Einführung einer Familien- oder Haushalts-Einkaufskarte unter spezieller Berücksichtigung der minderbemittelten Bevölkerungskreise. Diese Karte soll an alle Haushaltungen ausgegeben werden, wobei durch eine Farbendifferenzierung der von der Regierung beabsichtigten Schichtung der Bevölkerung nach Einkommenklassen Rechnung getragen werden soll.

Ueber diese beiden Vorträge entspann sich eine lebhafte Wechselrede, an welcher alle Mitglieder des Bezirkswirtschaftsrates teilnahmen. Schließlich wurden die Vorschläge des Referenten akzeptiert. Die im Verlaufe der Verhandlungen gegebenen vielfachen Anregungen werden den maßgebenden Stellen zur weiteren Behandlung unterbreitet werden.

Erste österreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate Mai d.J. wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse von 28.519 Parteien K 20,762.502 eingelegt und an 23.049 Parteien K 19,161.770 rückgezahlt. Ende des Monats betrug der Einlagenstand K 639,608.219. Hypothekar-Darlehen wurden und zwar ausschließlich zur Zeichnung von Kriegsanleihe K 1,708.783 zugezählt, dagegen K 965.595 rückgezahlt. Es belief sich der Stand der Hypothekar-Darlehen am 31. Mai auf K 327,026.530. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich Ende Mai auf K 18,507.888, an 60jährigen Pfandbriefen waren K 18,667.400 im Umlaufe. Wechsel wurden K 15,430.519 eskomptiert und K 17,317.258 einkassiert. Der Stand des Wechsel- und Salinenportefeuilles betrug am 31. Mai K 49,887.410.

207

Neuerliche Zuwendungen an städtische Bedienstete. Der Stadtrat hat sich in seiner heutigen unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Sitzung abermals mit den Vorschlägen der Direktion der Städtischen Straßenbahnen wegen einer Lohnregulierung für die Bediensteten dieses Unternehmens und Gewährung einer einmaligen Aushilfe an sie befaßt und die Anträge der Direktion einstimmig genehmigt. Die Lohnerhöhung erfordert einen Kostenaufwand von 5,250.000 K, die Zuwendung der einmaligen Aushilfen 800.000 K und die infolge der Lohnerhöhung sich ergebenden Taxen und Gebühren eine solche von 2,250.000 K, somit beträgt das Gesamterfordernis im ersten Jahre 8,300.000 K. Als Anfallstermin wurde der 1. Juni 1917 festgesetzt. Wegen der Bedeckung wurde die Direktion der städtischen Straßenbahnen zur Erstattung geeigneter Vorschläge angewiesen. Der Beratung wohnten Obermagistraterat Dr. August Mayr, die Direktoren Spängler, Menzel und Karel sowie Buchhaltungsdirektor Hillinger bei.

Auch die Wünsche der Bediensteten der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke wurden einer eingehenden Beratung unterzogen, die im Laufe der nächsten Woche ihre Fortsetzung und den Abschluß finden wird.

Ebenso wurde die heute veröffentlichte Ministerial-Verordnung betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses zur Teuerungszulage der Staatsbediensteten erörtert. Der Magistrat wurde beauftragt, geeignete Vorschläge wegen Gewährung einer solchen nicht nur für die Beamten der Gemeinde Wien und die Lehrer, sondern auch für die Beamten, Unterbeamten und Diener der städtischen Unternehmungen ehestens zu erstatten.

Vom Theresienbad. Morgen (Samstag) wird das Schwimmbad im Theresienbad, 12. Bezirk, eröffnet.

Der Hauptvoranschlag der Stadt Wien.

In der Spezialdebatte über den Hauptvoranschlag der Stadt Wien für das Verwaltungsjahr 1917/18 wünschte Stadtrat Wippel bei der Post „Augenscheinsteuern“, es möge in Ansehung der jetzigen schweren Zeit insbesondere bei den Geschäftsleuten ein gewisses Entgegenkommen gezeigt werden. - Bei der Post „Bürgeraufnahmesteuern“ regte Stadtrat Brauneiß eine Erhöhung an. Stadtrat Grünbeck sprach sich dagegen aus. Stadtrat Dechant gab der Meinung Ausdruck, daß die Bürger zur Leistung von Beiträgen für solche Institutionen heranzuziehen wären, welche den armen Bürgern selbst zugute kommen. - In seinem Schlußworte bemerkte der Berichterstatter Vizebürgermeister Hoß, daß die Anregungen zur Verwertung gelangen werden. Es werde sicher eine Form gefunden werden, um die Bürger - jedoch nur nach ihrer Vermögenslage - zur Leistung höherer Beiträge heranzuziehen. - Damit ist die Gruppe I „Verwaltung im Allgemeinen“ erledigt.

Bei der Post „Mietzinse von städtischen Häusern“ spricht Stadtrat Zatzka den Wunsch aus, daß bei Vermietungen der Obmann der Kontrollkommission zur Beratung herangezogen werde. Die Stadträte Fraß, Schmid, Wessely und Schneider sprechen ebenfalls zu diesem Gegenstande und bringen verschiedene Beschwerden wegen oft verspäteter Einladung zu den Kommissionen vor. - Bei der Post „Pachtschillinge für städtische Gründe“ wünscht Stadtrat Wippel die Regelung der Pachtzinse in den einzelnen Bezirken. Die Stadträte Knoll und Grünbeck sind dafür, daß in der jetzigen Zeit von Erhöhungen abgesehen werde. - Bei der Post „Ankauf von Liegenschaften“ wünscht Stadtrat Fraß einen Durchbruch durch die kaiserlichen Stallungen und Herstellung einer direkten Verbindung von der Inneren Stadt zum Museum auf der Schmelz. Derselbe Stadtrat wünscht ferner die Einstellung eines Betrages für die Durchführung mehrerer Straßenzüge im 7. Bezirk. - Bei der Post „Schulbauten“ verlangt Stadtrat Schwer die endliche Freigabe der Schulgebäude für Unterrichtszwecke. Er erwähnt, daß zum Beispiel in einer Schule 30 Chauffeure einquartier sind, infolgedessen müssen tausend Kinder Wechselunterricht haben. In einer anderen Schule befindet sich die ukrainische Legion. Er stellt den Antrag, es möge dem langgehegten Wunsche der Bevölkerung des 8. Bezirkes nach sofortiger Räumung dieser Schulen endlich Rechnung getragen werden. Die gleichen Beschwerden bringen die Stadträte Knoll und Wippel vor. Letzterer bemerkt, daß in einer Schule im 10. Bezirk eine kleine Radfahrabteilung, in einer zweiten Schule eine kleine Abteilung der polnischen Legion bequartiert sei. Diese kleinen Abteilungen könnten doch zusammengelegt und auf diese Weise Schulen freigegeben werden. Stadtrat Schmid beantragt die Fassung einer allgemeinen Resolution, welchem Antrag sich der Berichterstatter anschließt. - Bei der Post „Kindergärten“ wünscht Stadtrat Zatzka die Uebernahme des Kindergartens 13. Bezirk Hügelingasse 9. - Bei der Post „Jagdpaacht“ spricht sich Stadtrat Knoll dagegen aus, daß im Gemeindegebiete Wiens insbesondere in der Nähe verbauter Gebietsteile Gründe verpachtet werden. Damit ist die Gruppe III „Gemeindevermögen“ erledigt.

Bei der Post „Auslagen für Flurwache“ (Verwaltungsgruppe V für Sicherheitswesen) wünscht Stadtrat Wippel, daß seitens der Flurwächter eine größere Strenge angewendet werde. Vizebürgermeister Hierhammer berichtet über seine persönlichen Beobachtungen, wie die Leute, vor

nehmlich Frauen die schönen Anlagen verwüsten und ersucht, die Bevölkerung möge aufgeklärt werden, daß hier mehr Schonung am Platze wäre.

Bei der Verhandlung über Gruppe VI (Öffentliche Arbeiten) wünscht Stadtrat Wippel bei der Post „Pflasterungen“, daß die Umpflasterung der Favoritenstraße erst dann durchgeführt wird, wenn die Gleise vom Viadukt bis zum Columbusplatz hergestellt werden. - Bei der Post „Erhaltung der ungepflasterten Straßen“ verlangt Stadtrat Schwer die Berausung der Kinderspielplätze in der Schmid- und Albertgasse im 8. Bezirk. - Bei der Post „Schotterbeschaffung“ wünscht Stadtrat Grünbeck, daß die Kriegsgefangenen vom städtischen Steinbruch auf dem Exelberg nicht abgezogen werden, damit der Betrieb aufrecht erhalten werden kann. - Bei der Post „Abfuhr des Hauskehrichtes“ wünscht Stadtrat Fraß die möglichste Verbesserung der Kehrichtabfuhr. - Bei der Post „Dampfstraßenwalzen“ beantragt Stadtrat Dechant eine Regelung der Ueberlassung der Dampfstraßenwalzen an Private. - Bei der Post „Gartenanlagen“ verlangt StR. Wippel eine Vermehrung der Sitzgelegenheiten in den öffentlichen Gärten. Er regt weiters die Schaffung eines Marktes auf der geplanten Gartenanlage bei der Quellenstraße in die Triesterstraße an. Stadtrat Schmid fordert die Herstellung einer Anpflanzung zwischen der Paulanerkirche Mozartgasse und Wiedner Hauptstraße. StR. Knoll wünscht die Herstellung einer Anpflanzung bei der Strebersdorfer Kapelle. Stadtrat Dechant tritt für die Straßenregulierung bei der Kreuzung der Währingerstraße und Karl Beckgasse ein. - Bei der Post „Beleuchtung“ verlangt Stadtrat Grünbeck Ersparungsmaßnahmen in allen der Militärverwaltung überlassenen Gebäuden. - Bei der Post „Kanalbauten“ fordert Stadtrat Dechant die Erhaltung eines Entlastungskanales des Währinger Bachkanales in der Gentszgasse im 18. Bezirk. Er wünscht ferner, daß das Ansuchen der im vorigen Jahre bei der Wetterkatastrophe im 18. Bezirk geschädigten Geschäftsleute um Gewährung einer Unterstützung erledigt werde. Damit ist diese Gruppe erledigt und die Beratung wird abgebrochen.

Errichtung einer städtischen Brotfabrik.

Bei einer heute im Rathause abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates der Ersten Wiener Walzmühle Vonwiller & Co. A. G., an welcher bekanntlich die Gemeinde Wien mit 60 % des Aktienkapitales beteiligt ist, wurde die Errichtung einer Brotfabrik in Angliederung an das bestehende Mühlenunternehmen beschlossen. Die mit allen modernen technischen Behelfen ausgestattete Anlage wird auf den Gründen der Gemeinde Wien nächst dem städtischen Lagerhause errichtet werden. Das Projekt ist bereits bis in die Details vollkommen ausgearbeitet und wird vorläufig die Erzeugung von 200.000 Kilogramm Brot in 18 Stunden ermöglichen. Die Anlage wird derart situiert, daß Erweiterungsmöglichkeiten in jeder Richtung gegeben sind. Das neue Unternehmen wird die Erzeugung von Schwarzbrot betreiben und es ist geplant, daß die bestehenden Kleinbäckereibetriebe den Verkauf des Brotes übernehmen. Ueber die Mitwirkung der Wiener Bäcker bei diesem Unternehmen werden unverweilt Besprechungen eingeleitet werden.

Die Ausführung des Projektes ist lediglich von der Beistellung der bautechnischen Materialien abhängig, deren Beschaffung bereits bei den maßgebenden Stellen in die Wege geleitet wurde.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Dienstag 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab, in welcher die Wahl der drei Vizebürgermeister vorgenommen werden wird. Auf der Tagesordnung stehen 29 Geschäftstücke, darunter der Verwaltungsbericht der städtischen Elektrizitätswerke, Rechnungsabschluß der Stellwagenunternehmung, Umgestaltung

der Allgemeinen Oesterreichischen Viehverwertungsgesellschaft und Liquidation der I. Wiener Großschlachtereier A. G., Einhebung der Gemeindezuschläge zu den direkten Steuern und Vorkontrollungen wegen Fortbestehens von befristeten Einnahmequellen der Gemeinde Wien, Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen, Subventionen, Bauangelegenheiten, etc. - Der Stadtrat tritt Montag und Dienstag nächster Woche zu Sitzungen zusammen.

Die Kosten für die Lebensmittelkarten. In der nächsten Gemeinderatsitzung wird Stadtrat Dr. Mataja über eine Angelegenheit berichten, welche für alle Städte Oesterreichs von Wichtigkeit ist. Das Ministerium des Innern hat nämlich mit Erlaß vom 28. Juni 1916 entschieden, daß die Gemeinde Wien für die infolge der Ausgabe von Brot-, Zucker- und Kaffeekarten für ihren Verwaltungsbercich erwachsenen Kosten als mit dem übertragenen Wirkungskreise verbundenen Auslagen aus Gemeindemitteln aufzukommen habe. Dem Gemeinderate wird der Antrag vorgelegt werden, gegen diesen Erlaß die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Der Namenstag des Königs Ferdinand von Bulgarien. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat anlässlich des Namensfestes des Königs von Bulgarien an diesen ein herzliches Glückwunschsreiben gerichtet, in dessen Beantwortung folgende Depesche einlangte: „Euerer Exzellenz danke ich herzlichst für die namens der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien anlässlich meines Namenstages mir dargebrachten aufrichtigen Glückwünsche. Das treue und liebevolle Gedenken der Bürgerschaft Wiens erfüllt mein Herz stets mit besonderer Freude. Ferdinand.“

NB. Der heutigen Korrespondenz liegt eine Vorlage über die Kriegszulagen an die Straßenbahnbediensteten bei.

27. Jahrg. Wien, Montag, 4. Juni 1917. Nr. 209.

Sparsamkeit im Gasverbrauche. Die tägliche Gasabgabe der Wiener städtischen Gaswerke ist fortgesetzt bedeutend höher als in den Vorjahren. Da die Zahl der Gasabnehmer infolge Mangels an Gasmessern und Arbeitskräften nur sehr wenig gewachsen ist, ist der große Mehrverbrauch durch eine stärkere Benützung der Gasanlagen verursacht. Der Gasverbrauch muß aber mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit soweit als nur möglich eingeschränkt werden, wenn die Versorgung Wiens mit Gas zu Beleuchtungs-, Koch- und gewerbetechnischen Zwecken im nächsten Winter aufrechtbleiben soll. Es ist daher unbedingt notwendig, daß in erster Reihe die Abnehmer von Gas zu Leucht- und Kochzwecken ihren Verbrauch aufs Äußerste einschränken. Andernfalls müßten schon in den Sommermonaten weitgehende allgemeine Beschränkungsmaßnahmen zur Durchführung kommen.

Obmännerkonferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand heute eine Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt, in welcher die bereits bekannten Anträge des Stadtrates über die Zuwendung einer einmaligen Aushilfe und über Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen zur Kenntnis genommen wurden. Hieran knüpfte sich eine längere Debatte über die Bedeckung der hiedurch bedingten Mehrauslagen, an welcher sich sämtliche Mitglieder der Konferenz beteiligten.

Die heurigen Hauptferien an den Schulen. Der Landesschulrat hat, wie bereits berichtet, die ausnahmsweise Verlegung der diesjährigen Hauptferien an den Wiener Volks- und Bürgerschulen auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. August festgesetzt. Demgemäß hat der k.k. Bezirksschulrat Wien verfügt, daß der letzte Unterricht sowie die Verteilung der Zeugnisse am 28. Juni, die Dankmesse am 30. Juni d.J. stattfindet. Die Schuleinschreibungen für das nächste Schuljahr sind am 29., 30. und 31. August vorzunehmen. Am 1. September haben die Kinder einer hl. Geistmesse anzuwohnen, worauf am 3. September der ordentliche Unterricht beginnt.

Eine neue Kriegsküche. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Knoll die Errichtung einer neuen Kriegsküche in den Räumen der Schule 21. Bezirk Brünner Straße 139.

Verein zur Pflege des Jugendspielles. Die Haupt- (Jubiläums-) Versammlung des Vereines zur Pflege des Jugendspielles in Wien findet am Samstag, den 9. Juni 1917 um 5 Uhr nachmittags im großen Sitzungssaale des alten Rathauses 1. Bezirk Wipplingerstraße 8 statt.

Hauptvoranschlag der Stadt Wien.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde die Beratung über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1917/18 fortgesetzt. Bei der Verhandlung der Gruppe 7 (Markt- und Approvisierungsangelegenheiten) brachte Stadtrat Grünbeck Beschwerden über die Gebarung der Zentralstellen vor. Er wünschte insbesondere die möglichste Dezentralisierung der Abgabestellen für unbedingt erforderliche Lebensmittel und einen Schutz der kleinen Geschäftsleute vor Drangsaliierungen. Kleine Uebersetzungen werden an den Pranger gestellt, während die Bevölkerung den großen Preisstreibern schutzlos ausgeliefert sei.

Die Gemeinde soll es ferner ablehnen, auf den Märkten Klee zu verkaufen. Stadtrat Wippel wünscht Vorkehrungen gegen das Anstellen und fordert insbesondere die ehestmöglichste Errichtung des Marktes an der Kreuzung der Triester Straße und Quellenstraße. - Stadtrat Schwer kritisiert die Regierungsverordnung über die Obstverwertung und stellt den Antrag, den Magistrat anzuweisen, daß wegen Abgabe von Einsiedezucker an die Bevölkerung Schritte unternommen werden. Er fordert ferner die sofortige Beschlagnahme der gesamten Obsternte und die Erlassung eines Ausfuhrverbotes für Obst. Er bespricht auch die Regelung der Milchabgabe an die Kleinver schleißer und wünscht schließlich, daß das von der neuen Brotfabrik zu erzeugende Brot ausschließlich den Bäckern zum Verschleiß übergeben wird. Berichterstatter Vizebürgermeister Hoß reflektiert in seinem Schlußwort ausführlich auf die vorgebrachten Wünsche.

Bei der Beratung der Gruppe 8 (Sanitätswesen) werden folgende Anregungen gegeben: Erbauung einer Leichenkammer am Baumgartner Friedhof (Stadtrat Brauneis); Regelung des Bestattungswesens am Meidlinger Friedhofe insbesondere Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Versenkungsapparaten (Stadtrat Poyer); Errichtung einer Sanitätsstation und Einrichtung einer Krankentransportstation im 21. Bezirk (Stadtrat Knoll); Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Stifte Klosterneuburg wegen Erwerbung von Gründen zur Erweiterung des Hietzinger Friedhofes (Stadtrat Zatzka); Vorsorge wegen Ankaufes von Gründen zur Erweiterung des Hernalser Friedhofes (Stadtrat Grünbeck); Beschleunigung aller Vorarbeiten, damit nach Kriegsschluß ehestens mit dem Bau eines Bades im 10. Bezirk begonnen werden kann (Stadtrat Wippel); Erbauung eines Bades im 4. Bezirk (Stadtrat Schmid); Herstellung einer Verbindung des 2. Bezirkes mit dem Strandbade Gänsehäufel durch eine Ueberfuhr über die alte Donau (Stadtrat Knoll); Errichtung eines großen Bades für den 3. und 11. Bezirk (Stadtrat Dr. Haas); Erbauung eines Bades im Bezirksteile Zwischenbrücken im 20. Bezirk und Wiederaufstellung des Strombades (Stadtrat Schneider); Zuweisung von Kindern aus dem 14. und 15. Bezirk zum Bade im 13. Bezirk, da infolge der zuweiten Entfernung das Strandbad Gänsehäufel für die Kinder aus diesen Bezirken nicht in Betracht kommt (Stadtrat Brauneis). Der Antrag des Stadtrates Dr. Haas auf Errichtung eines Bades für den 3. und 11. Bezirk wird von Stadtrat Braun wärmstens unterstützt.

Bei der Beratung der Gruppe 12 (Konskriptions-Angelegenheiten) urgiert Stadtrat Wippel das Referat auf einheitliche Durchführung gleicher Gassen-Aufschrifttafeln.

Bei Beratung der Gruppe 13 (verschiedene Zwecke) wünscht Stadtrat Wippel, daß der Instandhaltung der öffentlichen Uhren größere Aufmerksamkeit zugewendet werde. Stadtrat Schmid beantragt die Errichtung einer öffentlichen Uhr im Drasche Park.

Bürgerklub. Der gemeinderätliche Bürgerklub hielt heute unter dem Vorsitz seines Obmannes Oberkurators v. Steiner eine mehrstündige Sitzung ab, zu deren Beginn der Vorsitzende dem GR. Dolezal ehrende Worte des Nachrufes widmete, die von den Versammelten stehend angehört wurden. Es wurden nun mittelst Zuruf unter besonderer Anerkennung für die bisherige Tätigkeit der Vizebürgermeister deren Namhaftmachung für die auf der Tagesordnung der morgigen Gemeinderatsitzung stehenden Wahlen genehmigt, worauf B. VB. Hierhammer in seinem und im Namen der beiden anderen Herren den Dank aussprach. Ebenso wurden die bisherigen Schriftführer, deren Wahl in einer der nächsten Sitzungen vorgenommen werden soll, neuerlich aufgestellt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete über die in der Vorwoche stattgefundene Sitzung des gemeinderätlichen Ausschusses für die ~~Abänderung~~ ^{Neuordnung} des Gemeindevorstandes und der ~~Wahlordnung~~ ^{Gemeindewahlrechtes} und ersuchte den Klub zu dem Antrage des GR. Dr. Hemala Stellung zu nehmen, welcher eine Aufforderung an die Regierung beinhaltet, Burgfriedenswahlen für den n.ö. Landtag zur Durchführung zu bringen, damit die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die durchzuführende Abänderung des Gemeindestatutes und der Wahlordnung geschaffen werden. Nach kurzer Beratung wurde diesem Antrag einstimmig die Genehmigung erteilt.

Der Bürgermeister berichtete sodann über die an die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen zu gewährenden Aushilfen und Lohnerhöhungen. Direktor Spängler begründete die gestellten Anträge und erwähnte hierbei besonders, daß bezüglich der Unterbeamten die Vorarbeiten noch nicht fertiggestellt seien, daß aber schon in den nächsten Tagen eine eigene Vorlage dem Gemeinderate unterbreitet werden soll. An der sich hieran schließenden Wechselrede beteiligten sich die GR. Angeli, Kunschak, Ulreich und Pichler, worauf die Anträge des Stadtrates einstimmig angenommen wurden.

VB. Hoß berichtete schließlich über die morgen dem Gemeinderate vorzulegenden Anträge hinsichtlich der Einhebung der Gemeindezuschläge zu den direkten Steuern im Verwaltungsjahre 1917/18 und der Vorkehrung wegen Fortbestehens von befristeten Einnahmequellen der Gemeinde Wien. Auch diesen Anträgen wurde zugestimmt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 5. Juni 1917. Nr. 210.

Die Stadt Wien an Generaloberst Boroewic. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat nachstehendes Telegramm an Generaloberst Boroewic gerichtet:

„Die k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien entbietet Euer Exzellenz zur siegreichen Abwehr des welschen Feindes in der zehnten Isonzoschlacht ihre innigen Dankesgrüße und beglückwünscht Euer Exzellenz herzlichst zur Allerhöchsten Verleihung des Maria Theresien-Ordens. Gott schütze Ihre Helden und verleihe ihnen weiter die Kraft, auszuharren in dem Kampfe um unseres Vaterlandes geheiligten Boden; Gott schirme den ruhmgekrönten Feldherrn, an dessen Führergeist die Eroberungslust des Erbfeindes auch in diesem harten Kampfe sich gebrochen hat!“

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 5. Juni 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und stellt Statthalterrat Wimmer als Vertreter des Statthalters vor.

Der Vorsitzende hält dem am 7. Mai verstorbenen Gemeinderat Theodor Dolezal einen herzlichen Nachruf und teilt mit, daß in Vertretung des Präsidiums Vizebürgermeister Hierhammer am Leichenbegängnisse in Melk teilgenommen habe.

Der Nachruf wird von den Versammelten stehend angehört.

Stattrat Baron legt sein Mandat als Stattrat aus Gesundheitsrückichten zurück.

Gemeinderat von Steiner stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, durch eine Verlautbarung die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß die Unzukömmlichkeiten, welche sich bei der Anmeldung für den Besuch von Heilbädern, Kurorten und Sommerfrischen ergeben haben, nicht auf die Verfügungen des Magistrates und auf die Tätigkeit des Landesverbandes für Fremdenverkehr, sondern auf die verspäteten und nicht zweckentsprechenden Verfügungen des Volksernährungsamtes zurückzuführen sind. 2. Beim Volksernährungsamte dahin zu wirken, daß die von demselben bei Erlassung der Anordnungen für die erste Anmeldung begangenen Fehler, bei der verlängerten Anmeldefrist nicht wiederholt, sondern durch klare und jede Zweifel ausschließende Bestimmungen vermieden werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Ich werde dem Wunsche des Interpellanten entsprechen, behalte mir jedoch vor, auf diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung zurückzukommen.

Gemeinderat Gussenbauer stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, die Entlohnungsverhältnisse der städt. Kinderwärterinnen, die eine soziale Rückständigkeit bedeuten, zu überprüfen und wenn begründet, einer baldigen zeitgemäßen Regelung zuzuführen, wobei ein besonderes Augenmerk auf die noch offene Frage der Altersversorgung zu richten wäre.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Hierzu muß ich bemerken, daß die Wärterinnen außer den fixen Lohnbezügen noch eine Reihe von Nebengebühren beziehen wie die Hausbesorgerbestallung, Heizzulagen, Reinigungspauschale und Zulagen für Fensterputzen und Bodeneinlassen. Es stellen sich diese Nebenbezüge beim größten Kindergarten auf jährlich 1050 K., beim kleinsten auf ungefähr 200 K. Die Wärterinnen der größeren Kindergärten halten sich sogar ein eigenes Dienstpersonal zur Vornahme der Reinigungsarbeiten. Uebrigens ist die Eingabe der Kinderwärterinnen wegen Regulierung der Lohnbezüge in Verhandlung und wird anlässlich der Regulierung der Gehalte der

Kindergärtnerinnen zur Beratung gelangen.

Gemeinderat Ullreich stellt eine Anfrage über die Aufhebung des Rauchverbotes auf den Beiwagen der städtischen Straßenbahnen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, er werde diese Anfrage als Antrag behandeln und der geschäftsordnungsmäßigen Erledigung zuführen.

Gemeinderat Wimmer weist in einer Interpellation darauf hin, daß durch den großen Verkehr der Kraftfahrzeuge in den Straßen Wiens an den Häusern bedeutende Schäden durch die hervorgerufene Erschütterung festgestellt wurden. Er wünscht, entweder die Herstellung eines widerstandskräftigeren Pflasters oder die Erlassung eines Verbotes des schnellen Fahrens dieser Kraftfahrzeuge.

Der Vorsitzende erwidert, daß Neupflasterungen derzeit wegen Mangels an Arbeitskräften und Baustoffen kaum durchführbar sind. Die Fahrgeschwindigkeit der Lastkraftwagen wurde durch Ministerialverordnung auf 9 km bei gepflasterter und auf 12 km in der Stunde bei ungepflasterter Fahrbahn herabgesetzt. Der Magistrat hat die Polizeidirektion ersucht, dahin zu wirken, daß die Vorschrift mit der nötigen Strenge gehandhabt wird.

Der Bürgermeister bemerkt weiters dazu: Diese Autos sind schon eine Qual. Gehen Sie hinaus über den Exelberg und Sie werden sehen, wie dort die Straßen derart ruiniert sind, daß schwere Geldopfer erforderlich sein werden, um sie wieder in Ordnung zu bringen. Wenn ein Lastauto am Rathaus vorüberfährt, dann ist die Erschütterung selbst in diesem gewiß festen Bau bemerkbar. Ich werde die nötigen Schritte einleiten, um mögliche Abhilfe zu erwirken.

Gemeinderat Ullreich fragt, ob der Bürgermeister auf die Freigabe von Zucker zu Einsiedezwecken hinwirken wolle und ob er geneigt sei, beim Ernährungsminister eine Ueberprüfung der Obstaukäufe seitens der Marmelade Fabriken und der Zwischenhändler zu verlangen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Ich kann mir denken, daß das der Schmerz von Hunderttausenden Hausfrauen ist, daß der Zuckerbezug für Einsiedezwecke nicht durch Zuckerzusatzkarten geregelt wird. Ich bin offiziell durch eine Zuschrift über die Absicht des Volksernährungsamtes von dieser Maßregel noch nicht verständigt. Ich werde die Interpellation zum Anlaß nehmen, um beim Volksernährungsamte zu intervenieren. Bezüglich des zweiten Punktes wissen ja die Herren, daß wieder eine der berühmten Zentralstellen geschaffen wurde und ich glaube, daß wir vom Volksernährungsamte verlangen müssen, daß die strengste Kontrolle ausgeübt werde.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller gibt in einer Anfrage die Anregung, daß Jugendliche, welche auf Grund gerichtlicher Urteile bestimmter Verfehlungen schuldig erkannt wurden, ohne Verzug in weiter Entfernung von der Großstadt auf dem Lande in Erziehungscolonien konzentriert werden, in welchen sie teils zur Landwirtschaft, teils zu bestimmten Gewerben erzogen werden sollten. Solche Colonien müßten raschestens ins Leben gerufen werden wenn ernstlich an eine Eindämmung einer der schlimmsten Folgeerscheinungen des Krieges gedacht werden solle.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Fürsorge für Jugendliche in dem Umfange, wie Sie der Herr Interpellant wünscht, ist infolge Mangels an Mitteln und auch infolge Mangels von Anstalten, in welchen sie untergebracht werden sollen, dormalen schwer möglich. Uebrigens wurde durch eine in der letzten Zeit erschienene Verordnung des Justizministeriums ein besonderer Kredit für Jugendliche eingerichtet und auch vom neuen Ministerium für soziale Fürsorge darf erwartet werden, daß die von dem Interpellanten gestellte Anregung in die Tat umgesetzt wird.

Ich habe bei der Regierung und beim Ministerium Schritte eingeleitet, damit wir endlich einmal wieder mindestens den größten Teil der Schulen wieder zurückbekommen, daß vom nächsten Schuljahre an ein geregelter Unter-

richt einsetzen kann. Von dem unregelmäßigen Schulunterricht rührt nicht bloß die Verwahrlosung eines Teiles der Schuljugend her, die ganze Schuljugend wird in ihrem Wissen verkürzt und die jungen Leute treten nach Vollendung des Unterrichtes mit geringerem Wissen in das Leben ein. Wir haben damals geglaubt, daß der Krieg nur 6 Monate dauern werde und so lange hätte es die Jugend auch bei einer Verringerung der Zahl der Schulen ausgehalten. Der Krieg dauert aber nun drei Jahre und es muß deshalb der Forderung nach Rückgabe der Schulen unbedingt Rechnung getragen werden. (Lebhafter Beifall.)

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller urgiert in einer Anfrage seine am 23. Februar d.J. gestellte Interpellation, in welcher auf die nach Friedensschluß im Hinblick auf den langen Stillstand jeglicher Bautätigkeit in Wien drohende Not an Kleinwohnungen bzw. an Unterküften für Einzelpersonen hingewiesen und eine Reihe von Vorschlägen erstattet wurde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, daß das Stadtbaunamt bereits jene Bauten ermittelt habe, welche entweder ganz oder teilweise leerstehen oder von Behörden und Aemtern belegt sind oder welche nur für Kriegsdauer in Anspruch genommen werden. Für die Heranziehung einzelner dieser Gebäude seien noch weitere gründliche Erhebungen notwendig, das Wohnungsamt werde ehestens über das Ergebnis berichten. Wegen der Vollendung baulich noch nicht fertiggestellter Häuser stehe die Gemeinde mit der Staatsverwaltung in Verhandlung. Ich habe insbesondere beim Finanzministerium Entgegenkommen gefunden und es müssen da die stärksten Hebel angesetzt werden, damit rasch wieder neue Wohnungen entstehen. Ich bin überzeugt, daß der Vorstand des Wohnungsamtes, Herr Magistratsrat Dr. Sagmeister, sicherlich rechtzeitig die betreffenden Vorlagen dem Gemeinderate unterbreiten wird.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller weist in einer Anfrage darauf hin, daß die Approvisionierungsangelegenheiten des Marktamtes gegenüber den Friedenszeiten ins Unermeßliche gewachsen sind und es deshalb zweckmäßig wäre, wenn alle Nebenagenden anderen magistratischen Stellen überwiesen würden. Er fragt, ob der Bürgermeister eine Neuorganisation des städtischen Marktamtes in Erwägung ziehen wolle.

Bgm. Dr. Weiskirchner: erwidert, er habe bereits am 10. August einen Erlaß an den Magistratsdirektor gerichtet, mit dem Auftrage, die Marktamtsbeamten von allen ihren Nebenagenden möglichst zu entlasten. In den letzten Tagen habe er noch insbesondere verfügt, daß ihnen alle Kassengeschäfte, welche sie ja während der Friedenszeit leicht bewältigen konnten, abgenommen werden. Auch mir, sagte der Bürgermeister, liegt es am Herzen, daß die Marktamtsbeamten sich ihren eigentlichen Aufgaben voll und ganz hingeben können.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller weist auf die Zunahme der durch Tuberkulose verursachten Sterbefälle während des Krieges in Wien hin und fragt, ob der Bürgermeister mit Rücksicht auf die herannahende reißende Jahreszeit der aus hygienischen Gründen so wichtigen und für die Volksgesundheit so bedeutsamen Kehrichtentfernung von den Straßen eventuell im Einvernehmen mit der Militärbehörde wegen Beistellung von Wagen und Pferden sein Augenmerk zuwenden wolle.

Der Bürgermeister verweist auf die verschiedenen Betriebschwierigkeiten, hauptsächlich hervorgerufen durch die Einberufung der Kutscher und erklärt, daß durch die zugestandene Verwendung von militärischen Fuhrwerken zur Kehrichtabfuhr eine Besserung zu gewärtigen sei.

Todesfall. Gemeinderat Theodor Daberkow hat durch den am 3. d. M. erfolgten Tod seiner Gattin, Frau Sidonie Caroline Daberkow, einen schweren Verlust erlitten. Die Einsegnung findet morgen in der Pfarrkirche zu St. Laurenz am Schottenfeld, die Bestattung am Hietzinger Friedhof statt.

2
Gründung eines Reichsverbandes der Baumeister Oesterreichs. Morgen, Mittwoch, vormittags versammelt sich die ständige Delegation der Baumeister Oesterreichs zu einer Tagung, der zahlreiche Delegierte aus allen Kronländern anwohnen werden. Auf der Tagesordnung steht: Die Gründung eines Reichsverbandes der Baumeister Oesterreichs. Den Vorsitz in der Tagung führt Präsident Oberbaurat Carl Edler von Stigler.

Gemeinderat Skaret fragt, ob der Bürgermeister sich mit seinem ganzen Einfluß dafür einsetzen wolle, daß die rechtzeitige Räumung der Schulgebäude so rasch als möglich erfolge, damit die Wiederaufnahme des vollen Schulbetriebes im kommenden Schuljahre ermöglicht wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verweist auf seine frühere, diesbezügliche Interpellations-Beantwortung.

Gemeinderat Hohensinner fragt, ob der Bürgermeister neuerdings an zuständiger Stelle seinen Einfluß für die Sanktionierung des Lehrerbeseoldungsgesetzes vom Jahre 1914 geltend machen wolle.

Der Vorsitzende erwidert, daß durch die nichterfolgte Sanktion die Lehrpersonen keinen geldlichen Schaden erleiden. Er werde übrigens das Geeignete veranlassen, damit die gesetzliche Sanktion baldigst durchgeführt werde.

GR. Hohensinner stellt eine ausführlich begründete Anfrage, in welcher er hervorhebt, dass den Brotkommissionen der Vorwurf gemacht werde, dass mehr Lebensmittelkarten im Umlaufe sind, als der Bevölkerungszahl entspricht, dass ferner den Mitgliedern der Kommissionen, Misstrauen in Bezug auf die Verrechnung der Diäten entgegengebracht werde und dass den Lehrern die unangenehmsten Arbeiten übertragen werden, die geeignet sind, den Hass der Bevölkerung auf sie zu lenken. Er fragt, ob der Bürgermeister die Brotkommissionen vor ungerechtfertigten Vorwürfen schützen und dahin wirken wolle, dass den Mitgliedern für ihre amtlichen Arbeiten der Amtscharakter gegeben werde, ferner ob der Bürgermeister dafür sorgen wolle, dass den Mitgliedern, die für ihre Arbeit nötige Zeit eingeräumt werde, um die Nervenkräfte der Lehrerschaft vor Erschöpfung zu bewahren und ob der Bürgermeister schliesslich veranlassen wolle, dass die Auszahlung der Diäten nicht mit monatelanger Verspätung erfolge.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert eine angeblich unfreundliche Behandlung könne nur auf eine irriige Auffassung zurückzuführen sein. Ein Runderlass der Statthaltereirei brachte nämlich den Obmännern der Brot- und Mehlkommissionen zur Kenntnis, dass die Ursache des eventuellen Vorkommens von mehr als entsprechenden Lebensmittelkarten besonders Brotkarten entweder in der nicht pflichtgemässen oder nicht genügend sorgsamem Vorsehung des Dienstes seitens der mit der Ausgabe der Lebensmittelkarten betrauten Organe oder in falschen Angaben der Bevölkerung zu suchen sei. Die Brotkommissionen wurden nur angewiesen gegen Uebertretungen von Parteien vorzugehen und so etwaige Uebelstände abschaffen zu helfen. Was die Anliegen der in den Brot- und Mehlkommissionen tätigen Lehrerschaft betrifft, so wurde bereits eine amtliche Besprechung mit denselben beschlossen und die Auszahlung der Diäten erfolgte niemals mit monatelanger Verspätung, vielmehr ist die Durchführung der diesbezüglichen Arbeiten seitens des Wiener Magistrates stets mit grösstmöglicher Beschleunigung erfolgt. Der Bürgermeister brachte hierbei zur Kenntnis, dass vom 11. April 1915 bis 30. April 1917 insgesamt K 4729.456.-- Kronen an die Brot und Mehlkommissionen zur Auszahlung gebracht wurden.

GR. Penz stellt den Antrag, der Bürgermeister wolle mit Rücksicht auf die Ende Juli zu gewärtigende gänzliche Einstellung der Bierlieferung seitens des Brauhauses der Stadt Wien die erforderlichen Schritte einleiten, dass während der bierlosen Zeit ein Ersatzgetränk für Bier erzeugt und zum Ausschank gebracht werden kann und nach der neuen Ernte ein einheitliches Dünnbier erzeugt werde.

GR. Penz und Genossen stellen weiters um einerseits die Bevölkerung zu befriedigen, andererseits um die Erhaltung des besonders jetzt um seine Existenz schwer ringenden Gastwirtsstandes zu ermöglichen, den Antrag, der Bürgermeister wolle veranlassen, dass in Niederösterreich ähnlich wie dies bereits in Oberösterreich erfolgt sei, eine Obstmostverteilungsstelle unter Mitwirkung des n.ö. Landeskulturrates, der Gemeinde Wien, des n.ö. gastgewerblichen Landesverbandes und der Verbraucherorganisation errichtet werde.

GR. Rummelhardt und Genossen richten an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen, beim k.k. Ernährungsamte dahin zu wirken, dass das Verbot einer geteilten Rayonierung für Sommerparteien in Bezug auf die Milch aufgehoben werde, da es natürlicher und praktischer erscheint, die Milch am Produktionsorte zu beziehen.

GR. Philp bringt einen gleichen Antrag ein.

GR. Gussenbauer stellt den Antrag, die Gemeinde Wien möge dem Kriegerheimstätten-Fond des Vereines „Südmark“ einen entsprechenden Unterstützungsbeitrag widmen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Erledigung zugewiesen.

Es wird hierauf zur Wahl der drei Vize-Bürgermeister geschritten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bestimmt die Gemeinderäte HeroId und Schlechter zu Skrutatoren und die Gemeinderäte Leitner und Philp zu Schriftführern des Wahlaktes.

In der mittels Namensaufruf und Stimmzettel vorgenommenen Wahl werden neuerlich gewählt zum I. Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer mit 112 Stimmen (21 Stimmzettel leer), zum II. Vize-Bürgermeister Franz Hoß mit 112 Stimmen (20 Stimmzettel leer) und zum III. Vize-Bürgermeister Josef Rain mit 111 Stimmen (21 Stimmzettel leer).

Die Gewählten erklären die Wahl anzunehmen, sowie bisher auch in Zukunft getreulich alle Pflichten zu erfüllen und danken für den neuerlichen Beweis des Vertrauens seitens ihrer Gemeinderatskollegen.

Statthaltereirat Wimmer hält nunmehr an die Wiedergewählten folgende Ansprache:

Nachdem Sie, meine sehr geehrten Herren, von der Versammlung des Gemeinderates am 5. Juni 1914 zu Vize-Bürgermeistern der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gewählt worden sind, ist diese Ihre Funktion nach dem Gesetze mit dem heutigen Tage erloschen. Der Gemeinderat hat sich daher heute versammelt, um die Wiederbesetzung der erledigten Stellen durch Wahl vorzunehmen.

Durch das eben verkündete Ergebnis der Wahl, wurden Sie, sehr geehrte Herren, abermals auf die Stelle des ersten, zweiten und dritten Vize-Bürgermeisters berufen.

Ihre abgelauene Funktionsperiode ist in eine Zeit gefallen, wie sie unser altes Oesterreich und seine Reichshaupt- und Residenzstadt seit ihrem Bestande noch nicht erlebt haben, in die Zeit des grössten Krieges, welchen die Geschichte kennt.

Dieser Krieg hat die Völker Oesterreichs vor ungeahnte Aufgaben gestellt und zwar nicht nur die, welche draussen eine eiserne Mauer gegen den Ansturm der Feinde bilden, sondern auch die, welche im Hinterlande in treuer

Pflichterfüllung dafür zu sorgen haben, dass das öffentliche Leben seinen Fortgang finde und dass das Gespenst der Aushungerung, mit welcher unsere Feinde in ohnmächtiger Wut gedroht haben, gsbannt bleibe. In dieser gewaltigen Zeit, meine sehr geehrten Herren, haben Sie in den letztergangenen drei Jahren gewirkt, ohne zu wanken und Sie können daher in Ihrer Wiederwahl ein Zeichen des besonderen Vertrauens und eine volle Anerkennung Ihrer bisherigen Leistungen mit Stolz und Genugtuung erblicken.

Seine Exzellenz der Herr Statthalter hat mich beauftragt, Ihnen meine sehr geehrten Herren Vize-Bürgermeister, seine wärmsten Glückwünsche zu Ihrer Neuwahl auszusprechen und Ihnen den vom Gesetze vorgeschriebenen Eid abzunehmen.

Ich lade Sie demnach ein, den Diensteid in meine Hände abzulegen.

Nach der Verlesung der Eidesformel durch GR. Philp legen die Neugewählten sodann ihren Amtseid in die Hände des Regierungsvertreters ab. Dieselben sind Gegenstand herzlicher Beglückwünschungen im Gemeinderate.

Nun wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bürgermeister Hoß stellt folgenden Antrag: Die Gemeindegzuschläge zur Grund- Erwerb- Renten- und Besoldungssteuer sind im Verwaltungsjahre 1917/1918 im gleichen Ausmasse einzuheben, wie im Verwaltungsjahre 1916/1917.

Der Magistrat wird beauftragt, die legislative Genehmigung einzuholen.

Der Antrag des Berichterstatters wird ohne Wechselrede zum Beschlusse erhoben.

Vize-Bürgermeister Hoß berichtet über die Vorkehrungen wegen Fortbestehens von befristeten Einnahmsquellen der Gemeinde Wien.

GR. Skaret gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass eine Erledigung des Ansuchens um Erhöhung des Totalisateursteuerszuschlages von 40 auf 80% seitens der Regierung noch immer nicht erfolgt sei. Ich betrachte es, sagt Redner, als schweren Fehler, dass wir in Oesterreich jetzt nach 3 Jahren Krieg uns immer noch in derartigen traurigen Verfassungszuständen befinden, dass alles, was für den Gemeindehaushalt notwendig ist, nur schwer zu erreichen ist. Es ist ein ganz unmöglicher Zustand, dass die Landtage, soweit sie noch zurecht bestehen, nicht einberufen sind und dass für die Landtage, deren Funktionen bereits abgelaufen sind, die Wahlen nicht ausgeschrieben wurden, wie dies in anderen Ländern geschehen ist; es geht nicht an auf der einen Seite Verfassung zu spielen und auf der anderen die Zustände zu lassen, wie sie sind. Ich glaube, es ist am Platze, dass wir unserem Befremden darüber Ausdruck geben, dass die Regierung wohl Steuern in Unmenge über die Bevölkerung verhängt, dort aber, wo es sich um ihre Kreise handelt, dabei zurückhält.

GR. Dr. Schwarz-Hiller erhebt gleichfalls dagegen Einspruch, dass die Eingabe des Gemeinderates betreffend den Totalisateursteuerszuschlag bis jetzt noch immer nicht erledigt wurde, was umso bedauerlicher sei, als die Umsätze auf den Rennplätzen gerade während der Kriegszeit in unglaublicher Weise gestiegen sind und die Gemeinde durch das Zögern der Regierung um eine bedeutende Einnahme gebracht worden sei. Er bittet in energischer Weise an den Finanzminister heranzutreten, damit endlich diese Angelegenheit erledigt werde und es zu einem Beschlusse komme, der den Interessen der Gemeinde Wien voll und ganz Rechnung trägt.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der vorgelegte Antrag einstimmig angenommen.

STR. Schneider berichtet über die Erledigung wechselseitiger Forderungen der städt. Strassenbahnen und der Gemeinde Wien anlässlich der Errichtung von Bedienstetenwohnhäusern der städtischen Strassenbahnen in Hernals und Kagran, bzw. der Baulinienbestimmung und Grundeinbeziehung für den Betriebsbahnhof im XII. Bezirke Koppreitergasse und Grundabtretung beim Betriebsbahnhof Floridsdorf (genehmigt).

3
Ueber Antrag des Vize-Bürgermeisters Hoß wird der Verwaltungsbericht und die Bilanz des städtischen Elektrizitätswerkes in Wien einschliesslich der Braunkohlenbergbauergewerkschaft Zillingdorf und des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth für die Zeit vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916 genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hoß beantragt dem Verein „Wiener Kinder aufs Land“ eine Zuwendung im Betrage von 150.000 Kronen zu gewähren. (angenommen).

Nach einem Berichte des gleichen Berichterstatters werden die Mehrkosten für die Anschaffung von Schuhen für Arme im Winter 1916/1917 per 22.551 Kronen genehmigt.

Gemäss dem Antrage des Vize-Bürgermeisters Rain wird der Rechnungsabschluss der städt. Stellwagenunternehmung über das Betriebsjahr 1915/1916 mit einem Gebahrungsabgang von 1.470.646 Kronen, der auf neue Rechnung vorgebracht wird, genehmigt.

Nach einem Antrage des STR. Dr. Haas wird der Ankauf von Gründen im 3. Bezirke zwischen der unteren Weissgärberstrasse und der Weissgärberlände im Ausmasse von 682 m² um 102.64 Kronen per m² beschlossen.

STR. Dr. Haas beantragt weiters für Strassenherstellungen auf den Modena-Gründen im 3. Bezirk das Mehrerfordernis von 48.000 Kronen zu bewilligen. (angenommen).

GR. von Steiner legt die vom Ministerium genehmigten Satzungen des Wiener Kriegerheimstättenfondes sowie den Baurechtsvertrag bezüglich der Gründe in Aspern vor. (Genehmigt.)

STR. Brauneis beantragt den Ankauf der Liegenschaft 14. Bezirk E.Z. 994 im Ausmasse von 391 m² um 30.000 Kronen. (Ang.)

Nach einem Antrage des STR. Grünbeck wird die vorzeitige Auszahlung von Kaufschillingraten für angekaufte Liegenschaften im 17. Bezirk genehmigt.

STR. Poyer beantragt die Abänderung der Vertragsbestimmungen mit der Wiener Bezirkskrankenasse, betreffend die Verpachtung des sogenannten Hütteldorfer Paradieses zur Errichtung einer Tageserholungsstätte. (Ang.)

STR. Zatzka beantragt den Ankauf von Liegenschaften in Hütteldorf im Ausmasse von 96.926 m² um 140.000 Kronen. (Ang.)

STR. Zatzka berichtet über die Baulinienbestimmung für den Kaisergarten im 2. Bezirke.

GR. Neustadt erinnert an den Sturm der Entrüstung, der sich erhob, als es hiess, der Augarten werde verbaut werden. Damals sei es gelungen, dies zu verhindern. Es bestehe allerdings ein Vertrag, dass der Kaisergarten nicht

verbaut werden dürfe. Er müsse namens der Bevölkerung des II. Bezirkes sich gegen jegliche derartige Absicht auf das Schärfste verwahren. (Lebhafter Beifall). Es gehe nicht an, dass der Prater, nachdem schon die ganze Donaustadt verbaut wurde, auch in seinem mittleren Teile mit Zinshäusern verschandelt werde.

GR. Schäfer erklärt, er müsse namens der ganzen Wiener Bevölkerung gegen eine Freveltat, wie es die Verbauung des Kaisergartens wäre, protestieren.

Dem Bürgermeister und dem Stadtrat gebühre der wärmste Dank, dass sie schon im Stadtrate energisch dagegen protestiert haben, dass zu Spekulationszwecken auch nicht ein einziges Haus im Kaisergarten erbaut werde. Das Obersthofmeisteramt, bei welchem ich gestern vorgesprochen habe, habe übrigens erklärt, es werde nie seine Zustimmung zur Verbauung des Kaisergartens geben.

GR. Melcher: Der Gemeinderat ist verpflichtet, jeden Grundbesitzer, der um eine Baulinie einschreite, sie zu bewilligen, aber sonst zu nichts. Es sei deshalb überflüssig, dem Bewerber zu erklären, er müsse hinter der Baulinie einen 10 Meter tiefen Vorgarten anlegen. Wenn der Bauwerber um die Parzellierung einschreite dann erst könne der Gemeinderat Gelegenheit nehmen, sie zu bewilligen oder sich energisch dagegen auszusprechen. Er beantrage daher eine Abänderung des Referentenantrages insfern, dass dem Bauwerber nur die Baulinie bekannt gegeben werde.

Berichterstatter STR. Zatzka bemerkt in seinem Schlussworte, dass niemals die Hinausgabe der Baulinie verweigert werden darf. Das öffentliche Interesse sei vollkommen gewahrt, nachdem ein Vertrag bezüglich der Baubeschränkungen vorliege. Es sei bis jetzt immer Usus gleichzeitig mit der Baulinie auch die Herstellung der Vorgärten vorzuschreiben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Gemeinderates Melcher abgelehnt.

STR. Schwer beantragt die Verbesserung der Dienstbezüge der Unterbeamten der städtischen Feuerwehr sowie eine Stellenregulierung im Stande der Telegrafisten und eine Vermehrung von Alterszulagen. Dieser Antrag sowie die Vorschläge des gleichen Berichterstatters betreffend Arbeitszulagen der Werkstättenarbeiter der städtischen Feuerwehr, der Feuerwehrleute und der Schlauchinstandsetzungswerkstätte der städtischen Feuerwehr und Erhöhung der Arbeitszulagen und der Löhne der Hilfsarbeiter des Telegrafistenpersonales der städtischen Feuerwehr werden ohne Wechselrede genehmigt.

STR. Dr. Mataja beantragt gegen den Erlass des Ministeriums des Innern nach welchem die Gemeinde Wien für die infolge der Ausgabe von Brot-, Zucker- und Kaffeearten für ihren Verwaltungsbereich erwachsenden Kosten aus Gemeindemitteln aufzukommen habe, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen. Der Vorschlag erhält die Zustimmung des Gemeinderates.

STR. Wippl beantragt den Ankauf von Gründen in Oberlaa-Stadt im Ausmasse von 13.416 m² um K 2.40 pro m².

GR. Melcher bezeichnet den Preis des Grundstückes als zu teuer, da es sich um Ackerland und nicht um Baugrund handle und wendet sich gegen den Ankauf von Riemenstreifen im Allgemeinen, demdadurch treibe die Gemeinde selbst die Preise für die anstossenden Grundstücke in die Höhe.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

STR. Schneider beantragt die Direktion der städtischen Strassenbahnen zu ermächtigen, dass aus Betriebsmitteln Unterstützungen an die Hilfsorganisation zur Unterstützung der Angehörigen der zum Militärdienst eingerückten Strassenbahnangestellten bis zum Gesamtbetrage von 100.000 Kronen bewilligt werden.

STR. Schneider beantragt das für den Strassenbau in der Stromstrasse von der Dresdnerstrasse bis zur Vorgartenstrasse und in der Vorgartenstrasse entlang dem Schulneubau im XX. Bezirk sich ergebende Gesamterfordernis von 103.629 K zu genehmigen (angenommen)

STR. Schneider beantragt den zweigleisigen Ausbau der Strassenbahnlinie in der Wagramerstrasse bei der alten Donau im II. und XXI. Bezirk.

GR. Bretschneider tritt ebenfalls für den Antrag ein, möchte aber bei der Gelegenheit einen Wunsch des XXI., Bezirkes Ausdruck geben, dass die erst seit kurzem eröffnete Linie 117 nach Leopoldau in der nächsten Zukunft ausgebaut werde, sodass dadurch eine Verbindung mit Kagran hergestellt und so eine Rundlinie für den ganzen Bezirk geschaffen werde.

Der Referent bemerkt, dass derzeit an den Ausbau von neuen Linien nicht zu denken sei, später aber berücksichtigt werden wird. Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

STR. Schneider berichtet über die Zuwendung einer einmaligen Aushilfe und über Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Strassenbahnen.

GR. Skaret: (Contra) Die Summe, die für die Strassenbahnbediensteten aufgewendet werden soll, ist zweifellos eine sehr respektable aber eigentlich steht die Entlohnung der Strassenbahnbediensteten, doch noch sehr weit hinter den zurück, was heute in Privatbetrieben üblich ist. Der niedrigste Lohn der Kriegsaushelfer die ungefähr 2 Drittel der Arbeiterschaft in der Hauptwerkstätte ausmachen und die keinerlei Hoffnung haben können, dass sie in ihrem Alter in eine bessere Lage kommen, beträgt heute 48 bis 61 h pro Stunde und die Erhöhung, wie sie hier in der gewiss anerkanntenswerten hohen Gesamtsumme in Aussicht genommen ist, bedeutet eine Zulage von 17 Hellern pro Stunde, oder auf den Tag umgerechnet etwas mehr als eine Krone. Der Wochenlohn in der Hauptwerkstätte beläuft sich auf ungefähr 32 K einschliesslich der Ueberstunden, wozu allerdings noch die 35 Kronen monatliche Teuerungszulage kommen und die Tagesprämien und die prozentuellen Zuschläge. Sehr häufig werden aber die letzteren wegen Kleinigkeiten eingestellt und ich glaube, dass man in dieser Beziehung doch etwas all zu scharf ins Gericht geht. Ich bin weit entfernt, zu den Vorschlägen des Berichterstatters Anträge zu stellen, ich kann nur erklären, dass die regelmässigen Erhöhungen, die zum Lohne geleistet werden, insbesondere in diesem Jahre der ganz exorbitant hohen Teuerung keineswegs entsprechen können. Wenn die Leute divergierend, eine Gruppe 30, die andere 100 % Erhöhung an Lohn verlangt hat, so muss man darauf verweisen, dass die Lebensmittelpreise Erhöhungen von 3 - 400 % zeigen und man muss sich in der Tat wundern, wie der Fixangestellte, wie der Arbeiter, die ihre Lebenskosten nicht überwälzen können, noch im Stande sind ihr Defizit zu decken. Es geht natürlich auf Kosten ihrer Kraft, auf Kosten ihrer und ihrer Familie Gesundheit und das sind, glaube ich, die schwersten Opfer, die heute die Bevölkerung im Hinterlande zu tragen hat und die sich später an diesem Staate noch einmal sehr schwer und bitter rächen werden. Der Redner bittet schliesslich keinen Unterschied bei der Aushilfengewährung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern zu machen und stellt den Antrag, dass bei den einmaligen Aushilfen für die Kinder der Strassenbahnbediensteten die ehelichen Kinder mit den ehelichen gleichgestellt sind.

GR. Kunschak führt aus, dass die Erhöhung der Löhne und die Gewährung einer einmaligen Aushilfe im ersten Jahre einen Betrag von über 8 Millionen Kronen an den nächstfolgenden Jahren 5 Millionen Kronen erfordern würde. Trotz dieser absolut hohen Summen werde es einem Arbeiter nicht gelingen, die Erschwernisse im Haushalte auszugleichen und nach wie vor wird jeder Einzelne ein Opfer zu bringen haben. Aber auch die autonomen Körperschaften haben damit schwere Lasten zu tragen, schon jetzt zeigt der kommende Voranschlag der Stadt Wien einen Abgang von 27 Millionen Kronen hiezu kommen ausser den heute zu bewilligenden Beträgen noch die Zuwendungen für die Bediensteten der Gas- und Elektrizitätswerke und ferner die Erhöhung der Bezüge für alle anderen Angestellten der Gemeinde Wien. Das Defizit dürfte sich also um 13 bis 15 Millionen Kronen noch erhöhen. Dadurch dass das jetzige Steuersystem die Bewegungsfreiheit der autonomen Körperschaften sehr beschränkt ist, wird es sehr schwer fallen, neue Einnahmequellen zu finden, und er hoffe, dass sowohl die Bevölkerung als auch die Presse es begreiflich finden werde, wenn die Gemeinde darangehen wird, die ihr zur Verfügung stehenden Einnahmequellen etwas stärker für Gemeindefürsorge heranzuziehen. Charakteristisch sei es, dass ein Bediensteter als ihm die neuerlichen Zuwendungen der Gemeinde bekanntgeben wurden, sich äusserste, er verzichte überhaupt auf jeden Lohn und begnüge sich damit, wenn ihm die Gemeindefreies Quartier und unentgeltliche Verpflegung und Bekleidung zur Verfügung stelle.

4
Der Redner bemerkt ferner, daß es den Bediensteten freigestellt war, die Erhöhung als Teuerungszulage oder als ständige Lohnerhöhung zu erhalten. Sie haben sich für das letztere entschieden, obwohl damit eine Mehrausgabe von über 2 Mill. K an Taxen und Gebühren verbunden war, die sonst ihnen zugefallen wären und zwar aus dem Grunde, weil auf diese Weise auch die Angehörigen der Eingetückten zu einer Zulage gekommen sind. Aus menschlichen Gründen sei dieses Vorgehen sehr anerkennenswert.

diese Tatsachen erklärt der Redner zum Schlusse, haben sich die Bediensteten vor Augen gehalten und diese Tatsachen hat auch der Stadtrat gewürdigt und ich bin überzeugt, auch der Gemeinderat wird sie würdigen. Im Uebrigen möchte ich nur noch feststellen, dass die Bediensteten der städt. Strassenbahnen insoweit sie nicht den Einflüssen unterlegen waren, die von unbekanntem Kreisen, von lichtscheuen Elementen in der letzten Zeit nicht nur in die Betriebe der Strassenbahnen getragen wurden, diese Lohnerhöhung mit Befriedigung und Dank entgegennehmen. Sie anerkennen, dass dieser Schritt erfolgte ohne, dass irgendwelche Pressionen auf Gemeinde und Direktion ausgeübt wurden und wenn in der Presse vielfach die Gefahr eines Strassenbahnerstreiks erörtert wurde, so bin ich in der Lage festzustellen dass diejenigen Elemente, welche angeblich so besorgt um das Wohl der Strassenbahnbediensteten gewesen sind, nicht davon geleitet waren, sondern von Bestrebungen, die sich aus einer Flugschrift, die verbreitet wurde, klar erkennen lassen und die von einem sozialrevolutionären Komitee gezeichnet war. Die Bediensteten der Strassenbahnen verwahren sich mit aller Entschiedenheit dagegen, dass fremde Elemente an ~~ihre~~ Herde nicht ihr soziales, sondern vielmehr ihr sozialrevolutionäres Süppchen kochen und die Strassenbahnbediensteten werden ihre Pflicht sowie bisher auch weiterhin getreu erfüllen. Ich kann aber nicht umhin, die Direktion zu beschwären, auf eine Erleichterung des Dienstes der Angestellten hinzuwirken, denn der Dienst insbesondere in der Hauptwerkstätte ist ~~im~~ namentlich im Hinblick auf die unzulängliche Ernährung ein aufreibender und gesundheitsmordender. Insbesondere erlaube ich mir darauf zu verweisen, daß das Personal im Kabelbüro bereits eine Ueberlastung zu ertragen hat, die auch an den Nerven ganz entsetzlich rüttelt. Denn es sind dort Leute gezwungen, 36 Stunden ununterbrochen Dienst zu machen. Ich weiß wohl, daß die Direktion in dieser Beziehung einem mächtigen Gegner gegenübersteht, einem Gegner, der in der breiten Öffentlichkeit fortwährend von Humanität überfliegt, der aber hartherzig und grausam ist, wenn es um sein eigenes Vergnügungs- und Bequemlichkeitsbedürfnis geht. Wenn im „Fremdenblatt“, einem

offiziellen Organ sogar eine Agitation dahingehend entfaltet wurde, daß der Straßenbahnverkehr solange ausgedehnt werde bis der letzte Kriegsgewinner aus dem Bordell oder dem Nachtkaffee heimkehrt, so erkläre ich, daß dort wo ~~xxxx~~ die Aufrechterhaltung des Betriebes an dem Leben von Familienvätern hängt, auf die Bequemlichkeit unbedingt verzichtet werden muß und ich werde gegen jede Ausdehnung des Straßenbahnverkehrs mich entschieden wehren. Wenn es der Gemeinderat beschließt, dann müssen die Gemeinderäte selbst in die Werkstätten gehen, die Arbeiter und Bediensteten werden die Arbeit nicht tun, weil sie sie nicht mehr leisten können, wenn sie nicht zu Mördern an ihrem eigenen Leben werden sollen. (Lebhafte Zustimmung bei der Majorität.)

Der Redner dankt schließlich der Direktion und dem Gemeinderate für das was die Vorlage den Strassenbahnbediensteten an Erleichterungen ihrer Lebenslage bringe, und findet für seine Ausführungen bei der Mehrheit stürmischen Beifall.

Gemeinderat Lohner bespricht die letzte Lohnbewegung in der Industrie und erklärt, daß dadurch gar manche Betriebe notleidend würden. Wenn die Heeresverwaltung heute noch auf dem Standpunkte stehe, daß die Lohnerhöhungen getragen werden müssen, ~~dann~~ ^{so} werde die genötigt sein, von diesem Prinzip abzugehen, wenn sie nicht wolle, daß manche erbgesehene Familie untergehe. Man spreche immer von den Reichgewordenen, die Zugrundegegangenen erwähne aber niemand. Es liege ~~ihm~~ fern eine Lanze für die Staatsgewalt einzulegen aber es seien auch ganz andere Elemente als diese Schuld an dem Verhältnis. Die landwirtschaftliche Bevölkerung habe z. B. übersehen, dass sie durchaus nicht die Berechtigung hat die Preise in so sprunghafter Weise zu steigern und ein schwerwiegender Grund, den man bei jeder Gelegenheit betonen müsse, sei Ungarn. Es müsse auf irgend einem legalen Wege das künftige ungarische Ministerium aufmerksam gemacht werden, damit in dieser Beziehung Wandel geschaffen werde. Im Uebrigen erklärt sich der Redner mit den Anträgen des Berichterstatters einverstanden und unterstützt den Zusatzantrag Skaret.

Nachdem Schlussworte des Berichterstatters, in welchem sich dieser mit dem Antrage Skaret einverstanden erklärt, den selben jedoch dahin bestimmt, dass nur die nachweisbar in der Verpflegung der ~~bei~~ Strassenbahnbediensteten stehenden unehelichen Kinder in die Aushilfen einzubeziehen seien, werden die Stadtratsanträge und der Zusatzantrag Skaret ~~mit~~ in der neu vorgeschlagenen Fassung unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer der während der Debatte den Vorsitz übernommen hatte, übergibt nunmehr den Vorsitz an Vize-Bürgermeister Hoß.

Str. Knoll berichtet über die Umgestaltung der Allgemeinen österreichischen Viehverwertungs-Gesellschaft und Liquidation der Ersten Wiener Grossschlächtereier A.-G.

Gr. Dr. von Dorn führt aus, dass er im Prinzipie nichts gegen die geplante Aktion einzuwenden habe, da bei richtiger Durchführung und Wahrung der Interessen der Bevölkerung Wiens sehr wohlthätige Folgen sich daraus entwickeln können. Er finde nur staunenswert, dass auch hier wieder sowie seinerzeit bei der Schaffung der Grossschlächtereier nicht genügend dafür gesorgt sei, dass die Gemeinde einen wirklichen und massgebenden Einfluss in der Gesellschaft hat. Ich habe bereits damals, sagt Redner, darauf hingewiesen, dass es nicht genüge, wenn die Gemeinde ein Drittel der Stimmen im Verwaltungsrate besitze, wenn die Beschlüsse mit Zweidrittel Mehrheit gefasst werden können, die Gemeindeglieder in der Gefahr ist, bei wichtigen Interessen überstimmt zu werden. Ich habe damals bereits beantragt, dass der Gemeinde eine Art Vetorecht eingeräumt werden müsse, spätere Tatsachen haben gelehrt, wie recht ich mit meinem Antrage, der leider abgelehnt wurde, gehabt hätte. Ich komme daher heute neuerlich auf diesen Gegenstand zurück, da nach der Vorlage, die ja in diesen wichtigen Punkten höchst unklar ist, wieder befürchtet werden muss, dass der Gemeinde abermals eine derartige Majorisierung droht. Ich stelle daher zu dem vorliegenden Referate folgenden Zusatzantrag, der an passender Stelle im Statut einzufügen ist:

Sollte nach Absicht der von der Gemeinde Wien die in den Verwaltungsrat entsendeten Mitglieder ein Beschluss den von der Gemeinde durch ihren Beitritt zur Gesellschaft und die der letzteren zugewendete Förderung bekundeten Absichten offenbar widersprechen, haben diese Mitglieder das Recht gegen die Ausführung des Beschlusses Einsprache zu erheben und erhält ein solcher Beschluss erst Giltigkeit, wenn die Gemeinde ihre Zustimmung erteilt.

Gr. Eder bezeichnet die Verschmelzung der beiden Gesellschaften als Kriegshochzeit. Man könnte auch sagen, es sind zwei ungeratene Kinder, die von guten Vätern abstammen, welche die besten Absichten verfolgten, aber trotzdem haben die Kinder nach keiner Richtung hin den Eltern entsprochen. Der Redner kritisiert in längeren Ausführungen die Gebahrung der Gross-

schlächtereier, welche mit der Absicht errichtet wurde, etwas ersperrliches für die konsumierende Bevölkerung zu tun, die aber nie etwas im Interesse der Allgemeinheit geleistet habe.

Trotzdem die Grossschlächtereier mit allen Benefizien ausgestattet wäre sie, Krieg war, wenn der ~~Krieg~~ nicht gekommen wäre, ~~wäre~~ schon längst begraben. Die Schlächtereier kümmert sich nicht um Höchstpreise,

sie verkauft, obwohl der Höchstpreis für Hinteres Extrem K 11.80 ist, das Fleisch des ganzen Rindes um 12 Kronen pro Kilo

gramm. Die Grossschlächtereier erhält auch alle möglichen Begünstigungen wegen Zuweisung der Ware und benützt ihre Stellung den Fleischhauern, welche infolge Warenmangels ihre Kunden nicht mehr vollständig bedienen können, diese wegzunehmen.

Für die Grossschlächtereier existiert auch nicht die Verordnung, dass das Fleisch aus Wien nicht abtransportiert werden darf; infolge ihrer Monopolstellung tut sie was sie will. Die Viehverwertung hat als ihre erste Leistung aufzuweisen, dass sie einen grossen Teil der Händler und Kommissionäre aus der Welt schaffte. Auch sie hätte niemals eine solch grossen Reingewinn aufzuweisen gehabt, wenn nicht der Krieg gekommen wäre.

Im Gegensatz zu diesen beiden Gesellschaften hat sich die Wiener Fleischhauer Genossenschaft mitunter ~~unter~~ ^{unter} bemüht, Fleisch nach Wien zu bringen und wenn die Spannung zwischen Vieh und Fleisch eine verhältnismässig hohe ist, so sind daran die Zentralen Schuld, da die Fleischhauer, die Häute, das Fett, und die Knochen zu einem sehr billigen Preise ^{zu} abgeben

gezwungen sind, diesen Entfall in die Fleischpreise zu kalkulieren. Dazu kommen noch, dass die Fleischhauer gezwungen sind das unverhältnismässig teure Vieh aus Budapest zu beziehen und es würde die Notwendigkeit eintreten, die Extrempreise in Wien zu erhöhen, wenn die Verhältnisse sich nicht ändern.

Wenn die Gemeinde Wien berechtigt ist, 7 Vertreter in den Verwaltungsrat zu entsenden, so müsse gewünscht werden, dass das Leute sind, welche Energie genug haben, um Beschlüsse, die von der Gesellschaft gegen das Interesse der Wiener Bevölkerung gefasst werden, zu verhindern, und zu verlangen dass besonders wichtige Angelegenheiten dem Gemeinderate zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Eines muss aber betont werden: Wir haben doch durchgehalten, obwohl man jeden ausgelacht hätte, der bei Beginn des Krieges erklärt hätte, dass wir nach 3 Jahren noch die Mengen an Fleisch für uns im Hinterland und vor allem für die Armee im Felde aufbringen werden können und wir werden mit Gotteshilfe auch noch weiter aushalten, um die Fleischversorgung in Wien recht und schlacht anfrecht erhalten. Ich möchte nur dem Wunsche Ausdruck geben, dass in die zu schaffende Kommission Männer entsendet werden, die sich etwas zureden trauen und die auch über praktische Erfahrungen verfügen, damit aus der Zusammenlegung der beiden Unternehmungen etwas für die Allgemeinheit vorteilhaftes zum Vorschein kommt. (lebhafter Beifall)

VBGM. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Gr. Reumann erklärt, er stehe dem neuen Unternehmen mit grossem Misstrauen gegenüber. Die Erfahrungen bei der österr. Viehverwertungsgesellschaft waren die, dass sie zu einer Zeit, wo es notwendig gewesen wäre, dass der Markt ausgiebig mit Vieh beschickt wird, eigentlich für den Privatkonsum gar nichts getan hat, sondern einzig und allein Heereslieferungen besorgte. Diese Geschäftsführung hat dazu geführt, dass eine bedeutende Erhöhung der Viehpreise eingetreten ist und die Gesellschaft hat also keinesfalls im Interesse der Bevölkerung gewirkt. Von der ersten Wiener Grossechlächtereier hat GR. Eder ebenfalls gesagt, dass sie das Fleisch verteuert. Wir hätten alle Ursache in Bildung begriffene grosse Unternehmungen wiegendst zu unterstützen, wenn durch dieses Zusammenbringen bedeutende Mengen Vieh zum Markt gebracht würden und wenn eine Überabdrückung der Region erfolgen möchte. Man muss aber die Gewähr dafür haben, dass dieses letztere tatsächlich geschieht. Der Redner wendet sich dagegen, dass die dem Ackerbauministerium zur Verfügung gestellte Summe, demselben überlassen werde, dann dadurch entwickeln sich nur neue Subventionen für die landwirtschaftlichen Produzenten, die für die Versorgung der Bevölkerung nichts getan haben. Dem Ackerbauministerium dürfe überhaupt kein Einfluss gewährt werden und die ~~die~~ Gemeinde möge in eingehender Weise Erhebungen darüber pflegen, wie die Marktlage beschaffen sei und das ganze Dunkel aufklären.

Der Redner schliesst mit dem Wunsche, dass die derzeitigen schlechten Approvisionierungsverhältnisse nach Ablauf des Krieges wieder verschwinden und dass beim Aufleben der Produktion wieder günstigere Zeiten für Wien kommen.

GR. Schlechter wünscht, dass infolge der Fusionierung der beiden Gesellschaften das altehrwürdige Fleischhauergewerbe nicht zu Schaden komme. Es müsse ferner getrachtet werden, dass bei Eintritt normaler Verhältnisse das Übergewicht der Zentralen und Aktiengesellschaften beseitigt und das Handwerk und legitimer Handel wieder in seine Rechte eingesetzt werden.

Nach dem Schlusswort des Referenten werden dessen Anträge genehmigt. Der Antrag des GR. Dr. von Dorn findet genügende Unterstützung und wird weiter geleitet.

Vize-Bürgermeister schliesst hierauf die Sitzung.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 6. Juni 1917. Nr. 212.

Der Bürgermeister über Tagesfragen. In der am 4. d. M. abgehaltenen Jahresversammlung des Meidlinger Volkswahlvereines Dr. Lueger hielt Bgm. Dr. Weiskirchner eine längere Rede, in welcher er / Wir in der Gemeinde können mit ruhigem Gewissen erklären, daß wir unsere Pflicht voll und ganz erfüllt haben. Es ist oft der Vergleich zwischen den Zentralmächten und einer belagerten Festung gezogen worden. Doch es ist ein großer Unterschied zwischen einer belagerten Festung mit vielleicht bloß einigen hunderttausend Militärpersonen, ohne Zivilbevölkerung, wo alles gleichmäßig rationiert ist, wo sich alles einem Kommandanten fügt, und uns. Bei uns sind zu viel Kommandierende und anders geartete Verhältnisse wie in einer belagerten Festung. Da beginnt die erste Forderung, daß eine einheitliche Organisation eingeführt werde. Im Gemeinderate wurde bereits im Jahre 1914 die Forderung nach einem Ernährungsamte gestellt, ebenso, daß man der Gemeindeverwaltung eine Uebersicht gebe über alle nach Wien eingeführten Lebensmittel. Der Redner beschäftigte sich sodann mit der Frage der Höchstpreise, die teils nur lokale Geltung hatten, was zur Folge hatte, daß die Waren um den Wiener Markt herumgingen und dort Absatz suchten, wo höhere Preise bezahlt wurden, andererseits fehlte der Höchstpreispolitik die Relation zwischen Edel- und Abfallprodukten. Redner wandte sich sodann der Besprechung der Lohnaufbesserung der Straßenbahner und anderer städtischer Angestellter zu. Die Gemeinde hat sich den berechtigten Wünschen ihrer Angestellten niemals verschlossen, doch sei es hier betont, daß jede Mehrzuwendung für die Gemeinde eine riesige Belastung bedeutet und bei den kommenden Lohnaufbesserungen der Straßenbahner allein eine jährliche Summe von über 8 Millionen Kronen ausmacht. Das Budget der Gemeinde Wien weist für das Verwaltungsjahr 1917/18 ein Defizit von 27 Millionen Kronen aus, die Kriegszulagen für die städtischen Angestellten betragen im abgelaufenen Jahre 20 Millionen Kronen, hierzu komme noch der gewaltige Ausfall an Biersteuern, die hohen Einquartierungskosten, weshalb wir unbedingt daran schreiten müssen, gewisse Einnahmequellen der Gemeinde zu erhöhen, denn es ist unsere Pflicht, das Gleichgewicht im finanziellen Haushalte der Gemeinde zu erhalten. Es ist nicht gut, wenn die Straßenbahner immer Vergleiche ziehen mit den Löhnen der Arbeiter der Kriegsindustrie. Solche Zahlungen zu leisten ist die Gemeinde außerstande, denn sie gehört nicht in die Reihen der Kriegsveteranen. Die Straßenbahner mögen bedenken, daß ihre Forderungen bei der Gemeinde stets ein offenes Ohr gefunden haben, sie sollen ferner auch erwägen, daß sie auch die Montur von der Gemeinde beziehen, deren Anschaffung sehr bedeutende Auslagen verursacht, daß sie dadurch im Dienste ihre eigenen Kleider schonen, im Gegensatz zu den Arbeitern in der Kriegsindustrie, denen kein Dienstkleid beigelegt wird. Wir werden den Wünschen der Straßenbahner in der weitestgehenden Weise entgegenkommen, ich appelliere aber auch an den patriotischen Sinn der treuen Straßenbahner, daß sie nichts Unmögliches verlangen und im Interesse der Allgemeinheit ebenso wie ihre eizgerückten Kollegen im Felde, im Hinterlande uns das Durchhalten ermöglichen. (Lebhafter Beifall). -

Der Friede, fuhr der Redner fort, darf uns nicht unvorbereitet finden; aber hierzu bedarf es der Mitarbeit aller Bevölkerungskreise. Dringendstes Augenmerk ist auf eine zweckmäßige, stufenweise Abrüstung, eine genau erwogene Sachdemobilisierung, ferner auf die Rohstoffbeschaffung, auf eine ausreichende Kreditbeschaffung für das Gewerbe und auf eine

wahrhafte soziale Fürsorge Bedacht zu nehmen. Es geht nicht an, daß beispielsweise bei der Sachdemobilisierung Zentralstellen, beispielsweise für Stacheldraht oder Baracken errichtet werden, die wiederum einigen Kriegsveteranen emporhelfen; die Sachdemobilisierung muß in einer Weise erfolgen, daß dem Gewerbestande und dem legitimen Handel die Möglichkeit geboten werde, sich wieder aufzurichten zu können. Die Sorge um die Rohstoffbeschaffung, die Sorge für die Schaffung von sanitären Maßnahmen, verbunden mit einer wahrhaft sozialen Fürsorge, gehören zu den allerwichtigsten Aufgaben. Wir alle haben die Pflicht, daß eine gesunde Generation heranwächst, weshalb wir auch unser besonderes Augenmerk auf die heranwachsende Jugend richten müssen. Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß ein großer Teil unserer Jugend infolge der Kriegsverhältnisse verwildert und verrotzt, daß ihr Wissen infolge des reduzierten Lehrplanes geschmälert wird. Ich habe an die Regierung die dringende Forderung gestellt, die Schulen, die bis jetzt von Militär belegt sind, freizugeben, damit im kommenden Schuljahre wiederum der geregelte Unterricht aufgenommen werden könne. (Beifall.)

Wir wollen aber auch eine körperlich gesunde Jugend und für die vom Wiener Gemeinderate bewilligten 5 Millionen Kronen in jedem Jahre, die der Jugendfürsorge zugute kommen, werden uns die kommenden Geschlechter danken. (Beifall)

Wir in der Gemeindestube haben alles unternommen, um der Bevölkerung das Durchhalten zu erleichtern, es sei hier nur auf die von der Gemeinde Wien bisher verausgabten 320 Millionen Kronen für Lebensmittelkäufe verwiesen. (Beifall). Hätte man den legitimen Handel nicht vollständig ausgeschaltet, ihn zwar unter eine staatliche Ueberwachung gestellt, so wären wir damit besser gefahren als mit allen Zentralstellen, wo sachkundige, vom Militärdienste entlohene Leute diktieren. (Zustimmung.)

Wir fordern deshalb von der Regierung den Abbau der Zentralstellen und daß der legitime Handel, der Kaufmann- und Gewerbestand wiederum in seine Rechte trete. Der christlichsozialen Partei war seit der Zeit, wo Dr. Lueger seine Fahne entrollte, eine Volkspartei, sie wird es weiterhin bleiben. Dazu ist es aber notwendig, die alten Kader der Partei zu stärken und zu festigen und alle Elemente zu sammeln und zur Mitarbeit heranzuziehen, die ehrlich gewillt sind ihrem Vaterlande und ihrer Vaterstadt zu dienen. (Stürmischer Beifall.)

Ueber Antrag des Gemeinderates Müller wurde dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner in einer einstimmig angenommenen Resolution der herzlichste Dank und das vollste Vertrauen ausgesprochen. Beim Verlassen des Saales wurde der Bürgermeister von mehreren hundert Personen, die sich auf der Gasse postiert hatten, sowie von einer ungefähr tausendköpfigen Kindermenge mit begeisterten Hochrufen empfangen, die sich der Häuserreihe entlang fortpflanzten.

Aus der vertraulichen Gemeinderatssitzung. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß den Kanzlei-Oberoffizial Franz Scheiblauber in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung ad personam zum Kanzlei-Direktions-Adjunkten ernannt. Nach einem Berichte des VB. Rain wurde

beschlossen, nachdem die Firmen A. Froß und Nesseladorfer Wagenbau-Fabriks-Gesellschaft die ihnen obliegende Verpflichtung wegen Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zum Zwecke der Besorgung der Fahrleistung auf Automobilstellwagenlinien nicht erfüllt haben, die nötigen Maßnahmen einzuleiten, um sobald als möglich nach Kriegsende wenigstens einen eingeschränkten Kraftstellwagenverkehr zu eröffnen. Hiefür sind die auf den Linien Stefansplatz - Nordbahnhof und Stefansplatz - Volkoper in Verwendung gestandenen Kraftstellwagen in Aussicht zu nehmen; weiters ist auch anzustreben, daß die Heeresverwaltung der Gemeinde die früher in Wien in Verwendung gestandenen Kraftstellwagen, falls sie nach dem Ermessen der Gemeinde für diesen Zweck noch verwendbar sind,

sobald als möglich überläßt. Ferner wurde nach einem Antrage des StR. Schwer beschlossen, dem Landschaftsmaler Anton Hlavacek aus Anlaß der Vollendung des 75. Lebensjahres die ihm bewilligte Ehrenpension auf 2400 Kronen jährlich zu erhöhen; über Antrag des StR. Tomola wurde dem Bezirks-Schulinspektor kaiserlichen Rat Alois Fellner aus Anlaß seines Scheidens aus dem Wiener Schulaufsichtsdienste für sein ausgezeichnetes und ersprießliches vieljähriges Wirken der vollste Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Kommunalsparkasse Döbling. Bei der Kommunalsparkasse Döbling wurden im Mai d. J. von 1171 Parteien K 792.077 eingelegt und von 1114 Parteien K 700.105 behoben. Ende des Monats betrug der Einlagenstand K 13.076.528, der Stand der Hypothekar-Darlehen K 8.210.661.

Die Schweizer Reise des Wiener Männergesangsvereines. Der Vorstand des Wiener Männergesangsvereines Dr. Krükl hat nachstehendes Telegramm an Bürgermeister Dr. Weiskirchner gerichtet: „Von der Stammburg unseres Herrscherhauses senden wir als treue Söhne unserer geliebten Vaterstadt deutsche Grüße in die Heimat.“

Stadtrats-Wahlen. Der Gemeinderat tritt in der kommenden Woche am Dienstag, den 12. Juni um 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen, in welcher die Wahl von 13 Mitgliedern des Stadtrates vorgenommen wird.

Auskunftei für Sommerwohnungen. In der städtischen Auskunftei für die Vermietung von Sommerwohnungen in Niederösterreich wurden im Monate Mai 1917 insgesamt 91 Wohnungen angemeldet und 61 Wohnungen vermietet. Seit Eröffnung der städtischen Auskunftei im Jänner d. J. wurden bisher 667 Wohnungen angemeldet und 140 Wohnungen vermietet. Die Auskunftei an Wohnungssuchende werden unentgeltlich erteilt, ebenso werden die Wohnungsanmeldungen unentgeltlich entgegengenommen.

Dienstjubiläum. Der Direktor-Stellvertreter der Wiener Stadtbuchhaltung, Oberrechnungsrat Vinzenz Viktor de Pontis feierte heute die Vollendung des 35. Dienstjahres. Welcher Wertschätzung und Verehrung sich der Jubilar sowohl in den Kreisen seiner Vorgesetzten und Untergebenen als auch in den Reihen der Festangestellten überhaupt erfreut, bei welchen Oberrechnungsrat de Pontis eine hervorragende Führerrolle einnimmt, zeigte die Feier, welche im reich mit Blumen geschmückten Amtskammer des Jubilars veranstaltet wurde. Die Stadtbuchhaltung ehrte ihren Direktor-Stellvertreter durch eine von Direktor Hillinger geführte große Abordnung, der Verein der Beamten der Stadt Wien, dessen Präsident der Jubilar seit bald zehn Jahren ist, führte durch seinen Vizepräsidenten Magistratssekretär Gschladt eine zahlreiche Abordnung sämtlicher Fachorganisationen der städt. Beamtenschaft vor, welcher sich auch Vertreter der städt. Lehrerschaft unter Führung des Gemeinderates Gussenbauer und Bürgerschuldirektors Schönbauer anschlossen hatten. Auch die Bediensteten der vom Vereine der Stadt Wien errichteten Lebensmittelverschleißstelle und Kriegsküche unter der Führung des Vereinssekretärs und Betriebsleiters Witek waren erschienen. In herzlichen Ansprachen der genannten Vertreter kam die hohe Verehrung des Gefeierten zu erhebendem Ausdrucke, welcher sich durch eine Reihe sinniger Ehrengeschenke noch erhöhte. Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Stadtbaudirektor Ing. Dr. Goldemund und eine Reihe von Gemeinderäten und anderen Gemeindefunktionären sowie Vertreter der staatlichen Beamtenschaft und der ganzen deutschen Gemeindebeamtenschaft Oesterreichs sandten herzliche Glückwünsche schreiben.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 8. Juni 1917. Nr. 213.

Abgabe von Speck und anderen Lebensmitteln. Ueber Verfügung des Amtes für Volksernährung wird ausnahmsweise am Sonntag, den 10. d.M. in der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren und bei den Ständen der Großschlächtereier in den Bezirken 10, 11, 14, 16, 17, 18, 19, 20 und 21 Speck gegen Abgabe entsprechender Fettkartenabschnitte verkauft werden. Die Abgabe von Speck bei den Ständen der Großschlächtereier kann aber erst nach Beendigung des Fleischverkaufes beginnen. Außerdem gelangen Sonntag beziehungsweise in den ersten Tagen der nächsten Woche Hülsenfrüchte, getrocknete Wruckenschnitte, Sauerkraut, Dörripflaumen und Häringe auf den Märkten und in der Großmarkthalle zum Verkaufe, worüber noch nähere Mitteilungen rechtzeitig ausgegeben werden.

Lebensmittelkarten-Ausgabe. Morgen gelangen die Brot- und Mehlkarten für die 114. bis 121. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 39. bis 46. Woche, die Zuckerkarten für die Monate Juli und August, ferner die die Brotbezugskarten für die 114. bis 129. Woche, die Mehlbezugskarten für die 114. bis 129. Woche und die Milchkarten für die 17. bis 24. Woche zur Ausgabe. Kaffeekarten werden diesmal in Wien nicht ausgegeben; es behalten die im Umlaufe befindlichen für die Zeit vom 15. April bis 9. Juni 1917 ausgegebenen Kaffeekarten, insoweit sie bisher noch nicht zur Verwendung gelangt sind, bis zum 4. August 1917 die Giltigkeit.

Generaloberst Boroewic. In Erwiderung der Glückwünsche der Stadt Wien hat Generaloberst von Boroewic nachstehendes Telegramm an Bürgermeister Dr. Weiskirchner gerichtet: „Euerer Exzellenz und der braven Bevölkerung des herrlichen Wien danke ich herzlichst für die gütigen Glückwünsche zur zehnten Isonzoschlacht, in welcher sich die Wiener Kinder mit unvergänglicher Ruhme bedeckten.“

Verlängerung der Giltigkeit der Kaffeekarten. Ueber Weisung des k.k. Amtes für Volksernährung wird bekannt gegeben, daß in Wien Kaffeekarten für die Zeit vom 10. Juni bis 4. August nicht zur Ausgabe gelangen. Die Giltigkeit der im Umlaufe befindlichen Kaffeekarten für die Zeit vom 15. April bis 9. Juni 1917 wird bis 4. August d.J. verlängert.

Die Tätigkeit der Tierärzte im Felde. Der Verein der Wiener städtischen Amtstierärzte veranstaltete vor kurzem im physiologischen Hörsaal der k.u.k. Tierärztlichen Hochschule einen wissenschaftlichen Vortragsabend mit der Tagesordnung „Die Tätigkeit der Tierärzte im Felde, mit Berücksichtigung der Erfahrungen dieses Krieges“. Der Vortragende, städtischer Obertierarzt Franz Hnolik, derzeit Cheftierarzt in einem Pferdefeldspitale, erläuterte in eingehender und anschaulicher Weise unter Vorführung von Lichtbildern die tierärztliche Tätigkeit in diesem Kriege, welche sich nicht nur auf die Behandlung der äußeren und inneren Krankheiten der Pferde, sondern auf die sehr wichtige Heilung und veterinärpolizeiliche Einschränkung der Tierseuchen, insbesondere von Rotz und Räude und anderen Zoonosen, ferner auf Stallhygiene, Fütterung, Hufbeschlag, Fleischhygiene, und Feldschlächtereien, Schweinemästereien und Kadaververwertung erstrecken mußte. Die interessanten Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall und die vollste Anerkennung der Zuhörer, von welchen besonders zu erwähnen sind: Magnifizenz Rektor Prof. Dr. Günther mit dem Professorenkollegium der Tierärztlichen Hochschule, sowie mehrere Vertreter der Behörden und tierärztlichen Vereine, und zahlreiche Gäste und Mitglieder.

Die Stadtratswahlen.

Unter dem Vorsitze des Oberkurators von Steiner hielt der gemeinderätliche Bürgerklub heute eine mehrstündige Sitzung ab, welche sich mit der Aufstellung der für den Stadtrat namhaft zu machenden Mitglieder des Klubs befugte. Vor allem wurden die zur Wiederwahl gelangenden Stadträte Angermayer, Schneider und Zatzka neuerlich namhaft gemacht. Hierauf ersuchte Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Klub, dessen Obmann Oberkurator von Steiner in den Stadtrat zu entsenden, da er dessen Mitarbeit in diesen schwierigen Zeiten nicht entraten könne. Diesem Antrag wurde unter lebhaften Beifallskundebungen einhellig zugestimmt. Es wurden sodann folgende Mitglieder des Bürgerklubs als Bewerber namhaft gemacht: Jung und Körber (für den 2. Bezirk), Spalowsky (für den 7. Bezirk), Josef Müller (für den 12. Bezirk), Gebhart für den 15. Bezirk und Hötzel (für den 16. Bezirk). Bezüglich der Vertretung der Minderheit im Stadtrate wurde folgende Entscheidung gefaßt: Der gemeinderätliche Bürgerklub läßt sich in die Personenfrage bezüglich der von der Opposition namhaft zu machenden Kandidaten nicht ein und wird die bis Montag abends seitens der Opposition namhaft gemachten Stadtratskandidaten wählen. Hiezu wird bemerkt, daß der Bürgerklub seinerzeit dem deutschfreiheitlichen Verbände zwei Mandate, dem sozialdemokratischen Klub ein Mandat angeboten hat.

Neuerliche Zuweisungen für Beamte, Lehrer und Bedienstete.
Gelegentlich der Beratung über Aushilfen und Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen stellte Bürgermeister Dr. Weiskirchner neuerliche Zuschüsse für sämtliche Beamte und Bedienstete der Gemeinde Wien in Aussicht. Bereits in der heutigen Sitzung des Stadtrates legte Vizebürgermeister Hoß die bezüglichen Anträge vor. Entsprechend den in der letzten Zeit aus den Kreisen der Angestellten vorgebrachten Wünschen und in Uebereinstimmung mit der Behandlung der Staatsangestellten werden die aktiven städtischen Angestellten und die aus Gemeindemitteln besoldeten Lehrpersonen mit einem Jahresgehalt bis einschließlich 4800 Kronen beziehungsweise einem Gesamtjahresbezug bis 7000 Kronen einmalig im Juni auszuzahlenden außerordentlichen Zuschuß als Aushilfe erhalten, welcher in der ersten Klasse 120 Kronen, in der zweiten Klasse 180 Kronen, in der dritten Klasse

300 Kronen beträgt. Die Kosten beziffern sich mit rund 3,1 Millionen Kronen, wovon auf die Beamten, Diener und Arbeiter der Gemeinde 1,6 Millionen, auf die Lehrpersonen und Schuldienner 1,1 Millionen und auf die Beamten, Unterbeamten und Diener der Unternehmungen 400.000 K entfallen.

Aehnlich wie bei den städtischen Straßenbahnen wurden auch bei den städtischen Elektrizitätswerken und bei den städtischen Gaswerken Teuerungszulagen in der Weise gewährt, daß 1. allen nicht zum Militärdienste eingerückten in einem Lohnbezüge stehenden männlichen und weiblichen Bediensteten eine einmalige Aushilfe von 50 Kronen und für jedes Kind eine solche von 10 K bewilligt wird und daß 2. den Arbeitern und Arbeiterinnen eine bleibende Lohnerhöhung gewährt wird.

Hiefür sind erforderlich: bei den Elektrizitätswerken an einmaligen Kosten 90.000 K, an jährlich wiederkehrenden Kosten 720.000 Kronen, bei den Gaswerken an einmaligen Kosten 118.000 K, an jährlich wiederkehrenden Kosten 1,370.000 Kronen.

Die Anträge des Berichterstatters wurden zum Beschlusse erhoben.

Der Bürgerklub beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dieser Angelegenheit und genehmigte die erwähnten Anträge.

Verkauf von Sandalen. Infolge des starken Zuspruches und um auch jenen Personen, welche an Wochentagen nicht Zeit haben, Gelegenheit zum Einkaufe zugeben, werden die Sandalen außer an Wochentagen künftighin auch an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 12 Uhr vormittags in der ~~Katak~~ Volkshalle des Rathauses abgegeben.

215

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Samstag, 9. Juni 1917. Vormittags. Nr. 215.

Gemeinderat Mittler + Das Leichenbegängnis des gestern gestorbenen Gemeinderates Dr. Alfred Mittler findet morgen (Sonntag) 11 Uhr vormittags von der Zeremonienhalle des Zentralfriedhofes (israelitische Abteilung) aus statt.

216 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 9. Juni 1917. Nr. 216.

Städtische Uebernahmeestelle für Wildpret. Die städtische Uebernahme-
stelle für Wildpret 3. Bezirk Großmarkthalle, Abteilung für Fleisch-
waren, hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Gesuche um Wildzuweisung
seitens Krankenanstalten, Wohlfahrtseinrichtungen und Konsumentenorga-
nisationen sind nur an diese Stelle oder das Bezirkswirtschaftsamt
Stelle 4, 1. Bezirk Neues Rathaus, zu richten. Ebenso werden alle Anfra-
gen über die Verpflichtung zur Wildablieferung sowie die Modalitäten
derselben seitens der Jagdberechtigten bei einer der vorgenannten
Stellen einzubringen sein, wobei auf die Bestimmungen der Verordnung
des k.k. Amtes für Volksernährung vom 26. April 1917 und der Statthal-
tereiverordnung vom 26. Mai d.J. besonders aufmerksam gemacht wird.

Aus dem Stadtrate. (Sitzung vom 8. Juni.) Nach einem Antrage des Stadt-
rates Zatzka wird die Schwimmhalle des Kaiser Franz Josef-Bades wieder
zur Benützung durch Schwimmvereine in den Abendstunden überlassen. -
Nach einem Antrage des Stadtrates Poyer wird die nächst der Einmündung
der Neudörfelgasse in die Auhofstraße im 13. Bezirk bestehende halb-
nächtige Flamme in eine ganznächtige umgewandelt. - Stadtrat Schmid
beantragt für die Erbauung einer Wohnbaracke für 72 Kriegsgefangene,
die im Braunkohlenbergwerke Zillingdorf beschäftigt sind, 41.068 K
zu bewilligen. (Ang.) - StR. Schwer beantragt die Bestellung von drei
Garnituren elektrischer Bosch-Lichtanlagen und Einbau derselben in die
älteren Benzinkraftwagen der städtischen Feuerwehr mit den Kosten von
10.000 Kronen. (Ang.) Für die Umpflasterung der Landesgerichtsstraße
von der Grillparzerstraße bis zur Universitätsstraße im 8. Bezirk wer-
den 47.000 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des Stadtrates
Schneider werden zur Herstellung der Holzpflasterungsarbeiten samt
Betonanführung anlässlich der Gleiserneuerung in der Westbahnstraße
31.000 Kronen bewilligt.

Baileidskundgebung für Gemeinderat Dr. Mittler. Der Verband der frei-
heitlich-bürgerlichen Gemeinderäte hielt gestern eine Sitzung ab, in
welcher der Vorsitzende Gemeinderat Dr. Hein in warmen Worten der
großen Verdienste gedachte, welche sich Gemeinderat Dr. Mittler um die
Partei und das freiheitliche Bürgertum erworben hat. Der Verband be-
schloß, sich an dem Leichenbegängnisse korporativ zu beteiligen und
an der Bahre des jährlings Dahingeshiedenen einen Kranz niederzulegen.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am
Dienstag 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab, in welcher die Wahl von
13 Mitgliedern des Stadtrates vorgenommen werden wird. Die Gemeinderäte
wurden zur Teilnahme an der Sitzung mit dem Beifügen eingeladen, daß
jene Mitglieder, die entweder gar nicht erscheinen oder vor Beendigung
der Wahlhandlung sich entfernen, ohne ihr Ausbleiben oder ihre Entfer-
nung durch hinreichende Gründe zu entschuldigen, als ihres Amtes verlu-
stig anzusehen sind und in dem Zeitraume von zwei Jahren nicht wieder-
gewählt werden können. - Donnerstag, den 14. d.M. wird Bürgermeister
Dr. Weiskirchner Bürger und Armenräte beeidigen und Ehrendiplome für
Armenräte überreichen.

Abgabe von Ersatznahrungsmitteln anstatt Kartoffel. Morgen (Sonntag)

gelangen auf den Märkten verschiedener äußerer Bezirke Bohnen, geschäl-
te und ungeschälte Erbsen zum Verkaufe. Der Bezug ist an die Mchlbe-
zugskarte gebunden und wird pro Karte ein Viertelkilogramm Bohnen oder
Erbsen ausgefolgt.
Der Bezug wird durch Durchlochung der Ziffer 1 der neuen Mchlbezugskar-
te gekennzeichnet. Der Preis beträgt für je 1/4 Kilogramm bei Bohnen
17 Heller, bei geschälten Erbsen 31 Heller und bei ungeschälten Erbsen
21 Heller. Ferner gelangen auf allen Märkten und Markthallen im Laufe
der kommenden Woche gegen Vorweisung der Mchlbezugskarte böhmische Dörr-
pflaumen zum Preise von 1 K 60 h für 1 kg zur Ausgabe. Nach Maßgabe des
Anrollens werden auch Salzbohnen und Sauerkraut zur Abgabe gelangen.
Außerdem werden in einzelnen Bezirken Häringe in der üblichen Weise
zum Preise von 46 Hellern per Stück zum Verkaufe gelangen.

Wasserstraßentag. Am 20. und 21. d.M. finden im Konzerthause im 3. Be-
zirk die Verhandlungen des Oesterreichischen Wasserstraßentages statt.
Sie beginnen an beiden Tagen um 9 Uhr vormittags, am 20. Juni werden
sie auch nachmittags fortgesetzt werden. Die Tagesordnung lautet:
1. Geschichte und Entwürfe der Oesterreichischen Wasserstraßen; Bericht-
erstatte Stadtbaudirektor Dr. Goldemund. 2. Bedeutung der bestehenden
und der geplanten Wasserstraßen mit besonderer Hervorhebung des Donau-
Oder-Kanales und seiner Verbindungen mit der Elbe und Weichsel; Bericht-
erstatte Reichsratsabgeordneter Max Friedmann, Landesauschuß Leopold
Kunschak und Gemeinderat Alfons Herold. 3. Wie sollen die mitteleuro-
päischen Kanäle Oesterreichs zu Stande kommen? Berichterstatter Ge-
heimer Rat Dr. Viktor Wilhelm Ruß. 4. Maßnahmen zur Hebung der öster-
reichischen Binnenschiffahrt. Berichterstatter Hofrat und Binnenschiff-
fahrtsinspektor a.D. Anton Schromm Edler von Bodenelb. 5. Wechselbezie-
hungen zwischen Eisenbahn und Schifffahrt. Berichterstatter Geheimer
Rat Dr. Heinrich Ritter von Wittek. - Am 21. Juni nachmittags findet
eine Besichtigung des Absperrwerkes in Nußdorf sowie der Länden am
Donaustrome statt.

Spielwiese im Maria Josefpark. Die reizend gelegenen Rasenflächen
im Maria Josefpark, welche mit 7. Mai d.J. als erste Spielwiese der
Gemeinde der Jugend zur Verfügung gestellt wurden, erfreuen sich eines
äußerst regen Zuspruches. Im Monate Mai (20 Spieltage) besuchten
4988 Kinder diesen Rasenspielplatz. In derselben Zeit wurde der
städtische Spielplatz in der Wasserleitungsstraße im 9. Bezirk von
3167 Kindern besucht.

217

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 11. Juni 1917. Nr. 217.

Die Bezirksvertretung Neubau hält Donnerstag, den 14. Juni 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Freiplätze für Beamtentöchter. Das Kuratorium der Lehranstalten des Frauenbildungsvereines in Wien hat beschlossen, eine Anzahl von halben Freiplätzen für Töchter von minder bemittelten besonders derzeit im Felde stehenden oder gefallenen Beamten der Gemeinde Wien zur Verfügung zu stellen. Bezügliche Gesuche sind bis spätestens Ende Juni d.J. an die Schuldirektion 19. Bezirk Peter Jordanstraße 28 einzusenden.

Prämien für Schrebergärtner. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer für besonders zweckmäßige und eifrige Bearbeitung von Schrebergärten 600 Prämien im Betrage von je 10 Kronen so wie in den Vorjahren zu widmen.

Todesfall. Samstag, den 9. d.M. starb in seiner Wohnung 6. Bezirk Kaunitzgasse 3 Schuldirektor i. R. Johann Schwarzböck, Obmann des Vereines der pensionierten Lehrpersonen der Volks- und Bürgerschulen in Wien. Das Leichenbegängnis findet Dienstag, den 12. d.M. um 3 Uhr nachmittags vom Trauerhause aus statt.

Jahrmarkt Gainfarn. In der Gemeinde Gainfarn, Bezirk Baden bei Wien, findet der diesjährige Jahrmarkt am Sonntag, den 24. Juni statt.

Spartage 1916. Nach einer Mitteilung des Bezirksschulrates betrug das Gesamterträgnis der an sämtlichen öffentlichen Volks- und Bürgerschulen des Wiener Schulbezirkes eingeführten Spartage im Kalenderjahr 1916 109.372 Kronen. Der Bezirksschulrat hat in Würdigung dieses bedeutsamen Ergebnisses den beteiligten Schulkindern und Lehrpersonen für die überaus ersprießliche Tätigkeit den Dank ausgesprochen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: den städtischen Arzt 1. Klasse Dr. Anton Konvalinka zum städtischen Oberarzt, Dr. Paul Schönhuber zum städtischen Arzt, Architekt 2. Klasse Josef Scheiner zum Architekten 1. Klasse, Kanzlei-Praktikant Franz Wallenberger zum Akzessisten, Official der städtischen Straßenbahnen Ignaz Gassner zum Oberofficial, die Amtsdienner 2. Klasse Josef Popelka und Georg Wagner zu Amtsdiennern 1. Klasse Die Stationsleiter Josef Kropik und Theodor Wetzl werden in die 10. Rangsklasse befördert.

Hausbesitzerverein Ottakring. In der Hauptversammlung des Hausbesitzervereines im 16. Bezirke wurde nachstehende Vereinsleitung gewählt: Bezirksrat Tichy zum Obmann, Bezirksrat Heigl zum Obmann-Stellvertreter, Bezirksrat Klein zum Schriftführer, Ortsschulrat Giger zum Schriftführer-Stellvertreter, Bezirksrat Meixner zum Kassier und Armenrat Budin zum Kassier-Stellvertreter. - Die Kanzlei 16. Bezirk Thaliastraße 51 ist jeden Tag mit Ausnahme von Samstag, Sonn- und Feiertagen von 4 bis 6 Uhr nachmittags für Mitglieder zugänglich.

Sechster Wahlgang : Gewählt wurde Gr. Josef Müller mit 116 Stimmen, 7 Stimmzettel waren leer.

Siebenter Wahlgang : Gewählt wurde GR. Hans Schneider mit 122 Stimmen, 1 Stimmzettel war leer, eine Stimme entfiel auf GR. Spalovsky,

Achter Wahlgang : Gewählt wurde GR. Franz Spalovsky mit 120 Stimmen, 2 Stimmzettel waren leer, eine Stimme entfiel auf GR. Jung.

Neunter Wahlgang : ^{BGM. DR. Weisskirchner übernimmt wieder den Vorsitz} Gewählt wurde GR. Leopold von Steiner, mit 118 Stimmen, 5 Stimmzettel waren leer.

Zehnter Wahlgang : Gewählt wurde GR. Ludwig Zatzka mit 123 Stimmen, 1 Stimmzettel war leer.

Elfter Wahlgang : Gewählt wurde DR. Oskar Hein mit 99 Stimmen 15 Stimmzettel waren leer, 2 Stimmen entfielen auf GR. Eder, 1 Stimme entfiel auf GR. Schlechter, Eine Stimme lautete auf „Dr. Oskar Hein, mit schwerem Herzen“.

Zwölfter Wahlgang : Gewählt wurde DR. Oswald Hohensinner, mit 103 Stimmen, 12 Stimmzettel waren leer, je eine Stimme entfiel auf die GR. Schlechter, Stein, Goltz und Eder,

Dreizehnter Wahlgang : Gewählt wurde GR. Jakob Reumann mit 115 Stimmen, 4 Stimmzettel waren leer, 1 Stimme entfiel auf GR. Schlechter.

BGM. DR. Weisskirchner schloss hierauf die Sitzung mit folgenden Worten : Mögen die Wahlen, die wir soeben vollzogen haben, die Erwartungen erfüllen, die wir alle daran knüpfen, mögen sie der Stadt Wien zur Ehre und zum Ansehen gereichen.

Von morgen an liegen im Präsidiaßbureau des Gemeinderates die Wahlprotokolle auf durch deren Unterschrift die neu gewählten Stadträte die Annahme ~~xxx~~ ihres Mandates zu erklären haben.

Wiener Rathaus-Korrespondenz. 218

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 12. Juni 1917. Nr. 218.

Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. In der heutigen Sitzung des Stadtrates legte Vizebürgermeister Hoß den 10. Jahresbericht der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien vor. Die Einlagen erreichten die Summe von 143,087.000 Kronen, denen Rückzahlungen von 113,106.000 Kronen gegenüberstehen. Einschließlich der kapitalisierten Zinsen ergibt sich eine Vermehrung der Spareinlagen um 37 Millionen Kronen, wodurch der Einlagenstand mit Ende des 10. Bestandjahres die Höhe von 210,870.000 Kronen erreichte, und die Zahl der Einleger von 166.888 auf 178.000 stieg. Die Anstalt beteiligte sich an den ersten drei Kriegsanleihen mit 84 Millionen Kronen, an der 4. und 5. Kriegsanleihe mit 37 Millionen Kronen. Gelegentlich der 4. Kriegsanleihe hat die Anstalt neue Depot-einrichtungen geschaffen, nach deren Vorbild vom Ministerium des Innern die Verwahrung und Verwaltung der Kriegsanleihen bei den Sparkassen allgemein empfohlen wurde. Die Anstalt hat auf dem Gebiete der Sammelzeichnungen und bezüglich der Kriegsanleihe-Zeichnungsvereine eine ausgedehnte und erfolgreiche Werbe- und Aufklärungstätigkeit entfaltet. Nach dem zum Beschlusse erhobenen Antrage des Berichterstatters werden von dem Verwaltungsgewinne des Hauptfonds per K 2,030.615 dem Reservefonds der Anstalt K 1,250.615, der Spezialreserve für Kursverluste an Wertpapieren K 500.000, der Pensionsreserve der Anstalt K 200.000 überwiesen und ferner für Kriegsfürsorgezwecke K 80.000 (davon K 50.000 der Zentralstelle der Fürsorge im Rathause, K 20.000 der Kaiser Karl Kriegerheimstätte Aspern, K 5000 dem Verein „Kriegsblindenheimstätten“ und K 5000 dem Verein Ferienaktion Wiener Kinder aufs Land)gespendet.

Zuwendungen für die Unterbeamten der Straßenbahnen. Im Stadtrate berichtete heute Stadtrat Schneider über die Bewilligung von Aushilfen und über die Regelung der Bezüge für die Unterbeamten der städtischen Straßenbahnen. Nach einem Antrage wurde beschlossen, den definitiven und ständigen Unterbeamten eine einmalige Aushilfe im Betrage von 100 K und für jedes Kind 20 K zu bewilligen. Ferner wurde eine Erhöhung der Gehalte in allen Lohnklassen um je 140 Kronen und eine Erhöhung der Wohnungsgelder um je 100 Kronen jährlich bewilligt. Die mit Gemeinderatsbeschlusse vom 4. September 1908 festgesetzte tägliche Funktionszulage der Unterbeamten wurde um je 60 Heller erhöht. - Die einmaligen Ausgaben beziffern sich mit 200.000 Kronen, die jährlich wiederkehrenden mit 280.000 Kronen. Der Beschluß tritt am 1. Juni in Kraft.

Gemeinschaftsküche im 16. Bezirk. Freitag, den 15. d.M. 6 Uhr abends findet in der Gastwirtschaft 16. Bezirk Neulerchenfelder Straße 73 die gründende Hauptversammlung des Ausschusses zur Errichtung einer Gemeinschaftsküche für Festbesoldete im 16. Bezirk statt. Der Genossenschaftsanteil von 5 Kronen und die Einschreibgebühr von 50 Hellern sind per Post an den Obmann Johann Litschauer, 16. Bezirk Brunnengasse 14. zu senden

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Dien. l., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 12. Juni 1917. Nr. 219.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 12. Juni 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

eröffnet die Sitzung mit folgendem Nachrufe: Wieder obliegt mir die schmerzliche Pflicht, des Verlustes eines unseres Kollegen zu gedenken. Am 8. Juni a. c. ist unser Kollege Hof- und Gerichtsadvokat Dr.-Alfred Mittler im 60. Lebensjahre verschieden.

Der Verewigte wurde im Jahre 1893 vom 2. Wahlkörper des I. Bezirkes in unsere Körperschaft entsendet, legte im Jahre 1900 sein Mandat zurück und wurde sodann im selben Jahre vom 1. Wahlkörper des ersten Bezirkes wieder gewählt, sodass er fast 24 Jahre Mitglied des Wiener Gemeinderates war, wo er seinen Pflichten stets mit Eifer und Hingebung nachkam und seiner Ansicht in rückhaltloser Weise Ausdruck gab. Mit aufrichtiger Teilnahme sehen wir Dr. Mittler aus unserer Mitte scheiden und werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Ich habe namens des Wiener Gemeinderates der Witwe des Verstorbenen das Beileid ausgedrückt; in meiner Vertretung hat Vizebürgermeister Hierhammer am Leichenbegängnisse teilgenommen und am Sarge unseres Kollegen einen Kranz niedergelegt. Sie, meineverehrten Herren, haben sich zum Zeichen der Trauer von Ihren Sitzen erhoben und Sie werden gestatten, daß ich diese Pietätskundgebung dem Protokolle der heutigen Sitzung einverleiben lasse.

Der Bürgermeister macht Mitteilung von dem Gesamtertragnisse der an den Volks- und Bürgerschulen Wiens eingeführten Spartage im Kalenderjahr 1916. Es betrug 109.373.-- Kronen. Der Bezirksschulrat beschloss 50 % für Wiener Kriegerwaisen zu widmen, 20 % dem patriotischen Hilfsverein vom roten Kreuz, 25% für Jugendfürsorge-Einrichtungen zu widmen. und 5 % für Kriegerheimstätten/ 13.783.-- Kronen wurden bereits für die Aktion „Wiener Kinder aufs Land“ verwendet.

Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin, sagte der Bürgermeister, den Lehrer und Lehrerinnen für ihre Mühewaltung auch bei dieser Aktion meinen wärmsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Die „Urania“ gibt in einem Schreiben bekannt, dass sie beabsichtigt einen beschränkten Ideen-Wettbewerb für die Errichtung eines zweiten Urania Gebäudes an der Mariahilferstrasse auszuschreiben und 5 Wiener Architekten gegen ein Honorar von je 2000.-- Kronen zum Wettbewerb einzuladen. Der Bürgermeister fügt hinzu, er habe der „Urania“ seine Unterstützung zu diesem Projekt zugesagt, weil die Gemeinde allen Grund habe, das Unternehmen zu fördern, damit auch am Mariahilfergürtel ein Volksbildungshaus entstehe, welches der dichtesten Bevölkerung der angrenzenden Bezirke zu Gute kommen soll.

Vor Beginn der Sitzung wurde am Platz des gestorbenen GR. Dr. Mittler ein Lorbeerkrantz niedergelegt, dessen Schleifen die Widmung tragen: „Der Verein der Fortschrittsfreunde - In liebevollen Gedanken“ Gespendet haben:

Die Witwe des Herrn Salo Kohn 20.000.-- Kronen für die Armen.
Frau Flora Berl 3000.-- Kronen für die Aktion Wiener Kinder aufs Land.
Dr. Philipp Ritter von Gomperz K 2000.-- für Arme.
Ein Ungenannter 600.-- K. zum Ankauf von Speisemarken für die Hernalser Kriegsküche.
GR. Paulitschke 100.-- K. für die Armen des 6. Bezirkes,
Josef Pirko K 100.-- für die Armen des 20. Bezirkes,

Richard von Frigyesi K 100.-- für die Armen,

Karl Glaser K 30.-- für die Armen.

Direktor Rudolf Petzel pädagogische Werke im Werte von K 300.-- für die Bezirkslehrerbibliothek Favoriten, Fabrikant Kurt von Redlich das Werk „Vom Lebensweg“ von Friedrich Jodl, Privatier Elie Linie eine englische Taschenuhr für die Uhrensammlung, Frau Ida Hofstätter ein künstlerisches Album, welches dem städt. Steueramtsdirektor Anton Hofstätter von den Beamten gewidmet wurde.

Josef Hemmerle hat 5000.-- K für die Armen, Anna Geitler K 1000, für die Armen des 13. Bezirkes, Heinrich Ortlieb K 500. für die Armen letztwillig vermacht.

GR. Wimberger stellt folgende Anfrage: Die Wirte sind jedenfalls die meist in Mitleidenschaft gezogenen Geschäftsleute in diesem Kriege. Er hat kein Bier, die Weinpreise sind sehr stark gestiegen und die Küche ist vollständig lahmgelegt, da Fleisch, Mehl Erdäpfel etc. sehr schwer aufzutreiben sind. Es haben daher von den Tausenden von Wiener Wirten eine grosse Anzahl es vorgezogen den Betrieb über ^{an diesem Falle nicht anzusetzen, sondern mit geschlossen} Kriegsdauer einzustellen, da sie ^{können} und auch nicht der Gefahr ausgesetzt sind, wegen Preistrauberei angeklagt zu werden. Die Wirte, die ihre alten Weine liegen haben, können unmöglich diese Weine zum seinerzeitigen Einkaufspreise mit der jetzt erlaubten Spannung verkaufen, da doch die Händler mit riesigen Nutzen gearbeitet haben und riesen Gewinnste einheimsten. Er bittet den Bürgermeister seinen Einfluss für den Schutz des Gewerbes geltend zu machen.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass ihm die traurige Lage ^{hundert} von kleinen und mittleren Wirten sehr wohl bekannt ist, er würde sicherlich veranlassen, was ihm möglich sei. Er sehe sehr wohl ein, dass bei der Ausschaltung des Bierverkaufes infolge der Einschränkung in der Biererzeugung, bei den teuren Weinpreisen und der Knappheit der Lebensmittel die Geschäftsführung der Gastwirtschaften ausserordentlich mühevoll und schwierig ist.

Die Gemeinderäte Wimberger u. Braunels beantragen den 15. Bezirk, in welchem die über Anregung des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Lueger zur Verbauung gelangte Schmelz einbezogen werden soll, zum ewigen Gedächtnis an Wiens grossen Volksbürgermeister mit Luegerstadt zu benennen.

GR. Drössler beantragt zur Vermeidung der Verwechslung der Bezeichnungen „Hohe Warte“ und „Hohen Wart-Platz“ letzteren umzubenennen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

BGM. Dr. Weisskirchner: Es findet nunmehr die Besetzung der 13 Stadtratsmandate und zwar wie in unserem Statute vorgeschrieben in einzelnen Wahlgängen statt. Es ist selbstverständlich, dass kein Unterschied zu machen ist zwischen Stadtratsmandaten, welche auf Grund von Erledigungen und solchen, welche auf Grund neugeschaffener Stellen zu besetzen sind.

Als Stimmzähler bestimme ich die GR. Herold u. Schlechter, als Schriftführer die BR. Obrist und Filip.

Es wird sodann zur Wahl von 13 Stadträten geschritten:

Erster Wahlgang: Gewählt wurde GR. Karl Angermayer mit 124 Stimmen auf GR. Reumann entfiel eine Stimme, ein Stimmzettel war leer. (die Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung)

Zweiter Wahlgang: gewählt wurde GR. Josef Gebhart mit 122 Stimmen, 4 Stimmzettel waren leer.

VBCM. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Dritter Wahlgang: Gewählt wurde Franz Hötzel mit 121 Stimmen, 3 Stimmzettel waren leer.

Vierter Wahlgang: Gewählt wurde GR. Karl Jung mit 121 Stimmen, 2 Stimmzettel waren leer.

Fünfter Wahlgang: Gewählt wurde GR. Johann Körber mit 122 Stimmen, 3 Stimmzettel waren leer.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 13. Juni 1917. Nr. 220.

Neue Kohlenlagerplätze. Die Erfahrungen, die im letzten Winter auf dem Gebiete der Kohlenversorgung gemacht wurden, haben die Gemeindeverwaltung bewogen, an eine Vermehrung der bestehenden Kohlenlagerplätze zu denken. Der Stadtrat beschloß deshalb nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer, in Grinzing, Hernals, Baumgarten, Erdberg, Gudrunstraße und Vorgartenstraße neue Kohlenlagerplätze zu errichten. Die Gesamtkosten stellen sich auf rund 700.000 Kronen. Hiedurch wird es möglich sein, täglich 2900 Tonnen Kohle abzugeben. Sollte mit einer größeren Menge von verfügbarer Kohle gerechnet werden können, so wird die Errichtung weiterer Kohlenlagerplätze in Erwägunggezogen werden.

Baden und Schwimmen der Schuljugend. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Stadtrates Zatzka, die im Vorjahre der Schuljugend und den Lehrlingshorten des Fortbildungsschulrates in den städtischen Bädern eingeräumten Begünstigungen auch für die heurige Badezeit aufrecht zu erhalten. Dem städtischen Jugendamt als Zentralarbeitsstelle für die an der militärischen Jugendvorbereitung teilnehmenden Jünglinge wurden für seine Zöglinge die gleichen Begünstigungen wie den Jugendfürsorgevereinen eingeräumt. Für den Bade- und Schwimmbetrieb im Knabenbad des Strandbades Gänsehäufel wird während der heurigen Sommerbadezeit der städtische Lehrer Friedrich Herndl als Aufsichtsorgan bestellt. Der Magistrat wurde ermächtigt, wegen Zuweisung der einzelnen städtischen Bäder an die Jugendfürsorgevereine die weiteren Maßnahmen zu treffen.

Gemeinderats-Sitzung. Der Gemeinderat hält in dieser Woche am Freitag 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung 9 Geschäftsstücke stehen, darunter Aushilfen und Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Gas- und der städtischen Elektrizitätswerke, Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses zu den Kriegszulagen für städtische Angestellte einschließlich der Lehrpersonen, Aushilfen und Lohnerhöhungen für die Unterbeamten der städtischen Straßenbahnen, Bilanz für das Jahr 1916 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien sowie Rechenschaftsbericht und Bilanz des Kreditvereines der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien für das Jahr 1916.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Tomola ernannt zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse: Elisabeth Eibl, Hermine Bayer, Albine Nagl und Emilie Skorzina, zum Volksschullehrer 1. Klasse: Josef Hauer, zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse: Hedwig Lorenz, Marie Schmid von Schmidfelden, Zäzilie Künzl, Auguste Neumann, Marie Vranoxe, Leopoldine Reim, Anna Guggenberger und Antonie Amon, zu Volksschullehrern 2. Klasse: Alois Eberhart, Franz Strasser, Karl Görl, Oskar Barta und Alois Niederhuemer.

Die neuen Stadträte. Die in der gestrigen Sitzung des Gemeinderates gewählten 13 Stadträte haben noch gestern abends sämtlich schriftlich erklärt, daß sie die auf sie gefallene Wahl annehmen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 14. Juni 1917. Nr. 221.

Ein neues städtisches Freibad in der alten Donau. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Stadtrates Zatzka die Errichtung eines neuen städtischen Freibades in der alten Donau oberhalb der Kagraner Brücke mit einem Gesamterfordernis von 26.000 Kronen. Es ist ein 160 m langer Badestrand vorgesehen, welcher später um je 50 m auf und abwärts verlängert werden kann. Es wird je eine Männer- und eine Frauenabteilung hergestellt. Der für das Freibad bestimmte Flächenraum hat ein Ausmaß von 28.800 m² und gestattet eine Erweiterung auf rund 48.000 m².

Aus dem Rathause. Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm heute vormittags im Empfangssalon die Beeidigung von 12 Armenräten, eines Waisenrates und dreier Waisenrätinnen vor. Sodann überreichte der Bürgermeister den Armenräten Wilhelm Schneider (Margareten), Franz Götzl, Ludwig Langer und Anton Pfeifer (Alsegrund), Andreas Berger, Johann Marwan, Anton Nasinsky, Karl Navratil, Franz Riedl, Franz Scheuringer und Franz Tucek (Favoriten), Franz Lauer (Hietzing) und Franz Melischek (Hernals) das Diplom für mehr als 10jährige Ausübung ihres Ehrenamtes. Schließlich beeidigte Bürgermeister Dr. Weiskirchner 50 neue Bürger der Stadt Wien.

Den Feierlichkeiten wohnte bei: der Präsident der Bürgervereinigung Stadtrat Brauneiß und sein Stellvertreter Gemeinderat Roth, die Stadträte Hötzel und Jung, die Gemeinderäte Breuer und Partik, Handelskammerat Pabst, die Obmänner der Armeninstitute Junghofer (2. Bezirk) und Schauer (9. Bezirk), Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Obermagistratsrat Dr. Winkler, die Magistratsräte Formanek und Dr. Krzisch, Marktdirektor Kommerzialrat Bauer, Kanzleidirektor kaiserlicher Rat Hönisch, Schuldirektor Pabisch, zahlreiche Genossenschafts-Vorsteher u. a.

Freiplätze der Gemeinde Wien an der Export-Akademie. Für das Studienjahr 1917/18 werden sechs Freiplätze an der allgemeinen Abteilung der k. k. Exportakademie mit einjähriger Studiendauer verliehen. Zur Bewerbung sind berufen: In Wien heimatsberechtigzte bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen, welche die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben und ein tadelloses sittliches Betragen aufweisen. Die an den Wiener Magistrat, Abteilung 13 zurichtenden Gesuche sind vom 1. bis einschließlich 8. Juli d. J. bei der Direktion der k. k. Export-Akademie 19. Bezirk Felix Mottl-Straße 1 c einzureichen.

Ankauf eines Gemäldes. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Stadtrates Schwer den Ankauf eines Gemäldes, darstellend den Leopoldsberg und Umgebung von dem Maler Ernst Eck.

Für das städtische Brauhaus. Vom Stadtrate wurde nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Rain für die Rekonstruktion der Dampfkesselanlage im Brauhause der Stadt Wien ein Betrag von 10.000 K und für die Anschaffung von zwei neuen Ventilatoren in den Darren des Brauhauses ein Betrag von 8000 Kronen bewilligt.

Verkauf von Hasenfleisch. Die Gemeinde Wien hat in Ungarn eine größere Anzahl von Hasen angekauft, die Samstag, den 16. d.M. und Sonntag, den 17. d.M. in folgenden Geschäften und Marktständen zur Ausgabe gelangen:

1. Bezirk: Josef Rabinger (Markt Freilung), Caroline Wlasaty und Ludwig Haas (Markthalle Stadiongasse).

2. Bezirk: Wenzel Cerny, Theresia Matl, Katarina Wesselitsch und Johann Philipp (Markt im Werd).

3. Bezirk: Anton Dechant, Paul Plankowitsch (Großmarkthalle).

4. Bezirk: Alois Genhauser, Carl Eigner, Franz Rechtberger und Anton Menzl (Naschmarkt) und Cölestin Kohlert (Carolinengasse 28).

5. Bezirk: Heinrich Schweifer (Wiedner Hauptstraße 122) und Stefan Simatowitsch (Schönbrunner Straße 68).

6. Bezirk: Franz Zitterbart, Anna Holub und Heinrich Schweifer (Markthalle Damböckgasse).

7. Bezirk: Alois Haneker und Magdalena Kreitenich (Markthalle Burggasse) und Lorenz Oppelmaiers Witwe (Seidengasse 37).

8. Bezirk: Maria Baxtek (Kochgasse 21).

9. Bezirk: Maria Bangler, Pauline Gehrig, Anton Starnbacher, Anton Mrekorsch und Pauline Farkas (Markthalle Nußdorfer Straße).

10. Bezirk: Katharine Hellis, Anna Stamp, Johann Valentin und Katharina Holzinger (Markt Eugenplatz).

11. Bezirk: Theresia Grey und Josef Gugitscher (Markt Enkplatz).

12. Bezirk: Max Maxa, Franziska Greil, Marie Nowak und Elise Nowak (Markt Niederhofgasse).

13. Bezirk: Johann Huber (Samkogasse 4), Mathias Griebmayer (Missindorfegasse 8).

14. Bezirk: Josef Riederer, Lorenz Kurz, Maria Hahn (Markt Schwendergasse).

15. Bezirk: Antonie Stritzl (Markt Reithoferplatz).

16. Bezirk: Alois Leiss, Pauline Sedmik, Justine Reithofer, Maria Bubitsch, Caroline Moser, Matias Metz, Johann Troindl, Alois Gerihäuser, Franz Steinbauer und Katarina Weikowitsch (Markt Brunnengasse) und Anna Barilitsch (Markt Nepomuk Bergerplatz).

17. Bezirk: Josefina Frotzler (Bergsteiggasse 12 und Hernalser Hauptstraße 16) und Johann Daim (Jörgerstraße 9).

18. Bezirk: Albert Hroscheck für den 17. und 18. Bezirk (Markt Nepomuk Voglplatz), Berta Hrodeck und Aloisia Horwart für den 18. und 19. Bezirk (Markt Kutschergasse), Katharine Schmalzbauer (Gentzgasse 33), Berta Hrodeck (Kutschergasse 24).

20. Bezirk: Maria Pasteiner, Johann Kamer (Markt Hannovergasse).

21. Bezirk: Andreas Grimm, Ferdinand Gottwald (Markt am Spitz).

Um jedoch möglichst vielen Käufern den Ankauf von Hasenfleisch zu sichern, wurde festgesetzt, daß nur Hasenteile und nur an Selbstverbraucher zu je 1 Stück abgegeben werden dürfen. Die Preise stellen sich folgendermaßen: Hasenbraten (Rücken und Läufe) K 7,60, Hasenrücken K 4, Hasenlauf K 3,60, Hasenjunge K 2,20.

222 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,

Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 15. Juni 1917. Nr. 222.

Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 7. Bekanntlich besteht beim Wiener Magistrat für die einheitliche Behandlung der Agenden des äusseren Ernährungsdienstes das Bezirkswirtschaftsamt Wien, das seine Geschäfte in 6 Stellen und einer Unterabteilung führt. Der Bürgermeister hat nunmehr die Errichtung einer 7. Stelle dieses Amtes verfügt. Die neue Amtsstelle hat alle Angelegenheiten zu behandeln, welche den Verkehr mit Heu und Stroh auf Grund der Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 29. Mai 1917, R.G.Bl.Nr.243, im Gemeindegebiete von Wien und die Beschaffung der Futtermittel für die städtischen Betriebe betreffen. Das neue Amt führt die Bezeichnung „Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 7 (Verkehr mit Heu und Stroh; Beschaffung von Futtermitteln für die Gemeindebetriebe)“ und hat seinen Sitz im neuen Amtshause I., Ebendorferstraße 1; zum Leiter dieses Amtes hat der Herr Bürgermeister den Vorstand des Stadtbüros des Brauhauses der Stadt Wien, Magistratssekretär Dr. Anton Schlesinger unter gleichzeitiger Belassung auf diesem Dienstposten bestellt.

Obst-, Gemüse- und Grünwarenpreisfestsetzung. Aus dem Rathause und zwar seitens der Marktamts-Direktion wird uns folgendes mitgeteilt: Die periodische Druckschrift „Die Zeit“ bringt in ihrer Abendausgabe vom 13. Juni unter der Aufschrift „Der heutige Lebensmittelmarkt“ eine Mitteilung, daß über Weisung des Ernährungsamtes zur Vereinheitlichung der Verkaufspreise auf den Wiener Märkten täglich die Preisfestsetzung auf dem Wiener Zentral-Obst- und Gemüsemarkt (Maschmarkt) vorgenommen und daß die ermittelten Preise dann sämtlichen Marktamts-Abteilungen telefonisch bekannt gemacht werden. Auch eine Vereinheitlichung der Festsetzung dieser Preise für die Lebensmittelgeschäfte und Grünwarenhandlungen in den Bezirken wäre erstrebenswert, denn da wird trotz des Kontrolldienstes des Ernährungsamtes auf diesem Gebiete noch immer stark gewachert. Dem gegenüber muß die Marktamts-Direktion, um irrigen Ansichten in der Öffentlichkeit vorzubeugen, folgendes feststellen: Bei Kriegsausbruch hat der Bürgermeister schon unterm 28. Juli 1914 über die Berichte der Marktamts-Direktion einen Aufruf in tausenden von Exemplaren herausgegeben und anschlagen lassen, in welchen er gegen die durch nichts gerechtfertigte Preissteigerung wichtiger Konsumartikel seine mahnende Stimme erhebt und an den Gemeinsinn aller Bürger appelliert, daß sie nicht den unvermeidlichen Notstand, den ohnehin jeder Krieg im Gefolge hat, durch Akte der Preistreiberei verschärfen sollen. Der Bürgermeister hat aber auch anschließend an diesen Aufruf unverweilt am 1. August 1914 die Marktamts-Direktion beauftragt, die Preisfestsetzung täglich vorzunehmen und auf den Märkten und in den Hallen die ermittelten Preise öffentlich anzuschlagen und durch die Organe des Marktamtes überwachen zu lassen. Er hat unter einem damals auch angeordnet, daß die Preise für die Lebensmittelgeschäfte und Grünwarenhandlungen in den Bezirken täglich festgestellt werden. Die Marktamts-Direktion ist diesen umfassenden Weisungen des Bürgermeisters auch in allen Teilen sofort nachgekommen; es werden täglich schon um 4 Uhr morgens diese Preise festgesetzt und auf telefonischem Wege unmittelbar danach allen Marktamts-Abteilungen bekanntgegeben und besteht dieser Ueberwachungsdienst durch die Organe des Marktamtes auf allen Märkten, in allen Markthallen und in sämtlichen Geschäften aller Bezirke somit schon seit Kriegsausbruch.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 15. Juni 1917. Abends. Nr. 222.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 15. Juni 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

eröffnet die Sitzung.

Gemeinderat Ignaz Fischer stellt folgende Anfrage:

Es verlautet, daß die errichtete Gemüsezentrale die Absicht verfolgt, nur jene Händler mit dem Verkauf zu betrauen, welche Mitglieder der Gemüsezentrale sind und als solche einen Mindestanteil von K 10.000 gezeichnet haben. Die Folge einer solchen Maßnahme wäre, daß sämtliche Händler, die nicht über Geld verfügen und nicht Mitglieder der Zentrale werden können, vom Gemüsehandel ausgeschlossen wären. Traurige Erfahrungen auf dem Gebiete des Verpflegewesens sind ein genügender Anlaß, alles vorzukehren, damit das Volk nicht ausgewuchert und dabei noch angewiesen wird, stundenlang warten zu müssen, bis es den Einkauf besorgen kann. Es wird gefragt: Ist dem Bürgermeister der erwähnte Uebelstand bekannt und ist er geneigt zu verfügen, daß insbesondere auf den Marktplätzen alle Händler Gemüse verkaufen, damit das Anstellen vermieden werde?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Der Magistrat berichtet hierüber folgendes: Die vom k.k. Amte für Volksernährung autorisierte Gemüse- und Obstversorgungsstelle („Geos“) hat eine Vereinigung der Wiener Großhändler mit Obst und Gemüse ins Leben gerufen, welche den Ankauf und die Einfuhr von Gemüse und Obst aus Ungarn besorgen soll. Durch diese Vereinigung ist jedoch der Einkauf von Gemüse und Obst in Ungarn durch Händler, welche dieser Vereinigung nicht angehören, nicht ausgeschlossen. Der Verkauf der von der Vereinigung eingeführten ungarischen Ware in Wien erfolgt derzeit durch die städtischen Kartoffelabgabestellen. Die Gemeinde Wien wird jedoch, wenn die Zufuhren steigen, selbstverständlich im Interesse der Dezentralisierung des Verkaufes auch andere Händler mit dem Verkaufe betrauen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner fügt hinzu: Es dürfte den Herren bekannt sein, daß eine große Anzahl von Nachmarktparteien an mich mit der Bitte herangetreten ist, beim Minister Höfer zu intervenieren, damit andere Verhältnisse als solche, die durch die „Geos“ geschaffen wurden, auf dem Obst- und Gemüsemarkt platzgreifen. Ich habe dem Ersuchen Folge gegeben und habe die Marktparteien zum Minister geführt, unter dessen Vorsitz gestern eine Besprechung stattfand. Wenn die dort gegebenen Versprechungen des Ministers in Erfüllung gehen, so werden sie sicherlich eine Befriedigung bei den Marktparteien und bei den Verbrauchern herbeiführen.

Gemeinderat Philp stellt folgenden Antrag: Durch den für das heurige Schuljahr verfügten früheren Schulschluß werden diejenigen aushilfsweise verwendeten Lehrpersonen, für welche die Zuerkennung der vollen Remuneration von der Ableistung einer gewissen Dienstzeit abhängt (23 Wochen), in ihren rechtlichen Ansprüchen geschädigt. Es wird daher an den Bürgermeister das Ersuchen gerichtet, dahin wirken zu wollen, daß den betreffenden Lehrpersonen für die Berechnung der Ferialdienstzeit die 15 Tage (1 bis 15. Juli) für die Zuerkennung der Ferial-Remuneration in Anrechnung gebracht werden.

Gemeinderat Paulitschke beantragt, es mögen im Interesse der nachmittägigen Besucher des Strandbades Gänsehäufel die Aufzahlungskarten an Sonn- und Feiertagen vormittags nur zur Badebeutzung bis

längstens 6 Stunden und an den Nachmittagen der Sonn- und Feiertage gar keine Badezeit-Verlängerungskarten zur Ausgabe gelangen. Durch diese infolge der Kriegsverhältnisse notwendige Verfügung könnten einerseits noch tausende mehr das herrliche Bad genießen, andererseits würdender Gemeinde Wien aus dem Badebetriebe größere Einnahmen zufließen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Rain legt den Rechenschaftsbericht und die Bilanz des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für das Jahr 1916 vor. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wird die für in Wien heimatberechtigten Pflinglinge des israelitischen Versorgungshauses 9. Bezirk Seegasse 9 zu zahlende Verpflegungsgebühr für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 von 1 K 50 h auf 3 Kronen pro Kopf und Tag erhöht.

Nach einem Antrage des StR. Zatzka soll die Errichtung eines neuen städtischen Freibades und zwar in der alten Donau oberhalb der Kagraner Brücke mit einem Gesamtkostenverfordernisse von 26.000 Kronen genehmigt werden.

GR. Körber begrüßt den Antrag auf das wärmste und gibt nur dem Wunsche Ausdruck, daß der in der Nähe befindliche Bruckhaufen möglichst bald über die Grenzen Wiens hinaus verlegt werde. Er regt ferner an, bei dem Befestigungsamt vorstellig zu werden, daß der im Jahre 1914 gesperrte Zugang über die Brücke zum Bade wieder freigegeben werden möge, da diese Maßregel jetzt wohl nicht mehr notwendig sei.

StR. Schneider berichtet über Aushilfen und Lohnerhöhungen für die Unterbeamten der städtischen Straßenbahnen, welche ohne Debatte genehmigt werden.

VB. Hoß berichtet über die Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses zu den Kriegszulagen für städtische Angestellte einschließlich der Lehrpersonen.

GR. Philp bedauert, dass die Familien der eingerückten Beamten und Lehrer in die Vorlage nicht einbezogen wurden und stellt den Antrag der Stadtrat möge sich damit beschäftigen, dass den Familien der Eingerückten ebenfalls die Kriegszulage zuerkannt werde.

StR. Hohensinner erklärt, er sei der Letzte, der den guten Willen verkenne, der aus diesem Antrage spreche, doch sei leider die Grenze für die Kriegszulage viel zu eng gezogen, heute sei auch ein Hofrat ein armer Hund. Er schliesst sich dem Antrage Philp an und erklärt demselben mit vollem Herzen zuzustimmen.

GR. Andreas Mayer richtet an den Berichterstatter die Frage, ob in dem in der Vorlage angegebenen Grenzbetrag von K 7000.-- auch das Quartiergeld inbegriffen sei.

VB. Hoss: erwidert in seinem Schlussworte, dass in die Einkommengrenze von 4800 Kronen das Quartiergeld nicht eingerechnet sei, sodass die Zulagen bis zu den Bezügen von 7000 Kronen gewährt werden. Die Gemeinde glaube, dass mit höheren Beträgen bei Sparsamkeit das Auslangen gefunden werden könne, doch werde sie gewiss auch hier eingreifen müssen, wenn sich die Verhältnisse in der Zukunft noch schwieriger gestalten sollten.

Die Anträge des Berichterstatters werden sodann angenommen, der Antrag Philp findet genügende Unterstützung und geht an den Stadtrat.

Vize-Bürgermeister Hoß legt sodann den Bericht über Aushilfen und Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitäts-Werke vor.

Beide Anträge werden ohne Debatte genehmigt.

Nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoß wurde weiters für Aushilfen im städtischen Gaswerke für das Verwaltungsjahr 1916/1917 zu dem bereits genehmigten Nachtragskredit von 26.000 Kronen ein weiterer Nachtragskredit von 30.000 Kronen bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hoß legt endlich die Bilanz für das Jahr 1916 und den Voranschlag für das Jahr 1917 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien vor.

GR. Angeli: Als der Gemeinderat vor 10 Jahren beschloss, eine Zentralsparkassa zu errichten, hätte niemand geahnt, dass diese Anstalt in dem kurzen Zeitraum einen so glänzenden Aufschwung nehmen werde. Das glänzend geleitete Institut genießt das vollste Vertrauen der Bevölkerung und entspricht vollständig seiner Bestimmung. Im Sinne der Forderungen der christl. Arbeiterschaft möchte ich jedoch für die Erweiterung des Wirkens dieser Anstalt eintreten. Die Zentralsparkassa wurde bereits erweitert durch die Errichtung des Kreditvereines, welcher sich insbesondere während der Kriegszeit als eine Wohltat für den Gewerbestand erwiesen hat. Die Ausgestaltung noch einen Schritt weiter, wäre die Gründung einer Städtebank. Eine solche würde sich sicherlich des vollsten Vertrauens der Allgemeinheit erfreuen. Wir haben es in diesem Kriege erlebt, dass die bestehenden Banken weder im Interesse der Bevölkerung noch in jenem des Staates sind. Die Banken haben tief eingegriffen in das Wirtschaftsleben, sie haben Truste gebildet und durch den Aufkauf einzelner Artikel diese furchtbar verteuert.

Redner wünscht ferner, dass endlich für die zahlreichen Einberufungen insbesondere älter erprobter Beamter der Zentralsparkassa ein Ende gemacht werde. Wenn noch mehr Beamte von der Sparkassa einberufen werden, so sei Gefahr vorhanden, dass das Institut nicht mehr seine Aufgaben erfüllen könne.

Zur Sache selbst möchte ich folgendes bemerken: Die Beamten die dort bis in die späten Nachtstunden arbeiten müssen, erhalten für die Ueberstunde sage und schreibe K 1.- Die Banken haben schon im Frieden zwei Kronen bezahlt und es ist das mit Rücksicht auf die gegenwärtige Zeit wohl keine Entlohnung. Ich meine, man müste mit dem Honorar hier ein bisschen hinaufgehen. Der Redner bittet schliesslich auch den Skontisten Aufbesserungen zu gewähren und ersucht den Berichterstatter veranlassen zu wollen, dass die Inschrift auf den Kappen der Skontisten beseitigt und durch eine einfache Kokarde ersetzt werde.

VB. Hoss erwidert in seinem Schlussworte, die Beamten seien mit Rücksicht auf die Kriegszeit wohl überall übermässig in Anspruch genommen und was die Beträge für die Mehrleistungen betreffe, so sei die gewährte Entlohnung eine auch im Privatbetriebe übliche. Im Uebrigen sei die Zentralsparkassa bemüht, ihren Beamten jederzeit entgegenzukommen, und sie gewähre für ausserordentliche Leistungen anlässlich der Kriegsleihe auch besondere Remunerationen. Was die Ausgestaltung betrifft, so werde die Anstaltsleitung insbesondere der Bürgermeister sich die diesbezüglichen Pläne zurecht legen und wenn der richtige Moment komme, werden dem Gemeinderate die entsprechenden Vorschläge unterbreitet werden. Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten einstimmig angenommen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Die Wiener Obst- und Gemüsehändler und die Geos. Das Inslebentreten der Gemüse- und Obststelle hatte zur Folge gehabt, daß sich unter den Wiener Markthändlern ein Syndikat bildete. Diesem Syndikat gehören aber leider mitunter Personen an, die auf den Wiener Märkten bis dahin vollständig unbekannt waren. Insbesondere die große Schaar von mittleren und kleineren Händlern wurde durch die Bildung dieses Syndikates mehr oder weniger ausgeschlossen, was zur unmittelbaren Folge hatte, daß sie ihre jahrelangen Beziehungen zur österreichischen und ungarischen Produktion unterbunden sahen. Eine erkleckliche Anzahl leistungsfähiger und emsiger, fachlich gebildeter Händler fühlte sich in der Existenz bedroht. Eine Klärung in diesen Verhältnissen ließ auf sich warten, teilweise waren die Einsendungen schon unterbrochen, zum größten Teile aber stand die bäuerliche Produktion, welche den bisherigen Gründungen der verschiedenen Zentralen stets mit soheelen Augen gegenüberstand, auch dieser neuen Stelle gerade nicht sympathisch gegenüber. In ihrer Bedrängnis wendeten sich nun die Markthändler, geführt von den Vertretern des 4. Bezirkes Stadtrat Regierungsrat Schmid, den Gemeinderäten Panosch und Breuer, dem Bezirksvorsteher Charwat und Marktamtsdirektor Bauer an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner. Der Bürgermeister hat diese Abordnung unverweilt empfangen und ließ sich von den Gemeindefunktionären, dem Marktamtsdirektor und der Händlerschaft über die derzeitigen Zustände auf den Wiener Märkten eingehend informieren. Als gründlicher Kenner der Wiener Marktverhältnisse hat er nach den ausführlichen Darlegungen der Beschwerdeführer sofort erkannt, daß ein Eingreifen seinerseits unverweilt erforderlich sei und nahm sofort Veranlassung, dem Minister für Volksernährung, Generalmajor Höfer, um eine Aussprache über diesen Gegenstand zu ersuchen. Der Minister erklärte sich mit größter Bereitwilligkeit einverstanden, die vom Bürgermeister geführte Abordnung zu empfangen und schlug auf Grund dieses Empfanges für Mittwoch, den 13. Juni nachmittags halb 5 Uhr eine eingehende Besprechung vor. Hiezu sah sich Exzellenz Höfer insbesondere dadurch veranlaßt, weil Bürgermeister Dr. Weiskirchner in vollkommenezutreffender, eingehender und begründeter Weise die Mißstände bei der Versorgung der Märkte mit Frühgemüse und Obst hervorhob und eine sofortige Abstellung dieser Uebelstände im Interesse der Approvisionierung Wiens verlangte. Der Bürgermeister hob insbesondere hervor, daß durch diese Maßnahmen eine Schaar bürgerlicher Existenzen gefährdet werde und es doch nicht angehen könne, bewährte Kräfte des Obst- und Gemüsehandels, die jahrelange Beziehungen mit österreichischen und ungarischen Produzenten aufrecht erhielten, nunmehr auszuschalten, umso mehr, als diese Tätigkeit nicht nur im Interesse der Marktinteressenten, sondern ganz besonders im Interesse der Verpflegung der Bevölkerung Wiens gelegen sei. An der Mittwoch erfolgten eingehenden Besprechung nahmen außer den genannten Funktionären und dem Marktamts-Direktor Bauer noch die Herren Thomas Weber, Leiter der Einkaufszentrale der Marktviktualienhändler Wiens, Josef Nevriky, Johann Schmidt und Franz Flechl, sowie die Frauen Anna Haindl, Marie Laubheimer, Marie Kreuzer, Sophie Eigner und Betti Kopf teil. Seitens des Ernährungsamtes waren Hofsekretär Dr. von Halban und der Direktor der Geos Dr. Kurt Schechner beigezogen. Den Vorsitz bei der Sitzung führte der Minister selbst.

Im Laufe der Besprechung wurden sämtliche Streitfragen in eingehender Weise erörtert, wobei Marktamts-Direktor Bauer, die Gemeinderäte Breuer und Panosch, Bezirksvorsteher Charwat und die Herren Weber und

Schmidt in energischester Weise die Interessen der in der „Einkaufszentrale“ vereinigten Marktparteien vertraten. Zum Verständnisse der Sachlage sei hervorgehoben, daß die Beschwerdeführer sich keineswegs aus den Kreisen des Zwischenhandels rekrutieren, sondern jener Händlerschaft angehören, die seit Dezennien in unmittelbarer Verbindung mit den Gemüse- und Obstproduzenten stehen. Die 2 ½ Stunden dauernde Ansprache ergab zunächst eine vollständige Klärung der Sachlage und hatte das erfreuliche Ergebnis, daß die Forderungen der Vertreter der Interessen der Einkaufszentrale anerkannt und deren Erfüllung gebilligt wurde. Einen sehr günstigen Eindruck machte auf alle Beteiligten die entgegenkommende Führung der Verhandlung durch Exzellenz Höfer, welcher die Notwendigkeit des Zusammenwirkens aller Interessentengruppen hervorhob und insbesondere erklärte, daß das Amt für Volksernährung die Bestrebungen der Händlerschaft stets in jeder Weise fördern werde, zumal dadurch die Lebensmittelversorgung gefördert und erleichtert werde.

Der österreichische Wasserstraßentag.

In der kommenden Woche am Mittwoch und Donnerstag findet in Wien der österreichische Wasserstraßentag statt, dessen Einberufung der Wiener Gemeinderat über Anregung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner schon im vorigen Frühjahr beschlossen hat. Die Stadt Wien hat sich seit Jahrzehnten mit aller Tatkraft für den Ausbau der österreichischen Wasserstraßen eingesetzt, sie hat sich nicht nur an den großen Wasserstraßentagen, die in den Jahren 1900 und 1911 in Wien stattfanden, hervorragend beteiligt, sie hat auch selbst gemeinsam mit der Stadt Krakau und den Handelskammern von Wien und Krakau im Jahre 1908 einen Wasserstraßentag in Wien veranstaltet. Bisher waren alle Bemühungen vergebens.

Mitten im Toben des Weltkrieges treten nun die Vertreter der Städte und Körperschaften nicht nur aus unserer Monarchie, sondern auch aus dem Deutschen Reiche und aus den Balkanländern zusammen, um ein Werk zu fördern, das berufen ist, die Volkswirtschaft der verbündeten Mächte zu heben und zu sichern. Die Wasserstraßen Oesterreichs, deren Herstellung angestrebt wird, werden in Verbindung mit dem schon bestehenden und noch weiter auszugestaltenden Wasserstraßennetze des Deutschen Reiches und bei entsprechender Ausgestaltung der schiffbaren Ströme, insbesondere der Donau für Industrie und Gewerbe, für Handel und Landwirtschaft neuen Aufschwung bringen, sie werden die Versorgung der Großstädte mit wichtigen Bedarfsgegenständen erleichtern, sie werden aber vor allem die Volkswirtschaft der Mittel- und Ostmächte von feindlicher Bedrohung unabhängig machen und so dazu beitragen, in Zukunft den Frieden zu sichern.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Vizebürgermeister Hoß, die Stadt- und Gemeinderäte Dr. Ritter von Dorn, Emmerling, Partik, Schmid und v. Steiner, Baudirektor Goldemund, Magistratsrat Dr. Müller und Magistratssekretär Jiresch begeben sich bereits Sonntag oder Montag nach Linz, um dort die mittels Schiff reisenden reichsdeutschen Teilnehmer zu begrüßen. Die Verhandlungen finden in Wien am 20. und 21. Juni im Konzerthausssaale statt. An dem letzteren Tage wird eine Besichtigung des Absperrwerkes in Nußdorf sowie der Länden am Donaustrom stattfinden. Die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft hat ein Schiff zur Verfügung gestellt, welches jedoch da es nur 350 Plätze aufweist, für die auswärtigen Teilnehmer des Tages freigehalten werden muß.

Nach den Anmeldungen verspricht die Tagung einen großartigen Verlauf zu nehmen. Bis jetzt sind ungefähr 700 Teilnehmer auf der Liste.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche keine Sitzung ab. In der letzten Woche des Monats Juni wird der Hauptrechnungsabschluß für das Verwaltungsjahr 1915/16 und der Hauptvorausanschlag für das Jahr 1917/18 im Gemeinderate zur Verhandlung kommen. Es werden hiefür am Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag Gemeinderatssitzungen anberaumt werden. - Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Freitag vor- und nachmittags zu Sitzungen zusammen.

Ausgabe von Ersatznahrungsmitteln anstatt Kartoffeln. In der kommenden Woche gelangen auf den Märkten und in den Markthallen täglich die von der Regierung der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten, in Salzwasser eingelegten Bohnen ausländischer Herkunft gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte zum Verkaufe. Der Preis der Ware beträgt 3 K 80 h per Kilogramm. Ferner gelangt in der kommenden Woche ab Montag in sämtlichen Bezirken Mischgemüse (Julienne) in Päckchen zu 11 dkg zum Preise von 1 K per Päckchen zum Verkaufe. Der Preis ist auf jedem Päckchen aufgedruckt. Das Marktamt macht aufmerksam, daß die Julienne nicht etwa nur als Süppeneinlage verwendet werden kann, sondern als Mischgemüse eine gute Zuspise abgibt. Die Kochanweisung hiezu ist auf jedem zum Verkaufe gelangenden Päckchen ersichtlich. Mit den entsprechenden Zutaten kann Julienne auch als Beimengung zu faschierten Fleisch verwendet werden.

Nach Maßgabe des Anrollens werden auch Dörrpflaumen und Sauerkraut zur Abgabe gelangen.

Neue Kriegsküchen. Freitag, den 22. d.M. werden die Kriegsküchen Nr. 43 im 4. Bezirk Karolinengasse 26, Nr. 44 im 2. Bezirk Kronprinz Rudolfstraße 38 und Nr. 45 im 16. Bezirk Neulerchenfelder Straße 92 sowie am Mittwoch, den 27. Juni die Kriegsküche Nr. 46 im 10. Bezirk Sonnwendgasse 4 den Betrieb aufnehmen. Anmeldungen zum Speisenbezuge nehmen diese Küchen 2 bis 3 Tage vor der Eröffnung entgegen.

Die Bezirksvertretung Brigittenau hält Mittwoch, den 27. d.M. um 6 Uhr abends eine Sitzung ab.

Ein Appell an Ausflügler. Infolge der anhaltenden Trockenheit ist in den Wäldern besondere Vorsicht dringend geboten. Die Ausflügler werden aufmerksam gemacht, daß durch ein geworfenes glimmendes Streichholz oder eine glimmende Zigarre oder Zigarette ein verheerender Brand verursacht werden kann.

27. Jahrg. Wien, Montag, 18. Juni 1917. Nr. 225.

Die Bezirksvertretung Mariahilf hält Donnerstag, den 21. Juni 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Sammlung. Ueber Erlaß des Ministeriums des Innern wurde zu Gunsten der durch die Erdbebenkatastrophe im Jänner d.J. schwer geschädigten Bewohner der Stadt Rann und deren nächsten Umgebung, letzterer zu Gunsten der durch die nämliche Katastrophe in Not geratenen Bevölkerung der Gemeinden Zirkle und Tschatesch eine allgemeine öffentliche Sammlung angeordnet. Spenden nehmen die Hauptkassenabteilungen der magistratischen Bezirksämter entgegen.

Eine Zuschrift an den Bürgermeister aus Antipicha. Ein städtischer Beamter, der in russischer Kriegsgefangenschaft ist, hat aus Antipicha in Sibirien im Herbst vorigen Jahres ein längeres Schreiben an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner gerichtet, dem wir Nachstehendes entnehmen: Die Lager in Sibirien sind gesundheitlich besser als im Innern oder anderswo in Rußland; Antipicha gehört zu den gesündesten. Es liegt in einem Föhrenwalde, welcher nach dem Süden offen ist, an der Bahnstrecke Irkutsk-Tschita - Wladiwostok. Das Lager diente früher einem Artillerieregiment, die Steinbaracken, welche zur Unterbringung der Geschütze dienten und die Pferdeställe wurden mit Pritschen versehen und die Gefangenen dort untergebracht. Nachdem die meisten Gefangenen, rund 5200 Mann ins Innere zur Feldarbeit transportiert worden waren, verblieb ein Rest von rund 900 Mann, welche in zwei Steinbaracken untergebracht sind. In diesen Baracken, welche mit Holzboden versehen sind, sind Doppelpritschen aufgestellt, für Licht und Luft ist hinlänglich gesorgt. Die militärischen Signale zeigen die Tagwache (5 Uhr früh), Menageholen, Abendsuppe und Zapfenstreich (9 Uhr abends) an. Die zurückgebliebene Mannschaft besteht aus Arbeitern (Maurern, Zimmerleuten, etz.) und aus Einjährigen (Beamten, Lehrern) Beide Gruppen sind auch räumlich von einander geschieden, die eine heißt Arbeiter-, die andere Intelligenzbaracke. Derzeit hält sich in den Gefangenenlager ein Amerikaner namens A. Moran auf, welcher dem christlichen Vereine junger Männer angehört und namens des Vereines Fußbälle, Musikinstrumente, etz. zur Verfügung stellt. Er ist auch bemüht, eine der leerstehenden Baracken zu erhalten, welche als Bibliotheks- und Vortragsraum dienen soll. Einige Kameraden haben sich bereit erklärt, Kurse abzuhalten, in denen ungarisch, französisch, englisch, lateinisch, Stenographie, Algebra, Geometrie, Buchhaltung und Schachspiel unterrichtet wird. Wer lernen will braucht sich über Langeweile nicht zu beklagen. Im Lager besteht auch eine Musikkapelle aus zirka 24 Mann. Die Geigen, Baßgeigen, Cello, Tamborizza und Quittarre wurden im Lager von den Gefangenen selbst angefertigt, während die Blechinstrumente vom russischen Kommando zur Verfügung gestellt wurden. Die Kapelle konzertiert abwechselnd vor den russischen Offizieren oder im Lager. Diese sogenannten guten Zeiten traten erst dann ein, als die schwedische Kommission vom Roten Kreuz die Verteilung der Liebesgaben begann. Diese Herren - an der Spitze Dr. Gustav Hallström, Jonason senior und junior - sind seit Dezember 1915 im Lager tätig und haben sich um die Gefangenen sehr verdienstvoll bemüht. Auch unsere eigenen Offiziere sorgen in aufopfernder Weise für die Mannschaft. Aus eigener Initiative wurde eine Küche errichtet, welche für die schwachen und

aus dem Spital entlassenen Kameraden kocht. Die Kosten werden zum Teile von den Offizieren, zum Teile aus Geldsendungen aus der Heimat bestritten. Dem Lager ist auch ein Spital angeschlossen, welchem Regimentsarzt Dr. Karl von Planner vorsteht. Im Lager selbst befindet sich ein Marodenzimmer unter Leitung des Assistenzarztes Dr. Martin Schwerer. Für die Einjährig-Freiwilligen und für die länger dienenden Unteroffiziere ist in der Weise gesorgt, daß sowohl die Reichsdeutschen als auch die unserer Armee Angehörigen monatlich mit bis zu 7 Rubel pro Mann unterstützt werden. Ebenso erhalten diejenigen, welche im Besitze von Auszeichnungen sind, einen monatlichen Betrag von 4 Rubel. In der Postkanzlei des Lagers sind vom 1. Oktober 1915 bis 30. Juni 1916 137.795 Karten und Briefe, 1735 Telegramme, 1136 Feldpost- und 2335 große Pakete, 2329 Aviso für Bank- und 1559 Aviso für Postgelder im Betrage von zusammen 34.051 Rubel und 1599 Anfragen eingelaufen. Rund 100.000 Briefe und Karten sowie 1034 Telegramme wurden indie Heimat abgesendet.

Auszeichnung. Der Gemeinderat hat in seiner letzten vertraulichen Sitzung nach einem Antrage des Stadtrates Tomola beschlossen, dem Direktor Josef Jahn, städtischer Oberlehrer i.R. in Anerkennung seines vieljährigen und ersprießlichen Wirkens im städtischen Schuldienste das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen zu verleihen.

226

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.
Wien, Dienstag, 19. Juni 1917. Nr. 226. Vormittag.

Abreise von Budapest und Wiener Kindern in die Schweiz.

Heute früh kamen 125 Kinder aus Budapest auf der Durchreise in Wien an, um von hier aus vereinigt mit einer größeren Anzahl von Wiener Kindern nach Einsiedeln, Kanton Schwyz, zur Heilung und Kräftigung ihres Körperzustandes sich zu begeben. Die Kinder im Alter zwischen 8 und 14 Jahren sind entweder leicht lungenkrank oder stammen aus lungenkranken Familien und tragen deshalb wohl schon den Keim der Krankheit in sich. Der österreichische Militärattachee in der Schweiz Oberst von Einem und seine Gemahlin haben die Anregung für die Aktion gegeben und sich auch mit aller Tatkraft für die Durchführung eingesetzt. Am Ostbahnhof hatten sich zur Begrüßung der Kinder Vizebürgermeister Hierhammer, Graf Szecheny in Vertretung der ungarischen Landeskinderschutzliga, Gemeinderat Medizinalrat Dr. Loewenstein, Oberrechnungsrat Löffler, der Vorstand des Jugendamtes Magistratssekretär Gold und Oberbezirksarzt Dr. Pörner eingefunden. Nach 8 Uhr kamen die Kinder. Sie standen unter der Führung der Oberin Baronin Tallian Lubie^ozka, des Arztes Dr. Bogdan und der Aerztin Dr. Schmiedeg. Die Kinder erhielten im Bahnhof-Gasthaus ein Frühstück und fuhren dann mittels Sonderzügen der Strassenbahnen über den Kai und den Ring - der längere Weg wurde gewählt, damit die Kinder etwas von Wien sehen - zum Westbahnhof, wo sie aus der Kriegsküche im 15. Bezirke ausgespeist wurden.

227

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 19. Juni 1917. Nr. 227.

Abreise von Wiener und Budapester Kindern in die Schweiz. Wie bereits gemeldet kamen heute früh 125 Kinder aus Budapest am Ostbahnhofe an, um von hier aus vereinigt mit Wiener Kindern sich in die Schweiz zur Kräftigung ihres Körperzustandes und zur Heilung zu begeben. Aus Wien fahren 150 Kinder mit, welche ebenfalls leicht lungenkrank sind und vom Jugendamte der Stadt Wien unter Mitwirkung der Tuberkulosenfürsorge-stelle ausgesucht wurden. Die Kinder wurden vom städtischen Jugendamte bekleidet und mit den nötigen Ausrüstungsgegenständen versehen. Der Transport steht unter der Führung des städtischen Oberbezirksarztes Dr. Pörner, dem zur Unterstützung zwei Krankenschwestern, zwei Tuberkulosenfürsorgerinnen, Fürsorgerinnen des städtischen Jugendamtes und Kindergärtnerinnen beigegeben sind. Am Westbahnhofe hatten sich zur Ab-fahrt eingefunden: Kardinal Fürsterzbischof Dr. Piffl, die Herzogin von Cumberland, die Gemahlin des Ministerpräsidenten Gräfin Clam-Martinitz, Fürstin Windischgrätz, die Gemahlin des Militärattachés Oberst von Einem, welche die Anregung zu dieser Aktion gab und sich für die Durch-führung tatkräftig einsetzte, Vizebürgermeister Hierhammer, Oberstadt-physikus Dr. Böhm, eine Anzahl von Gemeindefunktionären, etc. Die Wiener Aktion steht unter der Patronanz des Kriegshilfsbüros und die Durchfüh-rung obliegt dem Jugendamte der Stadt Wien. Die Kinder werden teils in Einsiedeln untergebracht, teils in Unter-Iberg, einer herrlich gelegenen Ortschaft zwischen dem Züricher und dem Vierwaldstätter See. Wie bekannt wurden bereits 500 Kinder durch die Aktion „Wiener Kinder aufs Land“ in die Schweiz gebracht und im nächsten Monate wird eine weitere Anzahl von Kindern und zwar insbesondere solche von Angestellten der Stadt Wien nach Montreux in der französischen Schweiz geschickt werden.

Die Bezirksvertretung Wieden hält am 26. Juni um halb 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Abgabe von Salzbohnen. Bei der derzeitigen Stockung der Zufuhr frischen Gemüses hat sich die Gemeinde Wien entschlossen, die Salzbohnen weit unter dem Selbstkostenpreise abzugeben, um dieses Ersatznahrungsmittel den minderbemittelten Kreisen zugänglich zu machen. Es wird daher der Preis des Kilogramms Salzbohnen von morgen angefangen auf 2 K 80 h her-abgesetzt. Die dadurch gegenüber den Selbstkosten der Gemeinde Wien ent-stehende Differenz wird aus öffentlichen Mitteln getragen.

Marktamtsdirektor Bauer. Einer der populärsten, beliebtesten und ältesten Oberbeamten im Wiener Rathause, Marktamtsdirektor k.k. Kommerzialrat Adolf Bauer vollendete gestern sein 60. Lebensjahr. Seit nahezu 4 Jahr-zehnten ist er auf den Wiener Märkten und Markthallen in Ausübung seines schweren und verantwortungsvollen Amtes, des Marktpolizeinstitutes der Stadt Wien bekannt. Er zählt zu den anerkanntesten Fachmännern im Approvi-sionierungswesen und hat es durch seine reichen Kenntnisse verstanden, eine Schar auserlesener Fachbeamter heranzubilden. Er ist ein treuer und ehrlicher Berater der Gemeindeverwaltung und der Bürgermeister holt gerne seine Meinung ein. In der Zeit des Krieges leistet er mit seinen wacke-ren Beamten Außerordentliches, bei Tag und bei Nacht ist er im Interesse der Bevölkerung mit seinen Leuten an der Arbeit. Man kann ihn täglich

in den frühesten Morgenstunden in Ausübung seines Dienstes sehen, anordnend, verfügend und mithelfend wirken und aufmerksam mustert er die langen Reihen der Angestellten; kein alter Mann, keine alte Frau, kein Kind entgeht seinem Auge, er nimmt diese Armen aus den Reihen und veranlaßt ihre sofortige Abfertigung. Mütter mit Kindern auf den Armen und besonders kriegsbeschädigte Soldaten genießen bei ihm den Vorrang vor den anderen. Seine ersprießliche Tätigkeit wurde durch Verleihung des Ritterkreuzes des Franz Josefs-Ordens ausgezeichnet. Anlässlich des 60. Geburtstages erschien Marktamts-Vizedirektor Spring mit dem Perso-nale in dem mit Blattpflanzen und Blumen reich geschmückten Amtsräum des Marktdirektors und überbrachte die herzlichsten Glückwünsche. In der Erwiderung betonte Marktamts-Direktor Bauer die hohe Wichtig-keit des Marktaufichtsdienstes in der Kriegszeit, bat seine Getreuen um weitere wirksame Unterstützung im Dienste und dankte ihnen in väter-lich herzlichen Worten für ihre Wünsche. Dem Gefeierten kamen aus amtlichen, geschäftlichen und privaten Kreisen zahlreiche Glückwünsche und Blumengewinde zu. Daß unter den Gratulanten sein oberster Chef Dr. Weiskirchner war, freute ihn besonders. Marktamtsdirektor Bauer, dessen Gattin Adele eine Wiener Bürgerstochter ist, lebt in glücklich-ster Ehe, welcher drei Söhne entsprossen. Sein ältester Sohn Adolf, städt. Hauptkassen-Offizial steht beiden Kopaljägern im Felde und ist bereits ausgezeichnet, ein zweiter Sohn JDr. Gustav Bauer dient beim Schützenregiment Nr. 1 und befindet sich seit 2 Jahren in russischer Gefangenschaft und der jüngste Sohn Ernst Bauer, Konskriptionsamts-beamter, ließ sich freiwillig assentieren, hat drei schwere Verwundun-gen erlitten und steht neuerlich im Felde.

Wohnungsamt der Stadt Wien. Das Wohnungsamt der Stadt Wien hat den zweiten Monatsbericht und zwar über die Lage des Wohnungsmarktes im Monate Mai herausgegeben. Wir entnehmen demselben: Die Lage des Wohnungsmarktes hat sich im allgemeinen wenig geändert. Die Gesamt-zahl der leerstehenden Wohnungen hat sich um ein geringes, nämlich von 4574 Wohnungen auf 4536, also um 38 Wohnungen verringert. Die Zahl der leerstehenden Kleinwohnungen ist von 3361 auf 3515, um 154 gestiegen, dagegen ist diese Zahl bei den kleineren Mittelwohnungen von 576 auf 492 um 84 Wohnungen, den größeren Mittelwohnungen von 472 auf 401 um 71 Wohnungen und den großen Wohnungen von 165 auf 128 um 37 Wohnungen zurückgegangen. Die Bezeichnung der Gruppen ist die gleiche wie im ersten Berichte. Die erste Gruppe „Kleinwohnungen“ umfaßt alle Wohnun-gen, die nicht mehr als ein Zimmer und Kabinett nebst etwaigen Nebenräu-men, welche hier wie weiterhin außer Betracht bleiben, enthalten; Wohnungen mit 2 Zimmern oder 1 Zimmer und 2 Kabinetten bilden die zweite Gruppe „kleinere Mittelwohnungen“; Wohnungen mit höchstens drei Zimmern und einem Kabinett die dritte Gruppe „größere Mittelwohnun-gen“; Wohnungen mit vier Zimmern und mehr Wohnräumen die vierte Gruppe „große Wohnungen“. Die Zahl der leerstehenden Geschäftsräume hat eine kleine Verringerung von 6550 auf 6246 erfahren. Dagegen ist die Zahl der vorgemerkten Geschäftsräume durch die Anmeldung gekündigter, noch nicht leerstehender Geschäftsräume auf 6920 gestiegen. Hinsichtlich der allgemeinen Lage des Wohnungsmarktes bemerkt der Bericht des Wohnungsamtes, daß sich die Bewegung im gleichen Sinne fortsetzt, wie dies seit einiger Zeit schon zu beobachten ist. Während die leerstehen-den Kleinwohnungen im wesentlichen auf dem gleichen Stande bleiben, we-sen die Leerstellungen bei allen übrigen Wohnungsetzungen einen Rückgang auf, welcher bei der Gruppe der großen Wohnungen am stärksten ist.

Wien, 19. Juni 1917.

F. Michen.

Zum Wasserstraßentag.
=====

Aus Linz wird uns berichtet: Zum Empfang der reichsdeutschen Teilnehmer in Linz, die heute früh mit dem Passauer Schiff anlangten, um sodann die Fahrt mit dem Eildampfer nach Wien fortzusetzen, hatten sich am Landungsplatz von der Donau-Dampf-Schiffahrtsgesellschaft eingefunden: Präsident Exzellenz Schonka, Generalsekretär Dr. Neumann, Zentralinspektor Müller, Präsidialsekretär Dr. Thon und Oberoffizial Berden.

Beim Betreten des Eilschiffes „Schönbrunn“, das in reichster Flaggengala prangte, hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Ansprache, in welcher er sagte: Es war mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen, meine sehr geehrten Herren, die Sie aus weiten deutschen Gauen zum Oesterreichischen Wasserstraßentage nach Wien kommen, mit einer Abordnung der Wiener Gemeindeverwaltung in die oberösterreichische Hauptstadt entgegenzufahren und Sie auf österreichischem Boden im Namen der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien aufs herzlichste willkommen zu heißen. Wir sind zueinander gekommen, um Fragen von außerordentlicher kultureller und wirtschaftlicher Bedeutung zu besprechen, um an der Vorbereitung eines Werkes zu arbeiten, das den fernsten Geschlechtern noch zum Segen gereichen soll und dessen Größe Zeugnis geben wird von der Lebenskraft und dem Lebenswillen, die unsere Völker beherrschen. Zur selben Zeit, da unser heldenmütigen Heere die Absicht unserer Feinde in beispiellosem Opfermut zunichtemachen wollen, wir uns neue Verkehrsmöglichkeiten schaffen, wollen wir an den Ausbau der Wasserstraßen schreiten, den Donauweg uns erschließen. Wir haben nachzutragen, was in Jahrhunderten versäumt worden ist und der Weltkrieg hat uns gelehrt, wo wir anzusetzen haben. Wenn wir die Donau hinabfahren, werden wir an ihren Ufern blühende Städte und Dörfer sehen, Zeugen tausendjähriger deutscher Kultur, und bei ihrem Anblicke wird sich uns die Geschichte nicht nur des österreichischen Heimatlandes, sondern zum großen Teil unseres deutschen Volkes überhaupt entrollen. Hier brandeten die Wogen der Weltherrschaft Roms, hier zog der Nibelungen treue Schar ins Hunnenland und wehrte Karl der Große den Ansturm der Ostvölker ab; die Burgruinen zu Seiten des Stromes aber werden uns erinnern an alte deutsche

Ritterpracht. In der herrlichen Wachau endlich umgürtet sich der Strom mit seinem schönsten Kleide und es gibt keinen Meister, der auf der Welt Herrlicheres schaffen könnte. So darf sich dieses Stück unserer Donau würdig gesellen zu der Pracht des deutschen Rheins. Aber eines fehlt hier und wir werden es bei unserer Fahrt vermissen: es fehlen die Schiffe, die den Strom beleben. Nicht immer war es so und die Städte und Märkte an den Ufern der Donau waren einst reiche Handelsplätze für den Verkehr nach Osten. Nun haben wir uns besonnen und wollen unser altes Recht wieder für uns in Anspruch nehmen. Ein Wille beseelt uns und unsere gemeinsame Kraft wird diesen Willen durchzusetzen vermögen. Was uns zueingeführt hat, das ist ja das Herrliche an unserem Bunde: Bürger zweier verschiedener Staaten und doch im Herzen und Sinn so einig in unserem Willen und Denken! In diesem beseligenden Gefühl herzinniger Blutsfreundschaft wollen wir die gemeinsame Donaufahrt nach Wien antreten. Und wenn wir am Abend Wien erreicht haben werden und der alte Stefansdom Sie grüßt, dann seien Sie versichert, daß Sie den Wienern willkommen sind, als liebe Freunde und deutsche Blutsangehörige. Meine ersten Grüße aber entbiete ich Ihnen im Namen der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien auf dem Strome, der uns in Hinkunft noch inniger verbinden soll. Ein Heil unseren lieben Brüdern aus dem Deutschen Reiche!

(Lebhafter stürmischer Beifall folgte diesen alle tief ergreifenden Worten).

Während des Mittagmahles am Schiffe begrüßte Exzellenz Schonka die Gäste aus dem Deutschen Reiche und führte aus, daß man in den Teilnehmern am Wasserstraßentage Pioniere des zukünftigen Donauverkehrs sehen könne. Ein Wort des Deutschen Kaisers variierend möchte er dem Wunsche Aller Ausdruck geben in dem Satze: Wir wollen nicht den Krieg, wir wollen den Frieden gewinnen, damit sich die Früchte Ihrer Arbeit zeigen können und die Saat, die Sie bei Ihrer Tagung ausstreuen, wirklich aufgehe zum Wohle unserer verbündeten Völker und nicht zuletzt an der Donau selbst.

Reichstagsabgeordneter Geheimrat Paasche brachte im Namen der reichsdeutschen Teilnehmer den herzlichsten Dank für die lebenswürdige Einladung des Präsidenten Schonka und die warmen Begrüßungsworte des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner bei der Ankunft in Linz zum Ausdruck und schloß mit einem Hoch auf die schöne Donau und ihre wirtschaftliche Entwicklung zum Segen beider Länder.

Bei der abendlichen Zusammenkunft am Pöstlingberg in Linz begrüßte Präsident Dr. Feuerle die Teilnehmer der Linzer Tagung und sagte: Wir haben heute Vormittags über ernste und große

Dinge gesprochen und es werden noch viele Wasser die Donau hinabfließen, ehe alles Wirklichkeit wird, aber mit Ernst, gutem Willen und treuen Zusammenhalten wird auch dieses Ziel erreicht werden und die Zeit kommen, wo das erste Großschiff am Wege von West nach Ost seinen Kiel in die Donau tauchen und dahin ziehen wird am Beginne einer neuen glücklichen Aera. Möge es uns Allen vergönnt sein, diesen Tag eines großen Werkes selbst mitzuerleben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führte aus: Die Wiener Gemeindeverwaltung hat es als ein Herzensbedürfnis empfunden, unseren liebwerten Gästen aus dem Deutschen Reiche schon in Linz die Hand zu drücken und ihnen zuzurufen: Größ Gott, deutscher Bruder, wir empfangen Dich mit aller Herzlichkeit. Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte sodann dem Präsidenten Beuerle und dem Bürgermeister Dr. Dinghofer für den warmen Empfang in Linz und brachte ein begeistert aufgenommenes Heil auf die Schwesterstadt Linz aus.

Oberbürgermeister Dr. Gesler von Nürnberg sagte: Ganz Deutschland schaut in diesen Tagen auf die Stammesbrüder in Oesterreich, Deutschland erkennt dankbar an, was österreichisch-ungarisches Blut in diesem Kriege für das Heil der verbündeten Völker geleistet hat. Oft sind wir zusammen auf undankbarem Posten gestanden, aber oft ist auch der Feinde Gewalt an dem unerschütterlichen Wall unserer Truppen gebrochen worden. Lange haben wir im Reiche nicht mehr die Siegesglocken läuten können, aber als die 10. Isonzoschlacht von Ihrer tapferen Armee abgeschlagen war, sind heiße Siegesgefühle in uns aufgestiegen. Was die Tagung anbelangt, freuen auch wir uns des ersten Schiffes, das vom Rhein in die Donau fährt. Im September feiern wir das silberne Jubiläum des bayrischen Kanaltages und da hoffen wir die Herren aus Oesterreich recht zahlreich zu sehen und Ihnen zu zeigen, daß sie auch bei uns zuhause wie unter Stammesbrüdern sind. Kommen Sie im Herbste zu uns mit derselben herzlichen Gesinnung, wie wir in diesen Tagen zu Ihnen gekommen sind. Gott erhalte Oesterreich!

Sektionschef Lauda von der Donauregulierungskommission führte aus, daß man als Techniker Bayern um die Aufgabe beneiden müsse, die obere Donau in jenen Zustand zu versetzen, in dem sich die österreichische Donau, dank des Werkes der Technikerschaft bereits befinde. Oesterreich werde die Donau stets hochhalten und Alles daransetzen, damit sie das werde, was man mit Recht von ihr verlangen könne.

Gemeinderat Dr. von Dorn erinnert an die Zeit, da er mit der Pferdebahn Budweis-Linz, der ersten Schienenbahn Europas nach Linz gefahren sei. Diese Reise war ja nicht gerade ideal, aber schließlich habe sich aus dieser Bahn doch unser gesamtes heutiges Verkehrswesen entwickelt. Auch ~~im~~ die Donau befinde sich heute in einem ähnlichen Anfangsstadium, aber auch sie werde sich zu einer Groß-Verkehrsstraße entwickeln.

Morgen 9 Uhr früh beginnen die Beratungen im Konzerthaus=salle.

Zur Notiz „Abreise von Wiener und Budapestern Kindern in die Schweiz“.

Zur Abfahrt auf dem Westbahnhofe hatten sich noch eingefunden: Prinzessin Hanna Liechtenstein, die Gemahlin des Ministers für Kultus und Unterricht Exzellenz Hussarek, Gräfin Wenckheim, die Gemahlin des Vizebürgermeisters Frau Hierhammer, Eisenbahnminister Dr. Freih. v. Forster, Hofrat Prinz Eduard Liechtenstein, Obermagistratsrat Dr. ^{Statrat} Dont, Regierungsrat Dr. Sobek von der Polizei, Dr. Hein, etc.

Wir bitten höflichst die Liste durch diese Namen zu ergänzen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

228

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 20. Juni 1917. Nr. 228.

Bezirksvertretungssitzungen. Die Bezirksvertretung Floridsdorf hält morgen, Donnerstag, um halb 3 Uhr nachmittags, die Bezirksvertretung Josefstadt am Mittwoch, den 27. d.M. um 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Dr. Hermann Cermak zum städt. Oberarzt, Johann Ritter von Infeld zum Marktamts-Kommissär, in der Stadtbuchhaltung: Friedrich Kirchhofer, Otto Mayer, Josef Reisinger, Anton Kubicek und Anton Kneisel zu Rechnungs-Revidenten, Ernst Schwott, Richard Abel und Peter Bundschar zu Rechnungs-Offizialen, im städtischen Jugendamte Franz Nedelka, Josef Hofmann, Heinrich Lorgner, Adolf Küssel, Karl Matzner und Anton Ott zu Offizialen.

Diplome. Der Stadtrat hat das Diplom für die mehr als zehnjährige verdienstvolle Ausübung des Armenratsmandates verliehen: Nach einem Antrage des Stadtrates Angermayer dem Armenrat des 5. Bezirkes Wilhelm Schneider, nach einem Antrage des StR. Wippel dem Armenräten des 10. Bezirkes Andreas Berger, Johann Marwan, Anton Nosinsky, Karl Navratil, Franz Riedl, Franz Scheuringer und Franz Tucek, nach einem Antrage des StR. Poyer dem Armenrat des 13. Bezirkes Franz Lauer und nach einem Antrage des StR. Hermann dem Armenrat des 17. Bezirkes Franz Melischeck.

Neue Bürger. Der gemeinderätliche Ausschuß für die Verleihung des Heimats- und Bürgerrechtes hat in seiner letzten Sitzung das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Leopoldstadt: Anton Kotauczek, Anstreicher; Richard Faltis, Realitätenkanzlei-Inhaber; Theodor Holzinger, Musiklehrer; Franz Phofsky, Schuhoberteilerzeuger (Berichterstatter Gemeinderat Rotter.)

Margareten: Johann Bernklau, Werkmeister; Karl Wagner, Geschäftsführer (Berichterstatter GR. Roth).

Mariahilf: Anton Hofer, Schlosser (Berichterstatter GR. Paulitschke)

Josefstadt: Florian Schiedlbauer, Geschäftsführer (Berichterstatter Gemeinderat Rotter).

Alsergrund: Karl Görlich, Anstreicher; Anton Mancasola, Rauchfangkehrer; Karl Suschitzky, Geschäftsinhaber; Rupert Pawlu, Friseur; Gustav Bitschofsky, Kaufmann; Hubert Watzke, Zuckerbäcker; Karl Paul Otto, Friseur; Anton Kubai, Friseur; Alois Schiller, Gastwirt (Berichterstatter Gemeinderat Partik.)

Meidling: Johann Felkel, Gastwirt (Berichterstatter GR. Roth).

Hietzing: Moritz Hirschberg, Fabriksbeamter, Johann Witasek, Tabaktrafikan (Berichterstatter Gemeinderat Partik.)

Fünfhaus: Josef Petrak, Wäschewarenherzeuger (Berichterstatter Gemeinderat Wimberger).

Hernals: Isidor Spiegl, Zimmermaler; Leonhard Kaltner, Marktviktualienhändler (Berichterstatter GR. Roth).

Währing: Ferdinand Bum, Handelsagent, Franz Stys, Schneider (Berichterstatter Gemeinderat Dechant.)

In derselben Sitzung wurde auch einer Anzahl von Personen das Heimatsrecht bzw. die Zusicherung der Aufnahme in den Heimatsverband verliehen.

Die Beratungen des Oesterreichischen Wasserstraßentages.

Heute vormittags 9 Uhr begannen in Wien im Känzlerthausaale die meritorischen Beratungen des Oesterreichischen Wasserstraßentages. Zu der Tagung waren 900 Anmeldungen eingelaufen. Unter den Angemeldeten sind insbesondere zu nennen: Als Vertreter des Erzherzogs Heinrich Ferdinand: Oberleutnant Paul Viktor Suppan, Sektionschef Jppen vom Ministerium des Aeußern, Kriegsminister G.d.J. von Stöger-Steiner, Handelsminister Dr. Urban, Statthalter Freiherr von Bleyleben, Minister für öffentliche Arbeiten Dr. von Trnka mit Sektionschef Siedek, vom Ackerbau-Ministerium Ministerialrat Dr. Deutsch; ferner Oberstleutnant Krakowitzky und Major Ulreich vom Armee-Oberkommando, Statthalter von Oberösterreich Graf von Meran mit dem Delegierten der Statthalterei Hofrat Rambousek; Von den Landesauschüssen wurden delegiert und zwar aus Niederösterreich Landesauschuß Graf Colloredo, Landesamtsdirektor Dr. v. Mannagetta, Landesoberbaurat Ing. Schumann; von Oberösterreich: Prälat Hauser und Oberlandesrat Danzer; von Salzburg: Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stölzel, Landesauschuß Daniel Etter und Oberlandesrat Schweinbach; von der Landesverwaltungs-Kommission in Böhmen Oberlandesrat Dr. Krejci; von Mähren: Landesauschuß Dr. Freiherr v. Baratta, Oberlandesrat Sebesta, Landesbaudirektor Holletschek, von Schlesien: Oberlandesrat Wzenteck und Landesoberbaurat Rossmann; von den Hochschulen und zwar von der Wiener Universität: Magnifizenz Rektor Hofrat Reisch, die Professoren Dr. Brückner und Dr. Dorfmann, von der Hochschule für Bodenkultur: Hofrat Professor Friedrich; von der Deutschen Technik in Prag: Hofrat Professor Ing. Rippl, von der Deutschen Technik in Brünn: Professor Ing. Dafinger und Professor Dr. Meixner, von der Böhmisches Technik in Brünn: Professor Ing. Smrcek; weiters die Gemeindevertreter Vizebürgermeister Dr. Deri aus Budapest, Bürgermeister Dr. Dinghofer aus Linz und Regierungsrat Schnitzler aus Brünn; vom diplomatischen Korps: In Vertretung der Deutschen Botschaft Legationarat Dr. Boye, ferner Prinz Erbach, in Vertretung der Sächsischen Gesandtschaft: Gesandter von Nositz-Wallwitz und Geheimer Baurat vom kgl. sächs. Finanzministerium Schmidt, in Vertretung der Bayrischen Gesandtschaft: Geschäftsträger Freiherr von Hoffmann; weiters Delegierte der Handelskammern Wien, Linz, Salzburg, Reichenberg, Eger, Brünn, Olmütz, Troppau, Lemberg und Krakau, Delegierte des Oesterreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, des Niederösterreichischen Gewerbe-Vereines, der Staatsbahndirektion in Wien, der Direktion für die Linien der Staats-Eisenbahngesellschaft, der Ingenieurkammer für Niederösterreich, Präsident Geheimer Rat Dr. Exner, Minister a.D. Ritt; ferner aus Ungarn: Vertreter der Budapester Handels- und Gewerbekammer, zweiter Bürgermeister von Preßburg Kumlik, Bürgermeister der Stadt Gran Dr. Bela, Vertreter der Handelskammer Fünfkirchen; aus Deutschland: Oberbürgermeister von Dresden Blüher, Oberbürgermeister von Augsburg Geheimer Hofrat Wolfram, vom kgl. Württembergischen Ministerium des Innern Präsident von Leibbrand, Delegierte der Handelskammern in München, Nürnberg, Passau, Dresden, Hamburg, Stuttgart, Delegierte des Senates aus Hamburg und Lübeck, des Magistrates Danzig und Breslau, des Elbe-Oder-Donau-Vereines in Dresden und des Schlesischen Provinzialvereines für Fluß- und Kanalschiffahrt in Breslau.

Entschuldigt hatten sich infolge Verhinderung: Erzherzog Heinrich Ferdinand, Statthalter in Böhmen Graf Coudenhove, Statthalter in Tirol Graf von Troggenburg, Statthalter in Galizien Generaloberst Graf Hayn, Geheimer Rat Dr. Ruß, Bürgermeister Dr. Barozy von Budapest und Bürgermeister Dr. Gros von Prag; aus Deutschland: Oberbürgermeister von Berlin

Dr. Wermuth, Bürgermeister von Berlin Dr. Reicke, die Oberbürgermeister von München, von Leipzig, von Karlsruhe und von Bamberg und der Senat von Hamburg; aus Bulgarien: der General-Direktor des kgl. bulg. Ministeriums der Eisenbahnen, Posten und Telegrafien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnete die Tagung mit folgender Ansprache: Mitten in die Sorgen, die der Krieg uns aufbürdet, aus dem mühevollen Tagewerke der Aufbringung und Verteilung der zum Leben notwendigen Nahrungsmittel, aus der Kriegswirtschaft heraus, die unsere Länder samt und sonders zum wirtschaftlichen Kriegsgebiet in der wahren Bedeutung des Wortes gemacht hat, sind wir zusammengekommen, um über den Bau von Wasserstraßen zu beraten. Es muß etwas ganz Außerordentliches sein, das uns für einige Stunden wegruft von unserer täglichen Kriegspflicht, die uns vom Ernste des Augenblickes vorgeschrieben ist. Und es hat nur etwas sein können, das aus dem Sturm und Drang dieser Zeit geboren oder neu entfacht ist, ein Problem, das in seiner ganzen Größe nur im flammenden Lichte der Kriegsnot beleuchtet werden konnte. Eine Welthandelsstraße vom Rhein donauabwärts und hinüber in die uralten und nun so lange schon verödeten Kulturstätten des südwestlichen Asien! Völker wollen sich besinnen und sich aufrichten zur wirtschaftlichen Freiheit: ein Wirtschaftsgebiet soll die Länder umfassen von der Nordsee hinab bis zur Adria und der unteren Donau und soll mit seinem Segen befruchten jene Gebiete im fernen Osten, welche die Kultur durch Jahrhunderte entbehren mußten. Dieses große Ziel ist unserer Anstrengungen wert und wenn wir auch während des Krieges soviel Kulturschaffen zurückstellen mußten, - dieses eine wollen wir ohne Aufschub beginnen, denn an ihm - das haben wir in diesem Kriege erkennen gelernt, hängt zum großen Teile unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder.

Sie wollen, meine sehr geehrten Herren, in diesen Tagen eine Fülle von Arbeit leisten, indem Sie untersuchen und feststellen, auf welche Weise wir unser Ziel erreichen können. Sie werden beraten über die Herstellung eines Oesterreichischen Wasserstraßennetzes und dessen Verbindung mit den Wasserstraßen des Deutschen Reiches, die Regulierung des Donaustromes zur Schaffung einer leistungsfähigen Verbindung zwischen den Mittel- und Ostmächten und alle die Maßnahmen, die zur Hebung des Binnenverkehrs notwendig sind. Und wenn Sie sich der Beratung über diese umfangreichen Projekte hingeben, so grüßen Sie mit Ihrer Arbeit die Pioniere deutschen Geistes und deutscher Tatkraft, die im fernen Osten daran sind, unsere Welthandelsstraße, die wir auf dem europäischen Teile zu Wasser ausbauen wollen, ihrerseits durch den Schienenstrang zu vollenden. Die Bagdadbahn und die kleinasiatischen Bahnen werden notwendig das Werk ergänzen, das durch unsere Wasserstraßen unverzüglich in Angriff genommen werden soll.

Es ist in letzter Zeit sehr viel von unseren Kriegszielen gesprochen und hierbei festgestellt worden, daß unsere Ziele, die wir in diesem Verteidigungskrieg uns stellen müssen, nicht über das hinausgehen, was wir zur Sicherung unserer Entwicklung und unseres Lebens brauchen. Ist nicht dieser Wasserstraßentag, der ein so ausgezeichnetes Bild der Wünsche und der Sehnsucht unserer verbündeten Völker darstellt und auf dem Fragen der - sollte man meinen - für lebensstarke Völker selbstverständlichen Kulturentwicklung und Selbsterhaltung beraten werden sollen, ein lebendiger Beweis dafür, daß es uns nicht darum zu tun ist, mit dem Schwerte Beute zu machen, sondern nur darum, die wirtschaftliche Knechtung von uns abzuwehren? Wir wünschten zur Ehre des Menschengeschlechtes von unseren Feinden, daß auch sie niemals andere Ansichten gehabt hätten. Sie wollten uns der Möglichkeit unserer Entwicklung berauben und haben erreicht, daß wir ebenso wie unsere verbündeten Armeen in heldenmütigen

Kämpfe zueinander stehen und für einander eintreten, auch in unserem wirtschaftlichen und kulturellen Streben eine geschlossene Einheit bilden werden, bereit, mit dem ganzen Aufgebote sittlicher Kraft, die in unseren Völkern liegt, unsere Existenz sicher zu stellen.

Unser geliebter Monarch hat in seiner Thronrede vor dem Oesterreichischen Reichsrate erklärt: „Das Gebot des Augenblickes heischt die volle Anspannung aller Kräfte im Staate. Aber daneben dürfen wir nicht versäumen, uns für die großen Aufgaben vorzubereiten, die der Schoß der Zukunft birgt und von deren glücklicher Lösung das fernere Gedeihen des Staatswesens abhängt!“ Im Geiste dieser kaiserlichen Worte wollen wir nun zur Arbeit schreiten und heiße ich Sie im Namen der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 4. Oesterreichischen Wasserstraßentage herzlich willkommen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Der Bürgermeister begrüßte dann insbesondere als Vertreter der Oesterreichischen Regierung die Minister Dr. Urban und Dr. Freih. v. Trnka, den Sektionschef Jppen, den sächsischen Gesandten v. Nositz-Walwitz, den Geschäftsträger der bayrischen Gesandtschaft Freiherr von Hoffmann, den Statthalter in N.-Oe. Freiherr von Bleyleben, Polizeipräsidenten Gayer, die Vertreter des Armee-Oberkommandos, des Kriegsministeriums, der Landesauschüsse, der zahlreichen Städte und Handelskammern, d. Rektoren der Universitäten und Technischen Hochschulen und die anderen Vertreter der Wissenschaft, welche berufen sind, die Tagung bei ihrer Arbeit auf das nachdrücklichste zu unterstützen.

Es wurde dann zur Konstituierung des Präsidiums geschritten; über Vorschlag des Bürgermeisters wurden in dasselbe berufen: Oberbürgermeister Dr. Blüher, Dresden, Oberbürgermeister Dr. Gögler, Nürnberg, Magistratsrat Dr. Vock, Budapest und Vizebürgermeister Hoß, Wien als Vorsitzende-Stellvertreter, ferner als Schriftführer: Bürgermeister Dr. Dinghofer, Linz, Bürgermeister Gerstenberger, Aschaffenburg, Stadtrat Frömsdorf, Breslau, Oberkurator v. Steiner, Wien und Bürgermeister Regierungsrat Schnitzler, Brünn.

Handelminister Dr. Urban dankte dem Bürgermeister für die freundliche Begrüßung und sagte dann: Es gereicht mir zur Ehre und zur herzlichen Freude, die heutige Tagung des Wasserstraßentages und insbesondere die an dieser Tagung teilnehmenden Vertreter der mit uns verbündeten Staaten als Chef des Ressorts, dessen Wirkungskreis die Wasserstraßenangelegenheiten zugewiesen sind, zu begrüßen. Ich spreche diesen Gruß gleichzeitig im Namen des Herrn Ministerpräsidenten aus, der zu seinem Bedauern durch wichtige und unaufschiebbare Amtsgeschäfte verhindert ist, an diesen Beratungen teilzunehmen. An dem Gegenstande Ihrer Beratungen, der Sie bereits auf den Wasserstraßentagen in Budapest und Breslau beschäftigt hat, nimmt auch die Oesterreichische Regierung den regsten Anteil.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Wasserstraßen in erster Linie dazu berufen sind, den Transport der Massengüter zu besorgen, die Transportkosten zu verbilligen und dadurch befruchtend auf unser Wirtschaftsleben einzuwirken. Der Weltkrieg, der uns so manche neue Erkenntnisse gebracht hat, hat uns auch gelehrt, die Binnenschiffahrt in einer ganz anderen Weise, als vor dem Kriege, zu bewerten. Wir haben gesehen, wie die Wasserstraßen die Leistungen der Eisenbahnen, die durch die unabwieslichen Bedürfnisse des Krieges auf das Äußerste in Anspruch genommen wurden, erfolgreich unterstützen könnten und unterstützt haben. Somit ist das Wasserstraßenproblem gerade durch den Krieg in den Vordergrund gerückt worden, zumal es auch bei der Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse der mit uns verbündeten Staaten eine große Rolle spielen wird. Mit Rücksicht auf die politische Situation bin ich nicht in der Lage über die Stellungnahme der Regierung zu diesem Problem eine Erklärung abzugeben und ich muß mich deshalb darauf beschränken, Sie herzlich willkommen zu heißen und Ihnen Verhandlungen, aus denen die

Verwaltung höchst wertvolle Anregungen schöpfen wird, namens der Regierung den ergründlichsten und segensreichsten Erfolg zu wünschen. (Lebhafter Beifall.) Als erster Referent erstattet hierauf Statthalter Dr. Goldmann seinen Bericht über die Geschichte und Vorteile der Oesterreichischen Wasserstraßen.

Stadtbaudirektor Dr. Goldemund erstattet einen ausführlichen Bericht über die Geschichte und Entwürfe der österreichischen Wasserstraßen. Er besprach die natürlichen Wasserstraßen (Donau, Elbe, Weichsel und Dnjestr) und den Schiffsverkehr auf den österreichischen Flüssen, erläuterte das Wasserstraßengesetz vom 11. Juni 1901 und die getroffenen Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes, zergliederte die Bauentwürfe für den Donau-Oder-Kanal und die Kanalverbindung zur Weichsel, erörterte die Kanalisierung der Moldau und der Elbe, die Studien für einen Weichsel-Dnjestr-Kanal, Donau-Moldau-Kanal und die Kanalverbindung Prerau-Pardubitz und kam sodann auf den Plan einer Schiffsverbindung der Donau mit Triest zu sprechen. Zu der finanziellen Frage übergehend, gab er als Gesamtaufwand für die österreichischen Wasserstraßen einen Betrag von 1200 Millionen Kronen an und besprach gleichzeitig die Rentabilität des Donau-Oder-Kanales. Er sagte dann: Das Wasserstraßenprogramm vom Jahre 1901 entstand aus politischen und inneren Interessen einzelner Länder. Heute treten durch den naturgemäßen Zusammenschluß Mitteleuropas an Stelle dieser Interessen allgemeine, das ganze Reich und Mitteleuropa umfassende Verkehrs- und Handelsinteressen. Durch weise Beschränkung des ursprünglichen Programmes der Wasserstraßen kann mit erreichbaren Mitteln das Stromgebiet der Donau mit jenem der Oder, der Weichsel und der Elbe verbunden werden. Damit sind zusammenhängende Wasserwege von Hamburg über Prerau und Pardubitz zur Donau und bis zum schwarzen Meere und von Stettin ebenfalls zur Donau und dem Schwarzen Meer zu erzielen. Bisher wurden durch die einseitige Bevorzugung des Ueberseeverkehrs die mitteleuropäischen Wasserwege und ihre Ausgestaltung und Entwicklung zu sehr vernachlässigt; die Erfahrungen des Krieges haben aber gezeigt, daß sich diese Verkehrsgrundsätze ändern müssen.

Das Verkehrsbedürfnis Mitteleuropas durch die Eisenbahnen allein befriedigen zu wollen wäre unrichtig. Die Verkehrsmengen in den gegenwertigen Beziehungen des mehr und mehr auf sich angewiesenen Mitteleuropa werden aller Voraussicht nach sich wesentlich steigern, das Eisenbahnnetz wird dringend der Ergänzung mit durchgehenden, ausgedehnten mitteleuropäischen Wasserstraßen bedürfen. Das Wasserstraßenprogramm vom Jahre 1901 soll von den Gesichtspunkten aus, über deren Bedeutung für unsere Volkswirtschaft uns erst der Krieg die Augen geöffnet hat, geprüft werden und ein der nächsten Zukunft dienendes, rasch in die Wirklichkeit zu übersetzendes neues Programm durch Einschränkung des alten geschaffen werden. Die weitere Ausgestaltung der österreichischen Wasserstraßen in späterer Zeit kann und wird auch zukünftig, an der Hand des Programmes vom Jahre 1901 sicherlich erfolgen.

Der Wiener Wasserstragentag dürfte zu dem Ergebnis führen, daß kluger Beschränkung vorerst nur die Ausführung des Donau-Oder-Kanales und im Anschlusse daran die Verbindung vom Donau-Oder-Kanal zur Elbe etwa von Prerau nach Pardubitz und die Fertigstellung der Kanalisierung der Elbe in Böhmen und der Weichsel bei Krakau in erster Linie zu verlangen, umso mehr, als für den Donau-Oder-Kanal bereits ein fertiger baureifer Entwurf besteht. Neu auftauchende Ideen erscheinen noch zu sehr von dem hauptsächlich Landesgrenzen berücksichtigenden Geiste, mit welchem Wasserstraßen früher manchmal entworfen wurden, beeinflusst zu sein. Die Wasserstraßenfrage ist so groß, so wichtig geworden, daß es keine gesonderten österreichischen, keine gesonderten ungarischen, keine ausschließlichen westdeutschen oder ostdeutschen Interessen mehr geben darf, sondern nur mehr mitteleuropäische Interessen.

In Bezug auf den Donau-Oder-Kanal ist keine technische Frage mehr offen und es ist nur noch die Lösung der Donauregulierung bei Wien, bzw. der Ergänzung des Hochwasserschutzes notwendig, um auch die Wiener Hafenfrage endgültig zu lösen. Bezüglich der Beschaffung des Baugeldes wäre

hervorzuheben, daß die Bauwürdigkeit des Donau-Oder-Kanales nach dem Ergebnisse aller bisher angestellten Studien nicht bezweifelt werden kann. Der Krieg hat gezeigt, daß wir früher in Bezug auf produktive Ausgaben zu ängstlich waren. Es erscheint unzweifelhaft, daß die am Donau-Oder-Kanal und seiner Verbindung zur Elbe beteiligten mächtigen Reiche im Stande sind, die Baukosten für diese Wasserstraße wohl sofort aufzubringen. Die seinerzeit ermittelte Bauzeit von 8 Jahren für den Donau-Oder-Kanal wird womöglich auf etwa 6 Jahre beschränkt. Die erforderlichen technischen Leistungen sind bei der Vollkommenheit unserer Bautechnik nach dem Kriege sicherlich in diesem Zeitraum erzielbar.

Zum Schlusse macht der Referent die Bemerkung, daß wenn der Entschluß zu bauen, gefaßt und das Geld beschafft sein wird, es notwendig ist, womöglich noch vorher die Verwaltung in Bezug auf die Wasserwirtschaft reibungsloser zu organisieren, als dies heute der Fall ist. Die Zersplitterung der Wasserbauangelegenheiten in die verschiedensten Kompetenzen, deren geteilte Verwaltung in Kommissionen, Landes- und Zentralstellen bedarf einer Umgestaltung zur Erzielung der notwendigen Klarheit und Einheitlichkeit in der Verwaltung und eines erfolgreichen Dienstbetriebes.

Der Referent bemerkte schließliche, daß zur Durchführung des beschränkten Programmes außer dem bereits bewilligten Betrage von 250 Millionen Kronen (von denen 95 Millionen erübrigt wurden) noch 511 Millionen Kronen notwendig seien. Dieser Betrag hätte zu dienen für die Herstellung des Donau-Oder-Kanales (Wien-Krakau-Kanal), für die Verbindung Prerau-Pardubitz und für die Begalierung der Flüsse in Böhmen (Elbe und Moldau). Für die Durchführung dieses vorläufigen Entwurfes genüge ein Kredit von 511 Millionen. (Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifalle aufgenommen.) Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Bedeutung der bestehenden und der geplanten Wasserstraßen mit besonderer Hervorhebung des Donau-Oder-Kanales und seiner Verbindungen mit der Elbe und Weichsel“ ergriff als erster Redner Abgeordneter Max Friedmann das Wort.

Abgeordneter Friedmann erklärt zunächst, daß trotz der ungeheuren Lasten dieses Krieges und der gebotenen Sparsamkeit vor großen Ausgaben für gewinnbringende Investitionen nicht zurück gescheut werden dürfe. Zur Wiederherstellung und Hebung unserer Volkswirtschaft dürfen wir nicht versäumen oder es verschieben für die Verdichtung und Verbilligung unseres Verkehrs, die Steigerung der Produktivität, Ausnutzung unserer Naturschätze und die Sicherung billiger Zufuhren für Industrie und Gewerbe vorzusorgen. Die Erbauung künstlicher Wasserstraßen sei nicht mehr eine Frage der Utilität, sondern der unabwieslichen Notwendigkeit. Mit besonderer Genugtuung begrüßt der Redner die vor kurzer Zeit erschienene Broschüre des Erzherzogs Heinrich Ferdinand und daß in ihrem Titel der große Gedanke Mitteleuropa zum Ausdruck kommt. Abgeordneter Friedmann weist auf die ausgedehnten Kanalnetze Frankreichs, Englands und Deutschlands hin, auf die großen Summen, welche Frankreich nach dem deutsch-französischen Kriege für Kanalisierungszwecke in Anspruch genommen und noch kurz vor dem Kriege im Jahre 1912 angesprochen hat. Kein Land sei vermöge seines kontinentalen Charakters, seiner ungünstigen Küstenfiguration mit unproduktiven Hinterlande und seiner relativen Armut an schiffbaren Flüssen so sehr wie in Oesterreich auf künstliche Wasserstraßen angewiesen. Der Bericht des österreichischen Handelsministeriums vom Jahre 1902 hebt die große wirtschaftliche Bedeutung des Donau-Oder-Weichsel Kanales hervor und der Motiven-Bericht zum preußischen Gesetz vom Jahre 1904 begründet eingehend die Notwendigkeit der bezüglichen Vorlagen. Aber das österreichische Wasserstraßen Gesetz vom Jahre 1901 kam nicht zur Ausführung, während die preußischen Wasserstraßen gebaut wurden. Welche Vorteile hätte uns der Donau-Oder-Kanal in diesem Kriege gebracht und wenn er, wie seinerzeit empfohlen mit französischem Kapital gegen eine 4% Zinsengarantie erbaut worden wäre, hätten wir uns wahrlich heute auch nicht zu beklagen.

Der Redner will nicht auf die ehemaligen Einwendungen, welche ei-

gentlich nur kleinlichen Sonderinteressen entsprangen, eingehen. Dieser Krieg hat uns vor neue Aufgaben gestellt und verpflichtet uns alle Kräfte für die Hebung unserer Volkswirtschaft zusammenzufassen, nationale und Kronlandsinteressen dem allgemeinen Interesse unterzuordnen. Für Partikularismus sei nach diesem Kriege kein Platz.

Bauliche Erweiterungen der Nordbahn sind sicherlich notwendig, aber es wäre verfehlt, zu meinen, daß dieselben den Donau-Oder-Kanal überflüssig machen können. Auch die Eisenindustrie wird nicht schlechter fahren, wenn der Gesamtverkehr sich hebt, neue Gewerbe und billige Zufuhrlinien entstehen, der Konsument dem Sitze der Agrarproduktion näher rückt, die Landwirtschaft sich mehr dem maschinellen Betrieb anpaßt, die Fracht von Kohle und Erzen billiger und die künstlich zurückgehaltene Eisenerzeugung gehoben wird. Wir müssen auf der ganzen Linie von dem Prinzip der Preispolitik auf das System der Produktionspolitik übergehen.

Abgeordneter Friedmann führt an der Hand des oberwähnten preussischen Motivenberichtes vom Jahre 1904, welcher sich auf die Erfahrungen der letzten 20 Jahre stützt aus; Durch die Verbilligung der Transportmittel entstand eine Vermehrung der Gütererzeugung und eine Verbilligung der Transportkosten. Während die Eisenbahntarife durchschnittlich 3,55 Pf. für einen Tonnenkilometer betragen, werden die Tarife für künstliche Wasserstraßen mit 1,9 bis 1,1 Pf. angenommen. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1910 in Deutschland der gesamte Binnenwasserverkehr 19,000 Millionen Tonnenkilometer betragen hat und unter der sicherlich zu niedrig gegriffenen Annahme, daß die Ersparnisse pro Tonnenkilometer 1 Pf. ausmachen, kommen wir auf eine Ersparnis von 190 Millionen Mark als Prämie für die deutsche Industrie, das Gewerbe, den Handel und die Landwirtschaft. In den angeführten Denkschriften wird auf die Vorteile der Denzentralisation der Industrie hingewiesen; sie bezieht an den Kanalufern billige Rohstoffe, verfügt über wohlfeilen und genügenden Grund für Gebäude, Betriebserweiterungen und gesunde Arbeiterwohnungen, über Wasserkräfte und Betriebswasser, billigen Brennstoff und billige Eisenwaren. Es entstehen Ziegeleien, Sand- und Kiesgruben, Eisengießereien, Zement- und Papierfabriken, Holzindustrien, Baugewerbe, ferner auf landwirtschaftlicher Produktion beruhende Industrien, wie Brennereien, Brauereien, Zucker- und Kartoffelstärkefabriken. Hand in Hand damit geht eine starke Belebung des Handels- und neuer Erwerbszweige. Die Arbeitskräfte aus der Umgebung stehen zur Verfügung; das Auswanderungsstreben verschwindet. Für die Landwirtschaft steigt der Wert des Bodens, sie genießt die Vorteile der Bewässerung und Entwässerung. Von der Anziehung neuer Verkehrswege profitieren die Eisenbahnen.

Der Redner legt dar, daß es verfehlt ist, die Rentabilität einer Wasserstraße nach dem Verkehr, der das Gebiet durchziehenden Eisenbahn zu berechnen, da der Zuwachs des originären Verkehrs und die der Volkswirtschaft mittelbar zufließenden Vorteile, die Befruchtung des Gewerbefleißes, der Landwirtschaft und des Handels unberechenbar sind. Der Redner will mit Zahlen nicht ermüden, in dem Rahmen seines Referates auf Einzelheiten nicht eingehen, aber hinsichtlich des für Oesterreich in erster Linie in Betracht kommenden Donau-Oder-Kanales nur einige Beispiele herausgreifen.: Unter der Annahme eines Bezuges von 4 Millionen Tonnen Kohlen für Wien und daß nur die Hälfte auf dem Wasserwege transportiert würde, sowie unter der Voraussetzung einer Frachtersparnis von 40 Heller pro 100 km, wie sie seinerzeit Exzellenz Dr. Ruß in einem ausgezeichneten Artikel angegeben habe, würde die Ersparnis für Wien allein 8 Millionen Kronen jährlich betragen. Oder für die städtischen Werke bei einem Jahresbezug von 750,000 Tonnen 3 Millionen Kronen. Niederösterreich braucht ungefähr jährlich 1 Million Kubikmeter Basaltchoter. Bei dem Bezug aus Schlesien durch den Kanal wäre ein Transportersparnis von 3 bis 4 Millionen Kronen zu erzielen. Unleugbar wäre ferner der Vorteil des Bezuges steirischer Erdschätze für die Industrie Bezirke Mährens und Schlesiens oder die Transport-

ersparnis für den Bezug aus- und inländischer Kohle und Koks nach den Alpenländern. Abgeordneter Friedmann weist ferner auf die Notwendigkeit der Ausbeutung unserer Kohlenschätze in westgalizien hin und die Verdrängung der englischen Kohle, sowie auf die Bedeutung, welche billige Frachten von Baumaterialien für unsere Baugewerbe hätten.

Den größten Einfluß hätten die österreichischen Kanalprojekte auf die Belebung der Donau, dieses wirtschaftlich und politisch so wichtigen Stromes, der berufen ist, die drei Großhandelswege des Rheins, der Elbe und der Oder, Deutschland, Oesterreich und Ungarn mit dem Balkan und dem Ländergebiete am schwarzen Meere, zu verbinden, um die Donau, wenn sie verkehrstechnisch leistungsfähig gemacht wird, was noch nicht an allen Stellen der Fall sei, zu einer Welthandelsstraße zu machen. Aus der Verbindung der Donau mit dem deutschen Wasserstraßennetze würden Gewerbe und Handel den größten Vorteil ziehen und uns einen kräftigen Kaufmannsstand bringen. Wenn wir auch nicht Amerika durch Kleinasien ersetzen können, müssen wir nach Möglichkeit trachten von dort zu beziehen, wohin wir leichter exportieren können und umso mehr unseren geographischen Vorsprung ausnützen, als auch nach dem Kriege im Südwesten der Einfluß der Späthe und des Geldes Frankreichs und Englands ein großer sein wird. Mit Deutschland auch wirtschaftlich verbündet könnten wir ein unüberwindliches von der Nord und Ostsee an das schwarze Meer reichendes Wirtschaftsgebiet schaffen, durchzogen von einem Netz von Wasserstraßen welche das ganze Wirtschaftsleben kräftig pulsierend erhielte. Nicht ohne Grund haben in vielfachen Niederschriften unsere Feinde ihre Besorgnis vor diesem „Mitteleuropa“ zum Ausdruck gebracht.

Der Redner meint, daß angesichts der Errungenschaften unserer Technik, sowie der völlig neuen Zeiten und Verhältnisse, welche dieser Krieg bringen werde, die Verbindung der Donau mit der Adria durchaus nicht in das Reich der Phantasie verwiesen werden dürfe und daß erst dann Triest den ihm gebührenden Aufschwung erhielte. Die Wasserstraßenfrage ist durch den Krieg viel dringlicher als vordem geworden. Während des Krieges in einem ziemlich abgeschlossenen Wirtschaftsgebiete lebend, arbeiten wir sozusagen ohne Konkurrenz. Aber nach dem Kriege müssen wir uns auf einen äußerst scharfen Wettbewerb gefaßt machen. Oesterreich war schon vor dem Kriege eines der teuersten Länder mit einer tief bedauerlichen Auswanderung körperlicher und geistiger Arbeiter. Die Passivität unserer Handelsbilanz wird zunächst nach dem Kriege nicht geringer, sondern größer werden. Die Verschuldung wird wegen der unerlässlichen Auffüllung der Rohstoffvorräte und des Kreditbedarfes zunehmen. Gegen diese mit Sicherheit zu erwartenden Erschwerungen ist auf eine Abhilfe nur durch äußerste Intensivierung der Arbeit, der gewerblichen, sowie der landwirtschaftlichen, durch Industrialisierung, Verbilligung der Produktion und Verbesserung ihrer Bedingungen, Kräftigung des Innenmarktes und Hebung der Ausfuhr zu rechnen. Eine der wichtigsten Vorbedingungen wird die Befolgung einer rationellen Verkehrspolitik und der Ausbau unserer Transportwege und Mittel sein. Der unbedingt notwendige Bezug aus dem Auslande muß nach Möglichkeit wohlfeiler werden., wir müssen den Frachtworsprung der Auslandskonkurrenz tunlichst verringern. Die Industrie-Zentren müssen durch Erzeugungsstätten auf gesundem billigen Boden mit bequemen Zufuhrgelegenheiten und erschwinglichen Preisen für Lebensmittel und gesunde Wohnungen entlastet werden.

Die beste Finanzpolitik ist eine ausgiebige Investitionspolitik für rentable Investitionen. Hier zu sparen war immer verfehlt. Nach dem Kriege, wo die restlose Ausnützung aller Kräfte und aller von der Natur uns gebotenen Vorteile notwendig ist wäre es verhängnisvoll.

Weit entfernt, die große Wasserstraßenfrage vom Standpunkte Wiens zu betrachten, obwohl gerade Wien als die Hauptstadt unseres Reiches und als größter Konsument das volle Anrecht auf ^{besondere} Berücksichtigung hat, möchte der Redner zum Schlusse der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Zeitpunkt in sichtbare Nähe gerückt wird, da Wien der Zentralhafen des gesamten mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes wird, Wien, das berufen ist, einen hervorragenden Platz im Welthandelverkehr einzunehmen.

(Lebhafter Beifall).

Der zweite Berichterstatter über den Punkt 2 Gemeinderat Herold führte aus: In alten Zeiten waren es die Flüsse und Ströme, die vor allem den Verkehr zwischen den Ländern und Völkern vermittelten. Die griechischen Kaufleute kamen von der Mündung der Donau herauf gegen das Eisenerne Tor, die Römer benützten den Strom, der die Grenze ihres Reiches bildete, für den Verkehr mit ihren nördlichen Provinzen, die Burgunder zogen vom Rhein her die Donau hinunter in das Land der Heunen, die Türken drangen den Strom entlang bis nach Wien vor und in den Zeiten Maria Theresiens und Kaiser Josefs fahren die Schwaben die Donau abwärts in den Banat und nach Siebenbürgen, um sich dort neue Wohnsitze zu schaffen.

Die großen Ströme Mitteleuropas, der Rhein und die Donau, hatten so durch Jahrhunderte eine gewaltige Bedeutung für den Verkehr. Erst als die Eisenbahnen ausgebaut wurden und der Verkehr auf ihnen sich immer rascher und bequemer gestaltete, wurde die Schifffahrt zurückgedrängt und in den letzten Jahrzehnten, wo die Hast des Erwerbes, die moderne Unrast sich steigerte, schien man auf die Annehmlichkeiten, die die Wasserstraßen bieten, beinahe ganz zu vergessen. Viele Menschen dachten und denken gar nicht an den Schatz, den unsere Wasserstraßen bergen, an die Genüsse, die uns die Fahrt auf ihnen zu bieten vermag.

Der Weltkrieg hat die Anschauungen über die Wasserstraßen ganz wesentlich geändert und so wie gar viele, die bisher den Wert der Wasserstraßen für die Güterbeförderung verkannt haben, infolge der Erfahrungen des Krieges anderer Meinung geworden sind, so werden auch die Anhänger der Reisen zu Wasser immer zahlreicher werden. Schon heute gibt es Naturliebhaber, die ähnlich, wie es die Amerikaner und Engländer schon lange machen, ganze Tage auf dem Wasser zubringen. Wie herrlich solche Fahrten sind, welche Genüsse sie bieten, das kann nur der begreifen und schillern, der im Frühlingsglanze zur Zeit der Obstbaumblüte durch die Wachau und den Strudengau gefahren, der eine Mondnacht in den düsteren Engen der Donau beim Eisernen Tor verbrachte, der den schwerwütigen Eindruck der ungarischen Tiefebene oder die grünen Waldberge an der oberen Donau auf sich wirken ließ.

Vor allem anderen muß die Möglichkeit für einen entsprechenden Verkehr gegeben werden. Den Verkehr im allgemeinen zu ermöglichen, ist Sache der Techniker und vieles ist in dieser Beziehung an der Donau wie am Rhein schon geschehen. Die Wasserwege müssen aber so ausgestaltet werden, daß ein sicherer und regelmäßiger Verkehr gewährleistet ist. Die Fahrzeiten müssen eingehalten werden; wenn auch der Reisende, der den Schiffsweg benützt, sich nicht sklavisch an einen Fahrplan halten wird, so wird und kann er doch verlangen, daß die Fahrt nicht ins Ungemessene verlängert wird, weil dies sonst seine ganzen Reisepläne umstoßen könnte. Ebenso muß auch getrachtet werden, die Anschlüsse von der Bahn zum Schiff oder umgekehrt zu ermöglichen, weil sonst oft unnütze und lange Aufenthalte entstehen, die den Reisenden leicht von der Benützung des Schiffsweges abschrecken. Dem Reisenden ist es nicht gleichgültig, wie er reist. Große, schön ausgestaltete und bequem eingerichtete Dampfer müssen den Verkehr auf den Wasserstraßen vermitteln, sie sollen geeignet sein, dem Reisenden tatsächlich ein Heim zu bieten, das ihm alle Sorgen des Alltags vergessen und den Genuß der Fahrt durch nichts stören läßt. Naturgemäß soll der Ortverkehr von dem Fernverkehr entsprechend getrennt werden. Eine weitere Vorbedingung für die Förderung der Benützung des Schiffsweges liegt in der Schaffung von guten Unterkünften in den Hauptladungsplätzen. Es zeigen sich ja schon erfreulicherweise Ansätze zur regeren Benützung des Schiffsweges. Aber außer den früher erwähnten Vorbedingungen bedarf es dazu noch einer tatkräftigen und ausgedehnten Propaganda, die große Öffentlichkeit muß noch eindringlicher als bisher auf die Schönheiten der Wasserstraßen, auf die Bequemlichkeiten des

Wasserverkehrs aufmerksam gemacht werden und es muß getrachtet werden, vor allem die Aufmerksamkeit jener Kreise auf den Schiffsweg zu lenken, die ihm bisher mehr oder weniger ferngestanden sind.

Der Ausbau des Wasserstraßennetzes und die wesentlich erhöhte Benützung der Binnenwasserwege wird jedenfalls einen gesteigerten Verkehr mit sich bringen. Der Redner schließt mit den Worten: So wollen wir getrost der Zukunft entgegenblicken. Die Bewegung, die sich allerorts zu Gunsten der Wasserstraßen erhoben hat, wird niemals mehr zum Stillstande kommen. Wir sind überzeugt, daß die maßgebenden Stellen unserer Regierung wie der Regierungen der mit uns verbündeten Staaten die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Wasserstraßen erkennen und einsehen, daß der Ausbau des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes nicht mehr lange auf sich warten lassen darf. Wenn dann die Schifffahrtsgesellschaften die Reismöglichkeiten noch weiter verbessern, wenn tatkräftige Unternehmer, allenfalls mit Unterstützung des Staates oder der Gemeinden für entsprechende Unterkünfte im Bereiche der Wasserstraßen sorgen, dann werden die bis heute so stark vernachlässigten Wasserstraßen neue Freunde finden, der Fremdenverkehr in den von den Wasserstraßen durchzogenen Ländern wird mächtig gehoben und reicher Segen wird der einheimischen Bevölkerung zu teil werden. Zum Standpunkte des Fremdenverkehrs muß also so die Bewegung für den Ausbau der Wasserstraßen auf das lebhafteste begrüßt und es kann nur dem Wunsche Ausdruck gegeben werden, daß die Ausgestaltung und der Ausbau der mitteleuropäischen Wasserstraßen sobald als nur möglich durchgeführt werde. (Lebhafter Beifall.)

Zu den beiden letzteren Referaten hatte sich eine größere Anzahl Redner vorgemerkt. Bürgermeister Dr. Dinghofer (Linz) betonte, daß die Ausgestaltung der Donau in ihrer ganzen Ausdehnung zu einer leistungsfähigen Großschiffahrtsstraße bei allen Bestrebungen die Hauptlinie bleiben müsse. Die Herstellung einer Kanalverbindung der Elbe mit der Oder ohne Fertigstellung des Donau-Moldau-Kanals und ohne Ausgestaltung der oberen Donau bedeute eine vollständige Nichtbeachtung der wirtschaftlichen Interessen der Kronländer Oberösterreich, Salzburg, Tirol, des größten Teiles von Niederösterreich, von Süd- und Westböhmen und im gewissen Maße auch von Bayern. Der Redner bespricht nun eingehend die notwendigen technischen Herstellungen und bemerkt, daß hierfür seit dem Jahre 1870 16 Millionen Kronen aufgewendet wurden. Es müsse in Hinblick ein anderes Tempo eingeschlagen werden, da man nicht noch ein Jahrhundert lang auf die Schifffahrtswege warten könne. Redner schließt: Ich bitte Sie mitzuhelfen, daß endlich unserer alten Donau diesem seit Jahrtausenden benützten Völkerweg ihr volles Recht werde und daß insbesondere der Donau von Passau nach Wien alle Eigenschaften gegeben werden, die sie befähigen, als moderner Großschiffahrtsweg auf der Verkehrslinie Nordsee-Schwarzes Meer alle an sie gestellten Ansprüche voll und ganz zu befriedigen.

Oberbürgermeister Geßler (Nürnberg) überbringt die herzlichsten Grüße der Bayern und erklärt, daß der Ausbau der mitteleuropäischen Wasserstraßen auch für Bayern eine Lebensfrage geworden ist. Der König von Bayern habe während der Kriegszeit den Ausbau der Wasserstraßen mit großer Energie in die Hand genommen und es wurden 5 Millionen Mark vom Reich, von Bayern und den Interessenten bewilligt, um ein baureifes Projekt für die Verbindung Rhein-Donau zu erlangen. Wir wollen uns durch aus nicht in einen Rangstreit einlassen, welche Wasserstraße zuerst gebaut werden soll, wir wollen aber alles tun, damit das Projekt, welches uns am Herzen liegt, möglichst rasch durchgeführt werde.

IV. Bogen. Wasserstraßentag.

Handelskammersekretär Vago [Budapest] erklärt namens der ungarischen Interessenten, daß diese auf die eheste Ausführung der Regulierungsarbeiten auf der oberen Donau (von Regensburg abwärts) im Sinne der Beschlüsse der Budapester Donaukonferenz besonderes Gewicht legen, und deren Durchführung in die erste Linie stellen.

Abgeordneter Hofrat Held (Regensburg) erklärt, daß dem Ausbau der oberen Donau die größte Bedeutung zukomme und daß diese Arbeiten durch den Donau-Oder-Kanal nicht vernachlässigt werden dürfen. Die Donau bis Regensburg als Großschiffahrtsstraße herzustellen müsse mit allen Mitteln getrachtet werden.

Reichsratsabgeordneter Gothein (Breslau) begrüßt die Versammlung als Vertreter der deutschen Bundesstaaten und hebt mit Anerkennung hervor, daß bei der heutigen Beratung nicht eine Wasserstraße gegen die andere ausgespielt werde. Er bemerkt, daß das Donauproblem mit der technischen Ausgestaltung noch nicht gelöst sei; von Wichtigkeit sei auch die Art und Weise wie der Verkehr sich abspielen wird. Das Übergewicht der Bergfahrten müsse zum Verschwinden gebracht werden und es sei auch zu hoffen, daß durch die Speisung der Donau aus den verschiedenen künstlichen Wasserstraßen ein reger Talverkehr erzielt werden wird. Die Wasserstraßenfrage sei nicht das Problem eines einzelnen Staates, sondern ein mitteleuropäisches Problem, durch dessen Lösung weltwirtschaftliche Aufgaben zur Erfüllung gelangen sollen.

Die Beratung wurde sodann abgebrochen und die Herren vereinigten sich zu einem gemeinsamen Mittagmahl, in dessen Verlauf Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Herren herzlichst begrüßte, unserer Helden an der Front gedachte und mit einem jubelnd aufkommenden Heil auf Kaiser Wilhelm, Kaiser Karl und die verbündeten Herrscher schloß.

Namens der Teilnehmer an dem Tage dankte Oberbürgermeister Dr. Blüher dem Bürgermeister für die Einberufung des Tages, gab der Freude der Gäste Ausdruck, wieder einige Tage in der herrlichen Donaustadt verleben zu können und schloß mit einem Hoch auf die Stadt Wien.

Zu Beginn der nachmittägigen Tagung verlas Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgendes Telegramm des Abgeordneten Bürgermeister Kinz: Namens der österreichischen Mitglieder des Rhein-Schiffahrtsverbandes in Konstanz wünsche ich der Tagung erfolgreichen Verlauf, ersuche in einer allfälligen Entschliessung die Aufforderung an die Regierung aufzunehmen, dem für Vorarlberg und die westlichen Alpenländer hochwichtigen Projekte der Schiffbahnmachung des Rheins bis zum Bodensee gebührende Aufmerksamkeit und vollste Unterstützung angedeihen zu lassen.

In Fortsetzung der Debatte wendet sich der Delegierte Dr. Löbl von Aussig gegen den Vorwurf, als wenn seine Interessentengruppe für eine Zurückstellung der Donauprojekte gegen die Elbe-Donau-Verbindung sich ausgesprochen hätte. Aus den gedruckten Protokollen sei zu ersehen, daß dies nie der Fall war, sondern sie immer dafür eingetreten seien, daß kein einziges Wasserstraßenprojekt soweit es technisch ausführbar ist, zurückgestellt werden dürfe, da die Schifffahrt nichtgenug Wasserstraßen bekommen könne.

Sodann ergriff der dritte Referent zu diesem Punkte, Landesauschuß Kunischak, der am Vormittag dienstlich verhindert war, das Wort und sagte u.a.:

Die 35 Kriegsmonate, die wir nun schon hinter uns haben, wirken durch die vielen Erfahrungen, die sie an den Tag brachten, wie ein Anschauungsunterricht, in geradezu drastischer Weise. Unser Einblick in das Getriebe der Volkswirtschaft hat eine Vertiefung erfahren, die uns Ursache und Wirkung in ganz anderem Lichte schauen lassen. Zudem wurden Ausblicke erschlossen, die unser Können und Wollen in neue Bahnen lenken.

In besonderer Schärfe sehen wir die Approvisionierungsfragen, die eine

überragende Bedeutung gewonnen haben. Dies gilt namentlich für die großen Konsumorte. Im Zusammenhange mit den Approvisionierungsfragen steht das Verkehrswesen, von dessen Leistungsfähigkeit die glückliche Lösung der Approvisionierungsfragen vielfach geradezu bedingt ist. Leider mußten wir die bittere Erfahrung machen, daß unsere Verkehrswege und Verkehrsmittel völlig unzureichend sind. Es würde viel zu weit führen, wollte ich alle die schweren Nachteile aufzählen, die sich aus dieser Tatsache ergeben haben. Hier muß nun gründlich Wandel geschaffen werden. Wollen wir zu einer geordneten Approvisionierung und zu einer raschen Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft gelangen, dann müssen Verkehrswege und Verkehrsmittel die großzügigste Ausgestaltung erfahren. Alle Fachkreise sind sich darüber einig, daß die Ausgestaltung unserer Schienenwege allein nicht zielführend ist und daß daher die Wasserwege eine systematische und umfassende Ausgestaltung erfahren müssen. Oesterreich ist leider im Bezuge auf Wasserstraßen am weitesten rückständig von allen Kulturländern. Im Jahre 1912 wurden in Oesterreich auf den Eisenbahnen 152,296.000 Tonnen, auf den binnenländischen Wasserstraßen nur 7,280.990 t befördert; dagegen wurden in Deutschland 1912 auf den Eisenbahnen 356,314.940 Tonnen, auf den Wasserstraßen 73,357.066 Tonnen befördert; in Deutschland betrug der Wasserverkehr daher rund 1/5, in Oesterreich nur rund 1/20 des Bahnverkehrs. Selbst im Kriege wurde in Deutschland der Ausbau der Wasserstraßen fortgeführt; an der Ausführung des derzeit noch fehlenden Stückes des Mittellandkanals ist nicht zu zweifeln und schon wieder wird die Ergänzung des Wasserstraßennetzes durch die Ausgestaltung der bayrischen Donau und den Neubau des Main-Donaukanales ins Auge gefaßt, um eine Verbindung zwischen dem norddeutschen Wasserstraßennetze und dem Rhein mit der Donau und eine Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau zu schaffen. Frankreich, das schon vor Jahrzehnten zahlreiche Kanäle baute, hat nach dem Kriege von 1870-71 nahezu 1 Milliarde Francs für den Ausbau seiner Wasserstraßen verwendet und heute wird beispielsweise die Hälfte des jährlichen Kohlenbedarfes der Stadt Paris auf dem Wasserwege zugeführt. In Rußland bestehen neben den großen, für die Schifffahrt so wichtigen Strömen nicht wenig Kanäle, deren weiterer Ausbau in Aussicht genommen wurde; in Italien wurde mitten im Kriege, im März d.J. der Bau eines Kanales von Venedig nach Mailand beschlossen. Nur in Oesterreich geschieht so wenig für den Wasserverkehr. Die Donau wird vielfach das wirtschaftliche Rückgrat der Monarchie genannt; zum Rückgrat gehören aber auch die Rippen, zum Zentralnervenstrang die Nerven, die in die Hauptteile des Körpers führen. Abgesehen davon, daß auch die Donau selbst noch einer gewissen Ausgestaltung wenigstens in einzelnen Strecken bedarf, entbehrt sie vor allem der Seitenkanäle in die für die Produktion wichtigen Gebiete der Monarchie und des befruchtenden Anschlusses an die anderen Stromgebiete Mitteleuropas.

Lange Jahre, ja Jahrzehnte wird in Oesterreich für und um die Wasserstraßen gekämpft. Bürgermeister Dr. Lueger sagte auf dem Wiener Wasserstraßentage vom Jahre 1900 „Die Frage der Wasserstraßen in Oesterreich hat sich zu einem Geduldspiele entwickelt, aber zu einem Geduldspiele traurigster Art; solange ich politisch denke, denke ich des Kampfes um die endliche Erlangung der Wasserstraßen“. Der Krieg hat auch die Wasserstraßenfrage wieder aufgerollt und wie Bürgermeister Dr. Weiskirchner im April v.J. im Wiener Gemeinderate bei der Beratung der Aktion der Stadt Wien in diesem Belange erklärte, die Frage der Wasserstraßen darf nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, bis nicht die Wünsche und Forderungen der Interessenten erfüllt sind. Welche Vorteile, abgesehen von den strategischen Rücksichten, ein gutes Wasserstraßennetz für Oesterreich im jetzigen Kriege gehabt hätte, insbesondere für die Approvisionierung Wiens und anderer Konsumzentren, liegt so auf der Hand, daß es selbst die verbissensten Kanalgegner einsehen müssen.

Wie hätte sich der Verkehr gestaltet, wenn wir schon im Kriege den

Donau-Oder-Kanal mit den Verbindungen zur Elbe und Weichsel gehabt hätten! Jedenfalls hätten sich dann jene Schwierigkeiten in der Versorgung mit Kohle, Holz und Petroleum bei weitem nicht so fühlbar gemacht, als dies im letzten Winter der Fall war und auch die Zubringung anderer wichtiger Bedarfsgegenstände, insbesondere von Nahrungs- und Genußmitteln, wie Kartoffeln, Gemüse, Zucker usw. hätte sich wesentlich besser gestaltet. In der bayrischen Kanalvorlage wurde berechnet, daß, wenn allein die Donau-Rhein-Verbindung im Kriege schon bestanden hätte, Eisenbahnmaterial für 800.000 Waggonladungen, d. s. für rund 10 Millionen Tonnen frei geworden wären. Wenn wir für die Zukunft vorsorgen wollen, so müssen wir auf die eheste Durchführung der österreichischen Wasserstraßen dringen. Denn auch nach den Friedensschlüssen werden die verbündeten Mittel- und Ostmächte noch geraume Zeit auf sich selbst angewiesen sein; es ist sehr wahrscheinlich, daß sich unsere heutigen Gegner auch nach dem Friedensschlusse wirtschaftlich gegen uns abschließen und den Wirtschaftskrieg, den sie in hinterlistiger Weise gegen uns seit langem führen, fortsetzen werden. Wir, die verbündeten Reiche, müssen daher unser künftiges Wirtschaftsleben so einrichten, daß es von feindlichen Einflüssen unabhängig ist.

Die geographischen Verhältnisse Mitteleuropas und der Balkanländer sind für die Entwicklung der Wasserstraßen gewiß günstig. Das Kanalnetz des Deutschen Reiches, das die verschiedenen wichtigen Stromgebiete mit einander verbindet, wurde schon früher hervorgehoben. Den Weg nach dem Südosten weist die Donau, die nur verhältnismäßig geringer Ausgestaltung bedarf, um ausreichend leistungsfähig auch für große Wassertransporte zu werden; aber wie Erzherzog Heinrich Ferdinand in seiner Schrift „Die Wasserstraße Mitteleuropas“ so treffend sagt, „die dringendste Notwendigkeit für die Donau als Großschiffahrtsstraße ist die Herstellung der Kanalverbindung mit dem deutschen Wasserstraßennetze, vor allem des Donau-Oder-Kanales mit seinen Abzweigungen zur Elbe und Weichsel.

Wenn für einen Kanal überhaupt ernste Gründe sprechen, so ist es gerade der Donau-Oder-Kanal, der die großen mährisch-schlesischen Kohlenbecken und wichtige Industrie- und landwirtschaftliche Gebiete mit der Reichshauptstadt verbindet und gleichzeitig die Hauptstadt Oesterreichs an die Nord- und Ostsee anschließt. Die Verbindung des Donau-Oder-Kanales zur Elbe führt durch industriereiche Gebiete Böhmens und erleichtert den Transport einerseits der Kohle aus den böhmischen Braunkohlengebieten, andererseits aber auch verschiedener landwirtschaftlicher Produkte Böhmens; der Kanal zur Weichsel erschließt die Steinkohlenfelder in Westgalizien und den Reichtum dieses Kronlandes an Fleisch, Salz, Holz, Petroleum und Getreide.

Durch den Donau-Oder-Kanal und seine Abzweigungen werden die Stromgebiete der Donau einerseits, Nord- und Westdeutschlands andererseits verbunden; es sind Gebiete, die geeignet sind, sich gegenseitig vielfach zu ergänzen; was das eine Gebiet benötigt, wird in dem anderen gewonnen oder erzeugt. Auf diese Weise kann ein wertvoller wechselseitiger Austausch in den verschiedenen Belangen stattfinden und es ist durch diese Verhältnisse die Gewähr gegeben, daß die Schiffszüge in beiden Richtungen vollauf Beschäftigung finden. Es wird dann jener Nachteil, der heute dem Donauverkehre anhaftet, daß nämlich die Schiffe vorwiegend nur in der Bergrichtung ausgenützt werden, behoben und durch die gleichmäßige Ausnützung in beiden Richtungen die Möglichkeit einer billigeren Beförderung geschaffen.

V. Bogen.

Billige Produktion und billige Transporte werden sicherlich preisdrückend einwirken und der Vorteil demnach auch den Konsumenten zu Gute kommen. Die Ersparung, die durch die Wasserstraßen ermöglicht wird, ist nicht gering zu veranschlagen; nach Berechnungen, die von verschiedenen Seiten aufgestellt wurden, ist man zu dem Schlusse gekommen, daß die Wasserfracht durchschnittlich um 40 % billiger einzuschätzen ist als die Bahnfracht. Die Ersparung bei der Kohle kann - gering bemessen - auf 3 Kronen pro Tonne veranschlagt werden, so daß sie beispielsweise bei den Elektrizitäts- und Gaswerken der Stadt Wien allein etwa 2 ½ Millionen Kronen jährlich ausmachen würden; bei der Hausbrandkohle kann die Ermäßigung auf 15 % geschätzt werden und an dieser Ersparung ist jeder Konsument, auch der kleinste Haushalt interessiert.

Dem Wasserwege wird in Zukunft eine ganz wesentlich erhöhte Bedeutung zukommen. Die enormen Lasten, die die Bevölkerung nach dem Ende des Krieges noch lange zu tragen haben wird, können nur durch Verbilligung der Produktion und des Transportes sowie durch intensivere Wirtschaft und durch Ausnützung aller vorhandenen Kräfte und Kraftquellen gemildert werden. Gerade vom Standpunkt der Approvisionnement wird es von besonderer Bedeutung sein, wenn die verschiedenen Produktions- und Absatzgebiete Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der Balkanländer neben den Eisenbahnen noch ein leistungsfähiges Wasserstraßennetz erhalten, das die großen Stromgebiete dieser Länder verbindet und es ermöglicht, daß die Güter, die an verschiedenen Orten dieser Reiche gewonnen und erzeugt werden, leicht und vor allem billig an die Bedarfsorte gebracht werden.

So wird sich das Wirtschaftsleben der verbündeten Reiche gegenseitig ergänzen und befruchten können; und ihre Völker werden in gemeinsamer Tätigkeit zur Selbstversorgung und zur Unabhängigkeit von fremder Zufuhr gelangen. Zu einer solchen wirtschaftlichen Annäherung, die uns unseren Bestand gegen alle Neider und Feinde verbürgen kann, sollen die Wasserstraßen eines der wichtigsten und bedeutendsten Mittel darstellen.

Vizebürgermeister Kumlik aus Preßburg begrüßte die Tagung namens der ungarischen Teilnehmer auf das herzlichste. Der Delegierte Andreas Meisner aus Prag tritt in warmen Worten den Ausführungen der Referenten über eine Zentralisierung aller Wasserstraßenfragen ein.

Bürgermeister Mayzel aus Oswiecim stellt folgende Zusatzanträge:

1. Die Verbindung der galizischen Wasserstraße mit Przemsza bei Oswiecim hinzielend zur weiteren Wasserstraßenverbindung vermittelst Klodnitzkanales mit Cosel - Oderhafen im Interesse eben dieser Wasserstraßen gelegen ist.
2. Es erscheint als unumgänglich notwendig, von Myslowitz aus einen Stiohkanal nach Jaworzno und Dombrowa in Polen herzustellen.
3. Es wäre erforderlich im geeigneten Wege die hohe preußische Regierung zu bitten, daß der Bau der bereits projektierten Wasserstraße Myslowitz - Gleiwitz baldmöglichst beginnen könnte.
4. Die notwendige Vertiefung des Przemsza-Flußbettes erfolgt auf gemeinsame Kosten beider Staaten, Oesterreichs und Deutschlands.

Syndikus Dr. Kühn der Handelskammer in Stuttgart sagt, daß das Interesse, das seine Gruppe hierherführte, wohl kein spezifisch österreichisches aber ein gemeinsames deutsch-österreichisches Interesse sei. In den Statuten der südwest-deutschen Kanalvereinigung finde sich daher auch der Passus, daß diese Vereinigung alle Bestrebungen auf dem Wasserstraßengebiete speziell die in Oesterreich mit allen Kräften unterstützen wolle. Die besten Bestrebungen im Reiche nützen nämlich nichts, wenn sie an der österreichischen Grenze halt machen müßten.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Jäger aus Linz führt aus, daß der Kernpunkt der Frage nicht darin liege, das eine oder das andere Kanalprojekt früher in Angriff zu nehmen, sondern daß einmütig von der Regierung

verlangt werden müsse, daß mit allem Ernste an die Ausarbeitung der beiden Projekte geschritten werde. Ob dann das eine oder andere früher in Angriff zu nehmen sei, bilde eigentlich eine Frage, über die man sich erst viel später auseinanderzusetzen brauche. Infolge der warmen Sympathien für die Reichshauptstadt und die Bedürfnisse des deutschen Wiens werde er mit den Vertretern Wiens auf das kräftigste für die Forderung eintreten, daß auch den wirtschaftlichen Interessen Wiens durch den Bau des Donau-Oder-Kanales Rechnung getragen werde.

Auch der Delegierte Dr. Karst aus Dresden tritt in warmen Worten dafür ein, ein möglichst einheitliches und großzügiges mitteleuropäisches Wasserstraßennetz und eine Verbindung aller schiffbaren Wasserstraßen zu schaffen.

Dr. Zahnbrecher (Wien) wünscht Bildung von Sektionen und praktische Arbeit in der Hinsicht, daß jeder in seinem Interessengebiet für die einzelnen Projekte eintritt.

Der Geschäftsführer des südwest-deutschen Kanalvereines Hitzler (Stuttgart) empfiehlt den Boden für die künftigen Arbeiten vorzubereiten, denn alle Wasserstraßen werden nach und nach gebaut werden müssen. Durch gegenseitigen Neid und Konkurrenz werde aber gar keine gebaut werden.

Vorsitzender Oberbürgermeister Dr. Bühler (Dresden) faßt das Ergebnis der Beratung dahin zusammen, daß der feste Wille zum Ausdruck kam, in dieser großen Frage sich nicht gegenseitig den Rang streitig zu machen, sondern einig vorzugehen. Er wünscht, daß diese einmütige Gesinnung auch morgen anläßlich der Beschlußfassung zum Ausdruck komme.

Die Beratung wird sodann abgebrochen.

Fortsetzung morgen Donnerstag 9 Uhr früh.

+++

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat namens des Wasserstraßentages folgendes Telegramm an den Kabinettsdirektor gerichtet: In der Ueberzeugung, daß ein einheitliches mitteleuropäisches Wasserstraßennetz in hervorragender Weise geeignet ist, die freie Entwicklung der Volkswirtschaft der in tiefer Waffenbrüderschaft vereinigten Mittel- und Ostmächte zu heben, und gegen alle Feinde zu sichern, unterbreiten die auf dem Oesterreichischen Wasserstraßentage in Wien in großer Zahl versammelten Vertreter und wirtschaftlichen Körperschaften Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches Sr. Majestät die ehrfurchtsvollsten Huldigungsgrüße."

Ein Telegramm mit ähnlichem Wortlaute wurde an den Botschafter Grafen Wedel gesendet mit dem Ersuchen, es dem Deutschen Kaiser zu unterbreiten.

An den Erzherzog Heinrich Ferdinand richtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende Depesche: "Der heute über meine Einladung in Wien versammelte Oesterreichische Wasserstraßentag begrüßt mit aufrichtigem Danke das tatkräftige Eintreten Euer kaiserlichen und königlichen Hoheit für die Ausgestaltung der österreichischen Wasserstraßen und unterbreitet Euer Hoheit die Bitte, die Bestrebungen der Anhänger der Wasserstraßen auch in Zukunft in gleicher Weise unterstützen zu wollen. Möge es ihnen unter Führung Euer kaiserlichen und königlichen Hoheit gelingen, zum Segen unserer Monarchie und ihrer Verbündeten möglichst bald das gesteckte Ziel zu erreichen."

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 21. Juni 1917. Nr. 229.

Obmännerkonferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und des Vizebürgermeisters Hierhammer fand heute die 77. Obmännerkonferenz der im Gemeinderate vertretenen Parteien statt. Die Sitzung diente einer informativen Besprechung über die zur Deckung der Kosten der neuerlichen Kriegszuwendungen an Angestellte und Bediensteter der Gemeinde Wien notwendigen Tarifierhöhungen der drei großen städtischen Unternehmungen Straßenbahnen, Gaswerke und Elektrizitätswerke.

Feuersgefahr infolge der andauernden Hitze. Von fachlicher Seite wird uns mitgeteilt: Die langandauernde Dürre bedingt, daß alle brennbaren Gegenstände für eine Entzündung empfänglich werden. Das Publikum möge sich daher der allergrößten Vorsicht beim Hantieren mit Feuer und Licht befleißigen, brennende oder glimmende Gegenstände wie Zündhölzchen, Zigarrenreste etc. nicht gedankenlos wegwerfen, sondern sie vor dem Wegwerfen abdämpfen und nach dem Wegwerfen austreten. Auch den Dachboden ist eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei dem Ausbruch eines Brandes in der Nähe oder beim Entstehen von Flugfeuer wie z. B. bei Rauchfangfeuer sind die Dachbodenfenster sofort zu schließen und die Dachbodenräume unter Beobachtung zu halten. Weiters ist zu verhindern, daß sich in Lichthöfen und sonstigen Winkeln in den Häusern Stroh, Mist, Papierabfälle u. dgl. ansammeln. Wo eine Entfernung solcher Abfälle nicht sofort durchgeführt werden kann, sind sie zu sammeln und in verschlossenen Behältern bis zur Wegschaffung aufzubewahren. Ueberall aber sollen Gefäße mit Wasser bereitgehalten werden, damit im Notfalle sofort erste Löschhilfe geleistet werden kann.

Prämien für Schrebergärtner. Der Wiener Stadtrat hat auch für das Jahr 1917 Preise für besonders zweckmäßige und eifrige Bearbeitung von Schrebergärten bewilligt. Für den Wettbewerb kommen wie in dem Vorjahre nur Vereinigungen von Schrebergärtnern, gemeinnützige Anstalten oder Stiftungen, welche Schrebergärten unterhalten, nicht aber einzelne Grundpächter oder Unternehmer unmittelbar in Betracht. Um eine Grundlage für die Aufteilung der Preise zu gewinnen, werden die Schrebergartenvereinigungen, soweit sie nicht bereits vom Wohnungsamte der Stadt Wien schriftlich darum ersucht wurden, aufgefordert, bis längstens 7. Juli 1917 an das Wohnungsamt der Stadt Wien (Vorstand Magistratsrat Dr. Sagmeister) 8. Bezirk Schmidgasse 18 das Vereinsstatut und die Gartenordnung einzusenden und die Zahl der dem Vereine angehörenden Schrebergärtner, die Anzahl und das durchschnittliche Ausmaß der bebauten Einzelgärten, sowie den Umfang und Erfolg des Kartoffel- und Gemüseanbaues bekanntzugeben.

Militärische Jugendvorbereitung. Am 17. Juni fand auf der militärischen Schießstätte in Kagran das Bestschießen der Straßenbahnergruppe statt. Geschossen wurde auf 300 Schritte Kreisschulscheibe, 5 Schüsse, und dank der Bemühungen des Hauptmannes Klenert wurden vorzügliche Resultate erzielt. Es gelangten im Ganzen 9 Beste zur Austragung, die die Jungmänner Blaha, Augsburg, Schörg, Stangl, Kugler, Lammel, Lang, Jekl und Simunek gewannen. Vor der Preisverteilung hielt Hauptmann Klenert eine Ansprache an die Jungmänner, in der er sie zur eifrigen Betätigung im schönsten Sporte, im Schießen, anrief. Übungsleiter Kellner dankte in warmen Worten Hauptmann Klenert sowie den Akademikern für ihre eifrige Betätigung auf dem Gebiete der militärischen Jugendvorbereitung. Mit einem kräftigen Hoch auf den Kaiser endete das Bestschießen.

21. Juni 1917.

Die Beratungen des Wasserstraßentages.

Heute vormittags wurden die fachlichen Beratungen des Oesterreichischen Wasserstraßentages fortgesetzt. In Vertretung des bulgarischen Gesandten Toscheff, der sein Fernbleiben entschuldigt hatte, wohnte auch der erste Geschäftsträger Stojanov den Verhandlungen bei.

Hofrat Schromm Edler von Bodeneib, Binnenschiffahrts-Inspektor i. R. berichtete über die Maßnahmen zur Hebung der österreichischen Binnenschiffahrt. Er zergliederte sie in 4 Gruppen: Maßnahmen wasserbautechnischer Natur, betriebstechnischer Natur, administrativer bezw. gesetzlicher Natur und solche kommerzieller Natur. Speziell für Wien bezeichnete er folgende Arbeiten als dringend:

Die im Zuge befindliche Ausgestaltung des Freudenauer Hafens zu einem großen Verkehrshafen wäre seitens der Gemeinde Wien auf das energischste zu fördern. Nachdem die diesen Hafen umgebenden Landflächen für die Ansiedlung von Fabriken viel zu klein sind, um diesen Hafen auch als Industriehafen benützen zu können, wäre der Bau eines großen Industrie- und Handelshafens am linken Donauufer in dem der Hauptstadt angegliederten 21. Bezirk mit allen Mitteln anzustreben. Hier sind bereits die Ansätze für eine künftige Industriestadt zu sehen. Eine Hauptbedingung für die großzügige Entwicklung dieser Zukunfts-Millionenstadt ist deren unmittelbarer Anschluß an die Donau, dies umso mehr, als auch auf dieser Seite der zu erbauende Donau-Oder-Kanal einmünden wird, der seiner Hauptbestimmung als Kohlenzuführer wieder gebieterisch die Anlage von Kohlenhäfen verlangt. Bei dieser Gelegenheit weist der Redner darauf hin, daß beim Baue dieser Kohlenhäfen auch die Lagerung der Kohle unter Wasser (wie dies in Amerika bereits seit längerer Zeit mit bestem Erfolg geschieht) berücksichtigt werden sollte. Damit ist die Möglichkeit geboten, große Mengen von Kohlen einzulagern, ohne dieserhalb eine Feuergefahr oder den Verlust an Heizwert befürchten zu müssen. Die Arbeiten sollten Hand in Hand gehen mit den noch ungleich wichtigeren Arbeiten zwecks des Schutzes Wiens gegen Hochwasser.

Uebergehend zu einer weiteren für Wien wichtigen Maßnahme bespricht der Redner die Belebung des Wiener Donau-Kanales durch die Wiedereröffnung der Personen- und Frachtenschiffahrt.

Bei Besprechung der Maßnahmen kommerzieller Natur stellt der Referent die in Handels- und Industriekreisen dringend gewünschte Arbeitsteilung zwischen Eisenbahn- und Binnenschiffahrt oben an. Die bedauerlicherweise in vielen Kreisen tief eingewurzelte Ansicht, daß sich diese beiden Verkehrswege bekämpfen müssen, sollte doch endlich als grundfalsch anerkannt werden.

Zum Wasserstraßentag.

Mit einer Besichtigung des Absperrwerkes in Nugdorf sowie der Länden am Donaustrom fand heute der vierte österreichische Wasserstraßentag seinen Abschluß. Die Teilnehmer versammelten sich in der Stadtbahnstation Michelbeuern und fuhren mit einem Sonderzug der Stadtbahn nach Nugdorf, woselbst das Sperrwerk des Donaukanales und die Schleusenanlagen unter der Führung des Strombaudirektors Hofrates Reich besichtigt wurden. Von dort begaben sich die Herren mittels Stadtbahn zur Haltestelle Schottenring und von hier aus mittels Sonderzügen der Straßenbahnen zur Kronprinz Rudolfbrücke, wo das Schiff „Babenberg“ zur Aufnahme der Gäste bereit lag. Hofrat Csatory mit den Oberbeamten der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft begrüßten dort die Herren. Die Fahrt ging auf dem Donaustrom in den Freudenauer Winterhafen, wo insbesondere die neuen Speicheranlagen gezeigt wurden. Infolge der ungünstigen Wasserverhältnisse und der damit verbundenen Anlegeschwierigkeiten mußte der Aufenthalt im Freudenauer Winterhafen entfallen. Die Rückfahrt ~~mit~~ wurde dann mit demselben Schiffe angetreten und von der Reichsbrücke aus wurden die Teilnehmer mittels Salonwagen der Straßenbahn an ihr Ziel befördert.

+++++

In Vertretung der Wiener technischen Hochschulen nahmen an den Beratungen des Wasserstraßentages der Rektor Dr. Bamberger und die Professoren Oberbaurat Rudolf Halter, Dr. Ritter von Reckenschug, Ingenieur Ritter von Stockert und Heinrich Wagner teil.

übermächtige Gegner. Es wird sich auch bewähren in unserem Kampfe für die Wasserstraßen. Möge uns auch hier die Einigkeit stark machen und uns die Macht verleihen, um unsere berechtigten Forderungen restlos durchzusetzen. Es wird ein langer schwieriger Kampf werden, aber mit vereinten Kräften werden wir einen herrlichen und schönen Sieg erringen.

Schiffsdirektor Zels regt an, den Beschlußantrag dem Monarchen persönlich zu unterbreiten.

Die Beschlußanträge werden hierauf unter lebhafter Zustimmung aller Anwesenden einstimmig und unverändert angenommen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner ersucht Exzellenz Dr. von Wittek, die Beschlüsse im Herrenhause und den Bürgermeister Dr. Dinghofer, die Beschlüsse im Abgeordnetenhause zu überreichen. Zur Regierung werde er selber gehen.

Oberbürgermeister Dr. Blüher : Wir sind nun am Schlusse unserer Tagung angelangt, die ein erfreuliches und gedeihliches Ergebnis gezeitigt hat. Wenn die Tagung diesen Verlauf genommen hat, so danken wir es in erster Linie unserem hochverehrten Herrn Vorsitzenden Dr. Weiskirchner und den ihm beigeordneten Herren. Er hat die Tagung nicht nur so vorbereitet, daß sie einen derart günstigen Verlauf nehmen konnte, sondern er hat sich auch mit außerordentlichem Eifer und Erfolge der Ueberbrückung der Gegensätze unterzogen, die ja die Wasserstraßenfrage nur zu leicht bieten kann. Wir sind ihm hiefür ganz besonderen Dank schuldig und ich bitte Sie, sich zum Zeichen dieses Dankes von den Sitzen zu erheben. Namens der reichsdeutschen Teilnehmer aber darf ich wohl den ganz besonderen Dank aussprechen, für den Willkomm und die Behandlung, die wir hier gefunden. Kollege Dr. Geßler hat schon gestern angedeutet, daß es uns wünschenswert und von hoher Freude wäre, wenn wir diese Beratungen einmal auch auf reichsdeutschem Boden fortsetzen könnten. Ich schließe mich diesem Wunsche von ganzem Herzen an.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich glaube wohl aus aller Herzen zu sprechen, wenn ich der großen Genugtuung über den würdigen und sachlichen Verlauf dieser Tagung zum Ausdruck bringe. Reichsdeutsche, Ungarn und Oesterreicher sind hier zusammengesessen zur Beratung, die ich mit den Worten kennzeichnen möchte: Einig wie an der Front ! Ich glaube, daß wir tatsächlich einen großen Erfolg errungen haben, daß es uns gelungen ist, die verschiedenen Interessen auf eine Linie zu bringen und durch einen einmütigen Beschluß den Regierungen und Parlamenten die Richtlinien zu weisen, nach denen tausende Männer draußen und hier zu arbeiten gewillt sind. Ich danke den Referenten und den Rednern, danke meinen Vorsitzenden und Schriftführern und allen Teilnehmern, die in der Gluthitze dieser Tagung die Geduld und Ausdauer bekundet haben, die Beratungen zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Zum Schlusse wünsche ich, daß unser Bündnis, das in Blut gekittet ist, auch bestehen bleiben möge in wirtschaftlichen Dingen durch der Zeiten Lauf !

+++

Die Direktion des Lagerhauses der Stadt Wien hat aus Anlaß des Wasserstraßentages in Wien eine elegant ausgestattete Broschüre über die Einrichtungen und den Betrieb der städtischen Lager- und Kühlhäuser und Speicheranlagen in Wien erscheinen lassen und den Teilnehmern des Wasserstraßentages gewidmet.

Wien, 21. Juni 1917.

Oesterreichischer Wasserstraßentag.

In Vertretung des Ministeriums für Landesverteidigung wohnte (und in Vertretung des preussischen Kriegsministers Major v. Ramsay Generalmajor Ritter von Schadek) den Verhandlungen bei. Geheimrat Prof.

von Jhering hatte aus Berlin nachfolgendes Telegramm an den Bürgermeister geseudet: „Dem österreichischen Wasserstraßentag wünscht beste Erfolge seiner Verhandlungen zum Gedeihen und Fortschritt der Wasserwirtschaft Oesterreichs. Geheimrat von Jhering.“

An den Bericht des Binnenschiffahrtsinspektors Hofrat Edl. v. Schromm über die Maßnahmen zur Hebung der Binnenschiffahrt knüpfte sich eine längere Aussprache. Oberbaurat Professor Halter bezeichnete eine einheitliche Schiffstypen für das gesamte mitteleuropäische Wasserstraßennetz für außerordentlich dringlich.

Professor Smroek (Brünn) spricht sich für eine Schiffstypen aus, welche nicht größer als 1000 Tonnen sein dürfe. Er polemisiert in längeren Ausführungen gegen den Artikel des Geheimen Hofrates Held in der Zeitschrift „Wie freie Donau“, in welchem er dem Donau-Main-Rhein-Kanal gegenüber dem Donau-Oder-Elbe-Kanal die Priorität zuweist. Er weist ferner schärfstens die Polemik gegen den Artikel des Erzherzogs Heinrich Ferdinand energisch zurück.

Es sprachen dann noch Oberbaurat Engelmann (Wien), Dr. Löbl (Aussig). Der Berichterstatter legte schließlich einen Antrag vor auf Klärung des Begriffes „Großschiffahrt“.

Eisenbahnminister a.D. Dr. Ritter von Wittek bespricht hierauf die Wechselbeziehungen zwischen Eisenbahnen und Schiffahrt. Er sagte: Von gewissen Ausnahmefällen abgesehen, in denen beide Verkehrsmittel vereint gemeinsame Ziele verfolgen, bildet zwischen ihnen ein mehr oder weniger ausgebildetes Konkurrenzverhältnis die Regel. Dieser Wettbewerb, der mit dem ersten Auftreten der Eisenbahnen eingesetzt hat, gestaltete sich infolge des Anwachsens der Bahnen, denen das allgemeine Interesse sich immer mehr zuwendete, und infolge ihrer technischen Überlegenheit für die Binnenschiffahrt namentlich, soweit sie auf künstliche Wasserstraßen angewiesen ist, immer ungünstiger, so daß ihr Fortbestand vielfach nur durch Eingreifen des Staates, der die Kapitallasten und Erhaltungskosten der Schiffahrtskanäle auf sich nahm, gesichert werden konnte. In dieser Sachlage bereitete sich jedoch seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts mit der zunehmenden Erkenntnis von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Wasserstraßen als Massenverkehrsmittel zur Herabminderung der Transportkosten und ihrer Wichtigkeit für die Entlastung der Bahnen, die auch in militärischer Hinsicht eine Rolle spielt, ein Umschwung vor. Umfassende Arbeiten zur Regulierung der Stromläufe wurden ins Werk gesetzt, Pläne für künstliche Wasserstraßen entworfen und teilweise zur Ausführung gebracht. Uns, die wir inmitten dieser Bewegung stehen und nach dem Kriege werden arbeiten und sparen müssen, erwächst die Pflicht, zwar hinter der fortschreitenden Entwicklung anderer Länder, soweit es die Verschiedenheit der orographischen und hydrographischen Verhältnisse unseres Vaterlandes zuläßt, nicht zurück zu bleiben, dabei aber die staatswirtschaftlichen Interessen nicht außer Acht zu lassen, die der Staat als Besitzer des mit namhaften Opfern geschaffenen staatlichen Eisenbahnnetzes zu wahren hat und auf die bei der Gestaltung der Wechselbeziehungen beider Verkehrsmittel Bedacht zu nehmen. Für die zu lösende Aufgabe würden sich etwa folgende Gesichtspunkte ergeben:

1. Die Förderung der Schiffahrt ist in gleicher Weise wie die Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes als eine wichtige Angelegenheit der heimischen Volkswirtschaftspflege zu erkennen und derselben seitens des Staates sowie der autonomen Verwaltungskörper mit Berücksichtigung der Hauptsitze der heimischen Industrie und zumal der Reichshauptstadt Wien das angelegentlichste Augenmerk zuzuwenden.

2. Die Wechselbeziehungen zwischen den Eisenbahnen und der Schiffahrt sind derart zu regeln, daß jedes der beiden Verkehrsmittel in seinem naturgemäßen Bereiche dem Staate und der Volkswirtschaft bestmöglichst zu dienen hat und in diesem Belange vom Staate wirksam geschützt wird.

3. Der Binnenschiffahrt soll seitens der Eisenbahnen, soweit es sich nicht um unmittelbaren Wettbewerb des Wasserweges mit dem Bahnwege handelt, durch geeignete Umschlags-, Verkehrs- und Tarifvereinbarungen das möglichste Entgegenkommen betätigt werden. Wo unmittelbarer Wettbewerb besteht ist danach zu streben, daß dieser nicht in einen Konkurrenzkampf mit beiderseitiger Schädigung ausarte, vielmehr durch geeignete Vereinbarungen über einzuhalten Minimaltarife und Verkehrsleistung auf jenen Umfang beschränkt bleibe, der dem volks- und staatswirtschaftlichen Gesamtinteresse entspricht. Dabei wäre im allgemeinen an dem Grundsatz festzuhalten, daß abgesehen von den Fällen, in denen handelspolitische Rücksichten die Benützung des Wasserweges für den Export höherwertiger Güter erheischen, geringwertige Massentransporte, bei denen der Bahntarif an die Selbstkostengrenze streift, naturgemäß der Schiffahrt zufallen sollen.

4. Insofern die im Interesse der Stromschiffahrt wünschenswerten Verbesserungen den Rahmen normaler Regulierungsarbeiten überschreiten und die Neugestaltung der Fahrtrinne unter Aufwendung öffentlicher Mittel in großen Umfange erheischen, ist für die Befahrung der verbesserten Stromstrecken die Einhebung von Schiffahrtsabgaben zur möglichsten Deckung der dem Staate erwachsenden Kapitallasten ebenso wie dies im Eisernen Tore auf Grund der Berliner Kongreßakte geschieht, ins Auge zu fassen und soweit dem völkerrechtlichen Verträge entgegenstehen, deren Abänderung anzustreben.

5. Auf den zu erbauenden Schiffahrtskanälen werden die einzuhebenden Schiffahrtsabgaben sowie die Gebühren für die Benützung der vom Staate vermög des Traktionsmonopols beizustellenden Motoren unter Beachtung auf die Bedeckung der Kapitallasten und Betriebskosten des Kanals nach den im Punkt 3 entwickelten Grundsätzen derart einzurichten sein, daß ein Uebergreifen der Kanalschiffahrt auf die bei Einhaltung rationaler Betriebsökonomie dem Bahnwege zufallenden Gütertransporte möglichst vermieden wird. Andererseits wird die Eisenbahntarifpolitik heim Bestande einer um den Verkehr mitwerbenden staatlichen Wasserstraßen deren Lebensbedürfnisse sowie die Vorteile einer hiedurch künftig ermöglichten zeitweisen Entlastung der Bahnen zu berücksichtigen haben, so daß das Verhältnis zwischen beiden im Staatseigentum stehenden Verkehrsanstalten nicht von dem Bestreben eines rücksichtslosen Wettbewerbes, sondern von dem Bestreben der gegenseitigen Unterstützung und Ergänzung zur Erreichung des größtmöglichen allgemeinen Nutzens beherrscht wird.

Regierungsrat Dr. Chudazek der Handelskammer Eger betont, daß neben lokalen Wünschen der allgemeine Ausbau der Donau überhaupt anzustreben sei.

Damit sind die Beratungen über die einzelnen Gegenstände der Tagesordnung erledigt und es gelangt Stadtrat Regierungsrat Schmid zur Vorlage des Beschlusses zum Worte. Er führt aus:

Bevor ich zur Stellung des Beschlusses schreite, erlaube ich mir eine dem Herrn Bürgermeister Dr. Weiskirchner zugekommene für den Wasserstraßentag bestimmte Depesche des Herrn Erzherzogs Heinrich Ferdinand zur Verlesung zu bringen, welche lautet:

„Die Notwendigkeit des Ausbaues der österreichisch-ungarischen Wasserstraßen wurde, wie zum Teile auch großzügige Gesetze beweisen, schon im Frieden erkannt; doch erst die Ereignisse des großen Krieges haben den Wert der Wasserstraßen ins volle Licht gerückt.“

Der Krieg hat gezeigt, welche Vorteile wir durch den Bestand eines Wasserstraßennetzes insbesondere aber durch eine Verbindung der Nord- und Ostsee mit dem Schwarzen Meere, durch eine Wasserstraßen Mitteleuropas gehabt hätten. Er hat die dringende Notwendigkeit des ehebaldigsten Ausbaues einer solchen Verbindung in volkswirtschaftlicher und strategischer Beziehung erwiesen. Der Krieg änderte sich schon in seinen ersten Phasen der Aushungerungs- und wirtschaftlichen Vernichtungspolitik unserer Feinde mit Ruhe und Sicherheit entgegenzusehen. Ganz besonders jetzt, da die Waffen-erfolge in Rumänien den Ausblick auf eine freie Donaustraße gestatten und wir erwarten können, auch ihre Mündung dem unbehinderten Einfluß der Mittelmächte zu sichern und dadurch die Donau mit ihren geplanten Kanälen, dem Donau-Oder-Kanal mit seinen Abzweigungen zur Elbe und Weichsel und dem Donau-Main-Kanal zu einer wirklichen Meer verbindenden Lebensader Mitteleuropas zu machen.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Beschlüsse des Wasserstraßentages eine entscheidende Wendung in dieser so hochwichtigen

wirtschaftlichen Frage erreicht werden wird.“

Der Inhalt dieser Depesche ist für uns außerordentlich erfreulich und ermunternd und wir sind Sr. Hoheit für die tatkräftige Unterstützung unserer Angelegenheit gewiß aufrichtigsten Dank schuldig. Der Herr Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat diesem Danke bereits in einem Antworttelegramm Ausdruck verliehen. - Und nun wende ich mich zu den Beschlüssen.

Wenn sie auch durch die ausgezeichneten Referate und die im Laufe der Debatte entwickelten Gesichtspunkte gegeben waren, so war es doch nicht leicht, eine Formel zu finden, welche den Wünschen aller im großen und ganzen entspricht. Es ist aber dennoch, Dank dem Entgegenkommen, welches der Ausschuß bei den geehrten Herren gefunden hat, gelungen, eine Forderung zu erzielen und ich erfülle eine angenehme Pflicht, wenn ich für das im Interesse des Ganzen gelegene Zurückstellen von Sonderwünschen, ferner für die durch gegenseitige Nachgiebigkeit ermöglichte Schlichtung von Differenzen, namens des Ausschusses den besten Dank ausspreche. Der Beschlussesantrag hat nunmehr folgende Fassung:

„Der österreichische Wasserstraßentag hält die Herstellung eines einheitlichen österreichischen Wasserstraßennetzes und dessen Verbindung mit den Wasserstraßen des Deutschen Reiches im Interesse der wirtschaftlichen Hebung der Monarchie sowie einer gesicherten Entwicklung der Volkswirtschaft der verbündeten Mittelmächte für dringend geboten.“

Hinsichtlich der künstlichen Wasserstraßen verlangt der Wasserstraßentag deren rascheste Ausführung. In erster Linie ist der von Wien ausgehende Donau-Oder-Kanal herzustellen. Dieser Kanal ist mit der Elbe und Weichsel sowie mit dem westgalizischen Kohlengbiet zu verbinden. Der Anschluß wichtiger Industrieorte, insbesondere der Landeshauptstadt Brünn ist vorzuziehen. Ebenso ist auf die Ausführung weiterer Wasserstraßen nach Maßgabe der wirtschaftlichen Notwendigkeit Bedacht zu nehmen.

Da die schiffahrtstechnischen Verhältnisse der Donau an einzelnen Stellen des Stromlaufes einer Entwicklung des Verkehrs Schwierigkeiten bereiten und seinerzeit auch die geplanten künstlichen Wasserstraßen der Donau neuen Verkehr zuführen werden, verlangt der Wasserstraßentag, daß die Regulierung des ganzen Stromes entsprechend den Beschlüssen der Budapester Donau-Konferenz vom September 1916 ausgestaltet wird, damit er eine leistungsfähige Verbindung zwischen den verbündeten Mittelmächten darstellt.

Der Wasserstraßentag verlangt weiters die möglichste Förderung der Binnenschiffahrt sowohl auf den natürlichen als auch auf den künstlichen Wasserstraßen der Monarchie, insbesondere Herstellung ausreichender Länden und Häfen samt Gleisanschlüssen und Lagerhäusern, Erleichterung in der Zellbehandlung, Förderung von Werftanlagen, Aufstellung entsprechender Tarife und zwar auch im Wechselverkehr mit den Eisenbahnen, Schaffung einheitlicher Betriebs- und Stropolizei-Vorschriften, Errichtung von Schifferschulen und Schaffung eines einheitlichen Binnenschiffahrtsrechtes. Der Wasserstraßentag ist ferner der Ansicht, daß in der Erbauung der Wasserstraßen auch ein wichtiges Mittel zur Hebung der Bodenproduktion durch Meliorationsanlagen und zur Gewinnung von Wasserkraften gelegen ist.

Der Wasserstraßentag hält es endlich für wünschenswert, die Verwaltung der gesamten österreichischen Wasserstraßenangelegenheiten einheitlich zu gestalten.“

Ich bitte Sie, diese Beschlüsse womöglich einstimmig anzunehmen, denn nur einstimmig gefaßte Beschlüsse finden beim Parlament und bei der Regierung die gebührende Beachtung und sichern uns damit den gewünschten Erfolg. „Einigkeit macht stark“, dieses Wort hat sich im Kriege wieder bewährt, in dem gewaltigen Ringen der vier Mittelmächte gegen vielfach und ist zu einem Wirtschaftskrieg geworden, welcher, auch wenn die Waffen ruhen werden, fortauern könnte. Diese Erwägung rückt uns den hohen Wert und die Dringlichkeit des Baues von großen Verkehrswegen - und als solche können infolge ihrer verkehrstechnischen Vorteile nur Wasserstraßen in Betracht kommen - so recht vor Augen. Nur ein ausgebreitetes mitteleuropäisches Wasserstraßensystem läßt uns dem Kampfe um die Kommunikations-

27. Jahrg. Wien, Freitag, 22. Juni 1917. Nr. 231.

Die Gemüse- und Obstversorgung. Die Wiener Markthändlerschaft führt seit längerer Zeit lebhaftere Beschwerden darüber, daß die aus Ungarn nach Wien getrachten Gemüse und Obstsorten vielfach mit bedeutenden Verspätungen und im verdorbenen Zustande einlangen und daß Preise gefordert werden, die als außerordentlich hoch und ungerechtfertigt bezeichnet werden müssen.

Mit der Durchführung dieser Gemüse- und Obstaktion ist die Gemüse- und Obststelle in Wien „Geos“ betraut und die Händlerschaft führt bittere und berechtigte Klagen über die ganz unsachgemäße Behandlung der Angelegenheit. Hiedurch wird nicht nur der Händlerschaft bedeutender Schaden zugefügt, es werden in letzter Linie auch die Verbraucher betroffen, da die verdorbenen Waren die Mengen der Zufuhren verringern, so daß man wenig oder gar keine Ware auf den Märkten sieht und diese zu unerschwinglich hohen Preisen bezahlt werden muß. Um sich zu überzeugen, ob und inwieweit diese Klagen berechtigt sind, erschien heute morgens am Wiener Naschmarkte Sektionschef Dr. Ritter von Ertl, in Begleitung des Hofrates Portele, des Regierungsrates Lauche, der Frau Regierungsrat Lauche und des Direktors Mischek. Die Erschienenen wurden von dem Marktamtsdirektor Bauer, dem Marktamts-Oberinspektor Wagner und den Marktamtsbeamten des Naschmarktes empfangen und hatten unter Führung dieser Herren vielfach Gelegenheit, sich an Ort und Stelle zu überzeugen, daß Gemüse und Obstsendungen vollkommen unsortiert in Körben zusammengeworfen, in saurem und faulen Zustande einlangen. Unter anderem befand sich auf dem Markte eine Sendung vollkommen unreifer grüner Äpfel, die ab Ungarn zu 2 Kronen fakturiert waren. Die Händlerschaft benützte die Anwesenheit dieser Abordnung, um den Vertretern des Ackerbauministeriums im Interesse einer ausgiebigen und regelmäßigen Versorgung Wiens alle diese Hemmungen klar zu legen und ihr dringendes Verlangen, welches auch von den Vertretern der Marktbehörde kräftig unterstützt wurde, gipfelte auf ehester Freigabe des Handels, weil nur dadurch eine ausgiebige, regelmäßige und fachgemäße Versorgung möglich wäre. Die Vertreter des Ackerbauministeriums nahmen alle diese Wünsche zur Kenntnis und versprachen ehestens Wandel schaffen zu wollen.

Begrüßung der neuen Stadträte. In der heutigen Sitzung des Stadtrates waren zum ersten Male die in der vorletzten Sitzung des Gemeinderates neugewählten Stadträte erschienen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnete die Sitzung mit folgenden Worten: Es gereicht mir zur Freude und Genugtuung, die wieder- und neugewählten Stadträte zu der auf sie gefallenen, sie auszeichnenden Wahl beglückwünschen und begrüßen zu dürfen. Der Stadtrat ist das beschließende Organ der Gemeindeverwaltung im selbständigen Wirkungskreise und erledigt alle Geschäftsstücke, die nach dem Statut nicht der Beschlussfassung im Gemeinderate vorbehalten oder dem Magistrat zur Erledigung zugewiesen sind. Daher werden wir unsere ganze Kraft aufbieten und unser Bestes einsetzen, um den Wünschen der Gesamtbevölkerung nach Möglichkeit gerecht zu werden. Tausend Wünsche laufen im Stadtrate zusammen und es wird unsere Aufgabe sein, in objektiver und gerechter Weise jene mittlere Linie zu finden, auf der wir am besten den Interessen des Einzelnen wie der Gesamtheit entgegenkommen können. Die Stadträte sind die unmittelbaren Mitarbeiter des Bürgermeisters und ich bitte alle Herren, ohne Rücksicht auf die Parteistellung, mich in meiner sorgenvollen und verantwortungsvollen Arbeit mit aller Kraft zu unterstützen. So wollen wir denn in solidarischer Verbindung besetzt von der Liebe zu unserer

geliebten Vaterstadt darangehen, die Geschäfte des Stadtrates zu führen. Ich lade Sie zur Arbeit ein und wollen wir nun zur Arbeit schreiten.

P. T. Nachdem in unserem gestrigen Bericht ein Teil verhoben und infolgedessen unverstündlich war, bringen wir diesen Teil nocheinmal und bitten höflichst um Berücksichtigung.

Zum Wasserstraßentag. Stadtrat Regierungsrat Schmid brachte nachstehendes dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner zugekommenes Telegramm des Erzherzogs Heinrich Ferdinand zur Verlesung: „Die Notwendigkeit des Ausbaues der österreichisch-ungarischen Wasserstraßen wurde, wie zum Teile auch großzügige Gesetze beweisen, schon im Frieden erkannt; doch erst die Ereignisse des großen Krieges haben den Wert der Wasserstraßen ins volle Licht gerückt. Der Krieg hat gezeigt, welche Vorteile wir durch den Bestand eines Wasserstraßennetzes, insbesondere aber durch eine Verbindung der Nord- und Ostsee mit dem Schwarzen Meere, durch eine Wasserstraße Mitteleuropas gehabt hätten. Er hat die dringende Notwendigkeit des ehebaldigsten Ausbaues einer solchen Verbindung in volkswirtschaftlicher und strategischer Beziehung erwiesen. Der Krieg änderte sich schon in seinen ersten Phasen und ist zu einem Wirtschaftskrieg geworden, welcher, auch, wenn die Waffen ruhen werden, fortauern könnte. Diese Erwägung rückt uns den hohen Wert und die Dringlichkeit des Baues von großen Verkehrswegen - und als solche können infolge ihrer verkehrstechnischen Vorteile nur Wasserstraßen in Betracht kommen - so recht vor Augen. Nur ein ausgebreitetes mitteleuropäisches Wasserstraßensystem läßt uns dem Kampf um die Kommunikationen, der Aushungerungs- und wirtschaftlichen Vernichtungspolitik unserer Feinde mit Ruhe und Sicherheit entgegensehen. Ganz besonders jetzt, da die Waffenerfolge in Rumänien den Ausblick auf eine freie Donaustraße gestatten und wir erwarten können, auch ihre Mündung dem unbehinderten Einfluß der Mittelmächte zu sichern und dadurch die Donau mit ihren geplanten Kanälen, dem Donau-Oder-Kanal mit seinen Abzweigungen zur Elbe und Weichsel und dem Donau-Main-Kanal zu einer wirklichen Meere verbindenden Lebensader Mittel-Europas zu machen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Beschlüsse des Wasserstraßentages eine entscheidende Wendung in dieser so hochwichtigen wirtschaftlichen Frage erröcht werden wird.“

Regierungsrat Schmid bemerkte hierzu, daß der Inhalt der Depesche für die Teilnehmer an dem Wasserstraßentage außerordentlich erfreulich und ermunternd sei und daß die Herren für die tatkräftige Unterstützung der Angelegenheit dem Erzherzog gewiß aufrichtigsten Dank schuldig sind.

Die Kriegsküche 47 im 9. Bezirk Kolingasse 15 wird Montag, den 25. d.M. den Betrieb aufnehmen. Anmeldungen zum Speisenbezüge nimmt die Küchenleitung (Kuratorium zur Speisung bedürftiger Kinder) am Samstag, den 23. d.M. vormittags zwischen 9 und 2 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr entgegen.

Pferdeklassifikation. Ueber Anordnung des Ministeriums für Landesverteidigung findet vom 25. bis einschließlich 30. Juni d.J. eine Nachklassifikation aller jener Pferde statt, welche von den Pferdebesitzern bei der für das Jahr 1917 angeordneten Pferdeklassifikation bisher nicht vorgeführt worden sind. Die noch nicht klassifizierten Pferde sind vorzuführen und zwar aus dem Standorte im 1., 2., 8., 9., 19., 20. und 21. Bezirk am 25. Juni auf dem „Saachsenplatze“ zwischen der Waldmüllergasse und der Wallensteinstraße im 20. Bezirk; 3., 4., 5., 6., 7., 10., 11. und 12. Bezirk am 26. und 27. Juni auf dem Marktplatze zwischen der Reinprechtadorferstraße und dem Siebenbrunnenfelde im 5. Bezirk; 13., 14., 15., 16., 17. und 18. Bezirk am 28., 29. und 30. Juni d.J. auf dem Straßengrunde der Hackingerstraße von den Eisenbahnhäusern bis zum Baumgartner Bade im 13. Bezirk. Beginn der Amtshandlungen um 1/2 Uhr früh.

Die Erhöhung der Fahrpreise der städtischen Straßenbahnen.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete Vizebürgermeister HoB über die Tarifierhöhung der städtischen Straßenbahnen. Der Beratung war Direktor Ing. Spängler beigezogen. Im allgemeinen werden folgende Erhöhungen im Tarifgebiet I platzgreifen:

Der 16 Heller-Tarif wird auf 22 Heller erhöht, der 22 h-Tarif bleibt unverändert; der 30 h-Tarif wird auf 32 h erhöht. Der Früh-, Kinder- und Sondertarif für gewisse Strecken wird von 12 h auf 16 h erhöht, der Preis für die in der Früh ausgegebenen Hin- und Rückfahrtscheine von 30 auf 32 h. Die Preise für Netzkarten werden für ein Monat von 30 auf 36 Kronen, für ein halbes Jahr von 160 auf 190 Kronen erhöht; dagegen der Geltungsbereich auf der Linie nach Mauer bis zur Haltestelle Rosenhügel, auf der Linie nach Schwechat bis zur Haltestelle Donauuferbahn und auf der Linie nach Groß-Enzersdorf bis zur Haltestelle Flugfeld erweitert. Die Streckenkarten für zwei Teilstrecken werden von 15 auf 16 Kronen erhöht.

Gleichzeitig wird eine Aenderung der Abgrenzung der Tarifgebiete 1 und 2 insoferne eintreten, als die im Wiener Gemeindegebiete gelegenen Linien bis zur Haltestelle Zentralfriedhof (3. Tor), Haltestelle Aspern, Gerasdorfer Straße und Hermesstraße das Tarifgebiet 1 bilden, die Bahnstrecken von diesen Punkten bis Schwechat, Groß-Enzersdorf, Stammersdorf und Mödling das Tarifgebiet 2. Im Tarifgebiet 1 werden einige Aenderungen in den Zonengrenzen durchgeführt, u. zw. wird die Zone 7 im 21. Bezirk ganz aufgelassen, die Zonengrenze 5/6 in der Brünner Straße von der Lokomotivfabrik zur Transitbahn verschoben und die Zonengrenze 2/3 auf der Landstraßer Hauptstraße von der Döblerhofgasse zur Haltestelle St. Marx verlegt.

Die Linien im Tarifgebiet 2 werden in Teilstrecken eingeteilt. Es sind: Zentralfriedhof (3. Tor) - Schwechat und Gerasdorfer Straße - Stammersdorf je 1 Teilstrecke. Haltestelle Aspern - Groß-Enzersdorf 3 Teilstrecken; dabei ist Haltestelle Aspern - Station Ebling 1 Teilstrecke; die Strecke Station Ebling - Groß-Enzersdorf gilt aber für 2 Teilstrecken. Hermesstraße - Mödling 4 Teilstrecken und zwar Hermesstraße - Mauer (Langegasse), Mauer (Langegasse) - Rodaun, Rodaun - Perchtoldsdorf (Brunnergasse), Perchtoldsdorf (Brunnergasse) - Mödling je 1 Teilstrecke. Die Preise für eine erwachsene Person sind für 1 Teilstrecke 22 Heller, für 2 Teilstrecken 32 Heller, für 3 Teilstrecken 40 h und für 4 Teilstrecken 50 Heller; der Kinderfahrpreis beträgt für eine Fahrt auf 1 oder 2 Teilstrecken 16 h, auf 3 oder 4 Teilstrecken 22 h. Für die Strecken im Tarifgebiet 2 werden im Vorverkauf Fahrtscheine für 20 Fahrten mit einem Nachlaß von 15 % gegenüber den Einzelfahrpreisen für Erwachsene ausgegeben; diese Karten gelten nur an Werktagen.

Für Fahrten, die das Tarifgebiet 1 und 2 umfassen, ist jede Fahrt besonders zu bezahlen. Eine Ausnahme wurde nur insoferne geschaffen, als bei solchen Fahrten, von welchen nur 1 oder 2 Teilstrecken ins Tarifgebiet 1 fallen, Preisbegünstigungen eintreten.

Die Tarife für die Sonderfahrten wurden wie bereits erwähnt, im allgemeinen von 12 auf 16 Heller erhöht; nur die Fahrt in die Freudenuan an Renntagen in der Zeit zwischen 12 Uhr mittags und 9 Uhr abends wurde von 22 h auf 50 Heller erhöht.

An der Debatte beteiligten sich die Stadträte Dr. Haas, Angermayer, Dr. Hein, Schwer, Körber, Müller, Nemetz, VB. Rain und Bgm. Dr. Weiskirchner. Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Berichterstatters angenommen. - Die Anträge werden dem Gemeinderat in einer Sitzung in der nächsten Woche beschäftigen. Die erhöhten Fahrpreise werden am 1. August für die Einzelfahrtscheine, am 2. August für die Strecken- und Monatskarten und am 2. Oktober für die Halbjahreskarten in Kraft treten.

Die Erhöhung der Gaspreise.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete Vizebürgermeister Hoß über die Erhöhung der Gaspreise. Der Beratung war Oberinspektor Güntner zugezogen. Die Anträge lauten:

Der Einheitspreis für das durch gewöhnliche Gasmesser abgegebene Gas wird vom Juli l.J. (Aufnahme der Gasmesserstände) von 17 auf 20 Heller per Kubikmeter erhöht. Die Miete für Automatgas-Anlagen wird unter Berücksichtigung der 4 wöchentlichen Kündigungsfrist von 75 Heller vierteljährlich auf 1 K monatlich erhöht.

Nachdem Stadtrat Dr. Hein zu diesen Anträgen gesprochen hatte, wurden dieselben genehmigt.

Die Erhöhung der Elektrizitätspreise.

Der Stadtrat beriet heute über die Erhöhung der Strompreise der städtischen Elektrizitätswerke. Der Beratung war der Direktor Ing. Karel beigezogen. Nachstehender Antrag des Referenten Vizebürgermeister Hoß wurde ohne Debatte genehmigt:

Der Stadtrat wolle dem Gemeinderate empfehlen, behufs Verminderung des Abganges im Gemeindehaushalte bis auf weiteres auf alle Rechnungen der städtischen Elektrizitätswerke für Lichtzwecke einen 20 %igen und bei allen Rechnungen für Kraftlieferungs- und sonstige Zwecke einen 17 %igen Zuschlag in Anrechnung zu bringen und die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke beauftragen, mit jenen Behörden, Aemtern, Anstalten und sonstigen Konsumenten, deren Strombezugspreise durch langfristige Verträge festgelegt sind, wegen Anerkennung der gleichen Zuschläge zu unterhandeln.

Geehrte Redaktion ! Die Rathaus-Korrespondenz wird morgen den Redaktionen ein Exemplar des eben erschienenen Kriegsstammbuches der Stadt Wien nebst Notiz (ungefähr 100 Zeilen) übersenden und bittet hierfür den Raum zu reservieren.

Franz Michau.

Die Gemüse- und Obstversorgung Wiens.
=====

In der heutigen Sitzung des Stadtrates legte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Berichte des Marktamtes über die letzten Vorgänge am Naschmarkte vor, in denen die Klagen über die mangelhafte Beschickung mit Obst und Gemüse und die berechtigten Beschwerden der Marktparteien und Marktbesucher eingehend dargelegt werden.

Regierungsrat Schmid berichtete im Anschlusse an die Mitteilungen des Bürgermeisters in eingehender Weise über die bisherigen Schritte, welche der Bürgermeister mit den Gemeinderäten und dem Bezirksvorsteher des 4. Bezirkes beim Ernährungsminister unternommen hat und zwar nicht nur, um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse sicherzustellen, sondern auch um die Marktparteien des größten Wiener Marktes vor schwerer Schädigung zu bewahren. Regierungsrat Schmid führte weiters aus, daß die derzeitigen Verhältnisse auf dem Naschmarkte unhaltbar sind. Die neugegründete Stelle „Geos“ erfüllt in keiner Weise die in sie gesetzten Erwartungen. Sie erfüllt weder ihre Aufgabe, Waren in ausreichendem Maße zu bringen, noch schafft sie die Waren rasch herbei, am allerwenigsten aber bringt sie billige Waren. Heute sind 100 Körbe winziger ungenießbarer Äpfel (Fallobst), welche in Budapest zu 2 K per Kilo von der Geos gekauft wurden, eingelangt. Im Laufe der letzten Tage sind Kirschen aus Ungarn gekommen, nicht sortiert, in verschiedenem Reifezustand, durch den langsamen Transport in saure Gärung übergegangen. Ein Transport Erbsen wurde 2 Tage in Budapest zurückgehalten, die Ware langte partienweise jauchig an. Hauptsalat war nicht in Körben verladen, sondern rinfusa in einen Kastenwagen geworden; der Salat traf kohlschwarz und jauchig ein.

Exzellenz Höfer hat gelegentlich der letzten vom Bürgermeister geführten Deputation versprochen, Abhilfe zu schaffen und insbesondere dem freien Handel seine Betätigung durch Einkäufe in Ungarn zu wahren. Bisher ist von einer Abhilfe nichts zu bemerken. Zu den angeführten Mißständen ist noch beizufügen, daß die Einkäufer der „Geos“ in Ungarn so hohe Preise zahlen, daß mit Hinzurechnung der Spesen der Geos sich Detailpreise in Wien ergeben, welche die Ware als nahezu unverkäuflich erscheinen lassen und es ist insbesondere dadurch die ärmere Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Die Mißstimmung auf den Märkten kommt auch in der Richtung zum ~~ausdrück~~ Ausbruch, daß die Marktparteien einer Preistreiberei beschuldigt werden, obwohl sie infolge der hohen Preise der durch die Geos bezogenen Waren nicht selten direkt mit Schaden verkaufen.

Die Geos erfüllt eben in keiner Weise ihre Aufgabe und so ist bei den heutigen Verhältnissen mit Grund zu besorgen, daß durch den Mangel an Gemüse und Obst auf den Wiener Märkten und bei den in Wien seghaften Geschäftsleuten, die Mißstimmung der konsumierenden Bevölkerung steigt und Unruhen entstehen. Er stelle daher den Antrag, neuerlich an den Ernährungsminister Höfer mit der dringenden und nachdrücklichen Bitte heranzutreten, diesen Mißständen sofort zu begegnen, die Einrichtung der Geos zu beseitigen und den freien Handel wieder in seine vollen Rechte zu setzen, wobei selbstverständlich durch die Einführung von Transportscheinen, sowie durch die Preisfestsetzung für die Waren durch das Marktamt, Gewähr für eine entsprechende Beschickung der Wiener Märkte mit gesunder billiger Ware geleistet ist.

An der Debatte über diesen Gegenstand beteiligten sich die Stadträte Spalowsky, Müller, Dr. Hein, v. Steiner, Körber, Knoll und Grünbeck. Alle Redner führten über die Art der Geschäftsgebarung der „Geos“ lebhaft Beschwerde. Der Antrag des Regierungsrates Schmid wurde zum Beschlusse erhoben und der Bürgermeister ersucht, denselben dem Ernährungsminister zur Kenntnis zu bringen.

Kriegsstammbuch der Stadt Wien.
=====

Dieser Tage empfing Kaiser Karl den Bürgermeister Dr. Weiskirchner in Audienz, bei welcher der Bürgermeister u. a. Gelegenheit fand, dem Monarchen das erste Exemplar des vor kurzem fertiggestellten Kriegsstammbuches der Stadt Wien zu unterbreiten. Der Kaiser sagte, er habe schon seinerzeit die Idee, ein solches Buch herauszugeben, mit großer Freude begrüßt und sprach seine vollste Anerkennung über die Anlage und die künstlerische Ausstattung des Werkes aus. Als sehr zweckmäßig bezeichnete der Kaiser das Inhaltsverzeichnis, in welchem die Aussprüche der einzelnen Persönlichkeiten in den vier Sprachen der Verbündeten, deutsch, ungarisch, türkisch und bulgarisch wiedergegeben sind. Der Kaiser bemerkte, daß das Buch eine bleibende Erinnerung an den Weltkrieg sein werde und sprach gegenüber dem Bürgermeister den herzlichen Wunsch aus, daß es schon im Interesse der Kriegsfürsorge, welcher der Erlös aus dem Verkaufe dient, in den weitesten Kreisen Verbreitung finde.

Der Bürgermeister wird im Wege der diplomatischen Vertretungen das Werk in den nächsten Tagen auch den verbündeten Herrschern überreichen lassen.

+ + +

Ueber Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurden Ende des Jahres 1915 die städtischen Aemter beauftragt, die Vorbereitungen für die Herausgabe eines Kriegsstammbuches der Stadt Wien zu treffen, in welches die Porträts und die Schriftzüge jener bedeutenden Männer aufgenommen werden sollen, welche in der großen Zeit die Geschicke der verbündeten Staaten zu lenken und die Grundlagen ihrer zukünftigen Entwicklung zu schaffen berufen sind: der Heerführer, Staatsmänner und der anderen in hervorragender Weise um die Geschichte der Gegenwart verdienten Personen. Diese Stammbuchblätter haben die Bestimmung, ein bleibendes Denkmal der großen Zeit für die kommenden Geschlechter zu bilden und die kostbare Handschriftensammlung der Stadt Wien um ein ganz wertvolles Vermächtnis zu bereichern, aber auch in ein Buch vereinigt und vervielfältigt der Oeffentlichkeit übergeben zu werden und den Erlös des Verkaufspreises Kriegsfürsorgezwecken zu widmen.

Die Sammlung der Stammbuchblätter gestaltete sich in der Kriegszeit namentlich mit Rücksicht auf den Umstand, als sich die Heerführer im Felde befanden, mit der Vorbereitung und Durchführung ihrer kriegerischen Operationen beschäftigt waren und nicht gleich die Zeit hatten, sich wenn auch nur für Augenblicke einem Gedenkwerke widmen zu können, recht schwierig. Aber auch die brauchbaren Lichtbilder der Persönlichkeiten waren von ihnen, die fernab der Heimat sich befanden, oft nur nach langen Bemühungen zu erreichen. Aber trotz aller Schwierigkeiten wurde das Werk von Erfolg gekrönt. Unvergängliche Worte sind es, die den Stammbuchblättern anvertraut wurden, sie geben uns Stimmungen wieder, die im Augenblicke des Kampfes geboren wurden, Mahnungen und Betrachtungen aus der Seele der führenden Männer in den Zeiten ärgster Bedrängnis.

Kaiser Franz Josef I. hat einer Bitte des Bürgermeisters entsprechend, das erste Stammbuchblatt mit seinen eigenhändigen Schriftzügen versehen. Mit tiefer Rührung und treuem Gedenken an unseren unvergeßlichen Monarchen lesen wir die Worte: „Ich vertraue auf meine Völker und bitte den Allmächtigen, daß Er unsere Sache in Seine gnädige Obhut nehme“. Das zweite Stammbuchblatt trägt die wohlgetroffenen Züge unseres jungen Kaisers, darunter die Worte: „Wer Treue hält, dem wird der Segen Gottes nicht fehlen“. Mit kräftigen Schriftzügen schrieb Kaiser Wilhelm das einzige vielsagende Wort „Dennoch!“. Der Kaiser der Ottomanen unterzeichnete sein Blatt mit türkischen Lettern, der Czar der Bulgaren in lateinischer Sprache. Es folgen dann die Aussprüche der Thronfolger der verbündeten Monarchen, der deutschen Bundesfürsten, der Heerführer und Armeekommandanten, der Diplomaten und der Persönlichkeiten, welche einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse haben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat dem Buche folgendes Vorwort beigegeben:

„Der Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat sich entschlossen, ein Kriegsstammbuch anzulegen mit den Bildnissen und Schriftzügen jener Männer, denen nächst Gott unser Schicksal in diesen ewig denkwürdigen Kriegsjahren anvertraut ist. Dieses Buch soll ein Denkmal unserer schweren Zeit, unserer heldenmütigen Kämpfe und unseres Willens zum Siege sein. An den Bildern und Worten unseres Stammbuches soll die Erinnerung sich stets zu sicherem Halt emporranken können. Als kostbarer Schatz soll das Buch späten Enkeln künden von dem Heldenmute und der entsagungsreichen Opferwilligkeit unserer Zeit. Die eigenhändig geschriebenen Stammbuchblätter, die unsere Bitte uns brachte, wurden als ein seltenes hohes Gut der wertvollen Handschriftensammlung der Stadt eingereicht; eine Auslese bietet die Gemeindeverwaltung in diesem Buche allen, die die große Zeit miterlebt haben. Der Erlös des Buches fließt der städtischen Kriegsfürsorge zu - als neue Quelle, die tausenden Armen und Unglücklichen Hilfe und Trost bringen soll. So möge denn Bild und Schrift der Männer, deren Wirken unser heißer Dank gebührt, auch die Zeitgenossen zu unentwegter Opferwilligkeit mahnen und so werktätige Hilfe werben für die vielen Opfer des Krieges.“

Das Kriegsalbum hat durch die ausgezeichnete künstlerische Arbeit der bewährten Firma Gerlach & Wiedling einen glänzenden Rahmen erhalten. Die künstlerische Ausstattung des Werkes ist geeignet, den Ruf unserer heimischen Buchkunst in hervorragender Weise weiterzuverbreiten und der Welt zu zeigen, was österreichisches Kunstgewerbe mitten in den Wirren des größten Krieges zu leisten imstande ist. Das Buch umfaßt 200 Seiten mit 159 Bildern in sehr reichen und abwechselnden Umrahmungen mit auf den Krieg bezüglichen Attributen und 125 Emblemen, Vignetten, Kronen, Wappen etc. nach Entwürfen namhafter Künstler. Der Preis für ein Exemplar wurde mit 20 Kronen festgesetzt. Das Buch ist im Kommissionverlag der Firma Gerlach & Wiedling erschienen und dort sowie in allen Buchhandlungen erhältlich.

-----oooOooo-----

27. Jahrg. Wien, Samstag, 23. Juni 1917. Nr. 233.

W I E N E R S T A D T R A T .

Sitzung am 22. Juni.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner, die VB. Hjerhammer, Hoß und Rain.

Im Einlaufe befindet sich eine Zuschrift des Gemeinderates Reumann, in welcher er mitteilt, daß er sein Stadtratsmandat zurücklege.

Die Kosten des Leichenbegängnisses des am 21. d.M. verstorbenen Kunstmalers Johann Michael Kupfer werden von der Gemeinde übernommen.

Nach einem Antrage des Stadtrates Brauneiß wird zur Beerdigung der im Versorgungsheime in Lainz verstorbenen Marie van Beethoven, einer Großnichte des Tonkünstlers, ein eigenes Grab im Zentralfriedhof auf Friedhofsdauer zur Verfügung gestellt.

Stadtrat von Steiner beantragt die Genehmigung eines Kostenbetrages von 6000 Kronen für die Straßenverbreiterung vor dem Hause Nr. 53 in der Billrothstraße im 19. Bezirk. (Ang.)

Stadtrat Knoll beantragt die Abteilung der dem Julius Frankl gehörigen Liegenschaften E.Z. 103 und der Katastralparzelle 543 der E.Z. 115 in Stadlau an der Erzherzog Karlstraße im 21. Bezirk auf 11 Baustellen und 4 Baustellenteile. (Ang.)

Nach einem Antrage des Stadtrates Jung wird für die Herstellung einer provisorischen Straßenverbindung von der Marinelligasse zur Taborstraße im 2. Bezirk ein Erfordernis von 623 K bewilligt.

Stadtrat Heindl beantragt den Ankauf zweier Panzerkassen mit den Kosten von 7800 K. (Ang.)

Der von StR. Schneider vorgelegte Entwurf der städtischen Straßenbahnen für die Ausgestaltung der Gleisanlage im Bahnhofs Floridsdorf wird mit den Kosten von 17.300 K genehmigt.

Für die Vornahme von Instandsetzungsarbeiten im städtischen Volksbade 20. Bezirk Treustraße 20 werden 8500 K bewilligt.

Nach einem Antrage des Stadtrates Hötzel wird für Instandsetzungsarbeiten im städtischen Hause 16. Bezirk Ottakringer Straße 246 ein Kostenbetrag von 4423 K bewilligt.

Stadtrat Schneider beantragt die Erneuerung und Umlegung des Gleises in der Hasenauerstraße beim Erzherzog Karl Ludwig-Denkmal im 18. Bezirk mit den Kosten von 32.000 Kronen. (Ang.)

VB. Rain beantragt die Errichtung einer Anmeldestelle der städtischen Leichenbestattung in der Pfarrkanzlei der Kirche Maria Geburt am Rennweg. (Ang.)

Nach einem Antrage des Stadtrates Körber wird den Oesterreichischen Siemens Schuckertwerken während der heurigen Sommerbadezeit eine der 4 Nichtschwimmerabteilungen des außer Betrieb gesetzten städtischen Donaubades im 2. Bezirk Erzherzog Karl Platz 4 als Bad für ihre Angestellten überlassen.

Nach einem Antrage des Stadtrates Schneider wird genehmigt, daß die Züge der Straßenbahnlinie V von nun an nicht mehr bis zum Bahnhofs Kreuzgasse geführt, sondern schon in der Vinzenzgasse nächst der Kreuzgasse umgekehrt werden.

StR. Dechant beantragt die Anlage von 20 neuen eigenen Gräbern auf dem Gersthof Friedhofe. (Ang.)

Lohnerhöhungen für die Arbeiter des Lagerhauses. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß, die Direktion des Lagerhauses der Stadt Wien auf die Dauer der durch den Krieg verursachten Verhältnisse zu ermächtigen, außertourliche allgemeine Vorrückungen der Wochenarbeiter, Handwerker und Maschinisten durchzuführen und, soweit Lohnstufen nicht mehr verfügbar sind, bis zu deren Systemisierung entsprechende Lohnzulagen anzuweisen, weiters die den Wochenarbeitern zukommenden Leistungszulagen auch den Handwerkern, Maschinisten im Wochenlohn und den Maschinisten im Monatslohn zu gewähren und den Maschinisten im Monatslohn die Überstunden in gleicher Weise wie den Maschinisten im Wochenlohn zu vergüten.

Zum Wasserstraßentag. Kabinettsdirektor Ritter von Polzer hat nachstehendes Telegramm an Bürgermeister Dr. Weiskirchner gerichtet: „Seine k.u.k. Apostolische Majestät haben die von Euerer Exzellenz unterbreiteten Huldigungsgrüße der auf dem österreichischen Wasserstraßentage in Wien versammelten Vertreter der Städte und wirtschaftlichen Körperschaften des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns mit Befriedigung entgegenzunehmen geruht und danken hiefür Euerer Exzellenz und allen Beteiligten.“

Verband der freiheitlich bürgerlichen Gemeinderäte. In der gestern unter dem Vorsitze des Obmannes Stadtrat Dr. Hein stattgefundenen Sitzung des Verbandes der freiheitlich-bürgerlichen Gemeinderäte erstattete der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über die vorgeschlagenen Erhöhungen der Gas- und Elektrizitätspreise und der Fahrpreise der städtischen Straßenbahnen. Der Vorsitzende teilte mit, daß er für sich und den Kollegen Hohensinner in der Stadtratssitzung die Erklärung abgegeben habe, daß sie sich um der Beschlußfassung des Parteiverbandes nicht vorzugreifen, an der Abstimmung im Stadtrate nicht beteiligen. Nach einer eingehenden Debatte, an welcher sich die Gemeinderäte Dr. Granitsch, kais. Rat Fischer, Neustadtl, Melcher, Dr. Loewenstein und Stadtrat Hohensinner beteiligten, beschloß der Verband, dem Antrag auf Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise zuzustimmen, jedoch gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife in dem beabsichtigten Ausmaße ihre Stimme abzugeben.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag 4 Uhr nachm. Sitzungen ab. Zur Beratung gelangt der Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1917/18 und die Erhöhung der Tarife für die drei großen städtischen Unternehmungen. Der Stadtrat tritt Donnerstag vormittag zu einer Sitzung zusammen.

Instandsetzung landwirtschaftlicher Geräte. Die Landwirte werden aufgefordert, ihre für die Ernte erforderlichen Geräte und Maschinen ehestens instandsetzen zu lassen, da sonst die Gefahr besteht, daß die Zahl der Schmiede, Schlosser und Maschinisten, die für diesen Zweck entboten oder beurlaubt werden können, nicht ausreicht, um die Instandsetzungsarbeiten rechtzeitig auszuführen.

234

WIENER HAUS KÖRRESPONDENZ.

Wien, 23. Juni 1917. Abends. Nr. 134.

Abgabe von Ersatznahrungsmitteln anstatt Kartoffeln. Die
Gemeinde Wien bringt in der kommenden Woche auf den Märkten
und in den Markthallen in Salzwasser eingelegte Bohnen auslän-
discher Herkunft zum Preise von 2 K 80 h per kg, Mischgemüse
(Julienne) in Päckchen zu 11 dkg zum Preise von 1 K per Päck-
chen, Sauerkraut nach Maßgabe des Vorrates zum Preise von 70 h
für 1 kg und Dörrpflaumen zum Preise von 1 K 60 h per kg zum
Verkaufe.

27. Jahrg. Wien, Montag, 25. Juni 1917. Nr. 135.

Zucker zum Einsieden für Obstgartenbesitzer. Das Volksernährungsamt hat 80.000 Kilogramm Sand- und Kristallzucker zur Verfügung gestellt, welcher an Personen, welche in Wien Obstgärten besitzen, das gewonnene Obst aber nicht der gewerblichen oder industriellen Verwertung zuführen können, in Mengen von höchstens 10 Kilogramm zur Konservierung des selbstgewonnenen Obstes abgegeben werden soll. Obstgartenbesitzer, die auf eine solche Zuckerzuweisung Anspruch erheben, haben ihn beim magistratischen Bezirksamte ihres Wohnortes mittels schriftlichen Gesuches nach folgendem Muster anzumelden:

1. Ich besitze einen Obstgarten in Wien (genaue Adresse).
2. In diesem Obstgarten stehen folgende Obstbäume und Obststräucher (hier ist die Gattung und Zahl der Bäume und Sträucher anzugeben.)
3. Diese Bäume und Sträucher lassen einen Ertrag von ... Kilogramm Obst erwarten, wovon ich ... Kilogramm zu konservieren beabsichtige.
4. Ich bitte daher um Zuweisung von ... Kilogramm Zucker zu diesem Zwecke.
5. Ich bin Mitglied des Obstbau- (landwirtschaftlichen) Vereines

Unterschrift, Adresse.

Die Anmeldung muß bezüglich der Angaben unter 1 bis 3 von der Bezirksvertretung jenes Gemeindebezirkes, in welchem der Obstgarten liegt, bezüglich der Angabe unter 5 von dem Obstbau- oder landwirtschaftlichen Vereine, dessen Mitglied der Gesuchsteller ist, bestätigt sein.

Die Gesuche sind bis spätestens Donnerstag, den 5. Juli beim magistratischen Bezirksamte einzureichen; später einlangende oder nicht gehörig bestätigte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Auf Grund der eingelaufenen Anmeldungen wird ermittelt, wieviel Zucker den einzelnen Gesuchstellern nach Maßgabe der verfügbaren und der beanspruchten Menge zugeteilt werden kann.

Die Gesuchsteller erhalten vom magistratischen Bezirksamte „Anweisungen zum Bezuge von Zucker für Obstverwertung“, mit welchen sie die zugeteilte Zuckermenge durch die Vereinigung der Sackzuckergroßhändler in Wien (Firma Albert Bauer, I. Bezirk Riemergasse 4) gegen Entrichtung des hiefür entfallenden Preises zu beheben haben. Der Zeitpunkt, von welchem an die Anweisungen bei den Bezirksämtern behoben werden können, wird ehestens verlautbart werden.

Auszeichnung des Geheimen Hofrates Pieszczyk. Am 1. Juli d.J. feiert der Vorstand der kaiserlich deutschen Botschaftskanzlei am Wiener Hofe Adolf Pieszczyk das vierzigjährige Jubiläum seiner Amtsführung bei der deutschen Botschaft in Wien. Ueber einen von Bürgermeister Dr. Weiskirchner eingebrachten Initiativantrag beschloß der Stadtrat nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Hierhammer, dem Gemeinderate zu empfehlen, dem Genannten die große goldene Salvator-Medaille in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wien zu verleihen.

Begünstigungen für städtische Angestellte und Lehrer in Bädern. Im Sinne eines von Gemeinderat Wawerka im Gemeinderat gestellten Antrages beschloß der Stadtrat nach einem Berichte des StR. Zatzka, den städtischen Angestellten und den Lehrpersonen an städtischen Volks- und Bürgerschulen in sämtlichen städtischen Dampf-, Wannen- und Schwimmbädern Preisbegünstigungen zu gewähren.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jany Michieu*,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 25. Juni 1917. Nr. 136.

Bürgerklub. Unter dem Vorsitz des Obmann-Stellvertreters Regierungsrat Schmid hielt der gemeinderätliche Bürgerklub vor der Gemeinderatssitzung eine Beratung ab, welche sich mit dem Voranschlag für das Jahr 1917/18 beschäftigte. Das Referat erstattete Vizebürgermeister Hoß, welcher die gestellten Anträge eingehend begründete. Die Debatte wurde durch Mitteilungen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner eingeleitet und beteiligten sich an ihr folgende Gemeinderäte: Angeli, Breuer, Eigner, Gebhart, Janger, Roth, Ullreich, Vaugoin und Wippel. Nach dem Schlusswort des Referenten wurden die gestellten Anträge einhellig genehmigt.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 25. Juni 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

bringt zur Kenntnis, daß der Kaiser in huldvollster Genehmigung des vom Stadtrate gefaßten Beschlusses die Umbenennung des Opernrings in „Kaiser Karl-Ring“ und des Kärntner Ringes in „Kaiserin Zita-Ring“ gestattet hat.

Auf die Glückwünsche des Bürgermeisters anlässlich der Verlobung des Erzherzogs Max sind folgende Antworten eingelangt: „Eure Exzellenz bitte ich für den so überaus liebenswürdigen Glückwunsch meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Erzherzog Max“ - „Für die so überaus freundlichen Glückwünsche, die Euer Exzellenz mir anlässlich der Verlobung meiner Tochter namens unserer lieben Vaterstadt anzusprechen die Güte hatten, bitte ich in treuer Anhänglichkeit meinen tiefgeführten ergebensten Dank entgegenzunehmen. Konrad Hohenlohe“.

Frau Ida Mittler dankt für die Teilnahme der Wiener Gemeindevertretung anlässlich des Todes ihres Gatten, des Gemeinderates Dr. Alfred Mittler.

Der Bürgermeister teilt mit, daß ein Schreiben des Gemeinderates Reumann vorliege, in welchem er sein Stadtratsmandat zurücklege.

Hgm. Dr. Weiskirchner bringt ferner zur Kenntnis, daß in Ausführung des Beschlusses des Gemeinderates am 20. und 21. d.M. der Oesterreichische Wasserstraßentag in Wien zusammengetreten ist, der insbesondere von liebwerten Gästen aus Dautschland ungemein stark besucht war. Nach mühevollen Verhandlungen sei ein Ausgleich der Interessengegensätze zustande gekommen und eine Resolution beschlossen worden, welche der Bürgermeister zur Kenntnis brachte.

Ferner teilt der Bürgermeister mit: In der Gemeinderatssitzung vom 4. d.M. brachte Gemeinderat Kunschak über nichtsachgemäße Behandlung des auf dem flachen Lande in Niederösterreich requirierten Fettes eine Interpellation ein. Ich habe, sagte der Bürgermeister, diese Interpellation dem Statthalter zur Kenntnis gebracht und auch den Inhalt eines an mich in der gleichen Sache gelangten Schreibens mitgeteilt. Der Statthalter erwidert, daß die aus dem Postbereiche Neudorf bei Staatz zugekommene Beschwerde darüber, daß das in den dortigen Dörfern lagernde Schmalz nicht rechtzeitig abtransport und daher dem Verderben ausgesetzt sei, den gepflogenen Erhebungen zufolge vollkommen aus der Luft gegriffen ist, da diese Fettmengen sofort nach der Einausammlung von der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach abdispontiert wurden. Der Statthalter stellt ferner fest, daß alle Revisionen die völlige Unhaltbarkeit der Beschwerden über Verderben von Fett und dessen mangelhafte Aufbewahrung ergeben haben und daß die unschwarzen Gerüchte auf Ausstreuungen von Personen zurückzuführen sind, deren Interessen die Fettaufbringung zuwiderläuft. (Widerspruch.) Bitte das zur Kenntnis zu nehmen, wir werden darüber noch weiter reden.

Gespendet haben:

Großhändler Georg Schneider je 250 K für die Armen des 6. Bezirkes und für die Ferienfürsorge des Bezirkes.

Helene Dumba 100 K für Arme des 13. Bezirkes;

Bezirksvorsteher Kuhn 100 K für die Zöglinge des 4. städtischen Waisenhauses;

Bezirksvorsteher Karlinger teilt mit, daß die an Stelle des entfallender Bürgerballes stattgefundene Wohltätigkeits-Konzert-Akademie ein Reinertragnis von 2852 K ergeben hat, welches verschiedenen humanitären Vereinen des Bezirkes zugeführt wurde;

Die Hilfsaktion „Dänische Deckenarbeitsstelle“ hat den Armen Wiens 500 Paar dänische Kinderholzschuhe im Werte von 2000 K gespendet.

Für die städtischen Sammlungen hat Magistratsdirektor Dr. Wüchtern verschiedene alte Musikalien und Medizinalrat Dr. Krueg die Totenmaske des Publizisten August Zang gespendet.

Gemeinderat Stein stellt folgende Anfrage:

Soeben wird mir folgender Vorfall berichtet: Am sogenannten „Platzl“ im 3. Bezirk gegenüber der Rochuskirche waren heute morgens gegen 80 Leute von 5 Uhr bis 8 Uhr, also 3 Stunden lang angestellt, um „Gemeinde“-Kraut zu erwerben. Nach langem Warten erschienen endlich 2 Fässer in zirka 1 m Höhe und 1 m Breitendurchmesser. Die Erstangestellten erhielten ihre Portion Kraut, welches einen eigenartigen petroleumähnlichen Geruch verbreitete. Als jedoch der verteilende Marktdiener in eine tiefere Schicht griff, wurde der Petroleumgeruch so stark, dass der anwesende Wachmann hinzukam und den weiteren Verkauf inhibierte, da er das Kraut in diesem Zustande für verdorben und gesundheitsschädlich erkannte. Es stellte sich heraus, dass die städtischen Organe das Kraut - höre und staune - in Petroleumfässer eingestampft hatten. Die 3 Stunden angestellt gewesenen Frauen und Mädchen entfernten sich weinend. Ich erwähne noch, dass 3 Wochen lang kein Sauerkraut erhältlich war.

Ich richte daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist Seine Exzellenz geneigt, den geschilderten Vorgang untersuchen zu lassen, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und ihnen den Ersatz des verursachten Schadens, sowie eine strenge Bestrafung dieses gewissenlosen Vorgehens aufzuerlegen, sowie Massnahmen zur Verhütung derartiger Vorfälle zu treffen?

Vorsitzender Bgm. Dr. Weiskirchner: Diese Interpellation ist mir vor eine Stunde zugekommen. Es war selbstverständlich in dieser kurzen Zeit nicht möglich Erhebungen zu pflegen, welche notwendig sind. Ich kann nur versichern, dass von städtischen Organen kein Kraut eingestampft wurde, dass dies entweder von den Sauerkrauthändlern geschehen ist oder dass das Sauerkraut in fertigem Zustande von der „Oezeg“ angekauft wurde. Ich werde die näheren Mitteilungen morgen dem Gemeinderate zur Kenntnis bringen.

GR. Bretschneider stellt folgende Anfrage:

Das Anstellen um Fleisch nimmt in Wien immer grösseren Umfang an. Frauen und Kinder, diese oft noch im schulpflichtigen Alter stelen Tag und Nacht hindurch um ein kleines Stück Rindfleisch von meistens sehr minderer Qualität zu erhalten. Zu oft kommt es vor, dass viele von den stundenlang Wartenden heimkehren müssen, ohne auch nur das kleinste Stückchen Fleisch erhalten zu haben. Das führt dazu, sich noch früher anzustellen. Bei dem Geschäfte der Grossschlachtereie A.-G. in Floridsdorf, Am Spitz beginnen sich die Frauen und Kinder um 12 Uhr mittags anzustellen, um am nächsten Tag doch zu ihrem Fleisch zu kommen. Ungeheuer ist der Schaden, den die Gesamtheit und jeder einzelne „Angestellte“ durch den Zeitverlust erleiden. Bei den Kindern kommt der noch schwerwiegendere Umstand in Betracht, dass sie ohne Aufsicht dem demoralisierenden Einfluss der Strasse überlassen sind und dass sie häufig wegen des Anstellens die Schule versäumen. Geradezu furchtbaren Schaden erleiden sie in körperlicher und geistiger Beziehung. Wenn nicht bald getrachtet wird, diesen Uebelstand abzustellen, werden die Folgen schrecklich sein.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, endlich jene Mittel in Anwendung zu bringen, die verhindern, dass sich Bemittelte immer noch Fleisch in beliebiger Menge und bester Qualität verschaffen können, während die Unbemittelten nach tagelangem Anstellen oft keines oder wenn sie das Glück haben ein Stück Fleisch zu erhalten, so nur in ungenügender Menge und mindester Qualität?

Ist ferner der Herr Bürgermeister geneigt in Erwägung zu ziehen, durch Ausgabe einer Fleischkarte eine gleichmässige und rayonierte Verteilung herbei zu führen?

Vors. Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, er werde die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Herold stellt folgende Anfrage:

Die von mir im vorigen Jahre gegebene Anregung, betreffs Einführung von Haferreis und Haferschleim als Kostaufbesserung für Kinder, wurde vom Bürgermeister mit grösster Zuverlässigkeit und Bereitwilligkeit aufgenommen.

Zahlreiche Briefe aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung an mich gerichtet, bekunden den besten Erfolg meiner Anregung.

Aber leider tritt in diesen Zuschriften die Klage mit auf, dass der Bezug des Haferreises mit den grössten Schwierigkeiten und sogar mit Unkosten bei den Bezugsquellen sowie bei den magistratischen Bezirksämtern verbunden ist.

Wäre es nicht möglich, dass der Bürgermeister eine grössere Erleichterung und Vereinfachung betreffs des Bezuges dieses wichtigen Nahrungsmittels, veranlassen würde, die diese lästigen und drückenden Uebelstände ganz beseitigen würden.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Kontrollvorschriften für den Bezug von Haferreis für stillende Mütter wurden vom Amte für Volksernährung erlassen. Es kann nicht geleugnet werden, dass die Erlangung der für den Bezug von Haferreis vorgeschriebenen Bestätigung des behandelnden Arztes oder der Hebamme häufig auf Schwierigkeiten stösst, welche sich insbesondere in jenen Fällen ergeben, in welchen seit der Geburt des Kindes bereits ein grösserer Zeitraum verstrichen ist. Leider trägt hiezu das Verhalten der Krankenanstalten bei, welche nach Mitteilung des Stadtphysikates aus Gründen, welche dem Magistrat unbekannt sind, die Ausstellung der Bestätigung für die in den Anstalten geborenen Kinder bisher verweigert haben. In dieser Hinsicht hat der Magistrat an die Statthalterei berichtet und die Abstellung dieses Vorganges verlangt. Weiters kommen Fälle vor, in welchen von der Brotkommission die Ausstellung der Haferreiskarte deshalb verweigert werden muss, weil auf der von der Hebamme ausgestellten und unterfertigten Bestätigung nicht die Stampiglie der Hebamme beigefügt ist. Ich habe die Verfügung getroffen, dass diese Karten ausgefolgt werden, wenn der Arzt die Richtigkeit der Unterschriften bestätigt und die Brotkommissionen auf die Beibringung der Stampiglie verzichten, weil die wenigsten Hebammen eine Stampiglie besitzen. Ich kann den Herrn Referenten versichern, dass ich alles tun werde, damit die stillenden Mütter der Bezugsberechtigung dieses für sie wichtigen Nahrungsmittels teilhaftig werden.

GR. Ignatz Fischer stellt folgende Anfrage: Einem Händler, der grössere Mengen grüner Erbsen auf einen Wiener Markt brachte und diese zwecks Weiterverkauf an Konsumenten zum Höchstpreise von K 2.70 pro Kilo den Detailhändlern zum Höchstpreise von K 2.50 überlassen wollte, wurde die Bewilligung hiezu versagt. Das Marktkommissariat hat angeblich dann behördlichen Vorschriften gemäss angeordnet, dass der Grosshändler die Ware allein an Konsumenten abgeben. Die Folge war, dass hunderte von weiblichen Personen warteten, bis sie den Einkauf besorgen konnten.

Da das stundenlange Warten der armen Frauen auf den Strassen und Märkten, welches nicht genug gezeisselt werden kann, nur eine Folge schlechter Organisation ist, müssen Massnahmen getroffen werden, damit diesem traurigen Zustande ein Ende gemacht werde.

Es ist daher ebenso bedauerlich als unverständlich, dass eine Marktbehörde Verfügungen trifft, die das Gegenteil bezwecken und wodurch die kleinen steuerzahlenden Händler in Ihrem Gewerbe empfindlich geschädigt werden.

Ich bringe diesen Fall dem Herrn Bürgermeister zur Kenntnis und stelle die Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, sofort zu verfügen, dass die Abgabe von Gemüse und Obst nicht auf einzelne Stellen beschränkt bleibt, sondern dass die Großhändler gezwungen werden, allen Kleinverschleissern Ware zum festgesetzten en gros-Preis abzugeben, damit der Weiterverkauf an Konsumenten zum Höchstpreise erfolgen kann?

BGM. Dr. Weisskirchner: Ich bedauere ausserordentlich, dass ich die vom Interpellanten erbetene sofortige Verfügung nicht treffen kann. Die Zufuhren nach Wien sind derartig mangelhaft, dass in erster Linie die Märkte versorgt werden müssen. Namentlich in der letzten Zeit waren die Zufuhren so gering, dass auf den wichtigsten Märkten ein Warenmangel zu verzeichnen war und wenn wir nicht die Märkte dotieren, so haben wir es mit den breiten Massen der Bevölkerung zu tun. Der geschilderte Vorfall ist mir nicht bekannt, ich werde darüber Erhebungen pflegen lassen. Sobald die Zufuhren steigen werden, so werde ich sofort für eine weitgehende Dezentralisierung sorgen.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen und VGM. Hosa erstattet folgenden Bericht über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1917/18.

Als wir vor Jahresfrist darangingen, den Haushaltsplan der Gemeinde für 1916/1917 festzustellen, da hatte wohl jeder von uns die Hoffnung, dass es der letzte Kriegsvoranschlag sei, mit dem wir uns zu beschäftigen haben. Diese Hoffnung hätte sich auch erfüllen können, wenn unsere gemeinsamen Gegner zur Einsicht kommen wollten, dass wir keinen Eroberungskrieg führen, sondern in berechtigter Abwehr für den Bestand unseres Vaterlandes, die freie Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete und unsere Ehre zu den Waffen greifen mussten, jedoch auch im geeigneten Augenblicke, wo wir nach jeder Richtung den Beweis über unsere militärische und wirtschaftliche Kraft voll erbringen konnten, nicht abgeneigt waren, zu einem gerechten und ehrenhaften Frieden die Hand zu reichen. Diese edle Tat unseres jungen Kaisers fand bei der gegnerischen Mächtegruppe kein Verständnis.

So müssen denn unsere tapferen und heldenmütigen Heere und braven Völker weiter ausharren, bis jene vom Geiste der Zwietracht und Herrschaft Besessenen endlich einsehen werden, dass wir unbesiegbar sind, oder bis ihnen ihre eigenen getäuschten Völker die Macht entwunden werden, die sie so entsetzlich missbraucht haben. Gott gebe es, dass der eine oder andere Fall möglichst bald eintrete und uns ein ehrenvoller Friede beschieden werde.

Ich möchte diese Gelegenheit benützen, dass wir unseren tapferen Wagnern im Felde für ihre treue Pflichterfüllung für Kaiser und Vaterland den herzlichsten Dank aussprechen und gleichzeitig den aufrichtigen Wunsch daranknüpfen, es möge ihnen baldigst gegönnt sein, als ehrenvolle Sieger in unser liebes Wien zurückzukehren.

Wir sind auch diesesmal ^{noch} nicht in der Lage uns mit einem den Friedensübergang in grosszügiger Weise vorbereitenden Voranschlag zu beschäftigen, sondern müssen abermals die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse in erster Linie berücksichtigen, wobei jedoch ein ^{der} wichtigsten Uebergangsfragen, insbesondere auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und sonstigen sozialen Fürsorgetätigkeit der Gemeinde nach Tunlichkeit bereits eingeleitet wurden.

Es ist selbstverständlich, dass die lange Dauer dieses Krieges auch auf die finanzielle Lage der Gemeinde Wien eine ungünstige Wirkung ausübte, die hauptsächlich durch die allgemein geschaffene Hochkonjunktur auf die Belastung der Gemeinde Wien ihren Einfluss ausdrückte.

Sie macht sich fast bei allen für den Haushalt der Gemeinde notwendigen Auslagen, sowie bei den städtischen Unternehmungen fühlbar und wird insbesondere durch die stetige Steigerung-beinahe aller Bedarfs- und Betriebsmittel, die erhöhte Ausgabe für die nicht unberechtigten Forderungen der Angestellten für die Gemeinde zu einer erdrückenden Last.

Speziell bei den städtischen Unternehmungen der Gemeinde kommt sie aber auch noch in anderer Weise zum Ausdruck. Der Staat hat dadurch, dass er seine erhöhten Ausgaben durch Einhebungen eines Kriegszuschlages zu den direkten Steuern, durch Erhöhung der Stempel und Gebühren und durch die Einführung einer Frachtsteuer zu decken suchte, den Wirtschaftsbetrieb der Gemeinde schwer belastet. Schätzungsweise beträgt diese Belastung 5-5 Millionen Kronen. Die Frachtsteuer allein bedeutet für die städtischen Unternehmungen eine Mehrausgabe und für die Gemeinde Wien eine Mindereinnahme von 3,6 Millionen Kronen, der Zuschlag zur Erwerbssteuer eine solche von 600.000 Kronen, die Rechnungs- und Frachtbriefstempelgebühren eine solche von 200.000 Kronen. Diese Belastung, dann die Verteuerung der Kohle, die sich beim Bezuge von preussischer Kohle noch durch die hohen Marktkurse verschärft, die Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen, die Kosten der Kriegsaushilfskräfte und endlich die notwendigen Betriebseinschränkungen haben bei den Unternehmungen eine gewaltige Verschlechterung der Voranschlagsgrundlagen bewirkt und ihre Ertragfähigkeit um ungefähr 11 Millionen Kronen vermindert. Unsere Beamten, Lehrer und Arbeiter, die alle bemüht sind in diesen schweren

Zeiten ihre Pflicht bis aufs Aeusserste zu erfüllen, müssen sich dabei noch für sich und ihre Familien mannigfache Entbehrungen auferlegen. Aber wer hätte in diesem entsetzlichen Kriege nicht Entbehrungen zu erdulden? Ganz abgesehen von den Blutopfern, die alle Bevölkerungsschichten auf dem Altar des Vaterlandes bringen, hat auch der Gewerbe- und Handelsstand zu leiden. Ja, selbst jener Stand, der seinerzeit den breiten Massen als Inbegriff des gewährleisteteten Reichtums erschien, der bodenständige Hausbesitzerstand, hat unter der Einwirkung des Krieges hart zu tragen.

Die Angestellten der Gemeinde sind also gewiss nicht die Einzigen, denen der Krieg Entbehrungen auferlegt, wobei nicht übersehen werden darf, dass die Gemeindevertretung stets bemüht ist, soweit sich durch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel die Möglichkeit ergibt, helfen einzugreifen und die Lebensbedingungen der Bediensteten zu verbessern. Wenn aber, insbesondere bei den Arbeitern der Vergleich mit den Angestellten der Privat- insbesondere der Kriegsbetriebe herangezogen wird, so muß doch auf die Verschiedenheit der Grundlagen des Dienstverhältnisses - welches mit Ausnahme der auf Kriegsdauer Aufgenommenen besteht - hingewiesen werden. Der Privatbetrieb kann viel leichter den jeweiligen Verhältnissen Rechnung tragen, er ist anpassungsfähiger als die im Großen und Ganzen auch in ihren Unternehmungen an die Grundsätze der Aufwandswirtschaft gebundene Gemeinde, dafür bietet aber die Gemeinde Wien und ihre Unternehmungen den Angestellten ein meist auf Lebenszeit, zumal auch hinsichtlich der Bezüge im Ruhestand und für die Hinterbliebenen gesichertes Dienstverhältnis, -Vorteile, welche die vorübergehend höhere Entlohnung in den Kriegsbetrieben wohl bei weitem übertreffen. Im Vorjahre haben wir zur Deckung der ersten allgemeinen Kriegszulagen-Bewilligung Erhöhungen von Steuerzuschlägen und bestehenden Abgaben, dann eine Erhöhung der Tarife der großen städtischen Unternehmungen beschlossen. Die Erwartungen, die wir an diese Beschlüsse geknüpft haben, sind in Erfüllung gegangen, obwohl die Lustbarkeitssteuer und die Erhöhung des Zuschlages zur Totalisateurststeuer nicht die Genehmigung der Regierung gefunden haben.

Der besonders seit Ende des Vorjahres zutage getretene rege Verkehr in Liegenschaften und zwar in der Regel zu guten Preisen, hat der jüngsten Aktion der Gemeindefinanzpolitik, der auch sozialpolitische Ideen zugrundeliegen, der Wertzuwachsabgabe, sehr genützt. Zu bemerken ist auch, daß von den Theatern und Kinos inzwischen eine freiwillige Abgabe geleistet wird, die mit 350.000 K veranschlagt werden konnte. Unsere Aufstellung wäre also richtig gewesen, wenn nicht inwischen der Ertrag der städtischen Unternehmungen durch die neue Frachtsteuer und die Erhöhung der direkten Steuern, Stempel und Gebühren um mehr als 5 Millionen Kronen geschmälert worden wäre. Da nun die Gemeinde schon durch die staatliche Steuerpolitik gezwungen ist ihre Unternehmungen nicht bloß vom Standpunkte der Gemeinnützigkeit zu führen, vielmehr auf ein Reinertragnis derselben angewiesen ist, um sich die Mittel für die Erfüllung ihrer ins Ungemessene wachsenden Aufgaben zu beschaffen, erschien es neuerdings notwendig, bei einigen städtischen Unternehmungen die Einnahmen zu erhöhen, damit der Haushalt der Gemeinde Wien nicht aus dem Gleichgewichte gebracht werde.

Wir waren bemüht, wenigstens für jene Kriegsauslagen, die auch im Frieden fortbestehen werden, die entsprechende Deckung zu finden. Gleichwohl ergibt sich noch immer ein beträchtlicher unbedeckter Abgang. Er ist darauf zurückzuführen, daß auch die Einnahmen der Gemeinde durch den Krieg ungünstig beeinflusst wurden. Vor allem die Verzehrungssteuerzuschläge, sowie die Ueberweisungen aus dem Ertrage der staatlichen Realsteuern und der Branntweinsteuer mußten bedeutend geringer veranschlagt werden, als es unter normalen Verhältnissen der Fall gewesen wäre. Dieser Ausfall allein muß mit rund 4 Millionen Kronen angenommen werden. Selbstverständlich ist nach dem früher Angeführten, daß die Einnahmen aus einzelnen städtischen Unternehmungen unter normalen Verhältnissen bedeutend größer wären. Es ist daher zu ersehen, daß die erhofften Mehreinnahmen an Steuern nicht ausreichen, um den Ausfall aus anderen Einnahmsquellen und die durch den Krieg gesteigerten Ausgaben zu decken. Es ist klar, daß nach beendigtem Kriege die Gemeinde Wien außerordentlich großen Anforderungen zu entsprechen haben wird. Allein die Beseitigung der durch den Krieg verursachten Schäden und die Nachholung der im Kriege notwendig versäumten Arbeiten wird bedeutende Summen erfordern. Dazu kommen noch neue Aufgaben, die ich im Allgemeinen

bereits angedeutet habe: die Sorge für die heimkehrenden Krieger durch Schaffung von Kriegerheimstätten, durch eine kräftige Gewerbeförderung und Arbeitsvermittlungsfürsorge, die Schaffung von Grundlagen zur Ueberleitung der Armenpflege in eine soziale Wohlfahrtspflege, zweckmässige Ausgestaltung der bereits eingesetzten Jugendfürsorge, der Wohnungsfürsorge, die Bekämpfung der Tuberkulose und Lues, eine Neuregelung des ganzen Approvisionierungswesens durch Einrichtung eines Kontumazmarktes, eines Zentralschlachthauses, Erweiterung des Kühl- und Gefrierhauses und der Lagerhäuser, u.s.w. Die Mittel für die Erfüllung dieser Aufgaben hat sich die Gemeinde durch das im laufenden Jahre aufgenommene Anlehen von 250 Millionen Kronen bereitgestellt. Die Verzinsung dieses Anlehens und die Betriebskosten für einige der zu schaffenden Anstalten werden aber der Gemeinde neue dauernde Lasten aufbürden, die sich im Voranschlage 1917-1918 zum Teile schon geltend machen. Dabei muss mit den beinahe als dauernd anzunehmenden Erschwerungen unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege bestimmt gerechnet und wie schon erwähnt, mit einem Abbau der Preise nur in vorsichtigster Weise kalkuliert werden.

Hinsichtlich der heimkehrenden Krieger ist die baldige Reform der Militärversorgung von grösster Wichtigkeit. Bei jeder Gelegenheit muss betont werden: Es darf unter keinen Umständen dazu kommen, dass erwerbsunfähige und nur beschränkt arbeitsfähige Invaliden oder bedürftige Kriegshinterbliebene wegen ungenügender staatlicher Versorgung auf die Armenpflege angewiesen wären.

3
Die Demobilisierung muss derart durchgeführt werden, dass ein Auftreten von Arbeits- und Stellenlosigkeit in Massen tunlichst auf jeden Fall vermieden wird. Wenn und so weit aber Arbeits- und Stellenlosigkeit unvermeidbar sind, ist die Mittelbeistellung zu ihrer Bekämpfung wiederum Sache des Staates. Die in weiterer Folge des Krieges Arbeits- und Stellenlosen dürfen nicht ~~als~~ die ~~Arms~~ ~~Asyl~~ ~~verwiesen~~ werden. Arbeits- und Stellenlosigkeit ~~hätten~~ ~~uns~~ ~~gewisser~~ ~~vermieden~~ ~~werden~~ ~~können~~, wenn die Beschaffung der nötigen Roh- und Hilfsstoffe ganz besonders unter dem Gesichtspunkte geleitet wird, dass vor allem die öffentlichen Auftraggeber Staat, Land- und Stadtgemeinden, möglichst bald in die Lage kommen, durch bedeutende Arbeitsaufträge auf die Belegung der Erwerbstätigkeit in Industrie und Gewerbe hinzuwirken. Die Fürsorge kriegsrankter Soldaten und ihre Wiederbefähigung zum Erwerbe ist Sache des Staates. Aber auch bei der Zivilbevölkerung ist infolge der Kriegsereignisse die Disposition zur Krankheit weitaus vermehrt, aus Gründen der unzureichenden Ernährung, der Ueberanstrengung in der Hinterlandsarbeit, infolge von Kummer, Sorgen und der eingeschränkten Erholungsmöglichkeit. Der Rekonvaleszentenfürsorge wird demnach in den nächsten Jahren grösste Bedeutung zukommen. Die Gemeinde Wien wird diesem Zweige der Wohlfahrtspflege gemeinsam mit den übrigen berufenen Faktoren besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Es wird dabei ganz besonders darauf ankommen, die während des Krieges für militärische Zwecke errichteten und erweiterten Heilstätten zugunsten der Zivilbevölkerung fortzuerhalten. In der Erkenntnis der besonderen Bedeutung, die in der nächsten Zeit der Tuberkulosenbekämpfung zukommt, haben wir eine eigene städtische Zentralstelle errichtet. Hoffentlich verschliesst sich die Regierung nicht länger der Einsicht, dass sie mit dem gewiss vortrefflichen Erlasse betreffend die Organisation der Tuberkulosenfürsorge ihre Pflicht bei weitem noch nicht erfüllt hat. Es darf insbesondere nicht verkannt werden, dass im Wege der offenen Tuberkulosenfürsorge allein das Ziel der grossen Aufgabe nicht erreicht werden kann. Wir brauchen Asyl für schwerkranke Tuberkulose die wegen Gefahr für ihre Umgebung nicht in ihren Wohnungen belassen werden können. Bau und Erhaltung solcher Tuberkulosenheime darf man aber nicht wieder der Gemeinde übertragen wollen.

Schon bei der ersten Aufstellung des Voranschlags durch die Stadtbuchhaltung hat sich ein Abgang von 27.5 Millionen Kronen ergeben. Durch die Beschlüsse des Magistrates wurde dieser Abgang auf 15.9 Millionen Kronen herabgedrückt, hauptsächlich infolge der in Rechnung gestellten Tarifregulierung bei den grossen städtischen Unternehmungen, die eine Erhöhung der Abfuhr um 11.1 Millionen Kronen auf 26.3 Millionen gestattet hätte. Die Stadtratsbeschlüsse, welche die Grundlage für diese vom Magistrat vorgenommene Aenderung der Bilanz gebildet hatten, mussten aber infolge der nach der Magistratsberatung beschlossenen Bezugsregelungen für die Angestellten der Unternehmungen geändert werden, sodass sie bei der vom Stadtrate aufgestellten Bilanz nicht berücksichtigt werden konnten, die daher nach Vornahme einiger unwesentlicher Abänderungen einen Abzug von 27 Millionen Kronen aufwies. Infolge der vom Stadtrate nunmehr beantragten Tarifregulierungen würden die Unternehmungen die Mehrausgaben im Jahre 1917/18 für die Angestellten (rund 8.3 M.K.) aus eigenen Mitteln decken und würde ihre Abfuhr an die eigenen Gelder statt früher angenommen 15.2 M.K. nun 26.5 Millionen Kronen betragen, also ungefähr die gleiche Höhe erreichen, wie der Magistrat beantragt hat. Es besteht daher ein Abgang von 27 Millionen Kronen, der für den Fall, als die Herren den Vorlagen bezüglich der Tarifregulierung ihre Zustimmung geben um 11.3 Mi-

lionen Kronen geringer würde, wodurch ein schliesslicher Abgang von 15.7 Millionen Kronen verbleiben würde, der aus den vorhandenen Kassa-beständen zu decken wäre. Eine Ablehnung der vorgeschlagenen Tarifregulierungen würde auch insofern Verschiebungen nach sich ziehen, als die städtischen Unternehmungen für die 8.3 Millionen Kronen Mehrausgaben keine Deckung hätten.

Die Gemeinde stellt alljährlich ihren Voranschlag auf. Er hat unter anderen den Zweck, ersichtlich zu machen, ob die mutmasslichen Einnahmen die mutmasslichen Ausgaben decken werden. Ist dies nicht der Fall, so müssen entweder mindernotwendige Ausgaben gestrichen oder höhere Einnahmen sichergestellt werden. Im vorliegenden Voranschlag sind nun ohnehin nur die notwendigsten Ausgaben veranschlagt. Bloss die Ausgaben, zu denen uns die soziale Fürsorgetätigkeit verpflichtet, hätten wir vielleicht kürzen können. Dadurch würden wir aber dieser so bedeutend wichtigen Pflicht nicht entsprechen, was wohl niemand guthelassen könnte. Es bliebe also nur der zweite Weg, die Einnahmen soweit zu erhöhen, damit alle Ausgaben Deckung finden. Soweit dies im Rahmen des Erreichbaren, ohne Verletzung anderer Verpflichtungen der Gemeinde möglich war, ist es auch geschehen; schon im Vorjahre hat der Gemeinderat, - wenn auch nicht leichten Herzens - nach vorsichtiger Prüfung aller vorgelegenen Gründe, einige Einnahmequellen erhöht, beziehungsweise neue Einnahmequellen beschlossen und auch heuer hat bereits der Stadtrat mit Rücksicht auf ~~die~~ besonderen Umstände, die noch durch die neuerlichen materiellen Anforderungen aller Angestellten eine bedeutende Verschärfung erfahren, beschlossen, dem Gemeinderate zu empfehlen, dass er zu den vorgeschlagenen Tarifregulierungen, seine Zustimmung geben möge. Es bestünde allerdings die Möglichkeit, den Abgang mit einer für uns weniger komplizierten Einnahmequelle zu decken, wozu nicht einmal ein Gesetz notwendig wäre: die Erhöhung der Zinsheiler, u.s.w. Erstere könnten vom Gemeinderate im eigenen Wirkungskreise bis 15 Heller vorgenommen werden. Durch Heranziehung dieser Post könnte ein bedeutender Mehrertrag erzielt werden, trotzdem haben wir uns dazu nicht entschliessen können, da es die derzeitigen Verhältnisse, gerade auf diesem Gebiete notwendig erscheinen lassen, an dem Bestehenden nicht zu rütteln. Aehnlich ist es bei einer Anzahl anderer in Frage kommender Einnahmeposten. ~~Nur darf ein Mann~~ ^{dem} die Allgemeinheit nicht belastende Einnahmeposten der Gemeinde zumindest vorübergehend geholfen werden und zwar durch staatliche Zustimmung, dass, wenn auch nicht endgültig festgelegt - von der derzeitigen Kriegsgewinnsteuer beziehungsweise von später kommenden Kriegssteuern jeden Namens, von den höheren Abgabestufen angefangen, ein entsprechender Zuschlag bewilligt werden würde. Wenn die geehrten Herrn auch meiner Meinung sind, würde ich beantragen, dass sich der Magistrat mit dieser Frage beschäftige und ehestens Anträge behufs weiterer Behandlung dieser Angelegenheit unterbreite. Was sollte aber gegenwärtig mit dem Abgange geschehen? Die Lösung dieser Frage ermöglicht uns das günstige Ergebnis früherer Rechnungsjahre. Aus diesen hat sich ein Kassarest angesammelt, der sich als reines Aktivum (wirkliches Vermögen) darstellt und der, wenn er nicht benützt wird, gleichsam auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Um Irrtümern vorzubeugen muss ich auch noch anführen, dass lediglich der Kassarest der eigenen Gelder der Gemeinde herangezogen werden soll, keineswegs aber selbstverständlich der der Anlehen. Das Erzielen grösserer Ueberschüsse um höhere Kassenbestände zu erhalten, muss günstigeren Zeiten vorbehalten bleiben. Es muss derzeit den ausserordentlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Eine Aufteilung des Abganges auf kommende bessere Zeiten erscheint jedenfalls vernünftiger als

die wirtschaftlich ohnehin schwierige Lage mit der Aufbringung des ganzen Fehlbetrages zu belasten und die Deckung aus den laufenden Einnahmen durch eine noch weitere Erhöhung der laufenden Umlagen, beziehungsweise sonstigen Einnahmeposten zu erzwingen. Ein vollkommen geregelter Haushalt ist derzeit bei der Gemeinde ebenso wenig möglich wie beim Staate oder bei den Ländern. Das Land Niederösterreich weist z.B. pro 1917 bei einem Erfordernis von rund 90 Millionen Kronen einen Abgang von 15 Millionen Kronen auf, die Stadt Budapest 39 Millionen Kronen. Nach Festigung der Verhältnisse im Frieden wird auch der Haushalt der Gemeinde Wien wieder vollständig in Ordnung kommen.

Der Berichterstatter bespricht nun eingehend die Hauptziffern des Voranschlags und schliesst dann mit den Worten:

Wir alle hoffen, dass es unseren braven Soldaten in Verbindung mit unseren treuen Verbündeten, die alle zusammen für unsere gemeinsame Sache als Helden in diesem furchtbaren Kriege ihre Pflicht erfüllen, gelingen wird, uns baldigst einen ehrenvollen Frieden zu erringen, der es uns ermöglichen wird, dass wir uns voll und ganz den Friedensarbeiten widmen können, zum Wohle und zum Segen unserer braven Bevölkerung, die in dieser schweren Zeit alle Umbilden, die der Krieg mit sich bringt, in so mutiger und hingebungsvoller Weise trägt, wofür ihr der herzlichste Dank gebührt. Ich bin überzeugt, dass trotz aller Entbehrungen die Wiener für ihr Vaterland und ihr geliebtes Wien auch weiterhin alles ertragen werden, was uns diese „eiserner“ Zeit auferlegt und durchhalten werden bis die „Helden der Mittelmächte“ die bösen Feinde überzeugen werden, dass sie unbesiegbar sind.

Vize-Bürgermeister Hierhammer, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, leitet hierauf die Generaldebatte ein und erteilt als ersten Redner dem Gemeinderat Lohner das Wort.

(R. Lohner(kontra) führt aus: Der Augenblick der Eröffnung der Diskussion über den Hauptvoranschlag am Ende des dritten Kriegsjahres trifft den Gemeinderat in einem psychologisch sehr interessanten, ich möchte sagen, stadthistorischen Momente, in jenem Augenblicke, wo nach 2 Jahrzehnten eine Aenderung des elementaren Gefüges des Gemeinderates eingetreten ist. Wenn auch nach langem Zögern und wie wir bei der Abstimmung gehört haben, zum grössten Teil auch schweren Herzens hat sich die Mehrheit entschlossen, die Minderheit in den Stadtrat aufzunehmen. Sie hat auf einen vielleicht noch schmalen Kriegspfade eine schwankende Kriegsbrücke erbaut, über die wir in den Beratungssaal des Stadtrates hinübergelangen sind, freilich nur einige wenige ^{der} und einer Herren ist ja sogar zurückgekehrt. Ich will hoffen, dass die Worte des Bürgermeisters, die er an die vollzogenen Stadtratswahlen geknüpft hat, in Erfüllung gehen, ich will annehmen, dass die Brücke bereits fest fundiert ist und dass wir, sowohl die Minorität, wie auch die Majorität, uns bemühen werden, uns auf jenem Boden zu vereinigen, auf dem wir bereits längst hätten stehen sollen, auf dem Boden des gemeinsamen Bewusstseins unserer Pflicht, unseres eingewurzelten Bürgertums. Ich hoffe, dass wir uns auf diesem Boden öfters finden werden, wie bisher und dass auf diesem Boden auch die in jüngster Zeit zutage getretenen bedauerlichen Erscheinungen, dass bei an uns für sich ganz kleinen Debatten seitens Ihrer geschicktesten Redner Reden der Verhetzung zwischen Nationalitäten, Lebensanschauungen, Rassen und so weiter gehalten wurden, wenn auch nicht vollkommen verschwinden, so doch wenigstens in weite Ferne gerückt sein mögen.

Wenn ich nun auf die Sache selbst eingehe und den Voranschlag als solchen ins Auge fasse, so möchte ich vor Allem in meinem eigenen Namen und ich glaube im Namen aller Gemeinderatskollegen der Stadtbuchhaltung unseren Dank dafür aussprechen, dass sie uns von den entsetzlichen Bänden, die wir früher gehabt haben, befreit und uns den Voranschlag in Heften vorgelegt hat.

Zur Frage der Stadtbuchhaltung selbst möchte ich auf die vorzüglichen Ausführungen, welche uns schon wiederholt unser Kollege Emmerling in Bezug auf die Budgetierung vorgeführt hat, verweisen und ich komme auf ein Steckenpferd von mir, das ich aber stolz bin zu reiten, das ist der gänzliche Mangel einer einheitlichen Kontierung und einer einheitlichen Budgetierung unserer städtischen Unternehmungen. Ich habe mir wiederholt erlaubt, diesbezüglich an den Herrn Bürgermeister mit Anfragen heranzutreten und er hat mir schliesslich erwidert, er hätte sich mit den Direktoren der städtischen Unternehmungen ins Einvernehmen gesetzt, aber die Herren fühlen sich augenscheinlich bei der gegenwärtig geübten Art sehr wohl. Ich schätze gewiss jeden einzelnen der städtischen Direktoren als ausgezeichneten Fachmann und uneigennütigen Vertreter der Gemeindeinteressen, aber ein einheitliches Prinzip muss trotz der Verschiedenheit der Unternehmungen angestrebt und erreicht werden. Es scheint mir, dass der Moment gekommen ist, wo wir die Sache von einem grösseren Gesichtskreis aus als bisher auffassen sollen. Wir haben nach und nach eine städtische Unternehmung an die andere gereicht. Die erste war das Wasser- es ist merkwürdig, dass die Hochquellenleitung nicht auch zu den städtischen Unternehmungen gezählt wird, denn wir leiten das Wasser nach Wien, sammeln es an und verkaufen es- dann kamen die Gaswerke, die städtischen Strassenbahnen, die städtischen Elektrizitätswerke und nun verfolgen naturgemäss die einzelnen Unternehmungen ihren eigenen Weg. Dies mag an und für sich richtig sein, aber vom Gesamtinteresse der Stadt Wien aus betrachtet, kann man dem gewiss nicht zustimmen und es drängt sich mir der Eindruck auf, dass es notwendig wäre, entweder eine Art Generaldirektion oder eine Art technisches Generalinspektorat für unsere gesamten Unternehmungen zu schaffen, das einerseits die grossen Direktiven zu geben in der Lage wäre und andererseits auf die diversen Unternehmungen zentralisierend wirken könnte. Ich verweise da nur auf das Automobilwesen, das sich bei den verschiedensten Punkten unserer städtischen Verwaltung vorfindet. Eine derartige Kontrollorgan oder - Inspektorat, das unmittelbar dem Gemeinderatspräsidium untersteht und in direkter Fühlung mit diesem ist, würde meiner Ueberzeugung nach nicht nur eine ausgezeichnete Erleichterung für das Gemeinderatspräsidium bedeuten, sondern es würde auch die grossen Züge der städtischen Unternehmungen vereinheitlichen und in geregelte Bahnen führen.

Der Redner wünscht dann, dass die Wassergebühren, welche bei einer Einnahme von 16'8 Millionen Kronen und einer Ausgabe von ungefähr 6 Millionen Kronen einen Reinertrag von über 10 Mill. Kronen abwerfen, nicht mehr als Gebühren behandelt werden, sondern dass eine städtische Unternehmung geschaffen werde. Uebergehend auf die Behandlung der Bevölkerung durch die Steuerbehörden, ersucht er das Präsidium, es möge die Einhaltung des Grundsatzes überwachen, dass die Steuerschraube nicht so stark angezogen werde, dass die Bevölkerung finanziell geschwächt wird. Insbesondere werden durch die vor einigen Wochen erlassene kaiserliche Verordnung über die Erwerbssteuer einzelne Personen aus der grossen Menge herausgerissen und ihnen eine Erwerbssteuer vorgeschrieben, die oft das vierzigfache der früheren Steuer ausmache. Dazu komme noch, dass die übrigbleibenden Steuerträger trotz des Ausscheidens einer Anzahl von Besteuernten das ganze Kontingent aufbringen müssen. Es müsse getrachtet werden, dass diese kaiserliche Verordnung baldigst vom Reichsrat überprüft werde oder dass Durchführungsbestimmungen zum Schutze der Erwerbssteuerzahler erlassen werden.

Uebergehend auf die Verkehrsverhältnisse Wiens während der Kriegszeit wünscht der Redner zunächst eine Verbesserung des Strassenverkehrs durch dessen Regelung bei der Oper und beim Schottenring. Vielleicht liesse sich die beste Lösung in der Form finden, dass in der ganzen Ringstrasse eine Unterpflasterbahn gebaut würde, welche seinerzeit einen Abschluss an die Untergrundbahn bekommen soll. Hinsichtlich der letzteren wünscht er die Einsetzung eines kleinen gemeinderätlichen Komitees, das dem neuen städtischen

Studiumsbureau beigegeben werden möge. Redner bespricht ferner auch noch den Umrkehrsverkehr und ersucht das Präsidium, es möge an die Militärverwaltung herangetreten werden, damit, sowie es in der Stadt Budapest geschehen ist, für die Kraftfahrzeuge im Wege der Gemeinde Pneumatiks beigegeben werden.

Er anerkennt im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen das Wirken der städtischen Berufsfeuerwehr und fordert, dass man diese von den Fesseln befreie, die ihr durch die freiwilligen Feuerwehren auferlegt werden. Ich weiß, sagt der Redner, dass die freiwilligen Feuerwehren ihr Bestehen nicht nur der ihnen innewohnenden lebendigen Kraft, sondern einer Reihe von Nebenerscheinungen verdanken, die sich in schönen Uniformen und in Titeln ausdrücken. Es ist bei den freiwilligen Feuerwehren dasselbe in ~~Ma~~, was das Veteranentum in gelb darstellt, und ausserdem haben die freiwilligen Feuerwehren für Sie einen gewissen parteipolitischen Wert. Ein Grossfeuer im 16. Bezirk hat aber in der letzten Zeit gezeigt, dass das Bestehen der freiwilligen Feuerwehren das Eingreifen der städtischen Feuerwehr behindert. Diese erschien erst sehr spät auf dem Brandplatze und Oberinspektor Jenisch erklärte auf Befragen, die Hauptfeuerwehr könne nur dann eingreifen, wenn der Brand im Gebiete der ehemaligen Verzehrungssteuerlinie ausgebrochen sei und wenn sie von der freiwilligen Feuerwehr des betreffenden Ortes zu Hilfe gerufen werde. Eine Abänderung dieser Bestimmungen ist dringend notwendig.

Der Redner wünscht weiter die schleunigste Errichtung einer Hauptfeuerwache im 21. Bezirk und weist darauf hin, dass man sich bezüglich der städtischen Bäder ohne weiters mit einem Minderertrag abfinden könne, beim „Gänsehäufel“ aber sei ein solcher in der Höhe von nahezu 50.000 Kronen etwas zu hoch. Das könnte durch eine vorsichtiger Budgetierung der Ausgaben oder durch eine Erhöhung der Einnahmen geändert werden. Er beanstandet die vielfach zu beobachtende zweckwidrige Bespritzung der Strassen und urgiert die Einführung des Koprofhorstsystems in Bezug auf die Staubplage. Auf die Lebensmittelfrage übergehend, verweist er auf die zweckmässige Verteilung der Lebensmittel in Deutschland, die das wenige, das vorhanden sei, den Bewohnern zuteile, so dass bis vor kurzem noch Speisekartoffeln bis zu 5 Pfund per Woche abgegeben werden konnten und das Angebot an frischen Fischen sogar die Nachfrage stark überstieg und dass schliesslich den Berlinern vor kurzem die doppelte Wochenmenge an Fett zur Verfügung gestellt werden konnte. Seit Jahrzehnten, sagt Redner bei Besprechung dieses Zweiges der städtischen Fürsorge, haben wir bei uns einen fortschreitenden Industrialisierungsprozess durchgemacht, in Oesterreich einen natürlichen, in Ungarn einen vielfach gezüchteten, und es wirft sich die Frage auf, ob man nicht einen atavistischen Weg einschlagen sollten, ob wir als Gemeindevertreter nicht ernstlich daran denken sollten, zu den Betrieben, welche die Gemeinde bereits gegründet hat, neue zu gründen, die wir heute besonders brauchen, ob wir uns nicht agrarisieren könnten und sollten. Wir haben bereits zahlreiche kleine landwirtschaftliche Betriebe, die wir verpachtet haben und es wäre gewiss angezeigt, deren Ertragnis direkt auf den Markt zu bringen, um so Lebensmittel in möglichst guter und preiswürdiger Art der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Der Redner bespricht sodann, den Mangel an Rauchermaterialien, der ja seine Ursache in dem begreiflichen Bestreben habe, unsere Valuta zu stützen, aber doch sehr schwer empfunden werde. Es sei übrigens nicht alle Städte so schlecht bedacht, wie Wien, denn in Triest wurde, wie allerdings nicht in einer Oesterreichischen, sondern in der Frankfurter Zeitung gelesen habe, die Einführung getroffen, dass jedem Raucher das Recht zugestanden wurde, in einem Zeitraum von 5 Tagen 3 Kronen an Rauchwaren pro Kopf zu beziehen. Wenn wir solche Mengen in Wien hätten, wären wir ~~wohl~~ als zufrieden.

Weiters bespricht der Redner sodann die Kohlenfrage, die allem Anscheine nach nicht besser, sondern im kommenden Winter wo-

möglich noch schlechter werde. Man wisse, dass die Verkehrstörungen noch immer nicht behoben seien und die Zufuhren an Kohle nicht in der Weise erfolgen, wie sie erhofft wurden. Und da stehe einer grossen Klasse der Bevölkerung die Ueberraschung bevor, dass ihnen die Gasheizung, die sie im Vertrauen auf die Propaganda der Gemeindeverwaltung sich einrichten liessen, abgesperrt werde. Die Sache wäre ja nicht so böse, wenn man wüsste, dass als Ersatz hierfür Kohle vorhanden wäre, aber davon sei wohl keine Rede. Da müsse einem wohl vor der bevorstehenden Situation zu grauen beginnen.

Zum Schlusse gibt der Redner noch eine Anregung bei der Beratung der Abänderung des Gemeindestatutes. Nach ihr wären von sämtlichen wirtschaftlichen Kooperationen Vertreter in den Gemeinderat zu entsenden, wodurch die Gewähr für eine erhöhte Sachlichkeit der Beratungen im Gemeinderate gegeben wäre. Es kämen im ganzen ungefähr 20 bis 22 solche wirtschaftliche Organisationen und Kooperationen in Betracht, die übrigen Gemeinderäte wären in derselben Weise, wie es jetzt geschieht, zu wählen. Redner schliesst mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. (lebhafter Beifall.)

GR. Vançoja erklärt, er sei zwar nur auf eine kurze Zeit in Wien es dränge ihn aber einige Worte zu sprechen. Die geplanten Erhöhungen der Strassenbahnfahrpreise, der Gasstrompreise seien ihm ebenso wenig sympathisch, wie jedem anderen, er anerkenne aber die Notwendigkeit, da die Löhne der Beamten und Arbeiter geregelt werden müssen. In Anbetracht der ausserordentlichen Teuerung werde diese Regulierung der Bezüge sicherlich nicht die letzte sein. Das Bestreben der Staatsverwaltung, die Kriegsgewinner zu erhöhten Beiträgen für die Allgemeinheit heranzuziehen, müsse als richtig bezeichnet werden, es werde aber oft die Unrechten getroffen und Gewerbetreibende und Geschäftsleute betroffen, die alles nur nicht Kriegsgewinner sind. Man scheine fast darauf hinauszugehen, den Gewerbestand auszurotten. Uebergehend auf die Approvisionierungsverhältnisse Wiens bezeichnet er diese als sehr traurige.

Es sind Zentralen gegründet worden, sagt Redner, welche die Lebensmittel dem Erzeuger direkt abnehmen und die die Aufgabe hätten, die Waren dem Verbraucher zuzuführen, das geht aber so weit, dass heute selbst die Gemeinde Wien auf diese Zentralen angewiesen ist und um die Lebensmittel förmlich bitten und betteln muss. (Rufe bei der Opposition, „Das ist eben das bedauerliche“) Wir sind seit 3 Jahren wie in einer Festung eingeschlossen, aber ich glaube, bei einer richtigen Verteilung wäre es nicht notwendig, dass die Not in einzelnen Teilen des Reiches gross ist während sich in anderen Teilen nicht einmal Mangel zeigt. (Gr. Stein: In Ungarn!) Es gibt sowohl diesseits, wie jenseits der „eitha Haushalte, die heute noch Ueberflusse haben. Ich begrüsse es, dass der Herr Vizebürgermeister Hoss in seinem Berichte erklärt hat, dass an die Regierung wegen Ausbaitung der Kriegsgewinnsteuer für die Gemeinde herangetreten werden wird. Aber es macht mir den Eindruck als ob man die Kriegsgewinnsteuer noch immer nicht in richtiger Weise erfasst hätte, sondern wieder viele belasten wollte, die ohnehin schon schwer genug belastet sind. Es wird immer behauptet, die Schuld an der Teuerung hätten die Agrarier, das sollten sich doch gewisse Zeitungen abgewöhnen. Ich und wir alle hier sind gewiss keine Agrarier, aber wenn jene unter Agrariern den Bauernstand nennen, dann begreifen sie ein ausserordentliches Verbrechen an diesem, der in diesem Kriege so ausserordentliches geleistet hat. Greise und Kinder sind es, die heute die Felder bestellen, die Bauern sind dort, wo es am heissesten hergeht. Die Bauern finden wir nicht in nächtlichen Vergnügungskokalen, die finden wir nicht in den Automobilen, die füllen die Schützengräben draussen und die Heldengräber (lebhafter Beifall) (Gr. Stein: und die Städter nicht?) Ich komme schon dazu, wir Wiener müssen die Einigkeit anerkennen, weil wir

Die städt. Gaswerke hätten die Aufgabe ihren Ausfall durch rationelle Gebahrung wieder zu decken und sie dürfen nicht mit den Preisen in die Höhe gehen. Den Elektrizitätswerken könne der Vorwurf nicht erpart werden, dass das Bergwerk Zillingdorf, das für sie besonders geschaffen wurde, versagt habe. In Bezug auf die Kohlenversorgung müsse sich die Gemeinde Wien unabhängig machen. Der Redner bespricht dann die Frage des Umbaus des Westbahnhofes, die er als unglückseliges Projekt bezeichnet, das am allerwenigsten Wien nützen könne, denn man werde dadurch die Heizhäuser nicht los und die Rauchplage bleibe im Villenbezirk Hietzing die gleiche, wie bisher. Wenn der Frieden komme, müsse sich Wien endlich aufraffen und neue moderne Bahnhöfe schaffen. Er verweist auf seine Anregung den Ost- und den Südbahnhof zu verbinden und fordert auch die Schaffung von den Wiener Verhältnissen entsprechenden Lastenbahnhöfen. Der 21. Bezirk müsse einen eigenen grossen Güterbahnhof bekommen und zwar derart, dass Explosions- und brennbare Stoffe aus dem Weichbilde der Stadt verschwinden. Die Werkstätten und Heizhäuser müsse man ebenfalls aus der Stadt entfernen und die Kohlenrutschen des Nordbahnhofes müssen dezentralisiert werden. In der Frage der Untergrundbahnen müsse der Stadt Wien ein weitgehendes Recht auf Enteignung zugestanden werden, denn eine Stadt mit 300 Millionen Kronen jährlichem Budget sei ein kleiner Staat und müsse Privilegien haben. Redner warnt davor die Trasse der Untergrundbahnen endgültig festzusetzen bevor Fachleute die Versicherung gemacht haben, dass sie auch den Anforderungen einer Grossstadt entsprechen können. Die Untergrundbahnen dürfen nicht nur die Haupttrassen, sondern müssen auch die Hauptbahnen miteinander verbinden. Im Zusammenhange mit der Untergrundbahnfrage erörtert der Redner auch die Frage einer Unterführung der Ringstrasse bei der Opernkreuzung, welches Projekt schon gegenwärtig in Angriff genommen werden könne.

Redner bespricht nochmals eingehend die im Winter zu befürchtende Kohlenmisere und bezeichnet den Erlass des Arbeitsministers, nach welchem 20 % sämtlicher Kohlenzufuhren auf dem Nordbahnhofe verbleiben müssen, als unzweckmässig, da es bei plötzlich eintretendem Froste nicht möglich sein werde, von einer Stelle aus ganz Wien sofort mit Kohle zu versorgen. Es müsse aber auch an Deutschland herangetreten werden, dass es uns ebenso wie in Friedenszeiten mit Schwarzkohle versorgt denn sonst müsse getrachtet werden, dass nicht unsere ganze Braunkohle nach Deutschland geht, sondern bei uns zu Heizzwecken verwendet werde.

Um die gute Stimmung der Bevölkerung im Hinterlande zu erhalten, müssten doch auch Mittel und Wege gefunden werden, um die Bevölkerung mit Tabak und Zigaretten zu versorgen.

Redner schliesst, wenn die friedlichen Verhältnisse wieder eintreten, so muss versucht werden, durch intensive Arbeit, durch wirklich rationelles Gebaren mit vereinten Kräften wieder gutzumachen, was der Kriegs verschuldet. Ich wünsche, dass in diesem Hause die Vertreter aller Parteien sich zusammenfinden, um sachliche Arbeit für die Stadt und die Bevölkerung zu leisten, damit die Allgemeinheit sieht, dass wir bestrebt sind, alles vorzukehren, damit jeder leben kann. (Lebhafter Beifall).

Die Beratung wird unterbrochen und in der morgigen Sitzung fortgesetzt.

auf das Hinterland angewiesen sind. Wenn man wissen will, wer diejenigen sind, die die Lebensmittel verteuern, dann braucht man nur die Gerichtssaalrubriken der Blätter lesen. Nach 3 Jahren Krieges kann es für uns Wiener nur eine Meinung geben: Wir müssen zusammenhalten ohne Unterschied der Partei, um endlich das zu erreichen, was der Stadt Wien gebührt. Es gibt nicht bloss Helden draussen an der Front, sondern auch hier. Die armen abgerackerten Frauen, die sich um 6 dkg Fett anstellen müssen, sind auch Heldinnen! Aber unter diesen Frauen finden Sie nicht nur Arbeiterfrauen, unsere Beamtenfrauen sind auch darunter und sie sind heute noch viel schlechter daran, denn heute geht es dem Beamtenstande vielfach noch viel schlechter, als dem Arbeiter. Die Reichshauptstadt Wien hat es sich nicht nur durch ihr patriotisches tadelloses Aushalten verdient, dass ihr das gegeben wird, was sie zum Lebensunterhalte braucht, es haben sich das auch jene Helden verdient, die draussen im Felde gestanden sind und heute noch stehen, denn wir Wiener dürfen stolz auf unsere Söhne, auf unsere Väter sein, die ja heute auch schon vielfach an der Front kämpfen. Ohne Unterschied der Partei glaube ich, müssen wir uns eifrigst bemühen, für uns Wiener, das was notwendig ist, zu erreichen, damit den Helden draussen an der Front die Beruhigung gegeben ist, dass ihre Frauen und Kinder daheim nicht Not leiden. Ich kann es bei der Budgetdebatte auch nicht vorübergehen lassen, dem Bürgermeister Dank zu sagen, für seine unendlichen Mühen und seine aufopfernde Tätigkeit. Dank auch seinen Beratern! Ob uns nun in kurzer Zeit das hohe Glück beschieden sein wird, Frieden zu bekommen, oder ob der Krieg noch weiter dauern wird, eines müssen wir uns vor Augen halten, dass es gleich nach Friedensschluss ebenso nicht besser werden wird, wie wenn der Krieg noch länger fort dauert. Es wird notwendig sein, dass wir für den Winter Vorsorge treffen, damit die Klagen des vergangenen Winters sich nicht wiederholen. Zum Hunger darf sich nicht das Frieren gesellen. Der allem Anscheine nach zu erwartenden Kohlennot muss schon jetzt vorgebeugt werden, damit es nicht zur Not überhaupt kommen kann.

Ich glaube, dass das ganze Budget, das uns heute vorliegt, als ein abgeschlossenes Ganzes im Kriege nicht betrachtet werden kann, ich glaube, dass es äusserst labil ist und ich weiss nicht, ob nicht in dem Momente, wo es entstanden ist, schon wieder Anforderungen entstanden sind, die es hinfallig machen. Jeder Staat hatte die Möglichkeit, seine Ausgaben durch Kriegsanleihen zu bedecken, der Gemeinde Wien ist es bisher nicht eingefallen, eine solche Kriegsanleihe aufzunehmen, denn die bisherigen Anleihen waren immer Investitionsanleihen und die Gemeinde Wien sucht auch jetzt ständige Einnahmen für ständige Belastungen zu finden.

Ich auf meinem kurzen Aufenthalte in Wien auch an Unerfreulichem gefunden und gesehen habe, hat mich doch eines erfreut. Als ich vor 3 Jahren diesen Saal hier verlassen hatte, fand ich ein anderes Beisammensein vor als heute. Ich spreche nicht davon, dass die Opposition in den Stadtrat eingezogen ist, aber ich möchte davon sprechen, dass heute ein ganz anderer Ton und ein anderer Verkehr herrscht. Wenn der Burgfriede dazu führt, dass wir uns gegenseitig übertreffen wollen in der Tätigkeit zum Wohle der Stadt, dann wird er gute und schöne Früchte tragen. Deswegen freut es mich auch, dass heute eine so würdige, angenehme und kollegiale Verhandlung im Gemeinderate stattfindet und würde nur wünschen, dass dies auch über die Dauer des Krieges hinaus erhalten bleiben wird. Wenn der Gemeinderat der Regierung und dem Parlamente gegenüber geschlossen auftritt, wird er erreichen müssen, was die Stadt Wien an Notwendigkeiten braucht. Dazu müssen wir uns aber alle um unser Stadtoberhaupt schaaren, absehend von allen Parteiunterschieden. Ihm, der so schwer zu tragen hat, müssen wir unsere Unterstützung leihen, damit er weiter in dieser schweren Zeit seine Pflicht zu erfüllen im Stande ist. Angriffen ist jeder ausgesetzt, der im öffentlichen Leben steht, aber um uns gegenseitig zu zerfleischen, dazu ist die Zeit wohl endgültig vorüber. Jetzt wollen wir nur eines festhalten.

So wie unsere Soldaten draussen glorreich und siegreich den Feind bekämpfen, und sein Eindringen wahren, wollen wir hier im Hinterlande tätig sein, um den inneren Feind zu bekämpfen. Dabei wollen wir, dass unsere Kämpfer draussen das Bewusstsein haben, dass, wenn es auch im Hinterlande hart hergeht, doch die massgebenden Faktoren nichts unversucht lassen, was nur ein-gemassen im Stande ist, die Not zu lindern. Ich gehe in einigen Tagen wieder hinaus, aber mit dem Bewusstsein, dass hier gedeihliche und zweckdienliche Arbeit geleistet wird und dass in Wien, wenn es an den Bürgermeister und der Gemeindeverwaltung gelegen wäre, die Dinge anders stehen würden, als heute der Fall ist. Dieses Bewusstsein, werde ich draussen auch meinen Kameraden und Soldaten verkünden und wenn wieder Briefe kommen von Frauen und Kindern, sagen: „Unschuldiger sind Bürgermeister und Rat dieser Stadt.“ (Lebhafter Beifall)

GR. Ignatz Fischer führt aus, dass er sich eigentlich wundere, dass das Defizit bei den vielfachen Ansprüchen, die an die Gemeinde gestellt werden nicht noch grösser sei. Es sei selbstverständlich, dass man hierfür eine Bedeckung suchen müsse, aber nicht in indirekten Steuern, sondern durch Heranziehung derjenigen, welche im Kriege kolossale Verdienste erzielt haben. Die Regierung tue ja doch nichts dergleichen, was die Approvisionierungsfrage anbelangt, sei er der Meinung, dass jeder Gemeinderat, welcher zu Worte komme, diese Frage berühren müsse, schon damit die Leute draussen, die mit Vorwürfen sehr bald da seien, sehen, dass man nicht die Augen geschlossen habe und die Leiden des Volkes kennt. Der grösste Fehler wurde mit der Errichtung der Zentralstellen begangen, die zu einer Wucher- und Aushungerungsgesellschaft wurden. Man wundere sich, dass man keine Milch und kein Fleisch habe, vergesse aber, dass viele Bauern draussen das Vieh verhungern lassen müssen, weil sie kein Futter für dasselbe haben, oder ein ganz ungeeignetes Futter zu horrenden Preisen kaufen müssen. Da dürfe man es dem Bauern und dem Oekonom schliesslich nicht übel nehmen, wenn er das Getreide so gut versteckt, dass man es überhaupt nicht mehr findet.

Was insbesondere die Kartoffelversorgung anbelangt, so müsse zunächst beim Transport und bei der Einlagerung fachmännischer vorgegangen werden und man müsse unbedingt fordern, dass Wien im nächsten Winter ausreichend versorgt werde. Der Bürgermeister möge diesbezüglich beim Ernährungsminister vorstellig werden und wenn von ihm nicht genügende Sicherheiten gegeben werden, so müsse diese Bitte an Allerhöchster Stelle vorgetragen werden. Es müsse auch verlangt werden, dass die Gemeinde die Erlaubnis erhält, den Kartoffelbedarf für die Stadt selbst einzukaufen. Bezüglich der Versorgung der Stadt Wien mit Gemüse und Obst müsse bewirkt werden, dass die Erzeuger ihre Waren auf den Markt bringen, nicht aber dass diese an Sanatorien und andere kaufkräftige Faktoren verkauft werden. Es müsse ferner die weitestgehende Dezentralisierung angestrebt werden, damit endlich das Anstellen ein Ende findet.

Der Gebarungsabgang der Stadt Wien wird stetig grösser werden, ^{es} wird aber nicht möglich sein, die Fahrpreise der Strassenbahnen und die Preise der beiden anderen Unternehmungen fortwährend zu steigern, es muss deshalb versucht werden, durch einen intensiveren Betrieb der Unternehmungen grössere Einnahmen zu erzielen. Bei den städtischen Strassenbahnen sei während der Kriegszeit ein hoffnungsvoller Versuch mit der Güterverfrachtung gemacht worden und es sei zu wünschen, dass die im Frieden gemachten Erfahrungen dem Unternehmen und der Allgemeinheit in der Friedenszeit zugute kommen. Der gemischte Betrieb der Strassenbahnen kostet uns viel Geld und es sei nicht erklärlich, warum die Dampfstrassenbahnen nicht schon längst elektrifiziert wurden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 27. Juni 1917. Nr. 137.

Kronprinz Otto-Schule. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des Baurates Schneider für die Anbringung eines Reliefs an der Brunnenanlage, die auf dem äußeren Spielplatz der Kronprinz Otto-Bürgerschule 20. Bezirk -Stromstraße-Vorgartenstraße/ausgeführt werden soll, einen Betrag von 18.000 Kronen zu bewilligen. Zur Verlangung von Entwürfen für das Relief wird ein allgemeiner Wettbewerb ausgeschrieben werden.

Ehrengeschenke. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Wessely den Arbeitern der städtischen Straßenpflege Franz Krunert, Franz Kindl, Franz Högel, Karl Schäffer, Franz Zehetmayer, Franz Hartmann, Franz Weingärtner und Franz Aichberger anlässlich ihres 25jährigen Dienstjubiläums Ehrengeschenke im Betrage von 50 K zu bewilligen.

Gemeinderätliche Wahlen. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung eine Reihe von Wahlen vorgenommen. Gewählt wurden: In den Landesschulrat für Niederösterreich: die Gemeinderäte Dr. Neumayer, Dr. Haas und Tomola und Landesauschuß Sturm mit je 67 Stimmen, in den Verwaltungsausschuß der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien: Gemeinderat Eglauer mit 67 Stimmen; in den Gemeinderatsauschuß zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeindevahlrechtes Ernst Neustadt mit 65 Stimmen.

Dienstjubiläum. Der Rechnungsrat der Wiener Stadtbuchhaltung G.W. Fritz beging vor einigen Tagen sein 25jähriges Dienstjubiläum. Die Beamten der Abteilung 10a der Stadtbuchhaltung (Straßen-, Brücken- und Wasserbauten), deren Leiter Rechnungsrat Fritz ist, feierten den wegen seiner vornehmen und kameradschaftlichen Denkungsweise beliebten Vorgesetzten in einer den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechenden bescheidenen aber überaus herzlichen Weise.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 26. Juni 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

teilt mit:

Das unterm Ehrenschatze der Erzherzogin Isabella stehende dänische Deckenarbeitskomitee hat beschlossen, die gesamten Mittel dieser Aktion - bestehend aus Arbeitsmaschinen und Werkzeugen, Vorräten und einem angesammelten Barfonds, zusammen im Werte von über einer halben Million Kronen - der Gemeinde Wien mit der Widmung zu übergeben, daß in den Wiener Kriegerheimstätten Beschäftigung für die dort untergebrauchten Krieger geschaffen werde. Die Aktion wird vorläufig bis zur Vollendung der Kriegerheimstätten im städtischen Asyl- und Werkhause fortgeführt. Ich muß besonders hervorheben, daß die Bestände zum Teile überhaupt nicht beschafft werden können. Die hochherzige Widmung, um welche sich G.d.I. Gottfried von Seibt und Frau Generalkonsul Emmy von Medinger besonders verdient gemacht haben, erscheint daher in jeder Hinsicht ebenso glücklich wie dankenswert. Für eine der schwierigsten Sonderfragen im ganzen Kriegerheimstättenproblem, nämlich die angemessene Beschäftigung der angesiedelten Krieger wird durch diese Widmung eine wertvolle Grundlage geschaffen.

Der Bürgermeister spricht namens des Gemeinderates den besten Dank aus.

In Beantwortung einer von GR. Hohensinner gestellten Anfrage teilt das Amt für Volksernährung mit, daß hinsichtlich der Frage der öffentlichen Versteigerungen von Lebens- und Futtermitteln überhaupt (als auch von Schafen) im Hinblick auf die unerwünschte preisstärkende Wirkung beim k.k. Amte für Volksernährung bereits geeignete Abhilfemaßnahmen erwogen werden. Zunächst wurde ein Gutachten der Zentralpreisprüfungskommission darüber eingeholt, ob, wie und in welchem Umfange die öffentliche Versteigerung von Lebens- und Futtermitteln für die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse unterbott oder beschränkt werden sollte. Die erwähnte Interpellation wurde der Zentralpreisprüfungskommission zur Kenntnis gebracht.

Eine gestern im Gemeinderate eingebrachte Anfrage des Gemeinderates Bretschneider beantwortet der Bürgermeister wie folgt:

Die Ursachen des Anstellens sind auf die durch die gegebenen Verhältnisse begründete Furcht zurückzuführen, nicht die unbedingt für den Tag oder die nächsten Tage notwendigen Lebensmittel in anderer Weise erhalten zu können. Es ist auch eine unbestreitbare Tatsache, daß das Anstellen bei eintretender Knappheit an Lebensmitteln zunimmt, beim Vorhandensein genügender Produkte sofort abnimmt. Bei den einheitlich bewirtschafteten Artikeln wie Mehl, Brot und Petroleum hat die Gemeinde Wien durch Einführung der Bezugskarten in Verbindung mit der Rayonierung das Anstellen zur Zufriedenheit der Bewohnerschaft vollkommen gebannt. Auch bei der Milch ist eine wesentliche Besserung zu verzeichnen. Durch die Bindung verschiedener Artikel an die Mehlbezugskarte wie z.B. bei Erdäpfel, Kraut, u.dgl. ist gleichfalls bessere Ordnung geschaffen worden. Um eine mögliche Eindämmung des Anstellens weiterhin zu erzielen, hat die Gemeinde erst kürzlich an die Oberbehörde Vorschläge unterbreitet, wobei sie neuerlich mündlich und schriftlich ein Verbot des Anstellens von unmündigen Kindern dringendst verlangte (Rufe: Bravo!)

Dem Anstellen um Wohlfahrtsfleisch soll dadurch abgeholfen werden, daß einerseits die Abgabestellen vermehrt, andererseits die Bezugsberechtigten durch amtliche Einkaufsscheine legitimiert werden, wodurch das Anstellen Unberufener hinwegfällt. Es ist, meine Herren, vielfach das Anstellen zu einem Geschäft geworden (Rufe: Sehr richtig!) Diese amtlichen Einkaufsscheine, welche bereits im Drucke sind und Ende nächster Woche zur Ausgabe gelangen sollen, werden auch die Abgabestellen enthalten und da die Garantie geboten werden soll, daß jeder Berechtigte an seiner Verkaufsstelle auch die gebührende Fleischquantität erhält, wird sicherlich das stunden- und nachtelange Anstellen mit einem Schlage verschwinden. Die Legitimationskarte für den Fleischbezug für Mindestbemittelte wird gleichzeitig für dieselben als amtlicher Einkaufsschein zum Bezuge anderer Lebensmittel dienen und wird an die Hinausgabe solcher amtlichen Einkaufsscheine unmittelbar nach der Abgabe derselben an die Mindestbemittelten für alle übrigen Haushalte geschritten werden. Diese Angelegenheit hat auch den Bezirkswirtschaftsrat beschäftigt und würde von ihm begutachtet. Durch diese Einkaufsscheine ist ein gleichmäßiger Beteiligungsmodus in vielen Fällen für die gesamte Bevölkerung möglich und dürfte hiedurch auch das Anstellen eine wesentliche Einengung erfahren. Es ist auch möglich geworden, mit Hilfe des Ernährungsamtes bereits in kürzester Zeit eine Rayonierung des Butters für die gesamte Bevölkerung durchzuführen, so daß ein Teil der Fettkarte bestimmt in gleichem Maße für alle Bewohner ohne Schwierigkeiten des Erlangens und des Anstellens zu erhalten sein wird. (Lebhafter Beifall)

Was die Schaffung einer allgemeinen Fleischkarte betrifft, so muß gesagt werden, daß Fleisch ein dem Verderben leicht unterworfenem nicht zentralbewirtschafteter Artikel ist, dessen Rayonierung mit großen Schwierigkeiten verbunden erscheint. Es werden ^{jedoch} auch wegen eventueller Einführung einer Fleischkarte im Ernährungsamte Verhandlungen gepflogen.

Sie sehen aus diesen Mitteilungen, daß Ihr Präsidium und der Magistrat fortgesetzt sich bemühen, Vorschläge zu prüfen und Abhilfe zu schaffen, soweit es eben geht. Wir müssen den lieben Gott bitten, daß er soviel ~~schaffen~~ läßt, daß wir auch wirklich genug haben.

In Beantwortung der gestern vom GR. Stein gestellten Anfrage macht Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehende Mitteilungen:

Die städtischen Vorräte an Sauerkraut sind bereits seit einigen Wochen aufgebraucht und kann die Gemeinde nur solches Kraut auf den Markt bringen, welches ihr von der Oesterreichischen Zentral-Einkaufsgesellschaft (Oezeg) fallweise zugewiesen wird. Dieses Kraut stammt aus dem neutralen Auslande und ist zum Teile unzweckmäßig in Petroleumfässern verpackt.

Der Magistrat hat daher die Verfügung getroffen, dass dieses Kraut nicht gleich vom Bahnhof weg verkauft wird, sondern erst in dem städtischen Zentralkrautlager im IV. Bezirke Kühnplatz auf seine Beschaffenheit untersucht und erst, wenn sich dasselbe als einwandfrei herausstellt, auf die Märkte gegeben wird. Im vorliegenden Falle handelt es sich offenbar um Fässer, deren Inhalt bei der Untersuchung keinen Mangel aufwies und bei denen der üble Geruch erst gegen den Fassboden zu zutage trat.

Ich werde nichts desto weniger Veranlassung treffen, dass der Untersuchung die grösste Sorgfalt zugewendet wird, damit derlei Zwischenfälle sich nicht mehr ereignen.

Aus dem Gesagten geht hervor, dass die Gemeinde Wien an der Verpackung des Sauerkrautes in Petroleumfässer keine Schuld trägt. In dem vom Herrn Interpellanten erwähnten Falle war das Sauerkraut von dem Händler in seine eigenen Geschirre umgeleert worden. Von diesen drei auf den Markt gebrachten Geschirren enthielt ein Fass einwandfreie Ware. Der Verkauf des Krautes aus den restlichen 2 Fässern, wurde von der Marktamts-Abteilung für den 3. Bezirk sofort eingestellt, als Beschwerden über den üblen Geruch einliefen. Dem Händler wurde aufgetragen, den sich meldenden Käufern den Kaufpreis rückzuerstatten, welchen Auftrag der Händler auch befolgte.

Dass ein Marktdiener den Krautverkauf vornahm, ist nicht richtig; ebenso ist nicht richtig, dass ein am Markte anwesender Wachmann den Verkauf einstellte.

Schriftführer GR. Stangelberger verliest den Einlauf.

GR. Präsident stellt folgende Anfrage:

Es ist eine auffallende Erscheinung, dass gerade jetzt nach Uebernahme der Strassenpflege in eigene Regie, der Mist in den Strassen zu einer ganz ungewöhnlichen Kalamität wird. Die Misthaufen sind viele Meter lang schon vielfach mit Gras bewachsen, in mancher Gasse ziehen sich die Misthaufen durch die ganze Gasse, wie z.B. in der Weilgasse, es wird auch diese Gasse im Volksmunde die Mistgasse genannt. Ich habe dieser Tage ein Kontrollorgan der Gemeinde über die Strassenpflege durch den Bezirk mit einem prächtigen starken Pferde fahren ^{habe ihn} gesehen/aufgehalten und gefragt, ob er das Fuhrwerk kontrolliere. Er sagte: „Wir haben jetzt wenig Fuhrwerk und keine Leute“. Ich fragte ihn, was er denn kontrolliere? Es sollen zwei solcher Organe im Bezirke sein, jeder mit eigenem Zeug, prächtige Pferde. Könnte man diesen Herren nicht Strassenbahnkarten und diese Pferde zur Abfuhr des lästigen Mistes verwenden? Wenn die Kanalreinigung, die Geschäftsleute über haben, nicht mit jener Pünktlichkeit ausgeführt wird, wie vor dem Kriege, da bemerken die Organe des Magistrates, dass jene trotzdem ihre Pflichten erfüllen müssten. Es wird gefragt, ob dem Bürgermeister der Zustand im 19. Bezirke bekannt ist und ob der Bürgermeister die Pferde sämtlicher Kontrolloren für Strassenpflege während des Kriegszustandes zur Abfuhr für Strassenmist und Kot verwenden will.

2
BGM. Dr. Weiskirchner: Es wurde zwar eine „höfliche Anfrage“ gestellt, es bedarf aber meiner ganzen Selbstbeherrschung, um diese Anfrage höflich zu beantworten. Es ist ja allgemein bekannt, unter welchen Kalamitäten wir jetzt leben, dass wir kein Personal haben, keine Pferde und dass die Kontrahenten vollständig versagen; wie der Herr Anfragersteller in solchen Zeiten Beschwerden als Gemeinderat erheben kann, ist mir unbegreiflich. Es ist viel besser,

wir wirken alle zusammen, um die bestehenden Uebelstände zu mildern, vom Beseitigen kann keine Rede sein.

GR. Ullreich stellt folgende Anfrage: Mit der fortschreitenden Jahreszeit und dem Heranreifen der Feldfrüchte mehren sich die Klagen der Besitzer von Kriegsgemüsegärten über vorkommende Diebstähle von Gemüse. Es scheint daher die Befürchtung gerechtfertigt, dass dadurch die Kriegsgemüsegärtner und Schrebergärtner um die Frucht ihrer mühevollen Arbeit kommen. Es ist deshalb notwendig, die Bewachung der Kriegs-Gemüse- und Schrebergärten entsprechend zu verstärken. Es wird gefragt: Ist der Herr Bürgermeister bereit, bei den massgebenden Stellen dahin zu wirken, dass die Bewachung der Kriegsgemüse- und Schrebergärten tunlichst verschärft werde?

BGM. Dr. Weiskirchner: Diese Anfrage beinhaltet eigentlich einen Antrag; ich werde alles aufbieten, dass der Feldschutz weitestgehend besorgt wird. Ich kann Ihnen mitteilen, dass seitens der Militärbehörden über meine Bitten Patrouillen in diesen Gegenden den Schutz gewährleisten; ob noch etwas weiteres geschehen kann, darüber werde ich mir vom Magistrat Bericht erstatten lassen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass zunächst VBM. Hoss die Berichte über die Erhöhung der Fahrpreise der Strassenbahnen, der Gaspreise und der Strompreise erstatten wird.

VBM. Hoss: Ich brauche wohl nicht weiter auseinanderzusetzen, dass die 3 Kriegsjahre an der finanziellen Gebahrung der Gemeinde nicht spurlos vorübergegangen sind. Trotz grösster Sparsamkeit in der Ausführung von Baulichkeiten u. s. w. steigt die Belastung der Gemeindefinanzen durch die ausserordentliche Preissteigerung für alle Bedarfs- und Betriebsartikel beinahe ins Ungemessene und insbesondere durch die Gewährung von Kriegszulagen an alle Angestellten wurden an die Gemeinde Anforderungen gestellt, sodass mit den bisherigen Einnahmen das Auslangen ganz undenkbar ist. Wir alle wissen, dass die Lebensbedingungen für die einzelne Familie sehr drückend sind. Durch die Teuerung ist gerade an die Fixangestellten eine harte Probe der Entbehrung gestellt worden. Es ist daher unsere Pflicht wenn wir auch nicht in der Lage sind im vollen Umfange zu helfen, doch soweit entgegenzukommen, als wir glauben dies unserer Gesamtbevölkerung gegenüber vertreten zu können. In der letzten Zeit wurden an die Angestellten ausserordentliche Zuwendungen mit einem Betrage von 15 Millionen Kronen gewährt, wovon der grössere Teil jährlich wiederkehrt. Es wurde bei Behandlung dieser Auslagen selbstverständlich sofort darauf hingewiesen, dass für sie eine Bedeckung nicht vorhanden ist und die entsprechenden Einnahmsquellen gesucht werden müssen.

Bis Ende Juli 1917 benötigten wir für Kriegszuwendungen an Angestellte 28.1 Millionen Kronen, für das Verwaltungsjahr 1917/18 werden wir für einen Betrag von 29 Millionen Kronen vorsehen müssen. Derartig hohe voraussichtlich lang andauernde Auslagen können nicht aus Anleihegeldern gedeckt werden, sie müssen aus den laufenden Einnahmen trotz der neuerlichen Belastung der Bevölkerung zu decken sein. Bei der Strassenbahn wird der Schwerpunkt der Tariferrhöhung auf Zusammenlegung des bisherigen 16 Heller - und 22 Heller Tarifes auf 22 Heller, die Erhöhung des Früh- und Kindertarifes von 12 auf 16 Heller und die Erhöhung des 30 Heller Tarifes auf 32 Heller gelegt,

wozu noch die Anpassung der anderen Tarife für Monats- und Halbjahresarten vorgenommen wird. Für die Rückfahrtscheine tritt bloss eine Erhöhung von 30 auf 32 Heller ein, was als bedeutende Begünstigung anzusehen ist.

Der Referent begründet nun eingehend die einzelnen Erhöhungen und verweist bei dieser Gelegenheit darauf, dass nach dem Tarife bei der alten Wiener Tramway anfangs der 80iger Jahre eine Fahrt innerhalb der ehemaligen Verzehrungssteuerlinie 24 Heller kostete, dass z. B. eine Fahrt von Penzing oder Dornbach bis zum Zentralfriedhof 66 Heller kostete, während sie nach dem jetzt erhöhten Tarif 32 Heller kosten wird.

Bei der Begründung der Erhöhung der Gaspreise weist der Referent unter anderem darauf hin, dass die Gaswerke aller grossen Städte des In- und Auslandes schon viel früher ihre Preise erhöht haben. Trotz dieser Erhöhung werde die Stadt Wien noch immer zu jenen Städten gehören, welche verhältnismässig billige Gaspreise haben.

Bezüglich der Erhöhung der Strompreise gelten die-selben Umstände wie bei den Gaswerken, nämlich der hohe Kohlenpreis, die staatlichen Zuschläge, die Lohnerhöhungen und die bedeutende Steigerung der Gestchungskosten.

Zum Schlusse kommt der Berichterstatter auf den Bericht einer Wiener Zeitung über die Vorlage zu sprechen, in welchem die Sache so dargestellt wurde, als wären den Gemeindevertretern keine entsprechenden Aufklärungen gegeben worden. Der Redner betont, dass die Direktoren der städtischen Unternehmungen in der Obmänner-Konferenz die Notwendigkeit der Erhöhung schon seinerzeit eingehend begründet haben und dass von den Herren Obmännern selbst erklärt wurde, es genüge ein Bericht in Auszugsform.

Der Berichterstatter bittet schliesslich über seine Anträge in die Debatte einzugehen und sodann seinen Vorschlägen zuzustimmen.

GR. Neustadt (kontra): Wir haben die Erhöhung der Gehälter und der Löhne bewilligt, weil wir die Schwierigkeiten der Lebensführung unserer Angestellten eingesehen haben und infolgedessen müssen wir auch für die Bedeckung der Auslagen Sorge tragen. So populär die eine Sache ist, so unpopulär ist die andere Massregel, weil sie die breiten Schichten der Bevölkerung weitgehend belastet. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, werden wir den Vorlagen teilweise zustimmen und zwar insoweit sich die Erhöhung auf die Gas- und Elektrizitätspreise bezieht, aber bei der Strassenbahn können wir unsere Zustimmung nicht geben. Wir finden die Erhöhung von 16 auf 22 Heller geradezu kolossal und der Umstand, dass dadurch die Manipulation bedeutend erleichtert wird, rechtfertigt nicht die grosse Belastung der Bevölkerung. Ich glaube, es würde genügen, wenn wir die Fahrpreise von 16 auf 20 Heller erhöhen würden und für Fahrten, die heute 22 Heller kosten 24 Heller verlangen würden. Dadurch würden wir auch ungefähr die gleiche Summe mehr einnehmen, die wir zur Bedeckung benötigen und ich stelle auch einen diesbezüglichen Antrag.

GR. Bielohlawek: Nach meinen Erfahrungen sind die Tramwaytarife auch in der neuen Festsetzung nicht hoch. Es wurde schon vom Referenten erklärt, wie hoch die Tarife vor 20 und 25 Jahren waren, also zu einer Zeit, wo die jetzige Partei nicht die Mehrheit in diesem Saale hatte. Die Erhöhung der Tramwayfahrpreise ist allerdings eine unangenehme indirekte Steuer und es wäre gewiss besser lauter direkte Steuern jenen aufzuerlegen, die sie zahlen können. Es ist lächerlich, immer zu behaupten, der Staat soll zahlen, das Land soll zahlen. Der Staat, das Land sind ja wir selbst. Wie haben die Leute seinerzeit über die wahnsinnige Teuerung geschimpft und mit dem Hinweis auf diese hat man im Jahre 1911 die christlichsoziale Partei bekämpft. Sie werden viele 100 Jahre lang warten müssen, bis Sie wieder das Kilogramm Rindfleisch um 1.20 K bekommen. Ich bin für die Vorlage, die einzige Erhöhung, die mir nicht passt, ist die Erhöhung der Fahrpreise in die Freudenu. Die

Rennen tragen heute 100.000 an Steuern und die Summen sind gross, die die Arbeiter und Geschäftsleute im Zusammenhange mit diesen verdienen. Wenn man sagt, die Rennen seien ein Vergnügen, so könnte man ebenso den Tarif nach Grinzing erhöhen, weil die Leute dort hinausfahren, und beim Heurigen einen Liter Wein um 6 Kronen und noch mehr bezahlen. Die Erhöhung der Fahrpreise in die Freudenu halte ich für eine gehässige Massnahme und muss mich entschieden dagegen aussprechen, denn das ist auch so eine demagogische Massnahme. Auf dieser Welt muss man doch nach den Sorgen und dem Kummer des Tages auch ein paar Stunden des Vergnügens haben. Leben und leben lassen! Es geht nicht an, dass man den Gewerbestand und die Industrie ruiniert. Wie soll von diesen dann Kriegsanleihe gezeichnet werden? Man muss jenen, die die Kriegsanleihen, die die Steuern und die Beträge zur Bezahlung der Beamtengehälter aufbringen sollen, auch Gelegenheit zum Verdienen geben. Für die Trabfahren wird ja seitens der Gemeinde Wien sogar ein Preis gegeben. Da hätten Sie ebenso auch die Fahrpreise für die Trabrennen erhöhen können. Wenn der Einwurf gemacht wird, dass es sich hier um Luxusfahrten handelt, so ist ja der Luxus etwas, das genau so bestehen muss, wie alles andere und wo wollen Sie die Grenze beim Luxus ziehen? Ich bin dafür, dass man diese Post bei Erhöhung der Strassenbahnfahrpreise streicht.

GR. Dr. Granitsch: Es ist selbstverständlich, dass wir in so ernster Zeit nicht alle Bedeckung für das was wir ausgeben müssen, ablehnen wollen. Wir tragen dem Ernste der Zeit gewiss Rechnung und Sie haben das uns gegenüber auch getan, aber wir sind doch nicht in der Lage, der Erhöhung der Strassenbahnfahrpreise vollkommen zuzustimmen. Es werden 10 Millionen mehr aus der Strassenbahn herausgezogen werden müssen. Es ist nicht unbedingt notwendig, dass die Tramway im kommunalen Betriebe immer das gleiche Reinertragnis abwirft. Die Kommunalisierung hat den Zweck der Bevölkerung eine gute und billige Fahrgelegenheit zur Verfügung zu stellen und sie soll freilich auch ein Ertragnis abwerfen, aber ich glaube, dass sie auf dieses Ertragnis teilweise verzichten hätte müssen. Der Herr Vorredner hat gesagt, dass diejenigen, die verdienen, zahlen sollen. Bei der Fahrpreiserhöhung sollen aber gerade jene herangezogen werden, die am meisten durch die gegenwärtigen Verhältnisse getroffen sind, Es leben in Wien sehr viele Leute, die man zur Deckung unserer Mehrauslagen heranziehen hätte können, und ich wäre für eine Erhöhung der Umlagen viel eher zu haben (lebhaftes Zwischenrufen seitens der Mehrheit. GR. Bielohlawek; die Zinshellererhöhung trifft die Armen viel mehr!) Warum sollen denn z. B. nicht diejenigen, welche für den Wohnungszins mehr als 3000 Kronen zahlen, nicht eher herangezogen werden? Ich glaube deshalb, dass es oberflächlich war, nicht die übrigen Möglichkeiten zu Mehreinnahmen zu erwägen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Der Herr Kollege Dr. Granitsch ist im Irrthum, wenn er glaubt, dass wir oberflächlich vorgegangen sind. Die Herren von der Obmänner Konferenz wissen, dass wir alle Möglichkeiten genau geprüft haben, leider benimmt uns die Regierung jede Steuer.

GR. Dr. Granitsch: Wenn ein Druck auf die Regierung notwendig ist, wird der Herr Bürgermeister den ganzen Gemeinderat hinter sich finden und wenn die Gemeinde in schwieriger Lage ist, dann muss die Regierung eben Steuern bewilligen.

GR. Dr. Klotzberg: Es gibt halt gewisse Herren, die immer nach dem Regierungskommissär rufen!

GR. Dr. Granitsch: Wir haben den Regierungskommissär nicht zu fürchten. So wie es mit dem § 14 im Staate nicht gegangen ist und so wie die Regierung reuig zum Parlament zurückgekehrt ist, so würde sie sehr bald die autonome Verwaltung wieder herstellen. Mit Angst werden Sie nichts ausrichten und wenn wir aus Angst zusammenklappen, dann erfüllen wir nicht unsere Pflicht.

3
Wenn Sie heute in die Fusstapfen der seinerzeitigen Tramway-Preispolitik, gegen die Sie und zwar mit Recht einen Kampf durch ganz Wien getragen haben, nun wieder eintreten wollen, wehren wir uns eben dagegen. Ich trete selbstverständlich für den Antrag Neustadtl ein. Es muss doch andere Mittel geben, als dass man diese 10 Millionen aus Schichten der Bevölkerung herauszieht, welche derzeit nicht in der Lage sind, diese Erhöhung zu tragen. Was die Tarifierhöhung zu den Rennen auf 50 Heller anbelangt, muss ich sagen, dass dies eine Erhöhung ist, der ich am liebsten zustimme. Es handelt sich da um eine Luxusfahrt und die ist eben entsprechend höher zu bewerten, und wer Zeit und Geld hat zu den Rennen zu fahren, kann schon einen entsprechend höheren Tramway-Tarif zahlen.

GR. Dr. Schwarz-Hiller : Ich habe mich auf die Ausführungen des Gemeinderates Biellohlawek als pro Redner eintragen lassen. Ich stimme ihm zu, wenn er sich gegen gehässige Steuern ausspricht, aber was die Rennen in der Freudenau betrifft, möchte ich zu ihrer Charakterisierung nur den Bericht einer Tageszeitung über das Derby verlesen, in welchem es heisst : „ Ein Kapitel für sich bildete gestern das Wetten. Ein solcher Andrang zu den Buchmachern und Kassen, war noch nie da von Leuten, die sich drängten, ihre 10, 20 oder 100 Kronen anzubringen. Und Tausende, die sich vergeblich angestellt hatten weil inzwischen abgeläutet worden war, waren ingrimmig und schimpften weidlich. " Ich frage mich, ob nicht diese ingrimmigen Leute auch eine weitere Erhöhung der Strassenbahntarife zahlen können und stelle wie in der Obmänner-Konferenz heute den Antrag, den Tarif zu den Fahrten in die Freudenau auf K 1.-- zu erhöhen. Leute, die zum Spiel fahren und mit so rascher Hand Geld dem Spiele hinwerfen, können bei einer Aktion, bei der es sich darum handelt, die Ausgaben hereinzubringen, welche die schweren Zeiten für Löhne und Bezüge erfordern ganz ruhig auch 1 Krone bezahlen. Ich finde auch, dass die Tarife, die der Jokey-Klub und andere Vereinigungen für die Salonwagen zahlt, sehr gering sind. Luxustarife können und sollen entsprechend erhöht werden. Wenn wir erklären, dass wir dies alles nicht als Gehässigkeit machen, und das tun wir ja nicht, können wir diese Erhöhungen ruhig hinnehmen. Was die sonstigen Bedeckungen anbelangt, die wir ja bewilligen müssen, wenn wir die Auslagen bewilligen könnten wir vielleicht auch daran denken von der Regierung zu verlangen, dass sie von der in Aussicht genommenen Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer den notleidenden Gemeinden gewisse Ueberweisungen zukommen lässt, nachdem ja die Gemeinden vielfach für Kriegleistungen und für die staatliche Verwaltung ausserordentliche Opfer bringen mussten.

VBGM. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Skaret : In den 3 Kriegsjahren haben sich naturgemäss in jedem Privat- und Einzelhaushalte die Anforderungen kolossal erhöht und es ist nicht zu verwundern, dass sich auch in den Verwaltungskörperschaften, den Ländern und Städten ähnliche Ansprüche geltend machen.

Die Verwaltungen haben ihren Abgang im Budget entweder durch Erhöhungen und Umlagen gedeckt, oder im Wege der indirekten Steuern. Von der Erhöhung der Strassenbahnfahrpreise werden wieder nur die Fixbesoldeten und die Arbeiter betroffen, die keine Möglichkeit haben, die erhöhten Lasten abzuwälzen.

Die Erhöhung der Fahrpreise in dem beantragten Ausmasse habe keine innere Berechtigung, da die jährlich wiederkehrenden Auslagen nur ungefähr 5 Millionen Kronen ausmachen, während durch die Erhöhung der Fahrpreise ein Mehrertrag von mindestens 10 Millionen gesichert ist. Dabei sind die erhöhten Betriebskosten sämtlich in Rechnung gestellt, während doch zu erwarten ist, dass in einigen wenigen Jahren schon wieder wenigstens was die Beschaffung von Material anbelangt,

halbwegs normale Verhältnisse eingetreten sein werden. Mit den Ausführungen des GR. Biellohlawek kann ich mich keineswegs einverstanden erklären, wenn er die Erhöhung des Fahrpreises in die Freudenau von 22 auf 50 Heller als eine gehässige Massregel bezeichnet, so ist das ein rein subjektives Empfinden. Ich habe mit den Leuten, die da hinuntergehen und oft ihre letzte Krone verspielen, kein Mitleid. Wenn die Leute gewonnen haben, so werden sie nach Schluss der Rennen ebenso gerne 50 Heller wie 22 Heller zahlen und wenn sie verloren haben, gehen sie ohnedies zu Fuss. (Heiterkeit) Eine gehässige Massregel ist es jedoch, wenn der Frühtarif erhöht wird. Sie verfolgen den Zweck aus der Erhöhung der Fahrpreise 10 Millionen Kronen oder mehr herauszuschlagen. Mein Zweck ist es, die Wiener Bevölkerung so viel als möglich vor überflüssigen Ausgaben zu schützen und darauf hin zu arbeiten, dass man sich beschränke, die notwendigsten Ausgaben zu decken. Ich beantrage daher, den Frühtarif unverändert beizubehalten, ebenso den 30 Heller-Tarif und anstatt des 16 und 22 Heller-Tarif einen Einheitstarif von 20 Heller einzuführen.

Gemeinderat Kunschak : Wenn es sich darum handelt, den Beamten, Bediensteten und Arbeitern eine Lohnerhöhung oder Gehaltserhöhung zu gewähren, dann beginnt hier im Saale jedesmal eine Lizitation. Wenn es sich aber darum handelt, auch die Bedeckung für die gemachten Auslagen zu finden, dann drücken sich die Herren von der Opposition. Heute ist es gerade so. Als wir die Strassenbahnerlöhne erhöht haben, herrschte vollständige Einstimmigkeit. Die sozialdemokratischen Strassenbahnbediensteten haben sowohl dem Gemeinderat wie auch den Vertrauensmännern der christlichsozialen Partei Vorwürfe gemacht, dass sie nicht noch mehr bekamen. Ich habe den Leuten ruhig sagen müssen: Es kommt nicht allein auf das Geben an, sondern auch auf das Gebenkönnen. Herr Gemeinderat Skaret hat gesagt, dein Standpunkt sei nicht der unsrige. Das gilt auch für uns. Unser Standpunkt ist nicht der Seinige. Wir gehen immer davon aus, dass der Wille der Bewilligung übereinstimmen muss, mit dem Mute auch die Bedeckung für die Auslagen zu schaffen. An dem Tage, wo der Gemeinderat die Lohnerhöhungen beschlossen hat, hat jeder gewagt, dass für diese Ausgabe eine Bedeckung gefunden werden muss und dass diese nur in der Erhöhung der Tarife gefunden werden kann. Das mussten wir schon wissen, bevor wir noch unsere Hand erhoben haben, um die Löhne der Strassenbahnbediensteten zu erhöhen. Diese ist aber keineswegs eine christlichsozialerfindung. Ueberall wo es Strassenbahnen gibt, selbst in den neutralen Staaten sind auch die Strassenbahntarife erhöht worden. In Berlin ist der Einheitspreis von 10 auf 15 pf erhöht worden und wenn Sie da eine Parallele ziehen, so werden Sie finden, dass sich die 2 Tarife nebeneinander ganz gut ausnehmen. Wenn Sie die Tarife selbst noch überprüfen auf ihre Fahrtberechtigung, die damit erkauft wird, so ist noch der Wienertarif bedeutend günstiger. Beim Berliner Einheitstarif erwirbt man nach wie vor nur die Berechtigung zu einer direkten Fahrt und so oft man umsteigt, so oft muss man 15 pf. bezahlen. Bei uns erlangen man sich mit dem Einheitstarif das Recht umzusteigen, so oft als es die Verkehrsverhältnisse und das Fahrziel notwendig machen. Man kann an jedes Fahrziel kommen, während man in Berlin nur in die Nähe desselben gelangen kann und dann entweder zu Fuss gehen oder neuerdings 15 pf zahlen muss. Es ist gesagt worden, dass die Erhöhung unpraktisch ist, weil der Einheitspreis sich nicht in einer Einheitsmünze ausdrückt und das ist auch meine Ansicht. Ich habe die Ueberzeugung, dass uns der Einheitspreis von 22 Heller nur in fiskalischer Hinsicht zu dem uns aufgezwungenen Zweck bringen wird, in verkehrstechnischer Hinsicht wird er nicht entsprechen, denn das Lösen von 22 Hellerfahrtscheinen wird in sehr vielen Fällen das Umwechseln einer grösseren Münze erfordern und das alte Uebel des Wechselns ist wieder da. Es bleibt uns

schliesslich aber doch die Möglichkeit auf den 20 Heller-Tarif zurückzukommen, wenn auch manche fiskalische Bedenken dabei in Kauf genommen werden müssen. Im Gemeinderat sind in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst worden, bei denen grosse Begeisterung herrschte, ich erinnere nur an den Bericht des Stadtrates Tomola über die Jugendfürsorge der Gemeinde Wien. In dem Ueberschwange der Begeisterung, dass die Jugendfürsorge z.B. allein im ersten Jahre schon 3 Millionen Kronen kostet, dass sie später 4 Mill. erfordern wird hat der Herr Referent nicht gesagt, woher wir diese Summen nehmen werden und niemand hat auch darnach gefragt, aber jetzt beim Budgetkommen wir zur Bedeckung alles dessen was wir im Gemeinderat beschlossen haben, jetzt kommt der grosse Katzenjammer. Das Budget, das wir jedoch heute beschlossen, ist jetzt schon nicht mehr richtig. In diesem Momente haben wir schon eine Ausgabepost von 3.4 Millionen zu bedecken, denn Sie haben sich entschlossen, allen Angestellten der Gemeinde Wien eine einmalige Aushilfe je nach ihrem Familienstande zu gewähren. Sie haben anerkannt, dass diese Zuwendung jetzt schon notwendig ist, damit sich die Angestellten einiges amschaffen können. Man braucht kein Rabenvater sein, wenn man seinem Kinde, das jetzt keine Schuhe hat, sagt es solle barfuss gehen und ein Erwachsener kann ja in Sandalen gehen, denn wir haben ja sogar im Magistrate einen Oberrat, der in Sandalen geht, dass es nur so klappert, und die Beamten gleich wissen, wer zu ihnen kommt. Es wird aber bald der Herbst da sein und dann geht die Sache wieder ganz anders. Glauben Sie, dass Sie das, was Sie jetzt schon als notwendig zugestimmt haben, im Herbst nicht wieder geben müssen?

Wenn hier von einem Redner Vergleiche angestellt wurden mit der Reitzesgesellschaft, hätte ich gewünscht, dass man diese unglückselige Aera nicht wieder in den Gemeinderat bringt. Der Name Reitzes wird solange man den Namen ausspricht, eine Schande sein in der Geschichte der Wiener Gemeindeverwaltung so wie er auch eine Schande ist in der Geschichte des sozialen Aufstiegs der Arbeiterschaft. Es hat keine elendere, rücksichtslosere und skrupellosere Ausbeutungsgesellschaft gegeben, als die Reitzesgesellschaft. Wenn diese die Tarife erhöhte, hat sie es nicht getan, um ihren Angestellten Lohnaufbesserungen zukommen zu lassen, sondern um zu den schon erbeuteten Millionen weitere Millionen zu erbeuten, wogegen ich mich aber auf das Entschiedenste verwehre ist, dass eine solche Firma zum Vergleiche herangezogen wird, mit einer Massnahme, die getragen und ausgelöst wurde, durch eine sozialpolitische Massnahme im Interesse der Arbeiterschaft.

Ich muss mich auch im Gegensatz stellen zu meinem Kollegen Biellohlawek, der geglaubt hat, den Grundsatz leben und leben lassen, in der Weise auffassen zu sollen, dass die einen eben nur leben und gut leben zu einer Zeit, wo Hunderttausende nicht leben können. Ich begreife ja, dass einige Bedienstete am Turf, in den Stallungen, etc. ihr Brot finden, aber die Notwendigkeit der Renner kann ich mir nur vorstellen, wenn ich mich auf den Standpunkt unserer vom heiligen Geiste wirklich sehr verschonten Diplomatenstelle, die heute noch die Rennen als einen Trumpf betrachten, um unseren Gegnern zu beweisen, wie gut es uns noch immer geht. Ich pflichte bei, dass der Mensch auch eines Vergnügens bedarf, aber wer jetzt in dieser Zeit sein Vergnügungsbedürfnis nicht unterdrücken kann und es auch so zur Schau stellt, wie bei den Rennen, bei dem gibt es irgend einen moralischen Defekt. Ich gestehe es ganz offen, dass ich für den Antrag Schwarz-Hiller stimmen werde, um aber nicht in den Verdacht der Visitation zu kommen, überlasse ich es ihm, seinen Antrag noch zu erweitern, ich werde auch für eine doppelte Erhöhung des Tarifs zu den Rennen stimmen.

Ich möchte nur noch auf eines aufmerksam machen. Die Tarifierhöhung wirkt an einem Tage besonders hart und zwar an Sonn- und Feiertagen, wo der Arbeiter wieder mit seiner Familie in innigeren Kontakt kommt und in einer Zeit, wo es notwendiger als je ist, dass die Kinder ins Freie gebracht werden. Da wirkt die Erhöhung des Kindertarifes zusammen mit der Erhöhung des Einheitstarifes sehr schwer. Ich bitte daher, der Frage näher zu treten,

auf welchem Wege an Sonn- und Feiertagen für Arbeiterfamilien ein ermässiger Tarif hergestellt werden kann. Machen Sie es in der Form von billigen Hin- und Rückfahrkarten, von billigen Ausflugskarten oder Familienkarten, aber gemacht muss es werden. Ich stelle keinen Antrag, erwarte aber, dass Referent, Stadtrat und Direktion aus eigenem heraus dieses Bekenntnis der Liebe zu den Kindern des Volkes dem Gemeinderate zur Beschlussfassung unterbreiten werden.

GR. Bretschneider : bringt einige Wünsche vor bezüglich einer für die Fahrgäste insbesondere für die Industrie Arbeiter günstigeren Zoneneinteilung im 21. Bezirk.

GR. Stein bezeichnet im Gegensatz zum GR. Kunschak die Erhöhung der Verkehrs- und Beleuchtungspreise als eine höchst anti-soziale Massregel. Er hätte gewünscht, dass die Gemeindeverwaltung eine andere Lösung finden würde. Diese Erhöhung sei ebenso eine Preistreiberei, wie die aller anderen Artikel, auch wenn sie von der Gemeinde ausgeht. Der Redner stellt den Antrag, der Bürgermeister möge sich mit der Regierung ins Einvernehmen setzen, damit der Gemeinde eine Umlage aus der Kriegsgewinnsteuer gewährt werde, deren Effekt in Uebereinstimmung mit der Höhe der an die Beamten, Lehrer und Angestellten bewilligten Erhöhung der Bezüge steht. Der Redner erklärt schliesslich, er werde en block gegen die Vorlage stimmen.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung der GR. Reumann, Dr. Granitsch und Ignatz Fischer hält der Berichterstatter VBGM. Hoss das Schlusswort, worin er den Antrag des GR. Dr. Schwarz Hiller zustimmt und die Ablehnung der übrigen Zusatz- oder Ablehnungsanträge beantragt. Bezüglich der angeregten Verbesserung der Linien im 21. Bezirk ersucht er die Strassenbahndirektion um geeignete Vorschläge.

BGM. Dr. Weiskirchner leitet hierauf die Abstimmung ein bei der die Referentenanträge mit dem Zusatz Schwarz-Hiller Antrage auf Erhöhung des Fahrpreises in die Freudenau angenommen, alle anderen Anträge abgelehnt werden.

Nach Erledigung einiger kleinerer Gegenstände der Tagesordnung wird die Budgetdebatte fortgesetzt.

GR. Eglauer (pro) kommt auf verschiedene Anregungen in der Debatte zurück und führt aus. GR. Lohner hat eine Zentralisierung der städtischen Unternehmungen in einer Generaldirektion oder Generalinspektion gewünscht. Dem kann ich nicht beipflichten, weil die Unternehmungen der Gemeinde Wien viel zu verschieden sind, um unter einen Hut gebracht zu werden. Was er über den Steuerdruck gesagt hat, ist vollkommen richtig. In der Lebensmittelfrage hat man seinerzeit geglaubt, dass die stramme Zentralisierung ein Heilmittel für alle Mängel sei, aber man hat die Sache ganz falsch aufgefasst. Anstatt die breiten Grundlagen für eine Organisation der kleinen Kreise zu schaffen, hat die Sache von oben angefangen mit der Einführung der Kriegszentralen, denen man leider unter Ausschaltung des berufsmässigen Handels unbegrenzte Machtfülle eingeräumt hat. Die Zentralen haben wegen ihres Vorgehens gegenüber der Landwirtschaft aber auch wegen ihrer Stellung gegenüber der kleinen Organisationen und den Konsumenten allgemeines Missfallen erregt und es ist zu verwundern, dass eine Aenderung in den bezüglichen Ansichten noch immer nicht erfolgt ist.

Es sitzen eben dort Leute drinnen, denen das Interesse um die Allgemeinheit nicht in erster Linie steht.

Uebergehend zu dem Budget bespricht der Redner insbesondere das gegenwärtige Steuersystem und wünscht, dass eine eigene Steuergruppe zum Beispiel Verzehrsteuer und Gebäudesteuer der Stadt, eine zweite Steuergruppe dem Lande und eine dritte grosse Steuergruppe dem Staate vorbehalten bleibe. Dadurch werde sich der grosse Vorteil ergeben, dass die Steuern von jeder Umlage und jeden Zuschlag befreit werden können. Er stellt folgenden Antrag : Der Magistrat wird beauftragt, zwecks Erschliessung ausreichender und entwicklungsfähiger Einnahmesquellen der Gemeinde Wien für die Zeit nach Friedensschluss einen systematischen Finanzplan mit besonderer Rücksicht auf das Verhältnis der autonomen zu den staatlichen Abgaben auszuarbeiten und über das Ergebnis der hierauf bezüglichen Studien, sowie über die wünschenswerten Abänderungen der bisherigen Ordnung des obgedachten Verhältnisses dem Gemeinderate sobald als möglich behufs entsprechenden Einschreitens bei der k. k. Regierung zu berichten.

GR. Prof. Klauy sagt, es habe vor allem in unverantwortlicher Weise an der Voraussicht des Kommenden gefehlt und auch an den Vorbereitungen zur Abwehr. Soweit ~~er~~ die menschliche Voraussicht reicht, werden wir den Kampf mit den technischen Errungenschaften bestehen, aber auch den völkerrechtswidrigen Kampf des Hungerkrieges, nur gilt es hier die Kräfte des Vaterlandes zu sammeln. Die widersinnige Aufgabe, dass ein Volk nur von dem Ertragnisse der eigenen Scholle leben muss, ist so neuartig, dass ihre Durchführung in den 3 Jahren des Krieges die Grundsätze des Handels der Industrie, des Verkehrs und der Landwirtschaft derart verschoben hat, dass an die Herstellung ~~des~~ eines dauernden Verhältnisses während des Krieges nicht zu denken ist. Auf Kosten der Kriegsgewinne muss in der Zukunft alles geschehen, um jenen die geschädigt worden sind, das zurückzugeben, was sie verloren haben und dazu gehört vor allem der Mittelstand, der seine Ersparnisse geopfert hat, mit denen er seine Kinder für die Zukunft geschützt glaubte. Der Redner betont, die Notwendigkeit der ~~die~~ von ihm bereits vor Jahren angeregten Fürsorge für die Töchter des Mittelstandes, und anerkennt die Tätigkeit der Lehrlingsfürsorgekommission in der Frage der Berufswahl. Er fordert die endliche Schaffung der neuen Baurechnung und verweist auf die Frage der Lebensmittelversorgung übergehend auf seine ~~belebtesten~~ Anträge zur Gründung von Gemüsegärten im 21. Bezirk und den angrenzenden Gebieten, ~~was~~ wodurch Wien unabhängig von der ungarischen Zufuhr geworden wäre. Die Produktionsförderung sei die Hauptaufgabe für die nächste Zukunft. Im Zusammenhange damit bespricht der Redner die Möglichkeit einer rationellen Ausnützung der Gas- und Elektrizitätswerke. Er wünscht insbesondere, dass die Gemeinde Wien ein Studienlaboratorium errichte und einen Chemiker anstelle. Der Redner bespricht sodann die Bestimmungen und Massnahmen, welche geeignet sind, die Bevölkerung, die deren Zweck nicht einsieht, zu verbittern, so insbesondere, das lange Anstellen auf den Bahnhöfen, bevor man zu dem Zug hinausgelassen wird. Das Verbot vor 1 Uhr in den Kaffeehäusern den Schwarzen zu verabreichen, das Verbot des Rauchens auf den Strassenbahnen und schliesst mit den Worten: Wir können bestimmte schwere Entbehrungen aller leider nicht hindern, aber wir können und müssen unsere Stimme mit ^{dagegen} allem Nachdrucke ~~der~~ ~~gegen~~ ^{er}heben, dass der Bevölkerung das Leben im Kriege unerträglicher gemacht wird, als es sein muss in der ernstesten Verteidigung des Lebens und der Freiheit unseres Vaterlandes. Man schone das Volk soweit es geschont werden kann selbst wenn dies auch eine Kleinigkeit

kosten könnte. Man sei hart und rücksichtslos gegen Wucher, Grobheit und gemeinschaftlichen Eigennutz, man verschone uns aber endlich mit den bis zum Ueberdruesse bekannten Genüssen des geheimen bürokratischen Dilletantismus. Man sage uns im Lichte der Oeffentlichkeit die Wahrheit und Schütze die Wahrheit und das gleiche Recht für alle. Wir wollen Ordnung; es darf unser Erbübel nicht weiter gepflegt werden, dass den Verordnungen keine Ueberwachung ihrer Durchführung folgt. Wir wollen aber auch, dass das was verlangt wird auf das Notwendige und Zweckmässige beschränkt wird, nachgiebig in der Form, stark in der Sache! (lebhafter Beifall)!

GR. Ullreich wendet sich gegen das Rauchverbot auf den städtischen Strassenbahnen. Dieses schaffe nur Unmut, denn der Grund für dasselbe sei heute im größten Teile schon beseitigt. Er bedauert, daß von gewisser Seite der Unwille über die Verhältnisse systematisch auf die Gemeinde abgelenkt werde und verweist auf das Fachblatt der sozialdemokratischen Tabakarbeiter das z.B. der Gemeinde Wien die Ueberprüfung der Schwere weiter-Brotkarten in die Schuhe schieben wollex. Man müsse sich fragen, wo da der Burgfriede bleibe. Der Burgfriede ~~sei~~ anscheinend nur ein Instrument, das der Mehrheit die Hände gebunden, aber allen anderen Parteien freie Hand gelassen habe. Der Redner betont, daß es von der Gemeinde sehr wichtig gehandelt gewesen sei, daß sie Vorräte von Lebensmitteln an die Gewerbetreibenden zur Weiterverteilung abgegeben habe, denn der Gewerbestand habe unter dem Kriege am schwersten gelitten und an seine Stelle sei ein ganz neuer Mittelstand getreten, der sich aus Leuten zusammensetzt, die ihren Wohnsitz früher ganz wo anders als in Wien gehabt haben. Für dessen Zusammensetzung sei auch der Umstand sehr kennzeichnend, daß unter den letzten Eintragungen auch die der Opernsängerin Selma Kurz zu finden gewesen sei, die einen Gemischtwarenhandel im Großen angemeldet habe. (Lebhaftes Heiterkeit und Zwischenrufe: Die Kurz als Greißlerin !)

GR. Kunschak: Hat die einen Befähigungsnachweis?
 Die Hutzler verschweigen
GR. Ullreich: ~~Man~~ ~~hat~~ ~~immer~~ ~~geflissentlich~~, dass die

Gemeinde Wien und der Bürgermeister alles getan haben, um die Lage der Bevölkerung zu verbessern, aber sie haben kein Gehör gefunden. Ein treffendes Beispiel hierfür war die Kartoffelversorgung, deren Ende war, daß man wohl Pläne für die Aufteilung, aber keine Kartoffel gehabt hat. Redner wundert sich, daß man trotz der schlechten Erfahrungen mit den Zentralen vor kurzem eine neue derartige Anstalt ins Leben gerufen habe, deren unmittelbare Bolge war, daß die Zufuhren von Gemüse nunmehr voll-

6

kommen versagt haben. Für die Neugründung solcher Zentralen finde man keine andere Erklärung, als daß die maßgebenden Regierungskreise Berater zur Seite haben, für die es das höchste erstrebenswerte Ziel ist, eine Zentrale zu schaffen, die ^{ganze} Familien/^{der Leiter} zu versorgen vermag wie es bei der Futtermittelzentrale der Fall sei. Diese Zentralen scheine man auch für das auserwählte Volk garadazu reserviert zu haben.

Redner bespricht sodann das Anstellen und die gefährlichen Folgen insbesondere für Jugend und wünscht die weitestgehende Rayonierung aller notwendigen Bedarfsartikel. Er wünscht ferner, dass endlich die den militärischen Zwecken dienenden Schulen wieder frei gemacht werden und tritt für den baldigsten Bau der Wienerwaldbahn, welche von Ottakring ausgehend nach St. Pölten gehen soll, ein, indem er bemerkt, dass die Bahn auch bestimmt wäre, Approvisionierungszwecke zu dienen. Der Redner bespricht noch die Schäden des Verkehrs der schweren Lastwagen der Automobilomnibuslinie in Ottakring und stellt gegenüber den Ausführungen des GR. Lohner fest, dass bei dem grossen Brande in Ottakring durchaus nicht die freiwillige Feuerwehr, die während des Krieges oftmals ihren Opfermut bewiesen habe, die Schuld an der grossen Ausbreitung getragen habe. Der Redner schloss mit dem Wunsche, das nächste Jahr möge dem Gemeinderate schon unter möglichst normalen Verhältnissen ~~zu~~ arbeiten lassen im Sinne der gesamten ~~X~~ Bevölkerung, die sich das durch durch ihre Opferfreudigkeit gewiss verdient hat. (lebhafter Beifall).

Bgm. Dr. Weiskirchner bircht hierauf die Verhandlung ab. Nächste Sitzung morgen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mitzew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 27. Juni 1917. Nr. 122.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amtsärzte erstattete Stadtphysikus Dr. Jahn den Sanitätshauptbericht für den Monat Mai d. J. Die im Februar unter dem Einflusse der Influenza begonnene Periode des hohen Krankenstandes und der höchsten Sterblichkeit dauerte auch im Berichtsmontat an. Die Zahl der Zuwächse in die armenärztliche Behandlung betrug 11.358 gegen 11.318 im Vormonat und 10.863 im Mai des Vorjahres. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 2442 Fälle, auf jene der Verdauungsorgane 1961 Fälle, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 997 Fälle. Die der Anzeigepflicht unterliegenden Infektionskrankheiten treten in ihrer Bedeutung für den Krankenstand und die Sterblichkeit immer mehr zurück. Insgesamt wurden aus der Zivilbevölkerung 616 Anzeigen über Infektionskrankheiten gegen 992 im Mai des Vorjahres erstattet. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen liefen 59 Anzeigen ein. Die Sterblichkeit war etwas geringer als im Vormonat, immerhin aber um vieles höher als dem Durchschnitt der letzten Jahre entspricht. Im Berichtmonate sind täglich um 37 Personen mehr gestorben als im Mai 1914. Insgesamt starben im Berichtmonate 3848 Zivil- und 626 Militärpersonen, zusammen 4474 Personen gegenüber 3607 im Mai des Vorjahres. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 57,17, das weibliche mit 42,83 Prozent beteiligt. Im Berichtmonate wurden 42 gerichtliche und 111 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Ingenieur Maximilian Tagwerker, Ingenieur Norbert Friedl und Ingenieur Franz Kunst zu Baukommissären, Alois Drexler zum Hauptkassa-Kontrollor, Friedrich Poch zum Hauptkassa-Adjunkten, Richard Mayer und Adolf Bauer zu Hauptkassa-Offizialen, Vinzenz Lubenka, Johann Knöll, Viktor Pressler und Richard Hokuswetz zu Kanzlei-Akzesisten, Thomas Gröbner zum Kanzlei-Praktikanten, Anton Dworak zum Bezirkwahlkataster-Beamten.

Oberleutnant Alfons Rakowits. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an die Mutter des im Fliegerkampfe gefallenen Oberleutnants Rakowits, Sohn des vor mehreren Jahren bekannten Bühnenkünstlers, nachstehendes Schreiben gerichtet: „Das traurige Schicksal, das Ihren braven Sohn in treuer Erfüllung seiner Vaterlandspflichten ereilte, hat mich tief ergriffen. Seien Sie meines wärmsten Mitgeföhles versichert und möge Ihnen die Kraft gegeben sein, den schweren Schlag in dem Gedanken zu überwinden, daß Ihr Sohn als Held sein junges Leben für Kaiser und Vaterland opferte.“ - Der Kompagniekommandant richtete an Frau Rakowits ein Schreiben, in dem es heißt: „Mit Alfons verlieren wir nicht nur einen erstklassigen schneidigen Flieger, sondern vor allem einen prächtigen Kameraden, dem wegenseines ruhigen, bescheidenen Wesens und ritterlicher Denkungsart alle Herzen schlugen.“

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 27. Juni 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

eröffnet die Sitzung und bemerkt, Gemeinderat Ullreich habe ihn gebeten, er möge folgende Erklärung in der heutigen Sitzung des Gemeinderates zur Kenntnis bringen. Die Zuschrift des GR. Ullreich lautet:

„Ich habe in meiner Rede in der gestrigen Gemeinderatsitzung auf Grund der Angaben des Amtsblattes der Stadt Wien gesagt, daß auch die Kammergängerin Selma Kurz einen Lebensmittelhandel im Großen angemeldet hat. Ich habe nun heute einen Brief erhalten, in welchem seitens des Vertreters der Frau Halban-Kurz gesagt wird, daß diese Behauptung aus der Luft gegriffen sei. Auf Grund der von mir gepflogenen Erhebungen hat sich nun herausgestellt, daß die Meldung des Amtsblattes einen Druckfehler enthält und daß der dort gemeldete Name nicht Selma Kurz, sondern Selena Kurtz heißen soll. Es hat also Frau Selma Kurz-Halban tatsächlich keinen Lebensmittelhandel angemeldet. Damit ist meine gestern auf diese, wie sich nun herausgestellt hat, irrtümliche Angabe des Amtsblattes gestützte Behauptung haltlos geworden und ich nehme daher keinen Anstand, sowohl meine Behauptung als auch die daran geknüpften Bemerkungen zurückzunehmen.“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner fügt hinzu: Ich bringe diese loyale Erklärung zur Kenntnis der Versammlung und möchte die Redaktion des Amtsblattes bitten, solche Druckfehler zu vermeiden.

Es wird hierauf die Beratung des Hauptvoranschlages (Berichtstätter VBOM. Hoss) fortgesetzt.

GR. Melcher knüpft zu Beginn seiner Ausführungen an den demokratischen Gedanken an, der mit Macht die ganze Welt ergriffen habe und sich gewiss auch in Wien sehr bald durchsetzen werde. Bis dahin werde die fortschrittliche Minderheit willig ihre Kräfte zu jedem Beginnen anbieten, das geeignet sei die wirtschaftliche Lage der Stadt und ihrer Bewohner zu verbessern. Als nächste Aufgaben der Gemeindeverwaltung bezeichnet er die Anwendung der modernsten Grundsätze in der Bodenreform, Verkehrspolitik, im Sanitätswesen, die Verpflegung der Grosstadt muss auf neuen Grundlagen aufgebaut werden und es müsse an die Lösung der Frage über die Reichsunmittelbarkeit der Hauptstadt geschritten werden.

Der Redner kommt sodann auf die gestrigen Ausführungen des GR. Ullreich zu sprechen und bemängelt es, dass dieser seine Aesserungen über Frau Selma Kurz getan habe, ohne sich erst genauer zu informieren, und bezeichnet die ganze Rede des Genannten überhaupt als einen Bürgerfriedensbruch. Bezüglich der Zentralstellen ist auch Redner der Meinung, dass dieselben nach dem Kriege bald verschwinden müssen, nur jene Zentralstellen, welche sich mit der Herbeischaffung des Rohstoffes befassen, werden im Interesse des Gewerbes und der Industrie noch eine Zeit lang bestehen müssen, allerdings müsse dann ihre Zusammensetzung und ihre Arbeit eine andere sein.

Der Redner verweist auf die Notwendigkeit einer Abänderung des Mieterschutzgesetzes, das grosse Härten für die Hausherren beinhalte und bezeichnet es als Unterlassungsünde, dass bezüglich der Fertigstellung der anlässlich des Krieges unterbrochenen Neubauten seitens der Gemeinde nichts geschehen sei.

BGM. Dr. Weiskirchner: Herr Kollega ich war im Oktober 1914 beim Finanzminister Baron Engel!

GR. Melcher: Ich nehme das dankend zur Kenntnis und bedauere nur,

dass die Regierung diesbezüglich nichts gemacht hat. Redner erklärt weiters, dass man nach dem Kriege unbedingt mit einer Wohnungsnot zu rechnen habe und legt neuerdings seinen bereits früher eingebrachten Antrag vor, eine Kommission aus dem Gemeinderate zur Beratung der Frage des Abbaues der Materialpreise im Baugewerbe einzusetzen. Er erinnert an seine Anregung auf Benützung der Stadtbahn und der elektrischen Strassenbahn zur Beförderung der Baumaterialien und fordert, dass zur Stadtratsberatung stets der Antragsteller zur eingehenden Begründung seines Antrages zugezogen werde. Bei Besprechung der Bauordnung erklärt er, man müsse froh sein, wenn dieselbe noch nicht geschaffen worden sei, weil sie dem städtischen fiskalischen Standpunkte einen etwas zu weiten Raum gelassen habe und mit Rücksicht auf die hohen Materialpreise heute schon nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre. Es sei bedauerlich, dass die Gemeinde Wien die grösste Bauunternehmerin noch immer nicht ein grosszügiges Ziegelwerk geschaffen habe, denn Zillingdorf könne den Ansprüchen durchaus nicht genügen.

Der Redner macht aufmerksam auf die überhandnehmende Rattenplage und gibt die Anregung, es möge an die Regierung herangetreten werden, damit das Kriegsministerium die zur Vernichtung des Ungeziefers erforderlichen im freien Handel nicht erhältlichen Materialien zur Verfügung stelle.

Hinsichtlich der Verbauung wäre in Erwägung zu ziehen, ob nicht die gesamten Häuser des tiefliegenden Bezirksteiles Lichtental von der Gemeinde aufgekauft werden sollen. Es könnte dann zu Gunsten der Gemeinde eine 30 jährige Steuerfreiheit erwirkt werden und die Gemeinde hätte nicht bloss erhöhte Einnahmen, sie würde auch viel beitragen zur Wohnungsfürsorge.

Bezüglich der Approvisionierung möge endlich einmal dem Anstellen ein Ende gemacht werden, vielleicht könne dies ebenso wie es beim Brot und Mehl geschehen ist, im Wege der Rayonierung möglich sein. Auch die Fleischstände müsste dezentralisiert werden.

Redner wünscht ferner, dass den eigenen Beamten der Gemeinde Begünstigungen bei der Strassenbahn gewährt werden, er wünscht ferner die Errichtung einer Handbibliothek in Verbindung mit einem Lesezimmer, sowie, dass den Gemeinderäten die Möglichkeit gegeben werde, vor jeder Sitzung Einsicht in die Akten zu nehmen und schliesst mit den Worten: Wir leben in einer Zeit, in der alle zusammen arbeiten müssen, um das Gemeindebudget wieder in normale Bahnen zu bringen. Ich hoffe, dass nie mehr jene Zeiten wieder kommen, wie sie vor dem Kriege in diesem Saale erlebt wurden. So wie es während des Krieges war, so wollen wir auch nach dessen Beendigung in gemeinsamer Arbeit in dieser wirtschaftlichen Korporation, die der Gemeinderat ist, einträchtig zusammenarbeiten im Interesse der Bevölkerung.

GR. Schlechter: Was die Budgetierung anbelangt, sind wir immer äusserst vorsichtig gewesen, so dass wir bei den folgenden Rechnungsabschlüssen immer ein günstiges Ergebnis gehabt haben. Das Jahr 1915/16 hat mit Kassenbeständen von 15 Mill. Kronen abgeschlossen. Der Rechnungsabschluss für das letzte Jahr ist uns zwar noch nicht bekannt, allein es ist sicher und das sehe ich mit Vergnügen, dass wir auch diesmal mit Kassenbeständen in der Höhe von 16 bis 17 Millionen Kronen rechnen können.

VP. Hoß: Und zwar sind das freie Kassenbestände, die nicht belastet sind.

GR. Schlechter: Um den Abgang zu decken, haben wir uns schweren Herzens entschlossen müssen zu Erhöhungen zu greifen, deren Durchführung für uns wirklich keine Kleinigkeit war, aber es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass es das Ansehen der Stadt Wien, die Intakthaltung ihres Kredites, ihrer Finanzen unbedingt erfordert hat, dass wir leider zu diesen Erhöhungen greifen mussten. Leider lässt das Verhältnis der Stadt Wien zum Staate viel zu wünschen übrig und die Frage, ob die Interessen der Stadt Wien immer so geschützt worden sind, wie sie es verdient, muss unbedingt verneint werden. Man hat die Gemeinde bei gar nichts gefragt und gelegentlich der Sanie-

2

Die Regierung nicht darum gekümmert, dass die Gemeinde Wien ein so grosses Spital wie das Kaiser Jubiläums-Spital besitzt und wir müssen erst nachträglich an sie herantreten und bitten, dass auch uns von dieser Umlage etwas zuteil wird. Heute spricht man immer davon, dass alles demokratisch werden solle. Allerdings noch nicht sozialdemokratisch. Das ist aber so modern geworden und es gibt uns die Verpflichtung die Stimme des Volkes aus dem Mittelstande und aus den minderbemittelten Schichten hier in diesem Saale aufzuzeigen. Wir dürfen nicht befriedigt sein, mit Perichtigungen aus der Herrengasse, die von seriöser Seite vorgebrachte Behauptungen, wie es bei der Anfrage des Gemeinderates Kunschak bezüglich der Fettvergeudung der Fall war, einfach als unwahr hinstellen. In den letzten Tagen ist in Wien ein solcher Mangel an Grünwaren eingetreten, dass es den grössten Unwillen erregt und es scheint, als würden die Lebensmittel, wenn man eine gemeinnützig sein sollende Unternehmung wie die „Geos“ gründet, verschwinden, um erst dann wieder zu erscheinen, wenn sie noch einmal so teuer geworden sind. Wir dürfen uns aber heute nicht mehr davor verschliessen, dass die Geduld unserer Hausfrauen schon am Ende ist und so wie jeder vor dem Gesetze gleich ist, soll auch jeder in der Frage der Lebensmittelversorgung gleich berücksichtigt werden. In Wien zirkuliert in Hunderttausenden die Meinung, dass es noch eine sehr grosse Menge von Leuten gibt, die in gewissen Bezirken um jeden Preis Lebensmittel ohne Karte und ohne Kontrolle bekommen. Es ist ein öffentliches Geheimnis, dass man in einem Bezirke, den ich gar nicht zu nennen brauche (Rufe: der zweite !) in den Kaffeehäusern Geschäfte macht, die eigentlich zum Kaufmann und zum Kreibler gehören. Dort soll man Mehl bekommen, Zucker, Kaffee, man soll sogar Reis erhalten, man erhält Eier ohne allen Nachweis, ohne alle Legitimationen, wenn man nur das bare Geld in die Hand nimmt und die Fantasiepreise bezahlt, die gefordert werden. Das ist in Wien ein öffentlicher Skandal! (Zustimmung). Ich glaube, dass wir endlich einmal die Behörde aufmerksam machen müssen, dass das so nicht weiter gehe. Es muss auch etwas anderes einmal offen gesagt werden. Vielfach wird behauptet, als Gemeinderat bekomme man alles was man braucht. Strafen Sie das Lügen, denn es ist das nicht geschehen, ich habe mein Amt nicht dazu missbraucht und niemand anderer in diesem Saale wird es getan haben.

Der Redner bespricht dann ebenfalls die tristen Schulverhältnisse in Wien infolge der Requirierungen der Schulgebäude und sagt dann noch, wir sind glücklicher Weise auch im 3. Kriegsjahre in Wien ohne Seuchen geblieben. Das ist ein Ehreplatt der Gemeinde, dass sie auf dem Gebiete der Hygiene alles vorgekehrt hat, um Seuchen zu vermeiden. Schliessen aber möchte ich mit folgenden Worten: Wenn wir je die segensvollen Wirkungen des Friedens zu würdigen gelernt haben, so ist es in dieser Zeit des völkermordenden Krieges geschehen. Möge bald der Engel des Friedens sich über die Stadt Wien herabsenken und uns einen ehrenvollen Frieden bescheren!

GR. Dr. Granitsch: Es ist kaum möglich, sich in diesem Saale in eine Debatte einzulassen ohne mit einigen Worten der Not und des Jammers zu gedenken, unter der die Bevölkerung leidet. Ich will nicht klagen über die vergangenen Dinge, aber wir stehen am Beginne eines Neuverwaltungsabschlusses und da ist Gelegenheit auf Verhältnisse hinzuweisen, welche vielleicht im Laufe des neuen Budgetjahres gebessert werden können. Kollege Schlechter hat gesagt, es ist ein öffentliches Geheimnis, dass man in Wien für viel Geld alles bekommen kann. Ich muss zugeben, dass dies leider wahr ist. Wenn man dagegen an die Hunderttausend andere denkt, denen es oft am Notwendigsten fehlt, dann wirkt es mehr als aufreizend, dass es noch immer eine Schichte der Bevölkerung gibt, die in Luxus lebt und die sich mit Geld alles verschaffen können. Nicht die Verordnungen fehlen uns, deren haben wir wahrlich übergenug, sondern es fehlt uns die Ordnung und das ist unser Unglück. Man hetzt die Bevölkerung auf die sogenannten Preistreiber. Gewiss Preistreiberei und Wucher wird in sehr ausgiebigem Masse betrieben. War es aber notwendig, dass solch hohe Preise

gleich am Anfange festgesetzt wurden, speziell für Fleisch und Getreide. Wer hat denn da den grössten Nutzen eingesteckt, nicht die Händler, ich leugne das, sondern die Produzenten haben von Beginn an grossen Nutzen daraus gezogen. Gewiss, es ist auch im Handel viel Sünde getrieben worden, aber hat den die Verwaltung Oesterreichs in diesen drei Kriegsjahren etwas gelernt? Gewiss nicht, denn gerade jetzt wiederholt sich in Obst und Gemüse genau dasselbe Spiel. Mit einem Wort, die Verwaltung in Oesterreich versagt jetzt genau so, wie sie seit Beginn des Krieges immer versagt hat. Die Regierung schafft nicht Ordnung, sondern hetzt die Bevölkerung auf ein paar Greissler oder Milchmeier, auf ein paar kleine Leute, die selbst in der fürchterlichsten Not leben, sich vielleicht irgendwie vergangen haben.

Der Redner bespricht sodann die Kohlenfrage und bemerkt, dass nur das energische Vorgehen der Gemeindevertretung mit der Drohung der Einstellung des Strassenbahnverkehrs es bewirkt habe, dass in kürzester Zeit die notwendigen Kohlenmengen bereit waren. In stensolcher Weise müsste in der Approviationsfrage gegenüber der Regierung vorgegangen werden. Es muss auf die Unzulänglichkeit der Verwaltungsmassnahmen hingewiesen werden und bei einem genügend tatkräftigen Einschreiten der Gemeinde wird sich die Regierung gezwungen sehen auch die Magenfrage in einer allseits befriedigenden Weise zu lösen.

In ebenso tatkräftiger Weise müsse aber auch die Gemeinde verlangen, dass ihr von der Regierung genügend Einnahmequellen zur Verfügung gestellt werden, dass sie alle jene Aufgaben, welche von einer Grosstadt verlangt werden können, zu erfüllen im Stande ist. Die Gemeinde Wien muss in erster Linie mitbeteiligt sein an der Kriegsgewinnsteuer. Die Kriegsgewinnernissen ja hier die Segnungen einer geordneten Gemeindeverwaltung (Hört Hört. bei der Majorität, Rufe: Dass Sie das endlich anerkennen) Ich will Ihnen damit durchaus kein Vertrauensvotum geben, ich will nur sagen, dass die Kriegsgewinner hier jeden Komfort haben, den eine Grosstadt bieten kann, und dass sie deshalb auch verpflichtet sind, zu den grossen Lasten der Gemeinde entsprechend beizutragen. Weitere Einnahmen wären zu gewinnen durch Erhöhung der Schul- und Zinshaller für grosse Wohnungen, durch Erhöhung der Zuschläge der Mietzinse für grosse Wohnungen, durch Erhöhung der Zuschläge zur Erwerbsteuer der öffentlichen Rechnungslage unterworfenen Unternehmungen und durch Besteuerung aller jener Unternehmungen überhaupt, die in Wien ihren Sitz haben und hier ihre grossen Gewinne einheimen. Natürlicherweise muss die Besteuerung in einer Weise erfolgen, dass die Lebensfähigkeit der betreffenden Unternehmungen nicht betroffen wird.

Der Redner bespricht sodann die Wertzuwachssteuer und führt aus: Ich bin selbstverständlich ein Anhänger der Wertzuwachssteuer, aber sie darf die Verteuerung der Wohnungen nicht zur Folge haben. Es muss vor allem auch dafür gesorgt werden, dass neue billige Wohnungen entstehen und ich will nur diejenigen Kreise geschützt wissen, denen die Erhöhung der Zinse weh tun könnte. Unser Hauptaugenmerk müssen wir dabei der Verteuerung des Hypothekarkredites zuwenden und die Versicherungsgesellschaften, deren Aktien im Nominalwerte von 2000 Kroner auf 14.000 Kronen stehen, brauchen nicht geschont zu werden. Damit komme ich zu einer Lieblingsidee von mir, das ist die Einführung des Versicherungsmonopoles. Es wäre das eine Massregel, die dem Lande und der Stadt Einkünfte schaffen würde, welche für viele Bedürfnisse weitaus das Auslangen ermöglichen könnten. Italien hat bekanntlich das Versicherungsmonopol eingeführt, und speziell die Gebiete der Lebensversicherung und der Versicherung im Allgemeinen sind solche, dass sie einen ganz ausserordentlichen Nutzen abwerfen und nicht so schwer betrieben werden können.

Es ist das Wort gefallen: Wir leben in einem demokratischen Zeitalter. Leider ist dieses Wort nur ein Wort und weit und breit sehe ich nichts was

die Ueberführung dieses Grundsatzes in die Praxis in die Wege leiten wollte. Was ist geschehen, dass man wirklich sagen könnte, demokratische Grundsätze beginnen sich in der Wirklichkeit wirksam zu machen. Mit Grauen und Schauern haben wir gelesen, welche Todesurteile noch bis in die letzte Zeit gefällt worden sind. Ich sehe nirgends eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Wir sind im Begriffe auch hier das Schlagwort von der Demokratie bis zu einem gewissen Grade wirksam zu machen. Der Bürgermeister und der Gemeinderat haben beschlossen, ein anderes Wahlrecht für die Gemeinde vorzubereiten und ich bin mit vollem und ganzem Herzen dabei, ander Schaffung eines solchen neuen demokratischen Wahlrechtes mitzuhelfen. Das Wahlrecht, welchem wir unser Hiersein verdanken, ist keineswegs ein demokratisches, es ist ein rückständiges, wie es rückständiger nicht gedacht werden kann. Seit seinen Anfängen sind mehr als 50 Jahre vergangen und seither hat sich alles so geändert, dass wahrhaftig auch das Wahlrecht der Gemeinde reif geworden ist, geändert zu werden, Nicht Parteiinteressen, sondern die Interessen des Volkes müssen unbekümmert um Schichtungen und Konfessionen zur Geltung gebracht werden. Wir haben zwei Sitzungen des Wahlreformausschusses mitgemacht und ich muss Ihnen ehrlich gestehen, dass diese Sitzungen mich in gar keiner Weise befriedigt haben. Der Ausschuss ist zusammengetreten, um eine Wahlreform zu schaffen, aber wir haben gesehen, dass die Tendenz besteht, mit etwas ganz Anderem anzufangen und die Wahlreform selbst an das weite Ende zu stellen. Wir haben nicht den Eindruck gehabt, dass Sie der Finalisierung dieser Wahlreform den festen Willen entgegenbringen, den wir von Ihnen verlangen und wir haben das Gefühl, dass der richtige Ernst ein modernes Wahlreformwerk zu schaffen nicht da ist. Berücksichtigen Sie das Wort vom demokratischen Zeitalter und seien Sie ehrlich bemüht, dass wir auch auf diesem Gebiete die Gemeinde demokratisieren können. Freilich wollen wir keine neue Gemeindevahlordnung auf dem Gebiete des Oktroys.

Ich stelle das Begehren, dass in dem Speisetzettel, den wir der Regierung vorlegen auch das Wiederaufleben des Landtages aufgenommen wird, Es muss eine Form gefunden werden, um auch die Landtagstätigkeit wieder aufzunehmen, damit auch auf diesem Gebiete das verfassungsmässige, konstitutionelle Leben wieder wirksam wird.

Sie werden aus meinen Ausführungen entnommen haben, dass ich nicht gehässig oder aggressiv gewesen bin, sondern nach meinen ganz bescheidenen Kräften mich bemüht habe, Anregungen vorzubringen. Wir haben ja alle das Interesse, Wien zu fördern, Sie wollen es auf dem einen Wege, wir wieder auf einem anderen. Wir haben eine gewisse äusserliche Gemeinschaft jetzt, aber glauben Sie nicht, dass damit irgendwelche Anschauungen von uns geändert worden sind. Wir wollen auch weiter nur nach den Grundsätzen, die wir zeitweilen verfochten haben, Wien dienen. Wir haben keine Konzession in der Ueberzeugung gebracht, sondern die Herren, die in den Stadtrat eingetreten sind, werden ihre Aufgabe blos als Kontrollorgane zu erfüllen haben. Es wäre freilich schön, wenn die Gemeinde Wien ganz unpolitisch verwaltet würde, aber das ist ein Wunsch, der bisher nie in Erfüllung gegangen ist. Alle Parteien, die am Ruder waren, sind als politische Parteien in die Ratsstube eingezogen und es hat niemals eine reine Wirtschaftspartei gegeben. Wenn sich eine solche gründet, verbirgt sich immer hinter dem Namen irgend eine politische Tendenz. Ich fürchte, dass wir die reine Wirtschaftspartei sobald nicht bekommen werden. Wir müssen daher damit rechnen, dass immer politische Gegensätze in diesem Saale aufeinanderstossen, sie müssen aber nicht in Gehässigkeit und im Wege der Vernetzung ausgetragen werden, Wenn jeder an die guten Absichten des anderen glaubt, und die unbestreitbaren Menschenrechte seines Nächsten nicht schädigen will, lässt sich auch zwischen politischen Gegnern ein erfolgreiches Einverständnis pflegen und eine Verwaltung führen, die zum Segen der Gemeinde gereicht.

Hoffen wir, dass in absehbarer Zeit der furchtbare Druck, unter dem wir leiden, gemildert wird und von uns weichen möge, damit sich unsere schöne Stadt einer glücklicheren Zukunft mit weniger Sorgen erfreuen kann. Dem sei unser aller Wunsch gewidmet.

GR. Breuer: Ich spreche wohl im Sinne aller, wenn ich meiner Befriedigung über den bisherigen Verlauf der Generaldebatte Ausdruck verleihen. Die älteren Mitglieder in diesem Saale können den Unterschied zwischen solchen Debatten in früherer Zeit und den jetzigen Verhandlungen werten und würdigen und wir wollen nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass dieses Moment sich auch fürderhin zeige. In der Generaldebatte über den Stadtvoranschlag kann man über Verschiedenes sprechen und wurde auch darüber gesprochen, über Zugehöriges und nicht Zugehöriges. So will auch ich mich vorher mit den beiden Kontraredner beschäftigen. GR. Melcher hat eine Aeusserung des Kollegen Ullreich ausserordentlich temperamentvoll zum Anlass genommen, um mit ihm ein Sträuschen zu pflücken. Ich muss aufrichtig sagen, GR. Melcher hat sich meiner Empfindung nach zum Anwalt von Dingen und Personen gemacht, die seines Schutzes nicht würdig sind. Im Laufe der Zeit sind ja wiederholt Anfragen gestellt und beantwortet worden, welche sich mit den sogenannten Zentralen beschäftigten. Wenn man sich an die Vorgänge erinnert, welche beispielsweise zum Prozess Kranz geführt haben, muss man zu geben, dass der Ausspruch des GR. Ullreich nicht auf eine Gehässigkeit beruht, sondern ihn schon ein gewaltiges Körnchen Wahrheit zu Grunde liegt. Mancher Zeuge ist damals lustig in den Gerichtssaal gezogen, aber sehr traurig wieder davon gegangen. Man braucht nur in die Bureauäumlichkeiten dieser Anstalten zu gehen, um zu sehen, was sich dort breit macht und Verfügungen trifft über dasjenige, was der Bevölkerung nützt. Es ist vorgekommen, dass ein Direktor einer dieser Unternehmungen, sich erdreisete hat zu erklären, ich werde das städt. Marktamt verstaatlichen, wenn es nicht so tanzt, wie es der Stelle genehm ist, er werde gar keine Einwendung dagegen erheben, wenn der Eine oder Andere oder auch in die Hunderte Gemischtwarenhändler an einem Laternenpfahl sich ihr letztes Plätzchen suchen. Wenn man solche Dinge hört, darf man die Erregung, die sich des Kollegen Ullreich bemächtigt hat, wohl begreifen.

Wenn GR. Vaugoin sagte: Bürgermeister und Rat sind schuldlos an der Not, die in Wien herrscht, diese Worte unterschreibe ich ganz. Die Gemeindeverwaltung übernimmt für alles, was sie in dieser schweren Zeit geleistet hat und leisten konnte, voll und ganz die Verantwortung, sie lehnt es aber ab, die Verantwortung für jene Sünden und furchtbaren Versäumnisse zu tragen, die auf das Konto anderer Stellen zu schreiben sind. Wenn GR. Dr. Granitsch die Energie des Gemeinderatspräsidiums aufpeitschen will, so will ich ihn aufmerksam machen, dass ja dem Bürgermeister in der Obmänner-Konferenz der Führer der Fortschrittlichen Dr. Hein und der Führer der Sozialdemokraten GR. Reumann beigegeben sind und dass die Obmänner wiederholt bei den verschiedensten Ministern vorgesprochen haben. Der Vorwurf ist also an seine Klubgenossen Dr. Hein gerichtet. Vielleicht könnte Herr Dr. Granitsch mit Herrn Dr. Hein die Rolle in der Obmänner-Konferenz tauschen und wir werden ihn beglückwünschen und es neidlos anerkennen, wenn er das erreichen wird, was anderen nichtmöglich ist. Der Redner bespricht sodann die derzeitigen traurigen Verhältnisse im Lehrlingswesen. Die Anzahl der Lehrlinge ist von 61.588 im Jahre 1913, auf 47.740 im Jahre 1915 und auf 29.250 im Jahre 1916 zurückgegangen. Bei dem Rückgang hat sicherlich auch mitgewirkt, dass sich der Zuzug vom Lande vermindert und dass viele 18 jährige, die noch nicht freigesprochen waren, einberufen wurden, aber die Hauptrolle spielten doch die hohen Löhne in den Munitionsfabriken. Der Not der Zeit gehorchend, haben manche Eltern und manche Mutter ihre Kin-

der bewegen auf diese Art einen grösseren Beitrag zu dem Lebensunterhalt zuzuschliessen. Diese Zustände sind tief bedauerlich. Wenn diese jungen Leute nicht nachholen, was sie versäumt haben, so werden sie zeitlebens Hilfsarbeiter oder bei der Maschine bleiben, sie werden immer von dem Willen des Vorgesetzten abhängen. Es ist dies eine ethische Schädigung, denn in jedem Menschenherz lebt die Sehnsucht nach Selbständigkeit, nach eigener Bewegungsfreiheit und auch die Menschen in den bescheidensten Existenzen haben den Wunsch eigener Herr zu sein, um das machen zu können, was sie wollen. Es ist aber auch notwendig, dass wir mehr Achtung vor der produktiven Arbeit bekommen und dass wir den Lehrlingen genau dieselbe Wertschätzung entgegenbringen, wie demjenigen, der auf der Gymnasialbank sein Wissen erreicht hat. Mehr Achtung vor dem Gewerbebestande, aber auch mehr Rückgrat der Gewerbetreibenden selbst!

Der Redner erwartet von der Zeit nach Friedensschluss reiche Arbeit und Arbeitsgelegenheit für den Gewerbebestand und fordert, dass bei der Demobilisierung nicht nur darauf Rücksicht genommen werde, dass die Geschäftsleute und Arbeiter zurückkehren, sondern dass sie auch durch die Beschaffung des erforderlichen Materials Gelegenheit erhalten, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Eine der wichtigsten Aufgaben sei es, die notwendigen Kreditmittel für die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Betriebe bereitzustellen, auch müsse die Ausgestaltung der Beratungsstelle für die aus dem Felde heimkehrenden invaliden Gewerbetreibenden und für jene Personen, die ihren Ernährer verloren haben, gefordert werden. Der Redner verlangt schliesslich noch die Schaffung eines Arbeitsnachweises, von Lehrlingshorten, vom Meister- und Musterkursen für diejenigen, die vor vollendeter Lehrzeit ins Feld gerückt sind und schliesst: Der Gewerbebestand hat sowohl im Schützengraben wie auch im Hinterlande seine Pflicht dem Vaterlande gegenüber voll erfüllt, möge der Gemeindeverwaltung bald Gelegenheit geboten sein, an Friedenswerken grössten Stiles zu arbeiten und damit dem tüchtigen und braven sesshaften Gewerbebestand Gelegenheit zu geben, sich wieder zu betätigen, auf das Oesterreich und Wien weiterhin der Hort eines blühenden Gewerbebestandes seien. (Lebhafter Beifall).

GR. Reumann: Sowohl der Herr Referent als auch eine Reihe von anderen Rednern haben der gegenwärtigen Zeit des langwährenden Krieges gedacht und sie haben auch dem Gedanken Ausdruck gegeben, dass ein baldiger Frieden kommen möge und der Herr Referent selbst hat ja in seinem Berichte am Schlusse gesagt, dass es hoffentlich bald gelingen möge, die Absichten unserer bösen Feinde zu Schanden zu machen. Dr. Granitsch hat gemeint, wir können nicht einen Frieden um jeden Preis schliessen, wir müssen einen ehrenvollen Frieden schliessen und die Regierung muss die Magenfrage lösen. Das sieht etwas weniger nach Heldentum aus, aber ich muss sagen, dass in dieser Meinung auch ein unbegrenztes Vertrauen zu unserer Regierung gelegen ist, ein Vertrauen, welches ich und meine Parteigenossen durchaus nicht teilen können. Die Regierung ist in einer Situation, in der es ihr selbst beim besten Willen nicht möglich ist, die Magenfrage zu lösen. Wir befinden uns in einem krisenhaften Zustand und stehen einer Katastrophe entgegen, einer Katastrophe, die einen verhängnisvollen Ausdruck finden wird und die überzeugend wirken wird, dass unsere österreichischen Staatsmänner in einer Zeit, die die gewaltigsten Anforderungen an sie gestellt hat, nicht Stand zu halten vermochte. Wenn mich irgend etwas heute in dieser Debatte irretierte, so war es die Naivität, die in der Rede des GR. Schlechter zutage getreten ist, welcher gemeint hat, es sei nunmehr modern geworden, von der Demokratie zu sprechen, und der sich gewissermassen lustig darüber gemacht hat. Der Herr Gemeinderat Schlechter hat keine Ahnung davon, wie notwendig, wie wichtig gerade die Demokratie in dem gegenwärtigen Augenblicke für unser ganzes Staatsgebilde ist, er hat keine Ahnung davon, dass eine wirkliche Demokratie eigentlich Oesterreich retten könnte und er spricht so über die Demokratie trotzdem er selbst einmal Demokrat gewesen ist und sogar gegen die Antisemiten als Demokrat kandidiert hat. Ich weiss nicht, ob ihm damals die Demokratie auch so ein lächerliches Spielzeug gewesen ist. Ich habe das bedauert, weil der Herr

Gemeinderat Schlechter nicht weiss, dass die Bevölkerung gegenwärtig schon völlig ausgepumpt ist, dass sie blutleer geworden ist und dass sie mit dem besten Willen nicht mehr durchhalten kann, weil er nicht stündlich jene Erscheinungen wahrnimmt, die bereits zeigen, dass wir mit unserem Willen und Können zu Ende sind, dass es nicht mehr weiter geht und dass wir infolge dessen alles erfassen müssen, was uns einen Ausweg aus dieser verhängnisvollen Lage eröffnen kann. Es ist tief zu bedauern, dass ein verhängnisvoller Irrtum auch an der Spitze der Regierung zu obwalten scheint und dass eine Urteilslosigkeit über unsere gegenwärtige Lage gerade dort herrscht, wo jetzt volle Urteilstkraft notwendig wäre, damit nach dem Rechten gesehen werden kann. Als am 12. Dezember 1916 die Unterredung mit unserem Minister des Aeussern im Fremdenblatt veröffentlicht worden ist, da ist es, glaube ich, wie ein Gefühl der Erleichterung durch die ganze Bevölkerung gegangen, als wir gehört haben, dass an der Spitze unserer Regierung im Ministerium des Aeussern Gedanken vorhanden sind, die uns einen Frieden bringen könnten, oder uns wenigstens dem Frieden näher zu bringen vermöchten. Heute müssen wir gestehen, dass wir eine schwere Enttäuschung erlebt haben, die eine furchtbare Nachwirkung haben wird. Wir stehen angesichts einer Regierungserklärung, die heute im Abgeordnetenhaus abgegeben worden ist, vor der Möglichkeit, dass dieser Krieg eine uferlose Ausdehnung erfahren kann. (Lebhaftes Härt-Hört!-Rufe bei den Sozialdemokraten). Der Abgeordnete Daszynski hat heute eine Interpellation eingebracht, in der verlangt wurde, dass die Regierung sich deutlich erklären möge, welche ihre Friedensbedingungen seien und dass sie nochmals bekräftigen möge, dass die oesterreichische Regierung nicht auf dem Standpunkte der Annexionen und Kontributionen steht, und dass sie dem imperialistischen Gedanken in diesem Kriege ferne steht. Wir haben eine Erklärung des Ministers des Aeussern, Grafen Czernin, ~~xxxxxxxx~~ gehört, die nach mehr als einer Richtung eine Merkwürdigkeit ist, aus dem einfachen Grunde, weil sie gegenüber jener Bevölkerung, die Ströme von Blutes auf den Schlachtfeldern vergossen hat, die in einer furchtbaren Not im Hinterlande lebt, zum Darben, zum Hungern gezwungen.

Der Ministerpräsident sollte doch die Verpflichtung haben die Haltung und die Richtlinien der Regierung in dieser grossen Zeit klar zum Ausdruck zu bringen. Graf Czernin liess durch den Ministerpräsidenten sagen, über Krieg und Frieden habe nur die Krone zu entscheiden und das Recht der Krone könne niemals der Selbstbestimmungsrecht der Völker geopfert werden. In dieser Zeit in welcher die Bevölkerung solch furchtbare Opfer gebracht hat, darf ein Minister des Aeussern nicht so sprechen, darf man die Souveränität des Volkes nicht mit Füssen treten. Man darf nicht vergessen, dass diese Worte einen mächtigen Wiederhall in den feindlichen Ländern bei den Kriegshetzern finden werden, welche das als Beweis hinstellen, wie die Demokratie in unserem Reiche bestellt ist, für welche die feindlichen Staaten zu kämpfen vorgehen. Es ist tief bedauerlich, wenn ein Volk, welches so Hervorragendes während 3 Jahre geleistet hat in solche Hände geraten ist. Es ist nicht mehr die Zeit, dass wir vom Durchhalten die Pauke schlagen, in dünnen ersten Worten muss hier dargelegt werden, wie unsere gegenwärtige Situation ist, damit diejenigen, welche glauben, es handelt sich nur um guten oder bösen Willen, die Ueberzeugung erhalten, dass wir nicht mehr länger in der Lage sind, auszuhalten. Es ist eine geradezu furchtbare Katastrophe im Anzuge, dass vielleicht doch der Friede in einer anderen Weise wird geschlossen werden müssen, und dass es doch möglich ist, dass die demokratische Welle auch hier eine Regierung verschlingt, die nicht rechtzeitig erkennen wollte, was zu tun ist. Ob in Stockholm Fortschritte erzielt werden oder nicht, lasse ich ganz ausser Acht, Ich sehe aber eine Zeit kommen, und die ist nicht ferne, da eine Verständigung von Volk zu Volk stattfinden wird, mit Ausschluss derjenigen, die bisher gewohnt waren, die Bevölkerung zu bevormunden. Die „Geborenen Führer“ des Volkes werden von dieser Stromflut hinweggefegt werden, wenn sie sich den Gedanken hingeben, die wir heute im Abgeordnetenhaus vom Ministerpräsidenten hörten.

GR. Angermayer: erklärt, wenn GR. Seumann gemeint habe, dass die Sozialdemokraten in einem Gemeinderate, wo sie nicht entsprechend ihrer Wählerzahl vertreten seien, nicht für das Budget stimmen können, so sei das eine neue Melodie. Früher haben Sie nur über den kontrollosen Stadtrat geschimpft, heute seien sie in der Obmänner-Kongferenz vertreten und können auch im Stadtrate sitzen, sie hören die fachmännischen Erklärungen zweimal, aber sie verweigern doch unter dem neuen Vorwande ihre Zustimmung. Redner weist den Vorwurf zurück, dass die Mehrheit die Wahlreform verzettelt und erklärt, derselben liege nichts ferner als das gegebene Versprechen nicht zu halten oder die Sache auf die lange Bank zu schieben.

Der Redner begründet sodann die Erhöhung der Einnahmen aus den städtischen Unternehmungen damit, dass er sagt, es wäre durch eine andere Art der Bedeckung der ausserordentlichen Auslagen eine lawinenartige Belastung der grossen Massen der ~~xxxx~~ Bevölkerung erfolgt. Das Vorgehen der Zentralstellen sei einfach damit zu erklären, dass an deren Spitze ausgesprochene politische Feinde der Mehrheit des Gemeinderates stehen, welche die christlichsoziale Gemeindeverwaltung bei der Bevölkerung in Misskredit bringen wollen. Der

Der Redner schliesst: Wir haben Vertrauen zu den Budgetreferenten und zu der Gemeindeverwaltung in der Ueberzeugung, dass seitdem die christlichsoziale Partei hier die Mehrheit hat, das Beste für die Bevölkerung geleistet worden ist. Wir bringen nicht nur den Mut auf, dort zu helfen, und die Ausgaben zu bewilligen, wo es notwendig ist, wir scheuen auch davor nicht zurück, eine vielleicht unpopuläre Bedeckung auf unsere Schulter zu nehmen. (lebhafter Beifall bei der Majorität).

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten ^{VE. Hoß} wird zur Abstimmung geschritten. Der Voranschlag wird ohne Eingehen in eine Spezialdebatte en bloc angenommen, ebenso wird die Bilanz und Bedeckung ~~gemach~~ nach den neuen durch die Erhöhungen bei den Unternehmungen bedingten Veränderungen der Ansätze genehmigt. Der Antrag auf Erwirkung eines Gemeindegewinns zur Kriegsgewinnsteuer wird einstimmig angenommen, die Anträge Melcher und Anglauer werden genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankt dem Referenten, den Gemeinderäten und den Beamten des Magistrates und der Stadtbuchhaltung für ihre Mühewaltung und verkündet, daß die für Donnerstag und Samstag anberaumten Gemeinderats-Sitzungen entfallen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

=====

4

gegenüber diesen Erscheinungen, gegenüber den gewaltigen Ereignissen, denen wir entgegengehen, spielt die Feststellung unseres Haushaltes nur ~~schon~~ scheinbar eine untergeordnete Rolle. Auch wir müssen gleichen Schritt halten mit der Entwicklung. Wir haben bis jetzt eine sehr kleinliche Haltung in dieser grossen Zeit eingenommen, wir vergessen darauf, dass die Demokratisierung auch unsere Gemeindegesetzgebung, ^{nur} unsere Wahlordnung beeinflusst. Wenn auch ein untergeordneter Schritt zur Demokratisierung des ganzen Staatswesens, so ist doch eine solche Reform ein Bestandteil der Demokratisierung, der für uns von einer eminenten Wichtigkeit und Notwendigkeit ist. Sie sind der Meinung, es wäre möglich, den gegenwärtigen Zustand in unserer ganzen Gemeindeordnung versteinern zu lassen. Wir fordern die vollste Mitarbeit in der Verwaltung der Gemeinde und es genügt nicht, dass einzelne Bevorzugte eingeladen werden, sich auch an den Beratungstisch niederzusetzen. In diesem Sinne muss der ~~Wille~~ Wille aller Schichten der Bevölkerung zum Ausdruck gelangen. Es gab eine Zeit, in welcher wir mit einer Kontrollstelle zufrieden gewesen wären, heute verlangen wir mitzuarbeiten und die Zeit ist da, in welcher Sie diese Forderung nicht zurückdrängen können. Wenn Sie sich auch dagegen auflehnen, diese Aenderung wird naturgemäss erfolgen müssen. Es ist ein kleinliches Beginnen Ihrerseits, Verzögerungen in der Durchführung der Wahlreform herbeizuführen. Die Zeit ist im Anmarsch, in welcher die Bevölkerung sich ihr Selbstbestimmungsrecht nehmen wird. Was im Staate leben unmittelbar bevorsteht, das wird sich auch in den Verwaltungskörpern des Landes und der Gemeinden ereignen. Der Herr Sektionschef Eglauer macht den Zwischenruf „Republik“. Ich kann Ihnen nicht die Versicherung geben, ob sie kommen wird, oder ob sie nicht kommen wird. Wir könnten uns jedenfalls ~~glücklich~~ glücklich schätzen, wenn in unserer Bevölkerung jene Einsicht platzgegriffen hätte, die in den breiten Schichten der russischen Bevölkerung sich durchgesetzt hat (Rufe: Kerensky). Sie dürfen nicht vergessen auf die geradezu ungeheure Gewalt der Erscheinung, welche den Zarismus hinweggefegt hat. Wir hätten nicht geglaubt, dass der Zarismus auf solchen schwachen Füessen steht, wenn nicht rechtzeitig Umkehr gehalten wird. Man muss die Zeit kommen, in welcher die Verständigung von Volk zu Volk erfolgen wird. Wenn an eine Gemeindevahlreform geschritten wird, so muss vor allem auf das Wahlkörpersystem hingewiesen werden, an dessen Stelle das gleiche Wahlrecht einzuführen ist, wobei auch den Minoritäten durch die Einführung des Proporzses eine entsprechende Vertretung gesichert wird. Es muss auch den Frauen das aktive und passive Wahlrecht ein-

geräumt werden, die in diesem Kriege so hervorragendes geleistet haben, die den vollen Beweis ihrer Intellektualität ~~erbracht~~ erbracht haben und den weiteren Beweis, dass sie ebenso befähigt sind, wie die Männer die Stadt mitzuverwalten. Die ~~kath~~ katholischen Frauen haben in einer Entschliessung erklärt, dass sie eine Reihe von Wünschen bezüglich der Mitarbeit in der Gemeinde haben wollen und dass, wenn das Wahlrecht der Frauen eingeführt wird, sie für die Schaffung ~~für~~ einer eigenen Kurie für die Frauen sind, damit der politische Kampf nicht in die Familie getragen werde. Die Sozialdemokraten haben seit ~~der~~ der Schaffung der vierten Kurie in der Gemeinde wenig Sympathie für die Kurienwahlen, es muss daher eine gründliche Aenderung der gegenwärtigen Wahlordnung platzgreifen. Gerade die gegenwärtigen Verhältnisse in der Gemeinde sollten uns den ^{geben,} Anlass ~~geben,~~ uns damit zu beschäftigen, den grossen Gemeinden eine grössere Entwicklungsfähigkeit innerhalb der gegenwärtigen Gesetzgebung zu geben und zu fragen, ob es in der Ordnung ist, dass eine Gemeinde mit einem Haushalt von über 300 Millionen Kronen abhängig ist, von einem Landtage, der eigentlich ganz bedeutungslos gegenüber der Grosskommune ist.

Wenn wir gesehen haben, dass in dieser schweren wirtschaftlichen Not uns dieses Land nicht einmal eine Hilfe bieten kann, ist es begreiflich, dass der Gedanke an die Reichsunmittelbarkeit auftaucht. Wenn ich zu den Finanzen der Stadt übergehe, müssen wir sagen, dass nicht immer bloss der Weg eingeschlagen werden kann, die städtischen Unternehmungen Preiserhöhungen vornehmen zu lassen, weil wir uns dabei auf der anderen Seite tief in das eigene Fleisch schneiden. Wenn wir aber schon gezwungen sind zu solchen Mitteln zu greifen, dann dürfen wir keineswegs den Gedanken hegen, dass dies eine dauernde Belastung ist, sondern schon heute sagen, dass sie nur eine vorübergehende sein darf und dass wir zu anderen finanziellen Zuständen kommen müssen. Unsere Budgetberatung ist ja an sich eine Merkwürdigkeit. Nach ~~den~~ den

Aeusserungen von Rednern Ihrer Partei ist dieses Budget ja heute schon nicht mehr wahr. Dieses Budget trägt also eigentlich ja gar keine Kritik, weil es unwahr ist.

Der Redner wendet sich dann gegen die durchgeführten Erhöhungen und fordert die Durchführung eines Wahlrechtes, dass die Sozialdemokraten in die Lage versetze, sich auf Grund eines gleichen Rechtes um das Vertrauen der Bevölkerung zu bewerben. Er wendet sich gegen den von Seite der Fortschrittlichen gemachten Vorschlag des Berufswahlrechtes und erklärt in der Lebensmittelfrage, es sei gar kein Zweifel darüber, dass auch von Seiten der grossen Produzenten von Lebensmitteln ungeheure Kriegsgewinne erzielt worden seien; worüber man sich aber be-

85
sonders beklagen müsse, sei die Tatsache, dass von jener Stelle aus, die der Preistreiberei hätte entgegentreten sollen, die grossen Produzenten geradezu zur Preistreiberei ermuntert wurden. Was in Bezug auf die Beschaffung von Lebensmitteln für den Heeresbedarf geleistet worden ist, welche exorbitante Preise für Vieh, Getreide und Mehl verlangt worden sind, das spottet jeder Beschreibung und da ist auch der Grundstock gelegt worden, zur schwindelnden Höhe der Lebensmittelpreise, die heute nicht abzubauen ist. Wir haben mit einem Worte eine Desorganisation, ein Versagen der ganzen staatlichen Einrichtungen auf diesem Gebiete kennen gelernt, worunter natürlich auch die Gemeindeverwaltung auf das Schwerste gelitten hat. Wir haben ja auch unsere Fehler, aber vergessen wir nicht: In so manchen Dingen haben wir eine weit grössere Voraussicht an den Tag gelegt, als unsere staatlichen Behörden. (Rufe bei der Mehrheit: Unser Bürgermeister !)

Der Redner bespricht schliesslich noch die Frage der Kohlenversorgung und betont, dass Deutschland jährlich 9 Millionen Tonen englischer Kohle bezogen hat und heute müsse dieser Ausfall getragen werden. Ueberdies sei die heimische Kohlenförderung um 40-60 % zurückgegangen, da sei die Ursache der herrschende Kohlennot. Solche Zustände können aber nicht für längere Zeit noch ertragen werden, wenn wir das glauben, befinden wir uns in einem Wahne, aus dem wir einmal in sehr unliebsamer Weise geweckt werden könnten. Die gegenwärtigen Lage, die sich im Kleinen in den Erlebnissen unserer Gemeindeverwaltung widerspiegelt, zwingt dazu, dass wir alles aufwenden, damit eine Verständigung der Völker stattfinden kann, die uns den Weg ebnet, aus diesem entsetzlichen Wirrsale eines drei Jahre dauernden mörderischen Kriege herauszukommen. Wenn wir uns sagen können, auch wir sind überzeugt davon, dass die Verständigung von Volk zu Volk Platz greifen muss, dann müssen auch wir dem Volke jenen gebührenden Platz einräumen, den es einzunehmen hat, dann müssen auch wir unserem Vertretungskörper die notwendige volkstümliche Grundlage geben, die auf dem Prinzip des allgemeinen, des gleichen Rechtes beruht, und die darauf fusst, dass auch den Minoritäten eine entsprechende Vertretung eingeräumt wird. Was ich wollte, das ist heute hier an die Regierung die ernste Mahnung zu richten, an den Zeichen der Zeit nicht vorüber zu gehen und zu zeigen, dass es heute nicht mehr mit dem Standpunkt geht, die Souveränität der Majestät sei alles und die Souveränität des Volkes sei nichts. Das wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der sich an der gesamten Bevölkerung furchtbar rächen würde, und der dazu führen würde, dass dieses ganze gegenwärtige System überflutet würde von

jenen Notwendigkeiten, die eintreten müssen, wenn wir diesen Zustand noch länger aufrecht erhalten.

GR. Goldeband, der nun zum Worte kommen soll, ist in Saale nicht anwesend und verliert das Wort.

GR. Emmerling: Die Herren der Majorität haben nahezu zur Gänze darüber Klage geführt, dass die Gemeinde Wien bei all den Zentralstellen keine Unterstützung finde und dass alle Massnahmen der Gemeinde nicht so beurteilt und berücksichtigt worden sind, wie es im Interesse der Bevölkerung Wiens gelegen gewesen wäre. Die Sache ist aber nicht nur rein auf ein Missachten und nicht Wohlwollen zurückzuführen, sondern liegt viel tiefer. Wenn die Zentralstellen Regierung und Behörden allen Ihren Vorschlägen, darunter auch solchen, die von den Obmännern unterbreitet sind, nicht jene Beachtung geschenkt haben, die Sie sich erwarteten, so hat dies seine Ursache in der Art der Vertretung des Volkes, die es in dieser Saale findet. Wir kommen nicht darüber hinweg, dass die österreichische Gemeindeordnung eine Vertretung ausschliesslich der besitzenden Klassen ist und dass die grossen Massen der arbeitenden Bevölkerung nirgends entsprechend ihrer Stärke vertreten sind und daher alle ihre Wünsche niemals richtig beurteilt worden sind. Es ist daher daraus der Schluss zu ziehen, dass es zu einer völligen Demokratisierung der Gemeinden zu kommen hat. Der Krieg hat in vielerlei eine Neuordnung der Dinge gebracht, aber auch eine Geringschätzung der alten Ordnung, die es mit sich bringt, dass heute bei der neuerscheinenden Verordnung jedermann nur darauf bedacht ist, wie er sie umgehen könne. Dass darunter am meisten die Lebensmittelversorgung leidet, ist selbstverständlich. Der Redner hält die Einführung der Kohlen- und Kartoffelkarte für unbedingt notwendig und fragt, ob es nicht möglich wäre, dass jene ländlichen Gemeinden, welche von der Gemeinde Wien mit Wasser und Elektrizität versorgt werden, auch ihrerseits etwas zur Approvisionierung der Stadt aus ihren Ueberschüssen an landwirtschaftlichen Produkten der Gemeinde Wien überlassen. Redner bespricht sodann eingehend die einzelnen Posten des Hauptvorschlages.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Franz Michew,*
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 28. Juni 1917. Nr. 159.

Anmeldung des Kohlenbedarfes. Ueber Auftrag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten haben zur Ermittlung des Gesamtbedarfes an Kohle und Koks in Wien, die Inhaber von Hotels, Gasthöfen, Gastwirtschaften, Kaffeehäusern, Fleischselchereien und der nicht fabrikmäßigen Bäckereien, die Kostgeber und Waschanstalten ihren unumgänglich notwendigen Monatsbedarf an Kohle und Koks, sowie ihren am 30. Juni 1917 vorhandenen Vorrat bis längstens 2. Juli 1917 an ihre Genossenschaften schriftlich bekanntzugeben. Die gleichen Anzeigen haben Dampfmühlen und Großbäckereien an das Bezirkswirtschaftsamt Wien Stelle 5 (Neues Rathaus) und Kriegsküchen, gleichgiltig ob sie bereits behördlich genehmigt sind oder nicht, bis 2. Juli an das Kriegsküchenkommissariat (Neues Rathaus) schriftlich zu erstatten. Die Eigentümer und Verwalter von Wohngebäuden mit Zentralheizung haben ihren Jahresbedarf an Kohle und Koks und den am 30. Juni 1917 vorhandenen Vorrat ebenfalls bis längstens 2. Juli 1917 dem Bezirkswirtschaftsamt Wien Stelle 5 im schriftlichen Wege bekannt zu geben. Die Angaben müssen der Wahrheit entsprechen und sind über Verlangen durch Vorlage der Rechnungen über den Kohlenbezug in den früheren Jahren zu belegen.

Uebersiedlung der Magistratsabteilung 13. Die Magistrats-Abteilung 13 (Stiftungen) ist in das neue Amtshaus 1. Bezirk Felderstraße, 3. Stock, übersiedelt.

Auszeichnung des Geheimen Hofrates Pieszczek. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung nach einem Berichte des VB.Hierhammer dem Geheimen Hofrat und Vorstand der kaiserlich deutschen Botschaftskanzlei am Wiener Hofe Adolf Pieszczek infolge einer vom Bürgermeister Dr.Weiskirchner gegebenen Anregung die große goldene Salvator-Medaille verliehen. Hofrat Pieszczek ist seit 1. Juli 1877 der kaiserlich deutschen Botschaft in Wien zugeteilt und in dieser Stellung seit mehr als 25 Jahren als Vorstand der Kanzlei tätig. Er war das Bindeglied in der Reihe der diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches, da er bisher unter 7 Botschaftern diente. Er ist seiner Heimat fast ganz entfremdet und hängt mit allen Fasern seines Herzens an unserer Stadt, die ihm zur zweiten Heimat geworden ist und in der sich der große Kreis seiner Freunde befindet. Diese haben ein Komitee gebildet, um ihm zu seiner Jubelfeier eine Ehrung zu bereiten.

Die Remunerationen für provisorische Lehrpersonen. Nach einem Antrage des Stadtrates Tomola hat der Stadtrat folgenden Beschluß gefaßt: Die Gemeinde Wien erteilt ihre Zustimmung, daß allen provisorischen Lehrpersonen 2.Klasse die ihnen durch den für das Jahr 1917 festgesetzten Schulschluß am 1. Juli zum Fortbezuge ihrer Remuneration fehlende Dienstzeit ausnahmeweise als tatsächlich vollstreckt angerechnet wird, um dadurch den Anspruch auf den Fortbezug der Remuneration in den Hauptferien zu erlangen.

WIENER STADTRAT.

Sitzung vom 28. Juni.

Vorsitzende: Bgm.Dr.Weiskirchner, die VB.Hierhammer, Hof, Rain.

Nach einem Antrage des StR. Braun wird die Erweiterung des neuen Teiles des Simmeringer Ortsfriedhofes mit den Gesamtkosten von 78.229 K genehmigt.

StR. Wippel beantragt für die Vornahme der im Jahre 1917/18 notwendigen baulichen Herstellungen im städtischen Asyl- und Werkhause 7000 K zu bewilligen. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. von Steiner wird die Erwerbung von Liegenschaften in Grinzing an der Kobenzlgasse im Ausmaße von 30.970 Quadratmeter um 1 K per Quadratmeter genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Knoll wird für die anlässlich der Unterführung der Gleisanlagen der ehemaligen Staatseisenbahngesellschaft im Zuge der Erzherzog Karl Straße notwendig gewordene Umlegung eines 225 mm Wasserleitungsrohrstranges und die Neulegung eines 100 mm Ersatzrohrstranges in der Erzherzog Karl-Straße von Nr. 115 bis zum Genochplatze ein Betrag von 44.000 K bewilligt.

StR. Dr. Haas beantragt die Erwerbung eines Viertel-Anteiles der 3244 Quadratmeter umfassenden K.P. 2822 E.Z. 2163 Landstraße zum Zwecke der Erweiterung des Zentralviehmarktes St. Marx um den Betrag von 15.774 K. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Schwer werden alte Feuerwehrschräume an Schreber- und Gemüsegärtner kostenlos überlassen.

StR. Tomola beantragt für die in den Hauptferien 1917 im Schulbezirke Wien zu pflegende Jugendfürsorge die verfügbaren Schulräumlichkeiten zur unentgeltlichen Mitbenützung zu überlassen. (Ang.)

Der Ankauf des Werkes „In Eintracht stark“ für die Lehrer- und Schülerbibliotheken wird mit den Kosten von 1692 K, der Ankauf des Buches „Wachauer Sagen“ von Schulrat Prof. Wichner für die Bibliotheken sämtlicher Wiener Volks- und Bürgerschulen genehmigt.

Bezug von Fettstoffen. Um Mißbräuche beim Fettbezuge in der Großmarkthalle zu verhindern, die in letzter Zeit in Erscheinung getreten sind und um die Fettverteilung provisorisch zu regeln, werden ab Samstag bei den Verkaufsstellen des Marktantes in der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, Butter, Margarine und sonstige Fettstoffe nur gegen Vorweisung der gelben Mehlbezugskarte und Vorlage der entsprechenden Fettkarten abgegeben. Die Verabfolgung von Fett wird auf der Rückseite der Mehlbezugskarte vom Marktante bestätigt werden. Mit Rücksicht auf die allgemeine Situation können bis auf weiteres an Einzelpersonen höchstens 120 Gramm, an Haushalte bis zu 4 Personen höchstens 240 Gramm und solche über 4 Personen höchstens 360 Gramm abgegeben werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz. 240

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, N. Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 30. Juni 1917. Nr. 140.

Vom Ringtheater-Kuratorium. In der am 28. d.M. stattgehabten Sitzung des Ringtheater-Kuratoriums wurden außer mehreren Rentenverlängerungen Unterstützungen an 14 Parteien im Betrage von 2500 Kronen bewilligt, weiters wurde den 97 Mitgliedern der Waisen-Assoziation als diesjähriger Anteil aus den durch das Ableben von Rentnern freigewordenen Kapitalien ein Betrag von je 600 Kronen in Mairente zugesprochen. Bis Ende 1916 wurde den Mitgliedern dieser Vereinigung ein Betrag von K 3,224.391 und zwar in Wertpapieren K 1,368.400 und in Barbeträgen K 1,855.991 zugewendet. Den durch den Ringtheaterbrand Betroffenen und deren Angehörigen wurden bis zu dem vorerwähnten Zeitpunkte an Renten K 2,250.605, an Abfertigungen und Unterstützungen K 699.918 ausbezahlt, so daß insgesamt bisher aus den Geldern des Ringtheater-Hilfsfonds K 6,174.915 zur Auszahlung gelangten. Vizebürgermeister Hoß wurde neuerdings zum Obmann-Stellvertreter gewählt.

Anmeldung des Kohlenbedarfes. Außer jenen Approvisionierungsgewerben, die auf Grund der bereits erlassenen Kundmachungen ihren Gewerbegenossenschaften den Kohlen- und Koksbedarf bekanntzugeben haben, werden auch alle jene Approvisionierungsgewerbe, die zur Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln Kohle oder Koks benötigen und die keiner Gewerbegenossenschaft angehören, aufgefordert, ihren monatlichen Kohlen- und Koksbedarf und ihren Vorrat am 30. Juni d.J. unmittelbar dem Bezirkswirtschaftsamte Wien Stelle 5 (1. Bezirk Neues Rathaus) bis längstens 3. Juli d.J. schriftlich bekanntzugeben.

Arbeiterfürsorgeamt der Stadt Wien. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des StR. Spalowsky den Wirkungskreis des vom Gemeinderate eingesetzten Arbeiterfürsorgeamtes der Stadt Wien vorläufig in folgender Weise festgesetzt: Dem Amte werden alle auf die Fürsorge für Privatbeamte, Handelsangestellte, Arbeiter und Dienstpersonen bezughabenden Angelegenheiten mit Ausschluß der Kranken- und Unfallfürsorge zugewiesen. Ihm obliegen insbesondere: 1.) Die Arbeits- und Dienstvermittlung einschließlich der Stellenvermittlung für Privatbeamte und Handelsangestellte; 2.) Die Zentralisierung der Arbeits- und Dienstvermittlung in Wien; 3.) die Ausbildung von Beamten für öffentliche Arbeitsnachweise (Abhaltung von Kursen, etc.); 4.) Die Beratung von Arbeits- und Stellensuchenden, vor allem in beruflicher Hinsicht unter besonderer Berücksichtigung der heimkehrenden Krieger und der Frauen; 5.) Vorkehrungen auf dem Gebiete der Arbeiter- und Privatangestelltenfürsorge bei der Demobilisierung; 6.) Fürsorge für das Hauspersonale (Gesindeordnung, Ausbildung von Dienstboten, Haushaltungsschulen, etc.) 7.) Beschäftigung Arbeitsloser (Notstandsarbeiten, Arbeitsverschiebungen); 8.) Arbeitslosenversicherung.

Das Rauchverbot auf den Straßenbahnen. Der Stadtrat beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit der Aufhebung des Rauchverbotes auf den städtischen Straßenbahnen. Der Berichterstatter StR. Schneider beantragte auf der vorderen Plattform der Straßenbahnwagen das Rauchen zu erlauben. Nach einem Antrage des StR. Grünbeck wurde jedoch die volle Aufrechterhaltung des Rauchverbotes beschlossen.

Vom städtischen Archiv. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schwer dem Archivar Gustav Andreas Ressel den Titel Vize-Direktor des Archivs der Stadt Wien verliehen.

Ausgabe von Ersatznahrungsmitteln anstatt Kartoffeln.

Die Gemeinde Wien veranlagt in der kommenden Woche den Verkauf nachstehender Waren auf den Märkten und in den Märkthallen: In Salzwasser eingelegte Bohnen ausländischer Herkunft zum Preise von 2 Kronen 80 h per kg. und Mischgemüse (Julienne) in Päckchen zum Preise von 1 Krone per Päckchen ferner nach Maßgabe des Anrollens Dörrpflaumen zum Preise von 1 Krone 60 h für ein Kilogramm. Weiters werden 150 Fässer Makrelen zum ermäßigten Preise von 46 h für ein Stück zum Verkaufe gelangen. Auch sind größere Mengen von inländischen und ungarischen grünen Erbsen im Anrollen, die sofort nach dem Eintreffen auf die Märkte gebracht werden. Aus Böhmen ist die erste Sendung von Kirschen bereits eingetroffen, weitere Sendungen sind angekündigt.

Eine neue Kriegsküche. Die Kriegsküche Nr. 46 im 10. Bezirk, Sonnwendgasse 4 wird am Donnerstag den 5. Juli ihren Betrieb aufnehmen. Anmeldungen zum Speisenbezug werden von der Küchenleitung am 2. Juli von 3 bis 5 Uhr nachmittags und am 3. Juli von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags entgegengenommen.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat tritt am Freitag zu seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien zusammen, um noch eine Reihe laufender Geschäftsstücke zu erledigen. Der Stadtrat wird in der kommenden Woche Dienstag und Donnerstag Sitzungen abhalten.